

**SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT**

Band 60 • Jahrgang 2003

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-461-3

Inhalt

Leibniztag 2003

01 *Herbert Hörz*: Begrüßung zum Leibniztag 2003

02 *Herbert Hörz*: Als Wissenschaftsakademie der Erkenntnissuche und Humanität verpflichtet - Bericht des Präsidenten an den Leibniztag 2003 –

03 Nachrufe für verstorbene Mitglieder und Freunde der Leibniz- Sozietät

04 Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät

05 *Werner Ebeling*: Selbstorganisation - Entwicklung des Konzeptes und neue Anwendungen - Festvortrag auf dem Leibniztag 2003 -

Zur Diskussion um die Gentechnik

06 *Helmut Böhme und Rolf Löther*: Stellungnahme zur Gentechnik (Thesen)

07 *Rolf Löther*: Forschungsfreiheit contra Menschenwürde? Anmerkungen zur Bioethik-Debatte

Aus der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

08 *Ruth Reiher*: Das Kollektiv hat sich ins Team verabschiedet. Zur wissenschaftlichen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems

09 *Christa Uhlig*: Reformpädagogik im Kontext sozialer Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

10 *Stefan Jordan*: Der Führer. Skizzen zu einer diskursgeschichtlichen Untersuchung über Herrschaftsvorstellungen vor dem Nationalsozialismus

11 Rüdiger Bernhardt: Die Ankunft in der Vergangenheit. Wie aktuell ist Emil Rosenows "Kater Lampe"?

Rezensionen

12 Günter Wirth: Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR

13 Jörg Roesler: Erich Hahn: SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989

14 Friedhilde Krause: CD-ROM-Edition des Nachschlagewerkes "Handbuch der historischen Buchbestände"

Erinnerung

15 Friedbert Ficker: Erinnerungen an Wilhelm Fraenger

Herbert Hörz

Begrüßung zum Leibniztag 2003

Sehr verehrte Anwesende,
zum Leibniztag 2003 begrüße ich die Mitglieder der Leibniz-Sozietät und ihre Angehörigen, die Mitglieder des Kuratoriums unserer Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät mit ihrem Vorsitzenden Horst Klinkmann, Mitglieder der Stiftung, Kooperationspartner und alle Gäste, die der Einladung gefolgt sind, recht herzlich. Es freut mich, dass aktive ältere Mitglieder, die sich um die Leibniz-Sozietät verdient gemacht haben und sich weiter für sie einsetzen, es sich, trotz mancher Beschwerden, nicht nehmen lassen, am Leibniztag teilzunehmen und damit ihre Verbundenheit mit ihrer Akademie ausdrücken. Ich grüße diejenigen herzlich, die unser Wirken verfolgen, sich, soweit es möglich ist, daran beteiligen und aus verschiedenen Gründen nicht hier sein können. Ein besonderer Gruß gilt den neugewählten Mitgliedern. Durch die Zuwahl exzellenter Vertreter verschiedenster Wissenschaftsdisziplinen aus dem In- und Ausland erhöhen wir die wissenschaftliche Reputation unserer Sozietät, denn ihr Ansehen als Wissenschaftsakademie hängt vom Wirken ihrer Mitglieder ab. Danken möchte ich dem Festredner des heutigen Tages, unserem Mitglied Werner Ebeling, der sich bereit erklärt hat, zum Konzept der Selbstorganisation und neuen Anwendungen zu sprechen. In interessanten Publikationen hat er sich zu diesem Thema geäußert und Ergebnisse seiner Forschungen vorgelegt.

Ich begrüße den Vorstand des LIFIS Augustusburg, des Leibniz-Instituts für Interdisziplinäre Studien, über dessen Wirken zu berichten ist. Danken möchten wir dem Mittelstandsverband Oberhavel unter Leitung von Herrn Ebner und dem Netzwerk Toleranz für die Unterstützung unserer Arbeit. Die Kooperation entwickelte sich zum Nutzen beider Seiten und wir hoffen auf eine weitere erfolgreiche Fortsetzung. Unser Gruß gilt Vertretern der Volkssolidarität, den Mitgliedern des Beirats der Bildungsakademie Berlin, mit dem wir sehr gut im gegenseitigen Interesse zusammenarbeiten.

Präsidenten von Wissenschaftsakademien und Vertreter der Politprominenz haben sich für die Einladungen zum Leibniztag bedankt und ihre Teil-

nahme aus unterschiedlichen Gründen abgesagt, auch Bundespräsident Rau, der sich auf einer Auslandsreise befindet. Wir danken allen für die übermittelten guten Wünsche.

Willkommen sind uns Mitglieder und Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die Geschichte der Berliner Akademien hat dazu geführt, dass wir die Zusammenarbeit zwischen BBAW und unserer Sozietät immer wieder thematisieren. Noch 1999 schrieb Präsident Simon, dass sich die BBAW zur Leibniz-Sozietät kollegial verhalte.¹ Deshalb verwunderte manchen Teilnehmer der Festsitzung der BBAW zu ihrem 10-jährigen Bestehen am 28.6.03, dass er die Leibniz-Sozietät als „betonköpfige Trotzreaktion“ der damals Exmittierten auf einen „unsensiblen Bürokraten-coup“ sah, die sich vergeblich der BBAW als Konkurrent entgegenstellte oder als Partner anzudienen suchte. Konkurrenz im Sinne von Wettbewerb um wissenschaftliche Leistungen ist angebracht und die Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit sind wohl kaum als Andienerei zu sehen. Die nun reformierte Sozietät blieb unerwähnt. Nach Simon „wob sie eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit, ..., die auch dadurch nicht an Realität gewann, daß sie am Ende noch in den Reihen des rot-roten Senats auf Glauben mit budgetären Folgen stieß.“² Wenn unsere begründeten Forderungen nach finanzieller Unterstützung beim Senat Erfolg haben, freut uns das sehr, doch sollte das unser kollegiales Verhältnis nicht trüben. In meinem Brief an Präsident Simon vom 16.02.2003, in dem ich zur Ehrung des Akademiehistorikers Conrad Grau einlud, an der er aus triftigen Gründen nicht teilnehmen konnte, heißt es: „Vor kurzem schrieb mir unser Mitglied Helmut Moritz aus Graz, sein Kollege und Freund, Herr Prof. Dr. Vladimir Keilis-Borok (Moskau), ehemaliger Präsident der Internationalen Union für Geodäsie und Geophysik und Gründer des Moskauer Akademie-Instituts für Erdbebenvorhersage und Theoretische Geophysik, Mitglied der US National Academy of Sciences und der Russischen Akademie der Wissenschaften sowie der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, habe ihm erklärt, als er mit ihm über die BBAW und die Leibniz-Sozietät sprach: ‘Sage den Kollegen, die beiden Berliner Akademien sollen aufhören zu streiten und gemeinsam wissenschaftlich an der Lösung der Probleme arbeiten, die den Fortbestand der Menschheit ernsthaft in Frage stellen.’ Herr Moritz gab mir die Erlaubnis, die Stellungnahme publik zu machen. Ich stimme ihr zu. Über Vorschläge wäre nachzudenken. Immerhin hatten wir mit dem Wirken von Conrad Grau eine für die BBAW und die Leibniz-Sozietät fruchtbare Zusam-

1 Dieter Simon, Das Berliner Projekt, BBAW 1999, S. 14

2 Dieter Simon, De mortuis nihil nisi bene, Redetext zum Leibniztag der BBAW am 28.6.2003, S. 2

menarbeit zur Akademieggeschichte.“ Wir bleiben also weiterhin bei den Angeboten zur erweiterten Zusammenarbeit mit der BBAW.

Erfreut sind wir über die Teilnahme von Mitgliedern anderer Wissenschaftsakademien, wissenschaftlicher Einrichtungen und wissenschaftlicher Gesellschaften. Der Präsident der Leibniz-Gesellschaft, des Zusammenschlusses der von Bund und Ländern geförderten ehemaligen „Blaue-Liste-Institute“, die sich vor allem der anwendungsorientierten Grundlagenforschung widmen, Herr Hans-Olaf Henkel, kann leider nicht teilnehmen, doch vertritt ihn Herr Stäudner, Leiter für Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft.

Wir bitten unsere Mitglieder, die ausländischen Wissenschaftsakademien angehören, diese über die Aktivitäten der Leibniz-Sozietät zu informieren und Möglichkeiten zur Kooperation zu prüfen. Die Kooperationskommission unter Siegfried Nowak, der sich um Beziehungen zur Russischen Akademie verdient gemacht hat, freut sich über konstruktive Hinweise. Der neugewählte Präsident der Österreichischen Akademie Prof. Dr. Mang bedankte sich für unsere Glückwünsche zur Wahl und kann sich eine Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten gut vorstellen. In unserem Gratulationsbrief heißt es: „Wissenschaftsakademien bleiben in der heutigen Zeit wichtige Stätten der Wissensgenerierung, der Information über neue Entwicklungen in der Wissenschaft und deren Bewertung. Sie haben mit ihrem interdisziplinären Wissenschaftspotential Möglichkeiten, der wachsenden Komplexität von Aufgaben und Entscheidungssituationen durch heuristische Ideen, Initiativen und kritische Analysen gerecht zu werden, um das sinnvoll zu ergänzen, was in spezialisierten Wissenschaftseinrichtungen erarbeitet wird. Zugleich können sie diesen Anstöße geben, in neue Richtungen zu denken.“ Diese Überlegungen nahm er mit Interesse zur Kenntnis, da sie seinen nahe stehen.

Der Berliner Staatssekretär Dr. Pasternack kann in diesem Jahr leider nicht an unserer Festveranstaltung teilnehmen. In einem Schreiben vom 5.2.03 an den Präsidenten äußerte er sich zu dem auf dem Leibniztag 2002 vorgebrachten Vorschlag, eine Ost-West-Kommission einzurichten, die sich mit der Entwicklung der Wissenschaften und ihrer Einrichtungen nach 1945 in Ost- und Westberlin befassen sollte. Das wäre wichtig. Leider verzögere sich ihre Bildung, so der Staatssekretär, da noch keine Lösung zur Finanzierung der zeitaufwendigen Arbeit gefunden sei. Durch immer wieder eingeforderte Kürzungen im Wissenschaftshaushalt müssten sehr gewünschte und mit politischer Priorität versehene Vorhaben zurückgestellt werden. Auf jeden Fall versicherte er, dass er zuversichtlich sei, Mittel zu bekommen, um das Vorhaben zu realisieren. Wir können nur wünschen, dass das Beharrungsvermögen der Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker ausreicht, dem kon-

zeptionslosen Sparen den Willen entgegenzusetzen, Wissenschaft, Kultur und Bildung als Zukunftsinvestitionen zu fordern und zu fördern.

Durch Initiativen von Mitgliedern, Kooperationspartnern und unserer Stiftung erhielten wir finanzielle Unterstützung unserer Arbeit, deren Erweiterung wünschenswert wäre. Sie trägt dazu bei, die gewachsenen Aufgaben mit den Mitgliedsbeiträgen und den Spenden zu erfüllen. Allen denen, die uns geholfen haben und weiter helfen werden, gilt unser Dank. So unterstützen uns unser Fördermitglied Heinz Klötzner und seine Mitarbeiter im FMK in der Büroarbeit und die Berliner Geschäftsstelle, erst mit Frau Thomas und nun mit Bettina Schmidtke, versorgen Teilnehmer von Präsidiums-, Kommissions- und Arbeitskreissitzungen ausgezeichnet. In der Staatsbibliothek wird bereitwillig geholfen, damit wir unsere Klassen- und Plenarsitzungen ordnungsgemäß durchführen können. Für Problemlösungen steht unser Mitglied Friedhilde Krause durch die historisch gewachsenen Beziehungen zur Einrichtung immer zur Verfügung.

Zum dritten Mal führen wir unseren Leibniztag in den Räumen des Zeiss-Großplanetariums durch. Jedesmal konnten und können wir eine interessante Präsentation des Planetariums dabei genießen und damit eventuell den Fundus unseres Wissens erweitern. Dafür danken wir dem Direktor, unserem Mitglied Dieter B. Herrmann, und seinen Mitarbeitern. Zu Dank verpflichtet sind wir den Mitgliedern der Vorbereitungskommission für den Leibniztag und den weiteren Helfern, die vorher und heute eine aufwendige Arbeit zu leisten haben, damit unsere Festveranstaltung reibungslos verlaufen kann. Besonderer Dank gebührt unserem Verleger Dr. Wolfgang Weist, der in seinem trafo-Verlag seit Jahren Sitzungsberichte und Abhandlungen der Leibniz-Sozietät herausbringt, wodurch es uns möglich ist, die Ergebnisse unserer Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Inzwischen unterstützt auch der Verlag irena regener berlin unsere Publikationsarbeit.

Eine Reihe von internen Problemen haben wir auf der Geschäftssitzung im Januar behandelt, worüber in „Leibniz-Intern“ und auf der Homepage informiert wurde. Heute stellen wir uns der Öffentlichkeit mit der Ehrung unserer verstorbenen Mitglieder, dem Bericht über unsere Arbeit, dem Festvortrag und der Vorstellung neuer Mitglieder, um auf Ergebnisse und Probleme aufmerksam zu machen und Interesse an unserer Arbeit zu wecken. Ich wünsche uns eine interessante Festveranstaltung, in der auch die Pausengespräche nicht zu kurz kommen sollten, denn sie sind das Salz in der Suppe unseres Festprogramms, weil in ihnen meist Ergebnisse bisheriger Tätigkeit kritisch beleuchtet und neue Initiativen entwickelt werden. Solche Festveranstaltungen sollen nicht nur Arbeit, sondern auch Vergnügen sein. Wünschen wir uns deshalb einen interessanten Tag und Freude in der Begegnung zwischen alten und neuen Freunden der Leibniz-Sozietät.

Herbert Hörz

Als Wissenschaftsakademie der Erkenntnissuche und Humanität verpflichtet
Bericht des Präsidenten an den Leibniztag 2003

Die Leibniz-Sozietät ist seit dem Leibniztag 2002 durch externe und interne Faktoren der Wissenschaftsentwicklung in verschiedener Art beeinflusst worden. Die Bildung des Netzwerkes Toleranz durch den Mittelstandsverband Oberhavel förderte wissenschaftliche Aktivitäten der Sozietät durch die fruchtbare Kooperation mit unserem Arbeitskreis Toleranz. Während wir uns im Oktober 2002 in Oranienburg mit der Genese der Toleranz und ihren Grenzen und Chancen im 21. Jahrhundert befassten, lief die Vorbereitung für den Irakkrieg durch die USA und Großbritannien auf vollen Touren. Manche unserer Mitglieder hielten ihn für unausweichlich, andere hofften auf die Bändigung des unmenschlichen Regimes im Irak durch internationale Kontrollen mit friedlichen Mitteln. Alle Hoffnungen erwiesen sich als illusionär. Der Krieg fand statt. Die Folgen für die Region und für die Weltordnung sind noch nicht abzusehen. Toleranz zu fördern und die Neuordnung der Welt durch Präventivkriege zu durchdenken, wird weiter unsere Aufgabe sein, denn unsere Wissenschaftsakademie ist der Erkenntnissuche und Humanität verpflichtet.

In diesem Sinne wirkt sie, um das geistig-kulturelle Leben in Berlin zu befruchten, uns selbst und die Öffentlichkeit über neue Einsichten zu informieren, kritisch die Tendenzen der weiteren wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren, historische Wurzeln unseres gegenwärtigen Tuns aufzudecken, um in nationale und internationale Debatten einzugreifen. So hat unsere Sozietät ihre inneren und äußeren Aktivitäten seit dem letzten Leibniztag umfangreich erweitert. Als wissenschaftlich autonome, interdisziplinär zusammengesetzte, pluralistisch orientierte und staatsferne Gelehrtenvereinigung, deren Mitglieder aus Ost und West, aus dem In- und Ausland kommen, dient sie der Entwicklung der Wissenschaften. Sie unterstützt die internationalen Anstrengungen, um das öffentliche Verständnis für

wissenschaftliche Erkenntnisse, um public understanding of science zu erreichen. Eine neue Aufklärung ist erforderlich, um der Krise des Wissens, der Zunahme von Esoterik und Effekthascherei, unangemessener Wissenschaftskritik und einem einseitigen Scientismus zu begegnen.

Aus dieser Verpflichtung ergeben sich Aufgaben, an deren Lösung wir uns aktiv beteiligen. Historisch gewachsene Tätigkeitsfelder von Wissenschaftsakademien werden von unserer Sozietät unter neuen Bedingungen bearbeitet.

Akademische Tätigkeitsfelder unter neuen Bedingungen

Wissenschaft als rationale Aneignung der Wirklichkeit ist auf Wissenserwerb gerichtet. Wissenschaftsakademien als Gelehrtenvereinigungen suchen nach neuen Erkenntnissen. Platons Akademie widmete sich der Mathematik und den Naturwissenschaften, förderte den Dialog zwischen den Gelehrten und versuchte Philosophie als Staatskunst zu entwickeln. Leibniz forderte für unsere Vorgängerin, die Kurfürstliche Sozietät, sich nicht auf bloße Kuriosität oder Wissensbegierde zu beschränken, sondern von Anfang an das Werk der Wissenschaft auf den Nutzen zu richten. In der Denkschrift an den Kurfürsten vom 26.3.1700 schrieb er von Vorzügen der englischen und französischen Akademie, die zu übernehmen, und von Mängeln, die zu überwinden seien. Zu den ersteren zählte er die Mitgliedschaft hervorragender Leute, zu den letzteren, dass der erwartete Nutzen der Forschungen nicht eintrat. „Deswegen wäre anitzo dahin zu sehen, wie nicht nur Curiosa, sondern auch Utilia ins Werk zu richten.“¹ Astronomische Forschungen als Grundlage für einen Berliner Kalender brachten doppelten Nutzen. Die Feiertage waren zu bestimmen, was für den Staat und die Wirtschaft wichtig war, und das Kalender-Patent vom 10. Mai 1700 brachte der Sozietät finanziellen Gewinn. So haben Forderungen an eine Akademie prinzipielle Bedeutung und sind zugleich aus den historisch-konkreten Bedingungen zu erklären. In der Satzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 31. 10. 1946 ist festgehalten, dass unter neuem Namen die Preußische Akademie ihre Arbeit auf neuer Grundlage und in erweiterter Form wieder aufgenommen habe. „Im Bewußtsein ihrer Verantwortung setzt sie ihren Dienst an Wissenschaft und Forschung fort und tritt für die Entwicklung und Förderung aller schöpferischen Kräfte des wissenschaftlichen Lebens im Sinne ihrer friedlichen Ver-

1 Werner Hartkopf, Gert Wangermann, Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Berlin, Heidelberg, New York 1991, S. 219

wendung ein.“² Auf der Festveranstaltung vom 1. August 1946 zur Wiedereröffnung betonte Akademiepräsident Johannes Stroux, alles, was die Akademie leisten kann, „wird den Segnungen des Friedens und der Humanität dienen.“³

Eine Wissenschaftsakademie arbeitet so auf verschiedenen Tätigkeitsfeldern:

1. Curiositas, Neugier, Lust am Erkennen, eben *Erkenntnissuche*, bleibt weiterhin Grundlage unseres akademischen Lebens. Das gilt für alle Bereiche der Natur-, Technik-, Sozial- und Geisteswissenschaften, der Mathematik und der Kybernetik I und II. Der Alltag der Sozietät, in dem diese Aufgabe gelöst wird, umfasst die Sitzungen der Klassen und des Plenums, die im Umfang gewachsene Zahl von Kolloquien, sowie die intensive Arbeit der Arbeitskreise. Unser Pfund, mit dem wir dabei wuchern können, ist die interdisziplinäre Zusammensetzung unserer Vereinigung. Sie zwingt Vortragende und Diskutanten, Fachprobleme so aufzubereiten, dass Vertreter anderer Disziplinen Denkanstöße bekommen, selbst Anregungen geben können und so mit Gewinn unsere wissenschaftlichen Veranstaltungen verlassen. Zum Jahr der Geowissenschaften 2002 ging es um extraterrestrische Materie, Erdbebengebiete in Mitteleuropa in plattentektonischer Sicht, Sanierung von Altlasten des Uranbergbaus. Der Arbeitskreis Geo-, Montan- und Umweltwissenschaften konstituierte sich. Es wird betont, „daß die Geowissenschaften in Deutschland (nur noch) in der internationalen Zusammenarbeit bestehen und vorankommen können.“⁴ Wir hörten Vorträge zu Stabilität und Chaos-Phänomenen in Geodäsie und Geophysik und zum Nachweis von Zusammenhängen zwischen Teilsystemen und komplexen dynamischen Systemen in der Meteorologie. Die Chemie, dazu bedurfte es nicht des Jahres der Chemie, ist in der Sozietät immer präsent, auch in Debatten zu anderen Themen, in denen auf chemische Aspekte verwiesen wird. Aktuelle Probleme der Biochemie behandelte das Kolloquium für unseren Ehrenpräsidenten Samuel Mitja Rapoport. Um Biochemie und Ernährungswissenschaft ging es bei der gesundheitsfördernden Rolle von Flavonoiden. Wege des Erkennens beschäftigten uns. Wissensgenerierung, Softwaretechnik und Modellierung, die Evolution von Sprache und Denken, Informationsverarbeitung im Gehirn am

2 Ebd., S. 150

3 Ebd., S. 475

4 Heinz Kautzleben, Das Jahr der Geowissenschaften ist vorüber, in: Leibniz-Intern, Nr. 17 v. 15.4.03, S. 13

Beispiel von Hochbegabung und die Forschungsberichte auf dem Kolloquium „Psychologie im Kontext der Naturwissenschaften“ zur Ehrung unseres Mitglieds Friedhart Klix gehören dazu. Geschichte ist für uns nicht nur akribische Beschreibung dessen, was geschah. Sie ist Anregung, über aktuelle Probleme nachzudenken. Das Thema Moritz Elsner und die Demokraten führte zur Frage: Wie ändert sich das Demokratieverständnis in Geschichte und Gegenwart? Vergleichende Studien könnten das aktuelle Schlagwort von der Demokratie, mit dem kaum etwas über den herrschenden Demos gesagt wird, präzisieren und einer kritischen Analyse zuführen. Die Schlacht um Stalingrad ist nicht nur ein historisches Ereignis, sondern Gegenstand aktueller Auseinandersetzungen, was auch auf andere Themen zutrifft, wie die Reformpädagogik als Teil sozialer Reformbewegungen im 20. Jahrhundert, Kuhn und der Marxismus, das Wirken der mexikanischen Nonne Sor Juana im 17. Jahrhundert, die Salzburger Kirche und die Slawenmission. Gegenwärtige Probleme wurden thematisiert, wenn Veränderungen im Verständnis von Sprache, unterschiedliche Traditionen der Staatsbürgerschaftsgesetzgebung in DDR und BRD, Terrorismusbekämpfung im Rechtsstaat, Hinduismus im Exil, einschließlich der Beziehungen von Materialismus und Jnismus, Krisen und Chancen der Sozialgeschichte heute und ost- und westeuropäische Transformationsprozesse sachkundig abgehandelt und diskutiert wurden. Das vor uns stehende Jahr der Technik werden wir mit Beiträgen aus den verschiedensten Fachgebieten begleiten. Auf dem Symposium „Allgemeine Technologie – Vergangenheit und Gegenwart“ von 2001 zeigten sich unterschiedliche Auffassungen zur Allgemeinen Technologie, die für Technik- und Technologieschöpfer allgemeine Verfahrenswissenschaft und in der Sicht der Technik- und Technologiebegleiter allgemeine Technikwissenschaft ist.⁵ Am 14.5.2004 stellt sich der Arbeitskreis „Allgemeine Technologie“ nun mit einem weiteren Symposium dem Thema „Fortschritte bei der Herausbildung der Allgemeinen Technologie“. Es geht um die weitere Ausarbeitung der Allgemeinen Technik- und Verfahrenswissenschaft sowie um Technologiegeschichte. Das führt uns zu einem weiteren Tätigkeitsfeld.

2. Verbindung von Theorie und Praxis, *theoria cum praxi*, ist ein wichtiges Motto unseres Wirkens. Das Spektrum der praxisrelevanten wissenschaft-

5 Gerhard Banse, Ernst-Otto Reher (Hrsg.), Allgemeine Technologie. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Berlin 2001, (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 50, Heft 7/2001)

lichen Forschungen ist breit und spiegelt sich in dieser Vielfalt in unseren Themen wider. Sie reichen von der Chipreaktorik über Grenzflächenforschung und Phasengleichgewichte in bestimmten Bereichen bis zum Design Problem Solving. Auf Anregung der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät haben sich der Präsident und Horst Klinkmann als Kuratoriumsvorsitzender unter Mitwirkung von Heinz Kautzleben an die Mitglieder unserer Sozietät gewandt, die aktiv in Einrichtungen der Forschung, Lehre und praktischen Verwertung von Erkenntnissen eingebunden sind, um mit Beiträgen über ihre Einsichten einen Überblick über die Breite des Spektrums nützlicher wissenschaftlicher Arbeiten zu geben und aktuelle Forschungsfelder zu thematisieren. Die Reaktion darauf ist erfreulich gut. Das Symposium zum Thema „Theoria cum praxi – Technik und Wissenschaft im Alltag“, das unseren Leibniz-Tag ergänzt, wird Wissenschafts- und Management-Erfahrungen der Mitglieder erörtern, die noch im Berufsleben stehen. Wir danken den Herren Vienken und Schütt sowie ihren Mitstreitern für diese Initiative, die dazu beitragen soll, dass sich die jüngeren Mitglieder besser kennen lernen, sie mehr an die Sozietät gebunden und Antworten auf die Frage gewonnen werden: Quo vadis Leibniz-Sozietät?

3. *Politikberatung* als Einheit von Analyse, Kritik und Reformvorschlägen ist erforderlich und möglich. Doch sie setzt voraus, dass kritische Beratung gewollt und angenommen wird. Als Plato seine Akademie gründete, grenzte er sich von politischen Vereinen ab, deren Gemeinschaft vor allem in Gastmahlen, heute sind es Arbeitessen, und politischer Schönrederei, heute Populismus genannt, bestand. Seine Einrichtung sollte zwar dem Wissenserwerb und der Bildung dienen, doch sah er zugleich die Aufgabe, grundlegende politische Theorien zu erarbeiten, Staatskunst, Bildungsfragen, Überlegungen zur Minderung sozialer Spannungen zum Gegenstand zu machen. Auf diesem Gebiet haben wir vor allem zu Bildungsfragen viel getan. Wie ernst das genommen wird, bleibt immer wieder zu bestimmen. Unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg der Bestrebungen werden wir als wissenschaftliche Rufer in der Wüste der Wissensdefizite uns weiter bemerkbar machen. Der Arbeitskreis Bildung hat sich mit dem Kolloquium „Bildung im frühen Kindesalter“ einer wichtigen Thematik angenommen, die kontrovers diskutiert wird. Mängel sind bekannt, Abhilfe unbedingt erforderlich. Es war beeindruckend, wie Theoretiker und Praktiker, Vertreter aus Ost und West, um eine der Kindheit angemessene Bildungsoffensive rangen, die vorhandene Bildungs-

potenzen besser nutzt und so die humane Zukunft mit garantiert. In diesem Jahr feierte unser Arbeitskreis Demographie unter der Leitung unseres Mitglieds Parviz Khalatbari den 30. Jahrestag mit der 116. Veranstaltung und einem beeindruckenden wissenschaftlichen Programm. Ich nenne das unter diesem Punkt, da es Sorgen gibt, dass die Demographie als Forschungs- und Lehrgebiet Lehrstühle verlieren soll. Es sind ja oft demographische Entwicklungen, auf die Politik ungenügend reagiert.

4. *Humanität* als Programm zur Befreiung der Menschen aus natürlichen Zwängen und gesellschaftlicher Unterdrückung, von Geißeln der Menschheit, wie Seuchen und Hunger, Analphabetentum und Krieg, verlangt Beiträge zur Verbesserung der Lebenslage und Lebensqualität der Menschen, zum Verständnis ihrer Situation und ihrer Wertvorstellungen, zu ihrer Herkunft und ihren Visionen möglicher Zukunftsgestaltung. Wir stehen dabei vor der Frage, ob Humanität der Erkenntnissuche Grenzen setzt. Einschränkungen für theoretische Überlegungen kann es nicht geben. Über praktische Grenzen ist jedoch zu diskutieren, wenn Experimente die Integrität und Würde von Menschen verletzen oder ihnen Schaden zufügen. Wir erwarten Meinungsäußerungen zu der von Helmut Böhme und Rolf Löther vorgelegten Stellungnahme zur Gentechnik. Die Debatte zu „Forschungsfreiheit contra Menschenwürde?“ zeigte, wie wichtig es ist, statt Bekenntnissen wissenschaftliche Erkenntnisse, ethische Forderungen und rechtliche Normierungen in ihrem Zusammenhang zu sehen.
5. Ein wichtiges Anliegen ist die Pflege unserer *Traditionen*. Rudolf Virchow wurde zum 100. Todestag in der Breite seines Wirkens als Naturwissenschaftler, Sozialmediziner und Berliner Stadtpolitiker gewürdigt, um Lehren aus seiner Tätigkeit für unsere Zeit zu ziehen. 100 Jahre Nobelpreis für Theodor Mommsen waren Anlass, seine Leistungen als Althistoriker und Jurist hervorzuheben. Das von der Kommission Wissenschafts- und Akademiegeschichte unter Leitung von Herrn vom Brocke und mit aktiver Mitwirkung von Hubert Laitko initiierte Kolloquium „Der Historiker Conrad Grau und die Akademiegeschichtsschreibung“ führte zu interessanten Debatten über historische und aktuelle Aspekte des Themas. Die nächsten Jahre bringen wieder, wie Hans-Jürgen Treder betont, „große Daten“ für „große Namen“ als „Anlass für internationale Veranstaltungen mit namhaften aktiven Teilnehmern aus der großen Welt.“ Über Ehrungen von Hans Ertel und des am 12.2.1804 verstorbenen Immanuel Kant wird nachgedacht. Das gilt auch für die 1804 geborenen Carl

Gustav Jacobi und Wilhelm Weber. Im großen Einstein-Jahr 2005 könnten wir an den Einstein-Jubiläen der Berliner Akademie von 1965 und 1979 anknüpfen.

Die genannten Tätigkeitsfelder einer Wissenschaftsakademie in unserer Zeit basieren auf ihrer Geschichte, doch ihre Bearbeitung durch uns drückt wesentliche neue Bedingungen aus. Globale Probleme stehen zur Lösung an. Politische Forderungen nach militärischer Lösung von Konflikten sind zu analysieren. Sorgen um die Auswirkungen des generellen Sparkurses auf Wissenschaft, Kultur und Bildung beschäftigen uns. Dabei bleibt das von uns in diesem Jahr behandelte Toleranzthema weiter aktuell.

Toleranz und ihre Grenzen

Die genannte Toleranzkonferenz in Oranienburg war ein Erfolg. Es war ein Erlebnis für die Teilnehmer, die verschiedenen Auffassungen kennenzulernen, sich gut betreut zu fühlen, wofür dem Mittelstandsverband unser Dank gebührt, und einer Führung durch das Schloss beizuwohnen. Damit konnten mehrere Ziele erreicht werden: Erstens kam es durch eine umfangreiche wissenschaftliche Vorbereitung, wofür dem Arbeitskreis und seinem Leiter Siegfried Wollgast zu danken ist, zu wichtigen Debatten zwischen den mit dieser Thematik Beschäftigten. Zweitens lösten die Beiträge eine nachhaltige Diskussion aus. Drittens ist über diesen Weg vor allem die von uns so dringend gewünschte Öffentlichkeit zu erreichen. Regionalfernsehen und -presse berichteten. Durch solche Verbindungen unserer Sozietät mit regionalen Einrichtungen werden wir den Forderungen nach Wissenserwerb, Verbindung von Theorie und Praxis, Politikberatung, Humanität und Traditionspflege komplex gerecht. Die im Oktober 2003 geplante Konferenz zum Verhältnis von Toleranz und Minderheiten ist in der inhaltlichen Ausgestaltung. Eine Konferenz zum Verhältnis von Toleranz und Religionen ist angedacht. Es gibt Interesse von Gymnasiasten, mit Referenten unserer Sozietät das Problem weiter zu behandeln. Darüber könnte dann die Presse informieren.

Mit dem Toleranzthema stoßen wir in das Zentrum aktueller Diskussionen, die eine lange Geschichte haben. Es ist ein Rahmenthema für viele Probleme, die anzugehen sind. Was ist zu tolerieren und was nicht? Die Verschwommenheit des Begriffs Toleranz erschwert einerseits die Problemsicht und macht andererseits auf die Schwierigkeiten aufmerksam, Interessen, Werte und Normen von soziokulturellen Identitäten, die auch in Deutschland, wie anderswo, zusammentreffen, zu bestimmen. Der Kulturverfall in der Ellbogengesellschaft mit wachsenden Aggressionen verlangt, das Verhältnis

von Toleranz und Intoleranz in seinen historischen Bedingungen und gegenwärtigen Wirkungen genauer zu analysieren. Lebensweisen und Überzeugungen von Bürgern eines Landes unterscheiden sich, worauf uns Historiker und Landeskundler in Vorträgen immer wieder hinweisen. Verschiedenheit fordert Verständnis für den anderen heraus. Toleranz als Duldung anderer Sitten und Gebräuche ist nicht die Problemlösung. Der Weg zur aktiven Unterstützung, zur Solidarität mit den Schwachen, Ausgegrenzten., Leidenden, Unterdrückten und Ausgebeuteten ist weit, doch zu gehen, wenn Humanitätserweiterung angestrebt ist. Wir können dafür Wegweiser sein.

Das Toleranzproblem betrifft auch die wissenschaftliche Arbeit. Intoleranz gegen vorhandene Mittelmäßigkeit und Förderung kreativer Ideen ist wichtig. Noch ist der von uns geforderte Pluralismus weltanschaulicher Haltungen im Zusammenhang mit der Erkenntnissuche weiter auszuloten. So einfach, wie es mit der These in der Diskussion suggeriert werden sollte, es gäbe nur eine Wahrheit, die zu verteidigen sei und gegenüber deren Gegnern Intoleranz angebracht wäre, ist die Wirklichkeit nicht. Wissenschaft ändert im Laufe der Entwicklung ihre Rationalitätskriterien, nach denen neue Erkenntnisse bestimmt werden. Wir sollten uns vor der Illusion hüten, ewige Wahrheiten festschreiben zu können. Leider haben wir es im Wissenschaftsbetrieb mit Fälschungen, Einseitigkeiten, unbegründeten Hypothesen und dem Drang nach Priorität und Prestige mit unlauteren Mitteln zu tun. Aufgeschlossen gegenüber dem Neuen zu sein und doch Bewährtes festzuhalten, ist eine Gratwanderung zwischen nostalgischer Ignoranz und naiver Leichtgläubigkeit. Verrückte Ideen, um das Geschehen zu erklären, sind in allen Disziplinen gefragt. Doch: Wie verrückt dürfen sie sein, um nicht unwissenschaftlich zu werden? So zwingt uns das Toleranzproblem selbst auf unserem ureigensten Tätigkeitsfeld zum Nachdenken.

LIFIS Augustusburg

Entwickelt hat sich das Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien in Augustusburg. Im Bericht 2002 stellten wir fest, dass unser geistiges Kind nun auf eigenen Füßen gehen muss, wobei die Sozietät zur Unterstützung herausgefordert ist. Die Registrierung des LIFIS als eingetragener Verein mit Sitz Augustusburg/Sachsen ist erfolgt. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit liegt vor. Das Institut ist rechtsfähig. Zu Entscheidungsträgern der Region gibt es Kontakte, um Zielstellungen des LIFIS und Erwartungen der Region aufeinander abzustimmen. Alle Beteiligten sind an der Zusammenarbeit interessiert. Auf allen Ebenen ist politische Unterstützung zugesichert, vor

allem für Hilfe, die das Institut der Klein- und mittelständischen Wirtschaft geben kann. Eine allgemeine finanzielle Zuwendung wird es in der jetzigen wirtschaftlichen Lage nicht geben, weshalb die gezielte Förderung ausgewählter Projekte anzustreben ist, wie Bedarfsanalyse „Mittelständische Wirtschaft“, Konzept einer computergestützten Technologiebörse, „Museumsprojekt Schloß Augustusburg“, Planung und Durchführung wissenschaftlicher Bildungsveranstaltungen sowie der Reihe „Augustusburger Konferenzen“ im Zusammenwirken mit der Leibniz-Sozietät. Noch ist die Zusammenarbeit mit der Klein- und mittelständischen Wirtschaft in der Region, trotz der Aktivitäten des LIFIS-Vorstandes, unbefriedigend. Nachwirkungen der Hochwasserkatastrophe spielen eine Rolle. Vor allem wirkt sich die degressive Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs aus.

Augustusburg hat sich einen Namen in der wissenschaftlichen Welt durch hochkarätige Tagungen gemacht. Im September 2003 findet die 8. Konferenz zum Thema „Solarzeitalter – Vision und Realität“ statt. Verantwortlich ist unser Mitglied Gert Blumenthal, der mit seinen Mitstreitern nicht wenige Probleme zu lösen hat. Zusagen für Vorträge von kompetenten Vertretern unterschiedlicher Fachgebiete liegen vor. Weitere Konferenzen sollen Themen disziplinübergreifenden Charakters, wie Gentechnologie, Nanotechnologie, organische Bindungen von Metallen, Allgemeine Technologie, Philosophie und Naturwissenschaften gewidmet werden.

Wir freuen uns über die Erfolge dieser Arbeit und wünschen dem Vorstand und seinen Helfern die erforderliche Kraft, um in den für die Wissenschaft schwierigen Zeiten ihre Aufgaben zu erfüllen. In einer Situation, in der die von Bund und Ländern geförderten Einrichtungen gegen die starken Einschnitte in ihre Finanzen und Kompetenzen aufbegehren, ist jeder Erfolg eines eingetragenen Vereins oder Instituts, wie der Sozietät und des LIFIS, hoch zu bewerten.

Bewährte und neue Formen der Kooperation

Die Leibniz-Sozietät hat gute Erfahrungen mit Kooperationspartnern. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik (GfK) führte zum Kolloquium „Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag“ im November 2002. Dort wurde der Wiener-Schmidt-Preis der GfK und der Gesellschaft für Pädagogik und Information für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Kybernetik an unser Mitglied Friedhart Klix überreicht. Teilnehmer aus Ost und West befassten sich mit historischen und aktuellen Aspekten der Kybernetik I und II, um das

Wirken des Philosophen Georg Klaus zu würdigen. In der Debatte um konkrete Probleme gelingt es, Differenzen zwischen Ost und West auszugleichen. In Pausengesprächen erörterten wir, wie wichtig es ist, Vorbehalte und Vorurteile von beiden Seiten weiter abzubauen. Wir werden durch Internationalisierung und den Ausbau von Kooperationsbeziehungen Brücken zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Ost und West, die schon existieren, weiter ausbauen. Ein weiteres gemeinsames Kolloquium zum Wirken von Klaus Fuchs wird vorbereitet.

Bewährt haben sich die gemeinsamen Veranstaltungen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Arbeitsgruppe Dresden und dem Verein ehemaliger Hochschullehrer der TU Dresden Jahresringe. 1998 begann die Reihe mit dem Generalthema „Naturwissenschaftliches Weltbild und Gesellschaftstheorie“, an der wir schon konzeptionell und inhaltlich beteiligt waren. Es folgten speziellere Kolloquien, die sich mit Evolution und Information befassten. Ab 2001 trat die Leibniz-Sozietät als Mitveranstalter auf. Es ging um „Entscheidungen im Spannungsfeld von Naturprozessen und humaner Lebensgestaltung“. 2002 folgte das Kolloquium „Zeit und Zyklizität in Natur und Gesellschaft“. Die Materialien sind publiziert und enthalten interessante Überlegungen zum Verständnis der Beziehungen von Natur und Gesellschaft, zu Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung und zu aktuellen Debatten. Das gilt auch für das Kolloquium „Die biotechnische Revolution. Naturwissenschaftliche und gesellschaftstheoretische Aspekte“ von 2003, auf dem von der Sozietät Rolf Löther, Helmut Böhme, Reinhard Mocek und dazu Ernst Luther sich mit spezialwissenschaftlichen Problemen, geistig-kulturellen Auseinandersetzungen und ethisch-philosophischen Debatten beschäftigten, was zu interessanten Auseinandersetzungen führte. Leider war das die letzte Veranstaltung dieser Reihe.

Ausgezeichnet entwickelt haben sich die Beziehungen zur Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung für Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWV-WW), die mit ihren monatlichen Berichten ein informatives Material zu aktuellen Auseinandersetzungen für Interessenten bereitstellt, wobei hochkarätige Wissenschaftler aus dem In- und Ausland und wichtige Politiker zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Direktor des Forschungsinstituts dieser Vereinigung, Karl Heinz Domdey, und der Geschäftsführer Heinz Engländer suchten den Kontakt zu unserer Sozietät, um von der Mitarbeit einiger Mitglieder und der Information über unsere Arbeit zu gemeinsamen Aktivitäten überzugehen. So fand im November 2002 ein Symposium der Vereinigung in Kooperation mit der Sozietät zum Thema „Globalisierung aus

weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Sicht“ statt, das sich mit dem Schlussbericht der Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ des Deutschen Bundestags vom 13.5.2002 befasste. In einer interessanten und kontroversen Debatte ging es um die Phase der weltweiten Vergesellschaftung von Arbeit, Produktion und Reproduktion mit kaum übersehbaren Konsequenzen. Die Entwicklung qualitativ neuer Produktivkräfte, die Bildung entsprechender Produktionsverhältnisse, die Forderungen nach fördernden Rechtsnormen in den Auswirkungen auf Weltwirtschaft und Weltpolitik sind weiter zu analysieren. Eine weitere gemeinsame Veranstaltung fand in diesem Jahr zur Osterweiterung der Europäischen Union statt. Diese Zusammenarbeit ist konstruktiv zum gegenseitigen Nutzen fortzusetzen, da das wissenschaftliche Potenzial der Leibniz-Sozietät Möglichkeiten bietet, die Forschungen und internationalen Aktivitäten der IWVWW zu unterstützen, Ergebnisse von Recherchen auszutauschen, neue Fragen zu stellen und Antworten zu versuchen. In unserer Zeit der intensiven Entwicklung von Wissenschaft und Technik, wobei produktive und destruktive Kräfte entstehen, sind die Gefahrenpotenziale in gemeinsamer Arbeit genauer zu bestimmen und Humanpotenziale aufzudecken.

Mit der Bildungsakademie der Volkssolidarität Berlin gibt es inzwischen langjährige gute Beziehungen. Ihr Beirat nutzt Potenzen der Sozietät für ihre Bildungsarbeit ausgezeichnet. Seine Linie besteht darin, Interessierten geistige Nahrung zum Weiterdenken zu vermitteln, damit der Verstand nicht einrostet. Unsere Aufgabe ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So entstand ein Bündnis für Bildung, von dem wir nur hoffen können, dass es weiter so wirksam wie bisher ist.

Eine andere Möglichkeit für Kooperationsbeziehungen ergibt sich aus dem Anliegen der Musikakademie Rheinsberg, einer Fortbildungs- und Begegnungsstätte im Land Brandenburg, geförderte Bundes- und Landesakademie, mit uns über das Wechselverhältnis von Kunst und Wissenschaft als einem wesentlichen Moment der Kulturentwicklung, zusammenzuwirken. Bei einem ersten Besuch ging es um eventuelle Bezugspunkte. Dabei sind keineswegs nur die Kunstwissenschaftler der Sozietät angesprochen. Die engagierten jungen Künstler aus dem In- und Ausland, die sich in workshops bei der Vorbereitung auf die Uraufführung von Werken mit den inhaltlichen Problemen ihrer Stücke auseinandersetzen und generell wissbegierig sind, suchen nach Einsichten in die historischen Hintergründe, in die aktuellen Dimensionen und in die Deutungsmöglichkeiten dessen, was Autoren und Komponisten vorgeben. Ein Stück über La Mettrie problematisierte die

Mensch-Maschine- und Mensch-Pflanzen-Beziehung und forderte eine Debatte zum Maschinenmenschen heraus. Die mathematische Aufteilung von bildender Kunst im Raum bei Henri Matisse führte zur Frage nach der Vergleichbarkeit oder adäquaten Umsetzungsmöglichkeit von Naturgesetzen in der Kunst. Die Information über die nächsten Projekte wird Grundlage für Überlegungen sein, wie wir den Wissensdurst der Teilnehmer an den workshops der Musikakademie stillen können.

Zur Effektivierung unserer Arbeit

Das Präsidium hat in mehreren Sitzungen auf der Grundlage eines Materials des Präsidenten und unter Berücksichtigung früherer Diskussionen Überlegungen angestellt, wie unsere Arbeit effektiver gestaltet werden kann. Dabei ist zu beachten:

1. Das Präsidium hat Entscheidungen zu treffen, die für die Erhöhung der wissenschaftlichen Reputation der Sozietät erforderlich sind und den guten Ablauf der Geschäfte garantieren. Die inhaltlichen und organisatorischen Koordinierungsaufgaben des Präsidiums sind jedoch stark angewachsen. Sie sind nur zu lösen, wenn der bisher erfolgreich beschrittene Weg weiter verfolgt wird, mehr Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen.
2. Durch Beratungsgremien sind Beschlüsse vorzubereiten. Vordiskussionen können zu klar formulierten Fragen oder Alternativangeboten für den Entscheidungsprozess führen. Dabei wirken mehr Mitglieder an der Vorbereitung von Entscheidungen mit.
3. Unbedingt ist die Verjüngung der Leitung vorzubereiten. Die Erfahrung älterer, auch der aus belastenden Funktionen ausscheidenden Mitglieder können in Beratungsgremien weiter genutzt werden. Zwar ist die stärkere Beteiligung der im Berufsleben stehenden Mitglieder anzustreben, dennoch wird die Hauptlast der Koordinierungsarbeit weiter bei denen liegen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und emeritiert sind. Es gibt keine Altersgrenze für die weitere aktive Mitarbeit. Mit den aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitgliedern ist über ihre mögliche aktive Teilnahme an der Leitungsarbeit zu sprechen. Da die Gremien nicht zu oft tagen, sind auch Mitglieder gefragt, die nicht im Berliner Raum wohnen. Diese können nicht die alltägliche Arbeit leisten, die zu bewältigen ist, sich jedoch zu konkreten Problemen und zu Grundsatzfragen äußern.
4. Die Anzahl der Kolloquien hat zugenommen. Damit ist die Möglichkeit gewachsen, mehr Mitglieder und Kooperationspartner mit Vorträgen zu hören. Das Spektrum unseres Wirkens wird so erweitert. Für alle Kollo-

quien gilt, dass Mitglieder oder Arbeitskreise bereit sind, die erforderliche organisatorische Arbeit durchzuführen. Sie tragen die volle Verantwortung für die inhaltliche Gestaltung und erhalten Rat durch Gremien und Präsidium.

5. Die Geschäftsprobleme (Organisation, Finanzen, Briefverkehr u.a.) werden umfangreicher. Das Bemühen um finanzielle Unterstützung und eine Geschäftsstelle gehen weiter, doch ist in absehbarer Zeit nicht mit einer befriedigenden Lösung zu rechnen. Wir müssen deshalb auf ehrenamtliche Arbeit und die Einbeziehung weiterer Mitglieder in die Geschäfte der Sozietät setzen, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.

Konsequenzen, die sich aus diesen prinzipiellen Erwägungen ergeben, sind diskutiert worden. Die Programmkommission unter Leitung von Wolfgang Küttler und Gisela Jacobasch wird sich mit inhaltlichen Grundlinien unserer Arbeit befassen. Es sind Fachgebietsprecher in den Klassen zu benennen, die in der Kommission mitarbeiten, um die interdisziplinäre Arbeit unserer Akademie zu fördern. Wir haben gute Erfahrungen mit der Einladungskommission. Leider befand sich in diesem Jahr keine Frau auf der Wahlliste. In der Zukunft sollten ausgewiesene Wissenschaftlerinnen zur Mitarbeit herangezogen werden, um ihre Zuwahl zu ermöglichen. Die Vorbereitung des Leibniztages erfolgte durch die entsprechende Kommission auf der Grundlage eines Terminplans, womit frühere Koordinierungsprobleme nicht auftraten. Der Klärungsprozess im Präsidium wird weiter geführt, um eine Lösung für die Geschäftsstelle zu erreichen. Es gibt erste Überlegungen, wie Belastungen des Schatzmeisters und Sekretars Wolfgang Eichhorn, die zu hoch sind, abgebaut werden können. Ich danke ihm, dem Vizepräsidenten, den Klassensekretaren und allen Mitgliedern des erweiterten Präsidiums für die aktive Arbeit in ihrem Verantwortungsbereich. Ohne diese oft aufwendige Arbeit, die mit Hingabe und Kreativität durchgeführt wird, könnte unsere Sozietät nicht existieren. Ich betone das, weil jeder Vorschlag für zusätzliche Aktivitäten mit dem Hinweis verbunden sein sollte, wer sich dafür engagieren wird. Danken möchte das Präsidium allen denen, die mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung von wissenschaftlichen Kolloquien und Sitzungen der Arbeitskreise eine umfangreiche Arbeit leisten, die von anderen Mitgliedern meist nur durch die Berichte in „Leibniz-Intern“ zur Kenntnis genommen werden kann.

Der Verantwortliche für Publikationen im Präsidium, Wolfdietrich Hartung, hat uns auf neue Möglichkeiten hingewiesen, wie Fixierung, Bewah-

zung und Verbreitung von gesellschaftlich relevanten Ideen und von Wissen durch neue Kommunikationstechniken erfolgen könnte, denn die elektronische Speicherung von Texten gestattet eine vielfältigere Bearbeitbarkeit und neue Formen der visuellen Präsentation. Informationen über uns und unsere Arbeit sind durch „Leibniz Intern“, durch die „Sitzungsberichte“ und die „Abhandlungen“ sowie die Homepage zu bekommen. Wir wollen daran festhalten, diese Formen jedoch, soweit möglich, effektiver gestalten. Den größten Teil der finanziellen Mittel gibt die Sozietät für Publikationen aus. Doch die Hauptarbeit ist ehrenamtlich. Sie ist mühsam und aufwendig. Allen, die sich daran beteiligen, gilt unser Dank.

Über weitere Vorschläge ist nachzudenken. So könnten in einem Jahrbuch sämtliche Aktivitäten nachgewiesen werden, also die Materialien des Leibniztages, alle Klassen- und Plenarvorträge in Form von Kurzmitteilungen, die durchgeführten Kolloquien, andere Vorträge von Mitgliedern und weitere Aktivitäten. Eine Online-Zeitschrift, die bei Bedarf untergliedert werden könnte, nähme vollständige Versionen der Vorträge in Klassen und Plenum auf. Eine interessierte Öffentlichkeit hätte zu den Beiträgen relativ leichten Zugang, Werbung und Aufbereitung vorausgesetzt. Wer bereit wäre, an solchen Aktivitäten teilzunehmen, sollte sich beim Präsidium melden.

Völkerrecht und Irakkrieg

Der Irakkrieg hat Mitglieder unserer Sozietät und viele Menschen in der Welt bewegt. Die Rechtfertigungen dafür reichten von Bedrohungen mit Massenvernichtungswaffen über den Kampf gegen den Terrorismus bis zur Beseitigung des Verbrecherregimes von Saddam Hussein als Befreiung der irakischen Bevölkerung. Selbst Verantwortliche stellen sie nun teilweise als vorgeschoben gegenüber den Ressourcen- und Machtinteressen hin. Die Folgen des Krieges für Beteiligte, Kritiker des Vorhabens und die Weltordnung sind bisher schwer abzuschätzen. Um sie geht es, wenn Wissenschaftler sich damit befassen. Unserer Akademie, der Erkenntnissuche und Humanität verpflichtet, kommt es nicht zu, im politischen Streit, der meist emotional aufgeladen ist, einseitig Partei zu ergreifen. Doch jede politische Handlung ist Material wissenschaftlicher Analysen und fundierte Politikkritik ist unsere Aufgabe. So wird uns, wie andere, das Verhältnis von Völkerrecht und Irakkrieg weiter beschäftigen.

Stellungnahmen dazu gab es viele und unterschiedliche. In einem Essay mit dem Titel „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“ haben der deutsche Philosoph Jürgen Habermas, der noch den Kosovokrieg befürwortete,

und sein französischer Kollege Jacques Derrida einen Gegenvorschlag zum Brief der acht Regierungen vom 31.1.03, in dem sie die Außenpolitik der USA und den Irakkrieg unterstützten, vorgelegt. Sie betrachten Demonstrationen gegen den Irakkrieg als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit, die in die Geschichtsbücher eingehen könnte und fordern die außenpolitische Erneuerung Europas, verbunden mit einer kulturellen Vision. „Uns allen schwebt das Bild eines friedlichen, kooperativen, gegenüber anderen Kulturen geöffneten und dialogfähigen Europas vor.“⁶ Sie meinen: „Kein Zweifel, die Macht der Gefühle hat Europas Bürger gemeinsam auf die Beine gebracht. Aber gleichzeitig hat der Krieg den Europäern das längst angebahnte Scheitern ihrer gemeinsamen Außenpolitik zum Bewußtsein gebracht.“⁷ Beide Denker vertrauen auf die Kernländer der EU, die ihre eigenen Interessen zu definieren hätten und von denen eine Sogwirkung auf die anderen ausgehen könne. Daraus leiten sie ab: „Europa muß sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren“⁸. Das ist sicher bedenkenswert. Es ist jedoch fraglich, ob das „alte Europa“, das sich gerade aufmacht, die Widersprüche zwischen inneren und äußeren Interessen durch die Aufnahme neuer Mitglieder in die Union nur noch zu inneren zu machen, zur geforderten gemeinsamen Außenpolitik finden kann, mit der die genannte Aufgabe zu erfüllen wäre.

Bestimmt hat jedes Mitglied unserer Sozietät eigene Analysen und Überlegungen angestellt. Der angesprochene Streit über die internationale Ordnung ist nicht zu Ende. Wer wird demnächst zum aktuellen Angriffsziel eines weiteren Präventivkrieges? Gibt der militärische Erfolg dem Sieger Recht? Was ist das Ziel solcher Kriege? Wie wird das Völkerrecht sich gestalten? Die menschenverachtende Despotie von Saddam Hussein war zu verurteilen, doch es führt zu einer qualitativen Veränderung des vorhandenen Völkerrechts, wenn ohne UNO-Mandat, unter Ausschaltung des Sicherheitsrats und unter Brückierung seiner Mitglieder sowie unter Missachtung massenhafter Proteste, die USA, Großbritannien und ihre Verbündeten einen Präventivkrieg zum Sturz eines Regimes in einem Land führten, das selbst Mitglied der UNO ist. Wir werden, wie es uns zukommt, *sine studio et ira*, die Lage analysieren, mögliche Konsequenzen bedenken und Folgerungen für unsere Arbeit ziehen. Ein vorgesehener Plenarvortrag zur Entwicklung des

6 Jacques Derrida, Jürgen Habermas, Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.05.03

7 Ebd.

8 Ebd.

Völkerrechts zu Beginn des 21. Jahrhunderts bietet die Möglichkeit, solche Ereignisse in umfassendere Zusammenhänge einzuordnen.

Wie weiter?

Wissenschaft kennt keinen Stillstand. Wir stehen stets vor neuen Fragen, auf die Antworten zu suchen sind. Dafür nutzen wir das interdisziplinäre geistige Potenzial unserer Sozietät. Wir arbeiten, um Wissenschaft zu fördern, unsere Sozietät zu stärken und ihre wissenschaftliche Reputation weiter zu erhöhen. Dabei wird uns die Initiative des Stiftungskuratoriums inhaltlich und organisatorisch weiter beschäftigen. Es sind die Arbeiten zu aktuellen Forschungen zusammenzufassen, um die Vielfalt der Aktivitäten unserer Mitglieder der Öffentlichkeit vorzustellen.

Nachdem das in Aussicht genommene Regionalzentrum der Leibniz-Sozietät in Augustusburg mit dem LIFIS institutionalisiert ist, der Arbeitskreis Toleranz im Gebiet Oberhavel wirkt, taucht die Frage auf, ob es nicht, in Kooperation mit Instituten und Einrichtungen anderer Regionen, möglich ist, Zentren für Vorträge und Begegnungen mit jungen Wissenschaftlern aufzubauen. Das wäre eine Erweiterung unseres Wirkungsbereichs und die Verwirklichung der Idee neuer, vom Präsidium unterstützter, Regionalzentren der Sozietät. Überlegungen dazu gab es schon früher. Inzwischen sind neue Erfahrungen gesammelt. Der Vorschlag unseres Mitglieds Günter Köhler, in Jena zu prüfen, ob die dortigen Mitglieder der Sozietät eine Veranstaltungsreihe der Sozietät entwickeln könnten, geht in diese Richtung. Unter Nutzung der Kapazitäten des von Herrn Köhler initiierten und geleiteten Instituts für Fügetechnik und Werkstoffprüfung könnten in Vorträgen und Begegnungen Mitglieder der Sozietät vor interessiertem Publikum über ihre Forschungen, Erkenntnisse und Einsichten berichten. Das wäre eine gute Möglichkeit, jüngere Wissenschaftler mit dem Wirken der Sozietät vertraut zu machen. Klar ist dem Präsidium, dass, bei finanzieller Absicherung durch eine Einrichtung, eine kleine Gruppe von Initiativmitgliedern sich mit der Organisation einer solchen Reihe vor Ort befassen müsste. Die Unterstützung des Präsidiums kann ich zusichern. Mitglieder, die bereit sind, dort aufzutreten, gibt es in beiden Klassen. Es wäre für die Sozietät wichtig, wenn wir Regionalzentren entwickelten, um unseren Anspruch, als gesamtdeutsche und internationale Gelehrtenvereinigung über Berlin hinaus zu wirken, deutlich zu machen.

Wir werden weiter konsequent unseren Kurs verfolgen, durch wissenschaftliche Leistungen den Anspruch als Wissenschaftsakademie zu erfüllen, uns durch Zuwahl exzellenter Mitglieder zu erweitern, zu verjüngen und ar-

beitsfähig zu erhalten. Das ist möglich, wenn wir immer mehr Mitglieder in die aktive Arbeit einbeziehen. Dazu wünsche ich uns allen viel Erfolg.

Nachrufe für verstorbene Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät

Die Festversammlung zum Leibniztag 2003 gedachte der seit dem letzten Leibniztag verstorbenen Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät sowie der verstorbenen Mitglieder der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR, von deren Ableben sie Kenntnis erhielt:

Gerhard Montag

* 27. 07. 1929 † 17. 08. 2002 in Neuenhagen

Am 17. August 2002 verstarb Gerhard Montag in Neuenhagen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1970, geb. am 21.7.1929 in Mühlhausen/Thür.

Gerhard Montag durchlief wie viele seiner Altersgenossen nach dem 2. Weltkrieg eine wechselvolle Geschichte: Unmittelbar nach dem Krieg schlug er sich mit verschiedenen Gelegenheitsarbeiten durch, um dann in der Elektromotorenfabrik Wernigerode eine Lehre als Elektromaschinenbauer zu absolvieren. 1949-51 besuchte er die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle. Dem schloss sich 1951-56 das Studium in der Fachrichtung Fertigungstechnik an der Technischen Hochschule Dresden an.

1956-63 war er am Institut für Fertigungstechnik der TH Dresden als wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent für das Fachgebiet Umform- und Zerteiltechnik tätig. In dieser Zeit entwickelte Gerhard Montag eine umfangreiche wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Industriebetrieben des Kraftfahrzeug- und Elektromaschinenbaus, die für die TH Dresden beispielhaft war. Dabei ging es um die Weiterentwicklung, Erprobung und Praxiseinführung von Verfahren und Werkzeugen der Umform- und Zerteiltechnik zur Verbesserung der Materialökonomie und Produktivität.

1964 wurde Gerhard Montag zum Dozenten und 1967 zum Ordentlichen Professor für Spanende Formung an die Technische Hochschule Otto-von-Guericke in Magdeburg berufen. Dort setzte er die in Dresden gewonnenen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Industriebetrieben um und orientierte die Forschungsarbeiten auf die Untersuchung der Zusammenhänge zwi-

schen mechanischer und thermischer Belastung spanender Werkzeuge, des Standzeitverhaltens neu entwickelter Schneidstoffe sowie auf Berechnungsverfahren zur Optimierung der Standzeiten spanender Werkzeuge. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind in den 1980er Jahren in das Forschungsprojekt „Schnittwertspeicher Magdeburg“ eingeflossen.

Auf Grund seiner Querschnittserfahrungen in Technologie, Werkstoffkunde und Messwesen war Gerhard Montag für prognostische Untersuchungen prädestiniert. Diese entwickelte er federführend und treffsicher zunächst an der TH Magdeburg und seit 1969 als Leiter des Zentralen Arbeitsstabes Prognose beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Folgerichtig wurde er zum Stellvertreter des Ministers für Wissenschaft und Technik berufen.

Gerhard Montag besaß einen klaren Blick für das Wesentliche, einen kritischen Verstand, verbunden mit fundierten Kenntnissen und einem sicheren Gefühl für das Mögliche. Besonders für Probleme, die anderen schon nicht mehr lösbar schienen, hat er sich eingesetzt und oftmals den kaum erwarteten Erfolg unter Einsatz seiner ganzen Person erkämpft. In zahlreichen, z.T. harten Diskussionen vor allem in den Klassen Physik, Werkstoffwissenschaften und Technikwissenschaften der Akademie der Wissenschaften sowie den entsprechenden Gruppen des Forschungsrates hat Gerhard Montag maßgeblich geholfen, richtige Ziele der Forschung herauszuarbeiten und die dafür nötigsten Mittel beschaffbar zu machen. Das dabei erreichte Niveau in der Forschung war für viele Gruppen entscheidend für ihr Überleben nach der Wende.

Gerhard Montag war lebensbejahend und optimistisch, stets hilfsbereit und verständnisvoll für die Probleme seiner Mitmenschen, ehrlich und offen, gerecht und korrekt. Bescheidenheit prägte seine Persönlichkeit ebenso wie sein leidenschaftlicher Einsatz für den Versuch des Aufbaus einer Gesellschaft in Frieden und sozialer Gerechtigkeit. So ist es verständlich, dass ihn die nach der Wende widerfahrene Ignoranz seines wissenschaftlichen Strebens, seiner Leistungen und seiner Verdienste bis zuletzt psychisch schwer belastete.

Über die Leibniz-Sozietät hinaus werden viele Kolleginnen und Kollegen Gerhard Montag in der besten Erinnerung behalten.

Günter Albrecht, Prof. Dr. Karl-Heinz Tempelhof, Dr.Dr.h.c. Herbert Weiz

Helmut Thiele

* 20. 06. 1926 † 10. 01. 2003 in Köln

Helmut Thiele wurde am 20. Juni 1926 in Saratoga Krs. Ost-Sternberg geboren und verstarb am 10. Januar 2003 in Köln. Er war Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften seit 1971 und Ordentliches Mitglied seit 1978.

Die wissenschaftlichen Leistungen Helmut Thieles überdecken den Bereich der mathematischen Logik und der Grundlagen der Mathematik der Automaten- und Algorithmentheorie, der Syntax und Semantik formaler Sprachen, der Informationstheorie, der Erkennungs- und Komplexitätstheorie sowie der unscharfen Logik (fuzzy logic). Mit dieser Breite des wissenschaftlichen Profils war Helmut Thiele einer der wenigen Forscher, die wesentliche Resultate an der Grenze zwischen Mathematik und Informatik erzielten.

Helmut Thiele wirkte als Universitätsprofessor an der Humboldt-Universität in Berlin, in Jena, Kiew und Kuwait. Seit 1991 arbeitete er am Fachbereich für Informatik an der Universität Dortmund.

Als Schüler von Akademiemitglied Karl Schröter arbeitete er an der Humboldt-Universität auf dem Gebiet der mathematischen Logik. Glanzstück dieser Periode ist seine Monographie „Wissenschaftstheoretische Untersuchungen in algorithmischen Sprachen“. Die Bedeutung der Ergebnisse dieser Arbeit für die Theorie der Programmiersprachen wurde erst später erkannt und führte zu einem nachhaltigen internationalen Echo.

Unter den automatentheoretischen Arbeiten sind vor allem Thieles Arbeiten zur Theorie der stochastischen Automaten zu nennen. Thiele war einer der Begründer dieser Richtung der Automatentheorie.

Im Anschluss an diese Arbeiten widmete sich Thiele unterschiedlichen Problemkreisen. Gemeinsam mit E. Lüdde verfasste er einen Anhang der bekannten Monographie von C. F. Picard zur Theorie der Fragebogen. In diesem Anhang wird eine allgemeine Theorie interpretierter Fragebogen entwickelt, die die Schwierigkeiten überwindet, die auftreten, wenn man in der Picardschen Theorie Graphen mit Zyklen und Kreisen betrachtet.

Beachtung fanden Thieles Arbeiten zur Informationstheorie. Durch eine Präzisierung des Informationsbegriffes, die dadurch gewonnen wurde, dass ein Vorschlag von K. Steinbuch formalisiert werden konnte, gelang Thiele eine Definition einer verallgemeinerten Kolmogoroffschen Entropie, die die klassische Shannonsche Entropie als Spezialfall enthält.

Auf der Basis einer sehr engen interdisziplinären Zusammenarbeit mit den Psychologen der Humboldt-Universität um Friedhart Klix entwickelte Thiele auf gruppentheoretischer, grammatiktheoretischer und automatenthe-

oretischer Grundlage verschiedene Vorschläge für Kompliziertheitsmaße endlicher Objekte.

Er entwickelte ein allgemeines mathematisches Modell zur Beschreibung von Identifizierungs- und Erkennungsprozessen und deckte die Beziehungen dieses Modells zur klassischen Theorie der Identifizierungsexperimente an abstrakten sequentiell arbeitenden Automaten auf.

Durch Verwendung von Ideen, die aus der Parallelprogrammierung stammen, gelang es Thiele, ein graphentheoretisches Modell zur Beschreibung von Klassifizierungsprozessen bei nichtdisjunkten Systemen von Klassen zu entwickeln. Die darauf aufbauenden Untersuchungen zur Präzisierung des intuitiven Begriffs „Rechercheprozess“ fanden in der Informationsverarbeitung Beachtung.

Helmut Thiele gehörte zu den Glücklichen, die auch nach der Abwicklung der DDR-Elite einen wissenschaftlichen Wirkungskreis fanden. Die Universität Dortmund gab ihm eine neue wissenschaftliche Heimstatt, an der er weitgehend auf dem Gebiet der unscharfen Logik (fuzzy logic) wirken konnte. Seine Arbeiten auf diesem Gebiet haben ihm weltweite Anerkennung verschafft.

Thiele verstand es, bekannte Resultate mit neuen Ideen zu innovativen Theorien zu kombinieren. Er besaß die Fähigkeit, sich für neue wissenschaftliche Konzepte zu interessieren und andere mit diesem Interesse und seiner Begeisterung anzustecken. Seine wissenschaftliche Ausstrahlung spiegelt sich in einer größeren Zahl von Gemeinschaftsarbeiten wider und ist durch die von ihm aufgebauten Forschungsgruppen in Jena und Berlin belegt.

Neben seiner verdienstvollen Tätigkeit als Herausgeber bzw. Mitherausgeber insbesondere zahlreicher Übersetzungen hat Thiele mit der Gründung und Herausgabe der Zeitschrift „Elektronische Informationsverarbeitung und Kybernetik“ (gemeinsam mit W. Kämmerer) ein Publikationsorgan geschaffen, das sich unter seiner Leitung schnell zu einem internationalen Forum für die mathematischen Grundlagen der Informationsverarbeitung entwickelte.

Lothar Budach

Georg Knepler

* 21. 12. 1906 † 14. 01. 2003 in Berlin

In dem Musikwissenschaftler Georg Knepler verlor die Leibniz-Sozietät am 14. Januar 2003 ihren Nestor. Er wurde am 21. 12. 1906 in Wien geboren, wo er auch seine berufliche Laufbahn begann. Sie galt anfangs der musikalischen

Praxis, wurde aber durch ein musikwissenschaftliches Universitätsstudium ergänzt, das 1931 mit der Promotion über „Die Form in den Instrumentalwerken Johannes Brahms“ abschloss. Seit 1949 lebte Knepler in Berlin, wo ihn die Akademie der Wissenschaften 1964 zu ihrem Ordentlichen Mitglied wählte. Er erlitt nicht nur in besonderem Maße den Geschichtsverlauf im zurückliegenden Jahrhundert, sondern trachtete immer wieder, aktiv in ihn einzugreifen. Vor allem trug er wesentlich zu einer auch fachübergreifend und international beachteten Weiterentwicklung seiner Wissenschaftsdisziplin bei.

Nachdem Georg Knepler u. a. als Pianist Karl Kraus bei dessen „Vorlesungen“ der Opern von Jacques Offenbach begleitet hatte, worüber er später eine eingehende Untersuchung publizierte, arbeitete er sowohl mit Arbeiterchören, als auch in Berlin mit dem Komponisten Hanns Eisler zusammen und setzte das in England fort, wohin er 1934, als Kommunist und Jude doppelt verfolgt, aus Deutschland wie aus Österreich emigrieren musste. 1946 wurde er Kulturreferent der KPÖ in Wien. Von 1950 bis 1959 trug er als Rektor der Hochschule für Musik in Berlin zu einer veränderten Ausbildung des Musikernachwuchses entsprechend der neuen kulturellen Bedürfnisse bei.

Ab 1959 konnte er sich ganz der Musikwissenschaft widmen, die in England fortgesetzten Studien weiterführen und als Direktor des musikwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität bis zur Hochschulreform gemeinsam mit dem Komponisten und Musikhistoriker Ernst Hermann Meyer, der gleichfalls in der englischen Emigration gewesen war, die Lehre und Forschung auf marxistische Grundlagen stellen.

Seine zweibändige „Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts“ (1961) erhellte auf neue Weise Zusammenhänge einer speziellen künstlerischen Praxis mit sozial- und ideengeschichtlicher Entwicklung. Die Zusammenführung musikästhetischer und musikhistorischer Fragestellungen vertiefte Knepler in der Folgezeit, um die „Geschichte als Weg zum Musikverständnis“ (so der Titel seines zweiten Hauptwerks zur Theorie, Methode und Geschichte der Musikgeschichtsschreibung, 1977) nachzuweisen. In einer ungewöhnlich weit ausgreifenden und intensiven interdisziplinären Nutzung von neuesten Erkenntnissen sowohl geistes- und sozialwissenschaftlicher, als auch bio- und naturwissenschaftlicher Disziplinen ermittelte er die spezifischen Mittel, die der Musik eigen sind, um nicht nur Emotionen hervorzurufen, sondern auch Aussagen über die Realität zu machen. Die Genese dieser Leistungsfähigkeit klanglicher Ereignisse verfolgte er zurück bis ins Tier-Mensch-Übergangsfeld der Entwicklung und zog dazu auch die Erkenntnisse der Ethnomusikologie und der Erforschung von Volksmusik oder traditioneller

Musik heran. Dieser dialektisch-materialistische methodologische Fortschritt und die Gegenstandserweiterung der Musikwissenschaft vollzog sich in einer ergiebigen Zusammenarbeit mit fähigen Schülern und Mitarbeitern, die er für solches Vorgehen begeistert hatte. Sie wie auch Vertreter benachbarter Disziplinen dankten es ihm u. a. in Ehrenkolloquien und Festschriften, deren Titel zugleich eine Bilanz seiner wissenschaftlichen Leistungen ergeben: „Mozart und die Ästhetik der Aufklärung“ (Akademie der Wissenschaften der DDR, 1986), „Musik/Revolution“ (3 Bände, herausgegeben von Hanns-Werner Heister, 1997) „Ästhetik und Urgeschichte“ (Leibniz-Sozietät, 1998).

Peter H. Feist

Werner Buckel

* 15. 05. 1920 † 3. 02. 2003 in Karlsruhe

Am 3. Februar 2003 verstarb Werner Buckel, Mitglied der Leibniz-Sozietät und Auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, im Alter von 82 Jahren.

Werner Buckel wurde am 15.05. 1920 in Nördlingen geboren. Nach dem Studium der Physik an den Universitäten Erlangen und Göttingen folgte 1948 die Promotion und 1954 die Habilitation in Göttingen. 1960 nahm er einen Ruf als Ordentlicher Professor und Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Karlsruhe an, dessen Leitung er bis 1985 innehatte. Darüber hinaus war er von 1970-72 Direktor des Instituts für Festkörperforschung an der Kernforschungsanlage Jülich.

Das wissenschaftliche Arbeitsgebiet Werner Buckels war vor allem der Physik der Supraleitung gewidmet. So fand er bei der Kondensation von Metaldämpfen auf sehr stark gekühlte Substrate z.T. drastisch erhöhte kritische Temperaturen. Die amorphe Struktur dieser Schichten wies er mit Elektronenbeugung nach und wurde damit zum Entdecker der amorphen Metalle. Weitere wichtige Arbeiten wie die über innere Spannungen, spezifische Wärme und andere Eigenschaften amorpher Folien fanden weltweit Beachtung. Untersuchungen von Supraleitern unter Druck und im Zwischenzustand trugen wesentlich zum Verständnis des Phänomens Supraleitung bei. Große Aufmerksamkeit fand die Herstellung von supraleitendem Palladium durch Implantation von Wasserstoff während seiner Jülicher Zeit, die auch zur Zusammenarbeit mit Günter Albrecht führte.

Die Ergebnisse seiner Forschungen weisen Werner Buckel als einen der international führenden Experten der Supraleitungsphysik aus. Folgerichtig

wurde ihm gegen starke Konkurrenz die Durchführung der 17. Internationalen Konferenz über Tieftemperaturphysik 1984 in Karlsruhe übertragen, an der über 1200 Fachkollegen teilgenommen haben. Darüber hinaus hat Werner Buckel vieles für die Propagierung der Supraleitung unternommen: z.B. durch Vorträge über den Josephson-Effekt, die Hochtemperatur-Supraleitung oder durch sein bekanntes Standard-Werk „Supraleitung: Grundlagen und Anwendungen“.

Werner Buckel war aber zugleich eine moralische Instanz: schon frühzeitig wandte er sich Fragen zur Verantwortung der Wissenschaftler zu. Er stellte Anwendungen der Kernenergie ohne inhärente Sicherheit energisch in Frage und förderte im Karlsruher Physikalischen Institut bereits ab Anfang der 80er Jahre Untersuchungen und Studien zu solarthermischen Kraftwerken. Dass (bis 1995) die Studie von H. Kalb und W. Vogel „Das Sunshine-Projekt“ ohne technische Resonanz in Deutschland geblieben war, hat ihn sehr geärgert.

Werner Buckel war Ehrendoktor der Universitäten Giessen und Göttingen sowie Mitglied von fünf europäischen Akademien. 1971 bis 1973 war er Präsident der Physikalischen Gesellschaft der BRD und 1986 bis 1988 Präsident der Europäischen Physikalischen Gesellschaft. 1990 wurde ihm das Verdienstkreuz 1.Klasse des Verdienstordens der BRD verliehen.

Die Physiker und die Leibniz-Sozietät haben mit Werner Buckel einen ihrer hervorragendsten Kollegen verloren, der durch die Lauterkeit seines Charakters, seine Liebenswürdigkeit, seine Diskussionsfreude und Offenheit für andere Argumente, aber auch durch seine Unbestechlichkeit prägend auf alle wirkte, die mit ihm zu tun hatten.

Günter Albrecht

Ilya Prigogine

* 25. 01. 1917 † 28. 05. 2003 in Brüssel

Ilya Prigogine wurde im russischen Revolutionsjahr in Moskau geboren. Seine Eltern emigrierten wenige Jahre später und lebten in den zwanziger Jahren einige Zeit in Berlin, wo Ilya die Schule besuchte und Deutsch lernte. Die Endstation der Emigration der Familie war Brüssel. Ilya Prigogine wurde belgischer Staatsbürger, seine Ausbildung, seine Karriere und viele Ehrungen, darunter auch die Verleihung des Adelstitels durch den König (1989), verdankte er Belgien, das er als seine neue Heimat akzeptierte und vertrat.

Prigogine studierte Chemie an der Freien Universität Brüssel, mit der er zeitlebens eng verbunden blieb. Die Stationen seiner Ausbildung waren: Ab-

schluss des Studiums der Chemie und Physik 1939 und Promotion in Chemie 1941.

Schon mit seinen ersten wissenschaftlichen Arbeiten nahm Prigogine die Tradition der großen belgischen Thermodynamikschule von DeDonder auf. Besonders deutlich wurde das in seinem frühen Buch mit Defay: „*Traité de Thermodynamique Conformément aux Méthodes de Gibbs et de DeDonder*“ (Liege, 1944).

Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel *Chemische Thermodynamik* 1962 in Leipzig und diente jahrzehntelang als Grundlage der Thermodynamik-Ausbildung von Physikern und Chemikern. Während dieses Buch, das von unübertroffener Klarheit ist, sich noch weitgehend an die Linien der klassischen Thermodynamik hält, schlägt Prigogine in seiner Dissertation: „*Étude Thermodynamique des Phénomènes Irréversibles*“ (Liege, Paris, 1947) ganz neue Wege ein und begründet damit die irreversible Thermodynamik. Die bearbeitete englische Übersetzung erschien 1954 unter dem Titel „*Introduction to Thermodynamics of Irreversible Processes*“ (Chicago, 1954) und wurde bald ins Russische, Serbo-Kroatische, Italienische und Spanische übersetzt.

Im Jahre 1951 wurde er zum ordentlichen Professor der Freien Universität Brüssel berufen und 1987 zum Ehrenprofessor.

Prigogines meistzitiertes Werk, „*The Molecular Theory of Solutions*“, gemeinsam verfasst mit Bellemans und Mathot, erschien 1957 in Amsterdam.

Damit wendete sich Prigogine der Statistischen Physik zu, die ihn immer fasziniert hat und die er in geschlossener Form in dem Buch „*Nonequilibrium Statistical Mechanics*“ (New York, 1962) darstellte. 1967 gründete Prigogine das Center of Statistical Mechanics and Thermodynamics Texas Austin und übernahm seine Leitung.

Eine nächste Schaffensperiode, die etwa ab 1968 zu datieren ist, stand unter dem Zeichen der Theorie der Selbstorganisation, der dissipativen Strukturen. Daraus resultierten Bücher mit Glansdorff und Nicolis, die in fast alle Sprachen übersetzt wurden.

Im Jahre 1977 wurde Prigogine mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet, Wenige Jahre später, 1980, wurde er zum auswärtigen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. In den 80er Jahren besuchte er mehrfach Berlin und unterhielt enge Kontakte zur Humboldt-Universität und zur Akademie. So hielt er 1982 und 1986 Vorträge auf Tagungen an der Humboldt-Universität. Weiter trug er im Januar 1989 im Berliner Max-von-

Laue-Kolloquium vor und hielt 1990 den Festvortrag zur Gründung des Institutes für Physik, das aus der bisherigen Sektion Physik hervorgegangen war.

In seiner letzten Schaffensperiode widmete sich Prigogine den allgemeinen Problemen von Zeit, Chaos, Irreversibilität und Naturgesetzlichkeit. Seine Bücher dazu sind von einem breiten Publikum studiert worden und haben das moderne Weltbild mitgeprägt.

Ilya Prigogine verstarb nach längerer schwerer Krankheit am 28. Mai 2003 in Brüssel.

Er gehörte zu den großen Naturforschern des 20. Jahrhunderts.

Werner Ebeling

Dr. phil. Manfred Günther

Am 26. März 2003 verstarb Dr. Manfred Günther im Alter von 72 Jahren in Berlin. Mit ihm verlieren wir einen Freund der Leibniz-Sozietät, einen liebenswerten Menschen, einen hochgeschätzten Kollegen und kreativen Wissenschaftsorganisator, der sein Leben und seine Tätigkeit vorbehaltlos in den Dienst der Wissenschaft, insbesondere der ökonomisch/technischen Sicherstellung der Forschung gestellt hat.

Manfred Günther hat nach Abschluss der Volksschule ein Studium an der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Chemnitz aufgenommen, das er anschließend an der Hochschule für Ökonomie in Berlin fortsetzte und 1959 als Diplomwirtschaftler abschloss. Trotz hoher fachlicher Belastung als Direktor des Bereiches Ökonomie und Technische Versorgung des Zentralinstituts für Organische Chemie hat er in bereits fortgeschrittenem Alter zu speziellen Problemen der Planwirtschaft in der DDR eine wissenschaftliche Arbeit angefertigt und vorgelegt, die Grundlage seiner Promotion an der Technischen Universität Dresden 1975 war.

Mit seinem Arbeitsbeginn an der Akademie der Wissenschaften der DDR hat er vor allem als Direktor dieses genannten Bereiches die Entwicklung und die Leistungsfähigkeit des Zentralinstitutes stark beeinflusst und mitgeprägt. Mit Sachkenntnis und einem ihm eigenen Gespür für das Notwendige und das Machbare hat er während der Akademiereform ganz entscheidenden Anteil an der Formierung des Zentralinstituts für Organische Chemie und am Aufbau eines leistungsfähigen ökonomischen Bereiches. Es ist vor allem seinem Engagement zu verdanken, dass sich dieser Bereich unter seiner Leitung zu einem effektiven und für die Forscher hilfreichen Dienstleistungszentrum entwickelt hat.

Neben seiner wissenschaftsorganisatorischen Tätigkeit hat er aktiv das gesellschaftliche Leben im Institut und weit darüber hinaus beeinflusst. Die von ihm organisierten Sport- und Institutsfeste, die Kinderferienlager und der Aufbau von Erholungseinrichtungen, trotz begrenzter Fonds, gehören zu den bleibenden Leistungen und Erinnerungen an Manfred Günther. Erwähnung verdient sein Engagement als Leiter des sportwissenschaftlichen Kabinetts beim SC Rotation Berlin. Unvergessen ist auch seine Tätigkeit als Organisator des weit über Berlin hinaus bekannten internationalen Handball-Neujahrsturniers in Berlin.

Vor neuen komplizierten Herausforderungen sah sich Dr. Manfred Günther durch den Zusammenbruch der DDR und die damit in Zusammenhang stehende Abwicklung der Akademieinstitute gestellt. Mit viel Mut, Energie und analytischem Verstand für die neue Situation, hat er in Zusammenarbeit mit der ehemaligen Leitung des Zentralinstituts für Organische Chemie maßgebliche Verdienste an der Erhaltung einer großen Zahl von Forscherkollektiven, die trotz positiver Evaluierung ausgegrenzt und abgewickelt worden wären. Durch die Gründung der WITEGA GmbH im Jahre 1992, deren Geschäftsführer Manfred Günther bis zu seinem Ableben war, haben viele von der Abwicklung betroffene Kollektive und Wissenschaftler auf dem Adlershofer Gelände eine stabile Basis für eine Weiterbeschäftigung gefunden. Es ist vor allem Manfred Günther zu verdanken, dass die WITEGA heute, 10 Jahre nach der Wende, eine stabile und geachtete Forschungseinrichtung auf dem Gelände der Adlershofer Forscherlandschaft ist und sich erfolgreich am hart umkämpften Markt bewährt. Mit der Gründung und Profilierung der WITEGA hat sich Manfred Günther bleibende Verdienste beim Erhalt von Forschungskollektiven und Arbeitsplätzen erworben.

Als Beispiel für die weit über seine eigentlichen Aufgaben hinausgehenden Interessen von Dr. Günther sind auch seine Bemühungen zu werten, die Entwicklung und die Leistungen der ehemaligen Akademieinstitute und bedeutender Wissenschaftler auf dem Adlershofer Gelände nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und für die Nachwelt zu erhalten. Mit der Herausgabe der „Adlershofer Blätter“, die hoffentlich eine Fortsetzung erfahren, hat er sich selbst eine bleibende Erinnerung geschaffen.

Sein Tod reißt eine große Lücke, die schwer zu schließen sein wird. Seine Menschlichkeit, sein kollegiales Verhalten zu seinen Mitarbeitern und Freunden wie sein ideenreiches Engagement für die Fortführung und Stabilisierung der von ihm initiierten WITEGA Forschungs-GmbH werden bei allen, die ihn kannten, in Erinnerung bleiben.

Siegfried Nowak

Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät

Das Plenum wählte auf seiner Geschäftssitzung am 15. Mai 2003 in geheimer Abstimmung 15 Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Leibniz-Sozietät. Die neuen Mitglieder wurden auf dem Leibniztag 2003 vorgestellt.

Prof. Dr. France Bernik, * 13.05.1927

Ljubljana; Literaturwissenschaft, slowenische Literatur im europäischen Kontext

Dr. sc. phil. Stefan Bollinger, * 30.08.1954

Berlin; Politikwissenschaften, Geschichte

Prof. Dr. Georg Bretthauer, * 25.10.1946

Karlsruhe; Meß- und Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Theodor Hellbrügge, * 23.10.1919

München; Medizin, Pädiatrie

Prof. Dr. Domas Kaunas, * 21.04.1949

Vilnius; Buchwissenschaft, Geschichte

Dr. phil. habil. Mario Kessler, * 04.05.1955

Berlin; Zeitgeschichte

Prof. Dr. Michael Köhler, * 19.01.1956

Ilmenau; Physikalische Chemie, Mikrosystemtechnik

Prof. Dr. Günter Krause, * 26.08.1943

Berlin; Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Vladilen Stepanovič Letochov, * 10.11.1939

Troizk, Moskovskaja obl.; Physik, Spektroskopie

Dr. Ing. habil. Ralph Lucke, * 26.04.1961

Miesbach; Werkstoffwissenschaften: Keramik

Prof. Dr. Rainer Mackensen, * 08.06.1927

Falkensee; Soziologie, Demographie

Prof. Dr. Bernd Ondruschka, * 28.07.1947

Leipzig; Technische Chemie, Umweltchemie

Prof. Dr. Peter Plath, * 27.03.1942

Langwedel; Physikalische und Theoretische Chemie

Prof. Dr. Herbert W. Roesky, * 06.11.1935

Göttingen; Anorganische Chemie

Prof. Dr. Peter Schneck, * 13.10.1936

Dresden; Geschichte der Medizin

Werner Ebeling

**Selbstorganisation – Entwicklung des Konzeptes und neue
Anwendungen**
Festvortrag auf dem Leibniztag 2003

Das Werden ist das Verschwinden von
Sein in Nichts und von Nichts in Sein
Georg W.F. Hegel

1. Was verstehen wir unter Selbstorganisation?

Der Begriff Selbstorganisation ist im letzten Vierteljahrhundert „in Mode“ gekommen, er wird jedoch bereits Anfang des 19. Jahrhunderts bewusst verwendet. Der Berliner Philosoph Schelling formuliert in seiner Philosophie der Natur: „Die Organisation aber produziert sich selbst, entspringt aus sich selbst, ...“. Schelling verwendet in diesem Zusammenhang das Wort Selbstorganisation. Hegel, ebenfalls an der Berliner Universität tätig, gebraucht diesen Terminus nicht, aber er entwickelt in seiner Dialektik verwandte Ideen, wie auch das obige Zitat zeigt.

Die moderne naturwissenschaftliche Begriffsbildung geht auf unser auswärtiges Mitglied Prigogine zurück, der Hegels Idee unter anderem in seinem Buch „Vom Sein zum Werden“ weiterentwickelt und auf festen naturwissenschaftlichen Boden stellt. Prigogine folgend ist das thermodynamische Nichtgleichgewicht die wichtigste Quelle von Ordnungsbildung in der Natur. Unser Mitglied Fuchs-Kittowski hat die Begriffe Strukturbildung und Selbstorganisation einander entgegengestellt. Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, im Bereich der Natur von „Strukturbildung“ und nur in komplexen Systemen des gesellschaftlichen Bereiches von „Selbstorganisation“ zu reden. Leider hat sich dieser durchaus sinnvolle Vorschlag nicht durchgesetzt. Unser Mitglied Haken hat den Begriff „Synergetik“ als neues Wissenschaftsgebiet eingeführt, das in umfassender Weise die Prozesse der Selbstorganisation behandelt. In

eigenen Arbeiten (Ebeling, 1976) haben wir folgende Definition von Selbstorganisation entwickelt:

„Der Begriff Selbstorganisation bezeichnet Prozesse, die weitab vom Gleichgewicht ablaufend, durch systemimmanente Triebkräfte zu komplexeren Strukturen führen“.

2. Die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung zur Selbstorganisation – der Beitrag von Prigogine

Als Pionier der naturwissenschaftlichen Untersuchungen zur Selbstorganisation kann man Helmholtz (Ordentliches Mitglied 1870) bezeichnen, der in seiner „Lehre von den Tonempfindungen“ wesentliche Grundlagen gelegt hat, die Rayleigh in seinem Werk „Theory of Sound“ weiterführte und ausbaute. Es verwundert heute, dass die Ursprünge der Idee so eng mit der Theorie der Tonbildung und damit den physikalischen Grundlagen der Musik verbunden waren. Der dritte bedeutende Forscher des 19. Jahrhunderts war der bedeutende französische Mathematiker Poincaré, ihm verdanken wir die mathematische Grundlegung der Theorie. Es bleibt der Hinweis, dass auch der große Boltzmann (OM 1888) ein lebhaftes Interesse für Selbstorganisation und Evolution gezeigt hat und bereits wesentliche qualitative Schlüsse ableitete. Die Entwicklung im 20. Jahrhundert können wir hier nur durch eine Liste großer Namen und stichwortartige Kommentierung der Leistungen repräsentieren:

Barkhausen entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts die Physik der selbsterregten Schwingungen (Barkhausen, 1907), die von Van der Pol ausgebaut wurde. Andronov begründete in den zwanziger und dreißiger Jahren eine bedeutende russische Schule der Theorie nichtlinearer Schwingungen. Hopf entwickelte in Leipzig die mathematische Theorie dazu, besonders in bezug auf Bifurkationen höherdimensionaler Systeme. Schrödinger (OM 1929) hat in seinem berühmten Buch „What is life“ die physikalischen Grundlagen für Prozesse der Ordnungsbildung in großer Klarheit herausgearbeitet. Seine qualitativen Ansätze werden kurze Zeit später von Prigogine (Auswärtiges Mitglied 1980) in eine quantitative Theorie umgesetzt (Prigogine, 1946). Mehr qualitativ sind wieder die Ansätze des österreichischen Biologen Bertalanffy, der Selbstorganisation der lebenden Materie beschreibt. Den bedeutenden russischen Forschern Kolmogorov (AM) und Bogoljubov (AM) verdanken wir wichtige Beiträge zu den mathematischen Grundlagen der Theorie. Lorenz studierte Anfang der 60er Jahre Selbstorganisation bei mete-

orologischen Prozessen und entwickelte grundlegende Ideen zum Begriff des Chaos. Ende der 60er greift Prigogine mit Glansdorff und Nicolis erneut das Problem der Prozesse weitab vom thermodynamischen Gleichgewicht auf und analysiert die vorliegenden Experimente, wie die Belousov-Zabotinsky-Reaktion. Im Resultat entstehen die Grundlagen der modernen Theorie der Selbstorganisation (Glansdorff & Prigogine, 1971; Nicolis & Prigogine, 1977). Auch die mathematische Analyse wird weiter verfolgt, wobei besonders die Leistungen von Shilnikov, Smale, Arnold, Moser, Sinai, Ruelle und Takens hervorzuheben sind. Klimontovich in Moskau formuliert die statistische Physik der offenen Systeme (Klimontovich, 1995) und unser Mitglied Haken entwickelt einen alternativen Zugang, der als neues Wissenschaftsgebiet „Synergetik“ große Beachtung findet (Haken, 1985).



*Abb. 1:
Ilya Prigogine (1917–2003) bei einem Vortrag 1995.*

Leben und Werk von Ilya Prigogine, unserem am 28.05.2003 in Brüssel verstorbenen auswärtigen Mitglied, wurde bereits in der am Leibniztag verlesenen Laudatio gewürdigt. Wir wollen daher hier auf die wichtigsten Daten und Leistungen dieses bedeutenden Forschers und Begründers der modernen Theorie der Selbstorganisation nur noch kurz näher eingehen. Der am 25.01.1917 in Moskau geborene Forscher, emigrierte mit seinen Eltern erst nach Berlin und dann nach Brüssel. Er besuchte die Schule in Berlin und studierte Physik und Chemie an der Universität Brüssel, wo er 1939 diplomierte und 1941 promovierte. Er erhielt seine Ausbildung im Geiste der berühmten belgischen Thermodynamik-Schule von DeDonder. Sein erstes, gemeinsam mit Defay verfasstes Buch (1944) ist den Grundlagen der Thermodynamik nach Gibbs und DeDonder gewidmet, Generationen von Studenten der Physik und Chemie haben danach gelernt. Mit seinem zweiten Werk (1947) schlägt er schon einen ganz originellen neuen Weg ein und wird so zu einem

Begründer der Thermodynamik irreversibler Prozesse und der Theorie der Selbstorganisation, der er sich besonders in den 60er und 70er Jahren gemeinsam mit Glansdorff und Nicolis widmet. Seit 1951 war Prigogine als Professor für Physikalische Chemie an der Universität Brüssel tätig und seit 1977 auch als Leiter des „Center of Statistical Physics“ in Austin (Texas). Im Jahre 1977 wurde ihm der Nobelpreis für Chemie verliehen. Ilya Prigogine war nicht nur ein bedeutender Forscher sondern auch ein ausgezeichnete Lehrer und Vortragender. Dazu kommt, dass er eine hochgebildete Persönlichkeit und ein guter Freund war. Ilya Prigogine verstarb am 28.5.03 in Brüssel.

Die Akademie hat das Problem der Selbstorganisation relativ früh als wichtig erkannt und in den Klassen und im Plenum behandelt. Als Beleg dafür sollen einige relevante wissenschaftliche Sitzungen erwähnt werden:

- Klasse Physik 04/77: Zur Theorie dissipativer Strukturen (W. Ebeling)
- Klasse Physik 05/77: Aktuelle Probleme der Statistischen Physik (OM G. Vojta)
- Klasse Physik 09/77: Stochastische Prozesse in dynamischen Systemen (AM N. N. Bogoljubow)
- PLENUM 01/81: Physikalische Prinzipien der Selbstorganisation und Evolution (KM W. Ebeling) .

Es bleibt zu erwähnen, dass die Akademie in den 80er Jahren H. Barkhausen, einen der Begründer der nichtlinearen Schwingungstheorie (Barkhausen, 1907) mit einem festlichen Kolloquium geehrt hat. Ilya Prigogine wurde 1980 als auswärtiges Mitglied zugewählt. Er hat in den 80er Jahren Berlin mehrfach besucht. In den Jahren 1982 und 1986 hielt er viel beachtete Vorträge auf Konferenzen der Humboldt-Universität und 1989 im Laue-Kolloquium der Akademie und der Physikalischen Gesellschaft der DDR. Bei der Gelegenheit wurden auch verschiedene Gespräche mit leitenden Mitgliedern der Akademie geführt; im Plenum und in den Klassen ist er leider nicht persönlich aufgetreten. Als ihm 1990 der damalige Berliner Wissenschaftssenator brieflich die Entlassung aus der Akademie mitteilte, äußerte er Befremden und Unverständnis. Sein letzter Besuch in Berlin fand 1990 statt. Als die Sektion Physik der Humboldt-Universität in ein Institut für Physik umgewandelt wurde, übernahm er den Festvortrag. Er äußerte die Sorge, dass bei den großen Transformationsprozessen in Osteuropa, die er grundsätzlich begrüßte, die Wissenschaft unter die Räder kommen könnte, eine Sorge, die sich dann als durchaus begründet erwies.

Wir ehren in Ilya Prigogine einen der ganz großen Vertreter der Naturwissenschaften des 20. Jahrhunderts. Er hat mit seinem Werk wesentlich zum

modernen Weltbild beigetragen. Die Akademiemitglieder werden sein Andenken in Ehren halten.

3. Beispiele von Selbstorganisation aus den Naturwissenschaften

Die ersten Beobachtungen von Prozessen der Selbstorganisation wurden in Strömungen von Gasen und Flüssigkeiten gemacht. Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert beobachtete Benárd, dass sich in einer Flüssigkeitsschicht, die von unten erhitzt wird, schöne hexagonale Strömungszellen ausbilden. Diese Strömungszellen werden generiert durch vertikale Temperaturgradienten, die einen kritischen Wert überschreiten müssen. Bei sehr großen Werten der Temperaturdifferenz zwischen unten und oben gehen die schönen regulären Zellen (Benárd-Effekt) bei einem kritischen Wert des Gradienten in Turbulenz über. Es erhob sich die Frage, ob die selbstorganisierten regulären Strömungen hier durch ungeordnete (turbulente) Strömungen abgelöst werden. Das entsprach lange Zeit der traditionellen Auffassung. Der russische Forscher Klimontovich, einer der Begründer der statistischen Theorie der Selbstorganisation entwickelte, unterstützt durch Prigogine, eine gegenteilige Auffassung: Turbulente Strömungen sind eine besonders hochentwickelte komplexe Form der Strukturbildung; in einer turbulenten Strömung bewegen sich Milliarden von Molekülen in kohärenter Weise, die Molekülbewegungen sind hoch korreliert (Klimontovich, 1995).

Beispiele für Selbstorganisation bei chemischen Prozessen sind die bei der Belousov-Zhabotinsky-Reaktion auftretenden Muster und Wellen. Ein älteres Beispiel sind die bekannten schönen Liesegangringe, die beobachtet werden, wenn bestimmte chemische Substanzen auf Filterpapier getropft werden. Ein Beispiel für eine physikalisch-chemisch und technisch relevante Selbstorganisation sind die elektrochemisch induzierten hydro-dynamischen Muster auf Elektroden, die unser neues Mitglied Peter Plath (Universität Bremen) kürzlich in einer Fachzeitschrift präsentierte.

4. Selbstorganisation, Chaos und II. Hauptsatz

Die oben dargestellten Beobachtungen verallgemeinernd kann man feststellen:

- Selbstorganisation ist das Gegenstück zu der in der Natur vorherrschenden Tendenz, die von molekularer Ordnung zur Unordnung führt.
- Chaotische molekulare Dynamik, die normalerweise zum Ausgleich führt, kann unter speziellen Bedingungen durch Selbstorganisation geord-

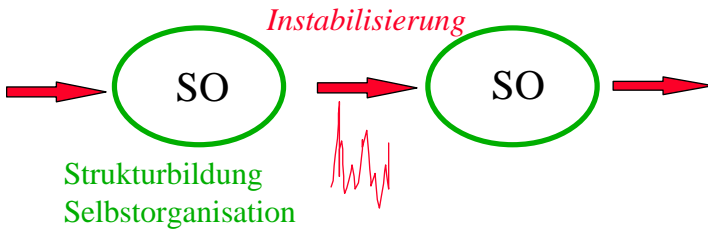
nete kohärente Strukturen generieren.

- Der II. Hauptsatz wird dabei nur scheinbar verletzt. Die entscheidende Idee von Prigogine ist, dass man den Austausch mit der Umgebung einbeziehen muss.
- In offenen Systemen erlaubt der 2. HS Strukturbildung, wenn wertvolle Energie importiert und Entropie exportiert wird. Das ist eine „conditio sine qua non“ für Prozesse der Selbstorganisation.

Die Bedeutung des Entropieexportes besteht darin, dass die unvermeidliche Entropie-Produktion aufgrund irreversibler Prozesse im Inneren des Systems kompensiert werden muss. Der notwendige Entropie-Export kann durch verschiedene Mechanismen realisiert werden. Unser Planet Erde realisiert den Entropie-Export über die sogenannte Photonenmühle Sonne-Erde. Weiterhin kann man folgende allgemeine Feststellungen treffen:

- Eine zentrale Bedeutung für Prozesse der Selbstorganisation spielt der Begriff des dynamischen CHAOS.
- Nach Poincare, Lorenz, Shilnikov und anderen kann nichtlineare Dynamik sehr komplizierte Trajektorien generieren.
- Die Bedingung für die Existenz von Chaos und komplexen Strukturen sind dynamische Instabilitäten.

Das Spektrum der selbstorganisierten Strukturen reicht von einfacher Ordnung bis zur Komplexität hoch-organisierter Systeme. Auch Evolutionsprozesse, die ja über den Rahmen der Physik hinausgehen, lassen sich in das Konzept der Selbstorganisation einbetten (Ebeling & Feistel, 1982, 1986; Dosi et al., 1988; Bruckner et al., 1989, 1990, 1996). Wir verstehen Evolutionsprozesse als praktisch unbegrenzte Folgen von Schritten der Selbstorganisation (Ebeling, Engel & Feistel, 1990). Dieses Schema wurde in Abb. 2 graphisch dargestellt. Das Auftreten von Innovationen auf der Ebene des Gesamtsystems ist immer mit der Destabilisierung eines bestehenden und Restabilisierung eines neuen Zustandes in einem weiteren Selbstorganisations-schritt verbunden (Abb. 2).



Evolution als Folge von Selbstorganisationsschritten

Abb. 2:
Schema von Evolutionsprozessen

Dieses Schema lässt sich nicht nur auf den Bereich der biologischen Evolution anwenden, sondern hat sich auch in anderen Bereichen, wie in der Theorie der Wissenschafts- und Technologie-Entwicklung bewährt (Bruckner, Ebeling & Scharnhorst, 1996; Ebeling, Karmeshu & Scharnhorst, 2001; Ebeling & Scharnhorst, 2003).

Es bleibt zu erwähnen dass das Konzept der Selbstorganisation inzwischen auch viele fruchtbare Anwendungen in der Technik, Ökonomie und in verschiedenen Gesellschaftswissenschaften gefunden hat (Dosi et al., 1988; Bruckner et al., 1989; 1992, 1996; Erpenbeck, 1993; Mainzer, 1997; Schweitzer, 1997; Helbing, 1997; Scharnhorst et al., 2000; Schweitzer, 2003). Eines der Hauptprobleme ist dabei die Beschreibung der Komplexität solcher Systeme.

5. Neue Forschungsrichtungen: Komplexe Systeme

Wenn man den Bereich der Physik und Chemie verlässt, und sich den Bio- und Gesellschaftswissenschaften zuwendet, trifft man häufig auf außerordentlich komplexe Strukturen. Für den Begriff „Komplexität“ gibt es sehr viele Definitionsansätze (Mainzer, 1997, 1999). Wir haben aus der Sicht der Selbstorganisationstheorie die folgende Definition gewählt (Ebeling, Freund & Schweitzer, 1998): „Als komplex bezeichnen wir (aus vielen Teilen zusammengesetzte) ganzheitliche Strukturen, die durch viele (hierarchisch geordnete) Relationen bzw. Operationen verknüpft sind.“ Ein Beispiel dafür sind ökologische Netzwerke (Abb. 3).

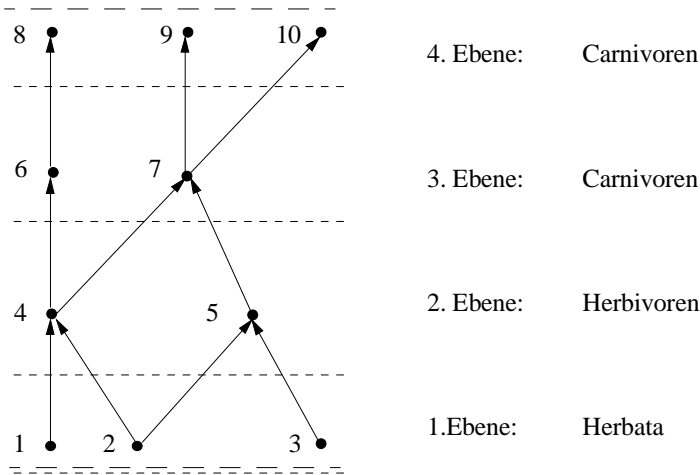


Abb. 3:
Komplexe hierarchische Struktur von Ökosystemen.

Ein sehr modernes Forschungsgebiet sind die sogenannten skalenfreien Netze (Katz, 1999; Jeong et al., 2000; Huberman, 2001; Bornholdt, 2002). Ein Netzwerk besteht, formal gesehen, aus Knoten und Verbindungen, auch Kanten genannt (Harary et al., 1965). Um herauszufinden, zu welchem Typ ein Netzwerk gehört, bestimmt man, mit wie vielen anderen Knoten ein Knoten im Durchschnitt verbunden ist. Daraus resultiert ein Verteilungsgesetz $P(k)$, das die relative Häufigkeit angibt, mit der Knoten mit k Kanten auftreten. Im Normalfall fällt die Häufigkeit mit k sehr rasch ab, z.B. einem Exponentialgesetz folgend. Wenn $P(k)$ als Funktion von k einem Potenzgesetz entspricht, d. h. nur sehr langsam mit k abfällt, wird das Netz als skalenfrei bezeichnet. Die auftretenden Exponenten des Abfalls heißen charakteristische Exponenten. Für Telefonnetze ist der Exponent 3, das heißt Knoten mit 2 Verbindungen sind 8 mal seltener als Knoten mit einer Verbindung, Knoten mit 3 Verbindungen sind 27 mal seltener. Für das Internet (gesehen als physikalisches Netz) ist der Exponent 2,5, für WWW-Seiten ergibt sich der Wert 2,3. Der SCI (Science Citation Index) hat den Exponenten 3. Zu den skalenfreien Netzen gehören auch die metabolischen Netze sowie die Protein-Netze in lebenden Zellen.

Unsere eigenen Arbeiten waren in den letzten Jahren auch einem sehr komplexen dynamischen System, den sogenannten aktiven Brownschen Teilchen gewidmet.

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde von dem Botaniker Brown entdeckt, dass sich Pollen in einer Flüssigkeit stochastisch bewegen. Unter dem Mikroskop sieht man eine erratische Zickzack-Bewegung. Einstein hat 1905 gezeigt, dass diese normalen Brownschen Teilchen ihre stochastische Bewegung nur den Stößen von Seiten des Lösungsmittels verdanken. Die neue Idee besteht nun darin, den Teilchen noch eine Energiequelle und einen Antrieb zu verleihen. Dadurch ergeben sich ganz neue, ziemlich komplexe dynamische Eigenschaften. Zu den Anwendungsfeldern gehören Staubplasma, die heute im Laboratorium (Melzer et al. 2001) und auch in internationalen Raumstationen untersucht werden (Fortov et al., 2002). Andere Anwendungsfelder liegen in der Verkehrsforschung (Helbing, 1997) und in der Biophysik (Ebeling et al. 1999; Erdmann et al., 2000). Viele Beobachtungen der kollektiven Bewegung von Daphnien, Insekten und Herdentieren haben gezeigt, dass es typische Bewegungsformen gibt (Okubo und Levin, 2001). Die Verallgemeinerung vieler Feldbeobachtungen zeigt, dass Schwärme folgende elementare Bewegungsmoden haben:

- Translationsmoden (geradlinige Bewegung)
- Rotationsmoden (Schwarmrotation)
- Amöben-Moden (dynamische Formänderung)

Es konnte gezeigt werden, dass das Modell der aktiven Brownschen Teilchen zur theoretischen Beschreibung solcher Phänomene beitragen kann (Schweitzer, 2003).

6. Zusammenfassung

- Forschungen zur Selbstorganisation, wesentlich gefördert durch unser AM Prigogine, haben unser Weltbild wesentlich erweitert und bereichert.
- Es gibt interessante neue Anwendungen, die von technologischen Problemen über die Informatik und Meteorologie bis zum Studium kohärenter Schwärmdynamik reichen.
- Die Leibniz-Sozietät war und ist mit ihren Mitgliedern aktiv an diesen Forschungen beteiligt.

Literatur

- Barkhausen, H.: Das Problem der Schwingungserzeugung, Hirzel, Leipzig, 1907
Bornholdt, S. (ed.): Networks, VCH Weinheim, 2002
Bruckner, E., Ebeling, W., Scharnhorst, A.: Stochastic dynamics of instabilities in evolutionary systems, Systems Dynamics Reviews 5 (1989) 176

- Bruckner, E., Ebeling, W., Scharnhorst, A.: The application of evolution models in scientometrics, *Scientometrics* 18 (1990) 23–41
- Bruckner, E., Ebeling, W., Scharnhorst, A.: Technological innovations – a self-organizational approach., *J. Evolutionary Economics* 6 (1996) 1
- Bruckner, E., Ebeling, W., Jiménez Montaña, M.A., Scharnhorst, A.: Nonlinear Stochastic Effects of Substitution – an Evolutionary Approach, *J.Evol.Econ.* 6 (1996) 1–30
- Dosi, G., Freeman, Ch., Nelson, R., Silverberg, G., Soete, L. (Eds.): *Technical Change and Economic Theory*, Pinter, London, 1988
- Ebeling, W.: *Strukturbildung bei irreversiblen Prozessen. Einführung in die Theorie dissipativer Strukturen*, Teubner-Verlag, Leipzig 1976, russ. Übers. Mir, Moskva, 1979
- Ebeling, W., Feistel, R.: *Physik der Selbstorganisation und Evolution*, Akademie-Verlag, Berlin, 1982, 1986
- Ebeling, W., Klimontovich, Y. u. L.: *Selforganization and turbulence in liquids*, Teubner-Verlag, Leipzig, 1984
- Ebeling, W., Engel, H., Herzel, H.: *Selbstorganisation in der Zeit*, Akademie-Verlag, Berlin, 1990
- Ebeling, W., Engel, A., Feistel, R.: *Physik der Evolutionsprozesse*, Akademie-Verlag, Berlin, 1990, russ. Übers. URSS, Moskva, 2001
- Ebeling, W., Feistel, R.: *Chaos und Kosmos, Prinzipien der Evolution*, Spektrum-Verlag, Heidelberg-Berlin-Oxford, 1994
- Ebeling, W., Freund, J. Schweitzer, F.: *Komplexe Strukturen: Entropie und Information*, Teubner-Verlag, Stuttgart-Leipzig, 1998
- Ebeling, W., Schweitzer, F., Tilch, B.: „Active Brownian motion with energy depots modelling animal mobility”, *BioSystems* 49, 17–29 (1999)
- Erdmann, U., Ebeling, W., Schimansky-Geier, L., Schweitzer, F.: „Brownian particles far from equilibrium“, *Eur. Phys. J.* 15, 105–113 (2000)
- Erpenbeck, J.: *Wollen und Werden*, Universitätsverlag, Konstanz, 1993
- Fortov, V.E., A.N. Nefedov and O.F. Petrov, *Physics – Usphekhi* 40, 1163 (1997)
- Glansdorff, P. and I. Prigogine: *Thermodynamical theory of structure, stability and fluctuations*, 1971
- Haken, H.: *Synergetik, Eine Einführung*, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York, 1978
- Haken, H.: *Information and Selforganization*, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York, 1988
- Harary, F., R.Z.Norman, R.Z., Cartwright, D.: *Structural Models*, New York, London, Sydney, 1965
- Helbing, D.: „Traffic Dynamics: New Physical Modeling Concepts”, Springer-Verlag, Berlin, 1997
- Huberman, B. A.: „The Laws of the Web. Patterns in the Ecology of Information”, The MIT Press, Cambridge, Mass., 2001

- Jeong, H., B.Tombor, R. Albert Z.N.Oltvai and A.-L. Barabasi, *Nature* 407 (London, 2000) 651
- Katz, J. S.: „The self-similar science system”, *Research Policy* 28 (1999) 501–517
- Klimontovich, Yu.L.: „Statistical physics of open systems”, Kluwer, Dordrecht, 1995
- Mainzer, K.: „Thinking in Complexity. The Complex Dynamics of Matter, Mind, and Mankind“, Springer-Verlag, Heidelberg, 1997
- Mainzer, K (Hrsg.): „Komplexe Systeme“, Springer-Verlag, Heidelberg, 1999
- Melzer, A., M. Klindworth und A. Piel, *Physica D* 87 (2001) 115002 .
- Newman, M.E.J.: „Models of the small world. A review”,
<http://xxx.lanl.gov/abs/cond-mat/0001118> (2000)
- Nicolis, G, Prigogine, I.: „Selforganization in nonequilibrium systems, From dissipative structures to order through fluctuations”, 1977
- Okubo, A., Levin, S.A.: „Diffusion and ecological problems: Modern perspectives“, Springer, Berlin, 2001
- Prigogine, I.: *Étude thermodynamique des phénomènes irréversibles*, Desoer, Liege, 1947
- Prigogine, I., Stengers, I.: „Das Paradox der Zeit. Zeit, Chaos und Quanten“. Piper-Verlag, Heidelberg-München, 1993
- Scharnhorst, A., Ebeling, W., Karmeshu: „Economic and technological search processes in complex adaptive landscapes”, *Adv. Complex Systems* 4 (2001) 71-88
- Schweitzer, F. (ed.): „Complex Structures by Self-Organization: From Individual to Collective Dynamics“, Gordon and Breach, London, 1997
- Schweitzer, F., Ebeling, W., Tilch, B.: „Complex motion of Brownian particles with energy depots”, *Phys. Rev. Lett.* 80 (1998) 5044–5048; *Phys. Rev. E* 64 (2001) 02110-1-12
- Schweitzer, F.: „Brownian agents“. Springer, Berlin, 2003

Helmut Böhme und Rolf Löther

Stellungnahme zur Gentechnik (Thesen)

Vorbemerkung:

Der Einsatz der Gentechnik in Industrie, Landwirtschaft und Medizin sowie damit verbundene Risiken und Chancen stehen seit einigen Jahren im Mittelpunkt einer mit Leidenschaft geführten öffentlichen Debatte. Die nachstehende Stellungnahme soll ein Beitrag zu dieser Debatte sein. Wir möchten damit zu ihrer Versachlichung und ausgewogener Urteilsbildung beitragen. Die Gentechnik-Debatte ist Teil einer umfassenderen Bioethik-Debatte. Unsere Stellungnahme bezieht sich jedoch ausschließlich auf die Gentechnik und nicht auf biomedizinisch-ethische Themen wie Stammzellen, reproduktives und therapeutisches Klonen oder Präimplantationsdiagnostik, die gesonderter Diskussion bedürfen. Es ist irreführend, wenn in den Medien auch bei diesen Themen von „Gentechnik“ die Rede ist.

Von Werner Scheler bekamen wir wertvolle Hinweise zum Entwurf der Stellungnahme. Das Präsidium der Leibniz-Sozietät hat den Entwurf auf seiner Sitzung am 13.03.2003 beraten. Wir danken ihnen für ihre Unterstützung. Hiermit unterbreiten wir unsere Stellungnahme der interessierten Öffentlichkeit und bitten um Ihre Stellungnahme.

1. Die biologische Forschung hat im 20. Jahrhundert zu fundamentalen Erkenntnissen über die Struktur der lebenden Materie und zu grundlegenden Einsichten in den Ablauf der Lebensprozesse geführt. Neue theoretische Konzeptionen und revolutionierende Methoden sowie Geräte-Entwicklungen erlaubten der Wissenschaft ein Vordringen in den molekularen Bereich. Genetische, biochemische, biophysikalische und mikrobiologische Forschungen bildeten ein neues Wissenschaftsgebiet – die Molekularbiologie. Eine wichtige Grundlage für diese Entwicklung lieferte die Genetik, die biologische Teilwissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der Vererbung und erblichen Veränderungen der Lebewesen. Ihr Forschungsweg führte von den Kreuzungsexperimenten Johann Gregor Mendels und sei-

ner Wiederentdecker sowie August Weismanns erkenntnisfördernder „Keimplasma-Theorie“ der Vererbung bis zur Einsicht in die molekularen Grundlagen des Lebens und der Selbstreproduktion der Organismen. Als für die Vererbungsvorgänge entscheidend wurden die in den Zellkernen enthaltenen Chromosomen und schließlich deren Hauptbestandteil, die Desoxyribonukleinsäure (DNS; engl. DNA) erkannt. Die aus den Ergebnissen biologischer Kreuzungsexperimente erschlossenen Determinanten einzelner erblicher Merkmale bzw. Eigenschaften erhielten die Bezeichnung *Erbfaktoren* oder *Gene*. Sie wurden in eindrucksvollen Experimenten zunächst vor allem an Modellorganismen wie der Taufliege *Drosophila melanogaster* in linearer Anordnung auf den Chromosomen lokalisiert. Für zahlreiche tierliche und pflanzliche Organismen konnten bereits in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Chromosomen-Karten angefertigt werden, die Auskunft über die spezifische Lage der Gene auf den Chromosomen geben.

Heute stellen sich die Gene als spezifische Abschnitte der fadenförmigen DNS-Makromoleküle dar. In ihrer Basen-Sequenz ist die Information für die Aminosäuresequenz der Proteine kodiert. Als Struktur-Eiweiße, als Enzyme und als Regulatoren determinieren und kodieren diese in Wechselwirkung mit den Umwelt- und Entwicklungsbedingungen den Ablauf der Lebensprozesse. Die zeitlich gestaffelte Abrufung der in den Genen gespeicherten Informationen ist die Grundlage der Differenzierungs- und Wachstumsvorgänge. Die Individual-Entwicklung der Lebewesen erfolgt so in der Wechselwirkung der Gene mit ihrem innerorganismischen Milieu und der Umwelt des Organismus, und sie unterliegt dem Einfluss von Zufallsereignissen des ontogenetischen Rauschens (developmental noise). Gene sind in jeder Zelle enthalten. Bei den sich eineltrig reproduzierenden Lebewesen besitzt jede ihrer Zellen den gesamten Genbestand. Bei den sich zweieltrig-sexuell reproduzierenden Lebewesen enthalten nur die Körperzellen den gesamten Genbestand, während er in den der Fortpflanzung dienenden Geschlechtszellen (Ei- und Spermazellen) auf die Hälfte reduziert ist. In der Aufeinanderfolge der Zellteilungen und der Generationen werden die Gene weitergegeben; sie sichern so die Kontinuität der Stammes-Entwicklung. Die Gesamtheit der Gene des Zellkerns wird als Genom, verallgemeinert als Genotyp bezeichnet. Das in Wechselwirkung mit den Umwelt- und Entwicklungsbedingungen realisierte Erscheinungsbild des Organismus nennt man Phänotyp.

2. *Gentechnik*, oft auch als *genetic engineering* bezeichnet, ist ein Anwendungsgebiet der modernen, molekularbiologisch orientierten Genforschung, das schnell als Folge, teilweise auch gleichzeitig und parallel zur Grundlagenforschung entstand. Entscheidender Ausgangspunkt war die Entdeckung von zelleigenen Enzymen, die in der Lage sind, DNS-Moleküle an spezifischen, vom Experimentator zu bestimmenden Stellen zu zerschneiden, die entstandenen Fragmente erneut zu „verschweißen“ und bei diesem Prozess auch „fremde“ DNS-Fragmente in das rekonstruierte (rekombinierte) Molekül zu integrieren. 1973 gelang es US-amerikanischen Forschern, solche „manipulierte“ DNS aus Bakterien, aber auch aus Wirbeltieren, in Bakterienzellen einzuschleusen und dort zu vermehren. Diese und analoge wissenschaftliche Verfahren und Techniken, für deren Ausarbeitung mehrere Nobel-Preise vergeben wurden, begründeten die Gentechnologie. Sie besteht aus einem Komplex von Methoden und ihnen zugrundeliegender Kenntnisse, die der Analyse, gezielten Veränderung und Neukombination von Genen sowie deren Einschleusung in Zellen dienen. Die Gentechnik gehört jetzt zum voll etablierten und als Routine-Verfahren genutzten Instrumentarium molekularbiologischer Grundlagen- und angewandter Forschung. Sie wird sowohl zur Beantwortung wissenschaftlicher Fragestellungen in verschiedenen Wissenschaftsgebieten als auch bei der Herstellung neuer und neuartiger Produkte in biotechnologischen Verfahren eingesetzt. Gentechniker sind ihrer Ausbildung nach Genetiker, Biologen, Biochemiker, Mediziner und Naturwissenschaftler anderer Fachrichtungen, die sich in ihrer Arbeit des gentechnischen Methodenrepertoires bedienen.
3. Mit der Gentechnik wird auf neuartige Weise auf den Genbestand, das Genom, von Lebewesen Einfluss genommen. Seit rund 10 000 Jahren beeinflussen Menschen mit der Züchtung von Haustieren und Kulturpflanzen sowie biotechnisch genutzten Mikroorganismen mittels künstlicher Zuchtwahl (Selektion) die vertikale Weitergabe der Gene in der Generationenfolge. Im Unterschied zu dieser althergebrachten Einflussnahme auf die Genbestände von Lebewesen findet durch die Gentechnik ein horizontaler Gentransfer zwischen nebeneinander existierenden Lebewesen statt. Dabei können Gene zwischen den verschiedensten reproduktiv isolierten Organismengruppen übertragen und neue Lebensformen konstruiert werden. „Transgen“ nennt man die Eigenschaft von Zellen und Lebewesen, in die auf diesem Weg Gene eingebracht wurden.
4. Eine neue Grundlage erwächst der Gentechnik mit den Forschungsgebiete-

ten der Genomik, Proteomik und Bioinformatik. Ziel der Genomik ist es, alle Gene zu katalogisieren, die die Lebewesen einer Art in sich tragen, die Funktion jedes Gens zu bestimmen und die Wechselbeziehungen zwischen den Genen aufzudecken. Das geschieht in hohem Maße automatisiert und computergesteuert. Die bislang Aufsehen erregendste Leistung auf diesem Gebiet ist die von 1988 bis 2001 im Humangenom-Projekt ausgeführte Roh-Sequenzierung der menschlichen DNS mit ca. 3,2 Milliarden DNS-Basen und ca. 30 000 Genen. Die Genomik wird von der Proteomik ergänzt. Diese umfasst die Bestandsaufnahme und Untersuchung der Proteine, deren Aminosäurefolgen in den Basensequenzen der Gene kodiert sind, einschließlich der Analyse ihrer Struktur und Funktion sowie ihrer Wechselbeziehungen im Organismus. Die von der Genomik und zunehmend auch von der Proteomik gelieferte Datenflut zu verarbeiten, zu ordnen und zu verwalten, ist eine der Aufgaben der Bioinformatik. Dafür wurden große Datenbanken geschaffen, die über das Internet zugänglich sind, und in denen nach Informationen gesucht und in die neue Daten eingespeist werden können. Zur Zeit und in der näheren Zukunft geht es u.a. darum, in den Basensequenzen der DNS Gene zu identifizieren und deren Funktion zu bestimmen, Gene und Genome verschiedenartiger Lebewesen zu vergleichen, die Struktur und Funktion von Proteinen zu erkennen und die Wechselbeziehungen von Genen und Proteinen untereinander und miteinander im Computer zu simulieren.

5. Die Anwendung gentechnischer Verfahren in der Biotechnik, d.h. der Stoffproduktion vermittelt durch biotische Systeme (Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen, Zellkulturen) und Systemelemente (Enzyme) in der biotechnischen Industrie und in der Landwirtschaft eröffnete eine neue Entwicklungsetappe dieser Wirtschaftszweige. In der industriellen Biotechnik werden mit Hilfe der Gentechnik neue transgene Produktionsstämme von Mikroorganismen und transgene Zellkulturen geschaffen, die durch die gezielt experimentell eingeführten Gene zur Bildung ausgewählter Stoffwechsel-Produkte determiniert werden. Bereits mehr als 40 Arzneimittel-Wirkstoffe und mehrere hundert Substanzen mit medizinischer Bedeutung werden heute unter Beteiligung gentechnischer Verfahren hergestellt. Von der Genomik und Proteomik des Menschen wird eine starke Ausweitung der Kenntnis therapeutisch nutzbarer Proteine und ihre industrielle Produktion erwartet.
6. Für die Landwirtschaft erweitert die Gentechnik die Möglichkeiten der Pflanzen- und Tierzüchtung und damit der Pflanzen- und Tierproduktion.

Dadurch können die Menge und die Güte produzierter Nahrungsmittel und Rohstoffe für die anwachsende Erdbevölkerung erhöht und die Agrarproduktion umweltverträglicher gestaltet werden. Die Umweltverträglichkeit der modernen Landwirtschaft kann neben der Einführung biologisch begründeter Produktionsverfahren auch und besonders durch die züchterische Verwendung gentechnisch erzielter Resistenzen von Nutzpflanzen erhöht werden. Sie ermöglichen es, den Einsatz von Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden quantitativ zu verringern. Der kommerzielle Anbau transgener Pflanzensorten begann 1996 in den USA und er hat sich seitdem kontinuierlich ausgeweitet. Im Jahr 2001 wurden auf etwa 52 Millionen Hektar (ha), 2002 bereits auf 58,7 Millionen ha weltweit solche Sorten angebaut, davon (für 2001) der Hauptanteil in den USA (68 % der Anbaufläche transgener Sorten); es folgten Argentinien (22%), Kanada (6%) und die VR China (3%). Bei den gentechnisch veränderten Kulturpflanzen-Sorten handelt es sich um Soja (51% der Anbaufläche), Baumwolle (20%), Raps (12 %) und Mais (9%). Diese Zahlen werden bald nach oben zu korrigieren sein, da gegenwärtig in Europa (auch in Deutschland) Freisetzungsversuche mit verschiedenen transgenen Sorten unternommen werden. Die gentechnische Veränderung bei dieser „ersten Generation“ transgener Pflanzen ist gering; sie betrifft meist nur einzelne Merkmale. Bei Soja und Raps ist es Herbizid-Resistenz, bei Mais und Baumwolle Herbizid- oder Insekten-Resistenz sowie die Kombination dieser Resistenzen.

Im Gegensatz zum Trend der Nutzung von gentechnischen Verfahren bei Pflanzen sind analoge Programme in der Tierzüchtung mit größeren Schwierigkeiten verbunden. Diese hängen mit den Besonderheiten der tierlichen Individualentwicklung (Entstehung von Mosaiken, unterschiedliche Integration der Transgene in die Keimzellen u.a.) zusammen. Eine Überwindung dieser Schwierigkeiten ist durch die Verbindung von Gen-Transfer in *in vitro* kultivierte Zellen mit anschließendem Kern-Transfer in entkernte Eizellen sowie Embryo-Transfer möglich.

7. Erfolgversprechender hat sich offensichtlich der Einsatz von Tieren bei der Entwicklung von Verfahren zum *Biopharming* erwiesen. Analog der Stoffproduktion mit transgenen Mikroorganismen (z.B. Insulin-Produktion in transgenen Bakterien) werden Nutztiere wie Schafe, Ziegen, Rinder und Schweine gentechnisch verändert, um sie zur Produktion von Wirkstoffen, meist Pharmaka, zu nutzen. Bei den Tieren werden dazu gentech-

nische Verfahren mit reproduktivem Klonen verbunden: die genetisch manipulierten Zellkerne werden in entkernte Eizellen übertragen. Nach verschiedenen Selektionsschritten kann erreicht werden, dass der gewünschte Wirkstoff in der Milch der weiblichen Tiere enthalten ist. In der Planung, teils auch in der Prüfung, befinden sich Vorhaben zur gentechnischen Gewinnung verschiedener auf diesem Weg erzeugter Arzneimittel, Impfstoffe und monoklonaler Antikörper für die Diagnostik sowie Verfahren zur Produktion technischer Enzyme. Auf ähnlichem Wege sollen auch Schweine als Lieferanten von Organen für die Xenotransplantation geschaffen werden, die vom menschlichen Empfänger nicht durch Immunreaktionen abgestoßen werden. Damit soll der Mangel an transplantierbaren menschlichen Organen kompensiert werden.

8. Die Möglichkeiten zur Nutzung der Gentechnik in der industriellen und landwirtschaftlichen Stoffproduktion haben seit längerem zu außerordentlich vielschichtigen Diskussionen in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit geführt. Jüngstes Beispiel dafür ist der kürzlich beendete, von der Bundesregierung inaugurierte „Diskurs Grüne Gentechnik“. Jedes Vorhaben, der Gentechnik einen neuen Anwendungsbereich zu erschließen, berührt bestimmte Interessengruppen und lässt auch alte Kontroversen erneut aufleben. Es geht um die Chancen und Gefahren, die sich aus dem Einsatz der Gentechnik in gesundheitlicher, sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht für die Menschen ergeben. Es geht um den rechten Gebrauch und den möglichen Missbrauch, um das, was getan werden darf und soll, um Werte und Normen für ihre Anwendung, um Technikfolgenabschätzung und Risikominimierung. Das notwendige Nachdenken darüber beginnt mit Fragen wie: Ist das Risiko verantwortbar, das mit einem gentechnischen Eingriff bei der Züchtung einer transgenen Kulturpflanzen-Sorte eingegangen wird? Wie wirkt sich ihr Anbau auf die Pflanzen- und Tierwelt der Umgebung aus? Können aus den Samen der transgenen Sorte hergestellte Nahrungsmittel die menschliche Gesundheit schädigen, z.B. durch von ihnen hervorgerufene Allergien? Wie wirken sich die agrartechnischen und finanziellen Erfordernisse für den Anbau dieser Sorte auf landwirtschaftliche Groß- und Kleinbetriebe, die wirtschaftliche Lage und die Sozialstruktur der Landbevölkerung aus? Welche Antworten geben die Entwicklungsländer auf diese Fragen?

Beim Bemühen um Klarheit in dieser Problematik gelangt man zu Grundfragen des Sinns von Wissenschaft und Forschung sowie der Ethik und des Menschenbildes, aber auch zum Wesen und zur Struktur des Wirt-

schaftssystemen, unter dem Entwicklung und Einsatz der Gentechnik stattfinden. Solche komplexe Problematik ist nicht im Rahmen engen Spezialistentums zu erfassen und zu klären. Sie verlangt die Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Ihre in das gesellschaftliche Zusammenleben eingreifenden Dimensionen erfordern die sachliche und umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit über Vorgänge, Vorhaben, Ergebnisse und Risiken der Gentechnik und den Diskurs zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik. Durch die Verbesserung der naturwissenschaftlichen, besonders der biologischen Allgemeinbildung ist ihm der Boden zu bereiten.

9. Die Notwendigkeit korrekter und umfassender Information der Öffentlichkeit tritt besonders im Hinblick auf gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zu Tage, die bei großen Teilen der europäischen Bevölkerung auf Ablehnung stoßen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die *Werbung* gegen sog. Gen-Food häufig mit sehr populistischen Mitteln betrieben wird und nicht immer die wissenschaftlichen Fakten berücksichtigt. Auf gentechnischer Grundlage erzeugte Therapeutika und Diagnostika hingegen werden generell akzeptiert. Die „grüne Gentechnik“ hat bislang zwar technologische Vorteile für die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie, aber nicht unbedingt eine spürbare Güteverbesserung für die Verbraucher gebracht. In der wissenschaftlichen Öffentlichkeit scheint die Meinung vorzuherrschen, dass mit gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln oder anderen Produkten prinzipiell keine Risiken verbunden sind, die nicht in gleicher Weise zu erkennen und zu behandeln wären wie die bei gentechnisch unbeeinflussten. Entscheidendes Bewertungskriterium muss die gesundheitliche Unbedenklichkeit sein. Sie ist durch geeignete Verträglichkeitsprüfungen, Produktanalysen und eventuelle weitere Prüfmethoden zu sichern. Von einer eventuellen Ausbreitung transgener Pflanzen in der Umwelt sind nach heutigem Erkenntnisstand keine anderen Folgen zu erwarten als bei einer Ausbreitung konventionell gezüchteter Arten oder neu hinzukommender wildlebender Arten. Das Risiko einer potentiellen unkontrollierten Ausbreitung des Transgens ist in jedem Einzelfall zu prüfen.

Voraussetzung für eine globale nachhaltige Nutzung der Gentechnik in der landwirtschaftlichen Nahrungsmittel- und Rohstoffherzeugung ist die umwelt-, sozial- und kulturverträgliche Gestaltung der Bedingungen ihres Einsatzes. Dazu gehört nicht zuletzt der Schutz der genetischen Vielfalt

von Kulturpflanzen, Haustieren und wildlebender Fauna und Flora, einschließlich der Ackerwildpflanzen, als Genressourcen für Forschung und Nutzung. Irreführend ist es, wenn auf die Entwicklung der Gentechnik vertröstet wird, um das Problem des Hungers auf der Erde zu lösen und damit für die Gentechnik geworben wird. Der Hunger in der Welt von heute resultiert nicht aus einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern aus dem Mangel an Zugänglichkeit zu ihnen für die Hungernden. – Die aus Bio-waffen resultierenden Gefahren für Leben und Gesundheit der Menschen können durch Missbrauch der Gentechnik vergrößert werden. Die Erzeugung waffentauglicher Viren und Bakterien mit erhöhter Virulenz und Resistenz gegen Arzneimittel und Impfstoffe ist hierfür ein Beispiel, das umso ernster genommen werden muss, da nicht alle Staaten den Vereinbarungen zum Verbot von biologischen und Toxin-Waffen beigetreten sind.

10. Als mögliche Anwendung der Gentechnik beim Menschen (Humangentechnik) zeichnen sich somatische Gentherapie und Keimbahntherapie ab. Bei der somatischen Gentherapie sollen durch Gentransfer in Körperzellen die Funktionen defekter Gene wiederhergestellt und pathogene Genfunktionen kompensiert werden. Trotz einiger Anfangserfolge befindet sich die somatische Gentherapie noch weitestgehend im Stadium experimenteller Grundlagenforschung; sie hat gerade in jüngster Zeit einige bedauerliche und noch nicht voll überschaubare Rückschläge erlitten. Ihre erfolgreiche Entwicklung bis zur klinischen Anwendung könnte Konsequenzen für die Behandlung bestimmter Erkrankungen haben, sei es für ihre Heilung oder zumindest ihre günstige Beeinflussung. Spezifische moral-ethische Probleme scheinen dabei nicht aufzutreten. Hingegen bestehen prinzipielle sachliche und ethische Einwände gegen eine Entwicklung der Keimbahntherapie, ganz zu schweigen von Spekulationen über eine humangentechnisch-eugenische Menschenverbesserung. Bei der Keimbahntherapie handelt es sich darum, nicht nur – wie bei der somatischen Gentherapie – genetisch bedingte Erkrankungen bei betroffenen Individuen zu behandeln, sondern ihr Auftreten durch gentechnische Eingriffe in die Zellen der Keimbahn, d.h. der zur Bildung der Keimzellen führenden Zellfolge zu verhindern. Veränderungen an den Keimzellen würden auf die Nachkommen vererbt, in der Generationenfolge weitergegeben und in die Rekombination der Gene einbezogen. – Dies wären somit Eingriffe in den Genpool der Spezies *Homo sapiens* mit unumkehrbaren und unvorherseh-

baren Folgen. Vorhaben, auf diese Weise Aussehen, Charakter und Intelligenz der Menschen zu verbessern, sind Ausdruck von Sachkenntnis ungetrübten Wunschenkens. Derartige Vorstellungen, die Menschheit mittels Gentechnik von Krankheit und Gebrechen erlösen und perfektionieren zu können, gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass das Leben allein von den Genen bestimmt werde (genetischer Determinismus), so dass man das Leben kontrollieren könne, wenn man die Gene kontrolliert. Zudem ignorieren sie die ständige Bildung neuer genetischer Konstellationen durch Mutationen und die Neukombination der Gene in jeder Generation durch die Befruchtung, die den Gesundheitszustand und die Ausbildung der menschlichen Eigenschaften beeinflussen. Zu derartigen biologisch-technischen Begründungen für eine Ablehnung von gentechnischen Eingriffen in die Keimbahn kommen erhebliche ethische Einwände, die sich vor allem darauf beziehen, dass solche Handlungen auf eine unaufhebbare Fremdbestimmung der menschlichen Person hinauslaufen würden.

11. *Genetik und Gentechnik bilden eines jener biowissenschaftlich-biotechnischen Gebiete, in denen ein Zugriff zu elementaren Grundlagen des Lebens stattfindet. Die Möglichkeit, diese zu beeinflussen, stößt auf prinzipielle Grenzen. Erstens sind es die Grenzen der objektiven Naturgesetze. Nur in ihrem Rahmen vermag der Mensch zu agieren. Zweitens sind es die finanziellen Grenzen, die Forschung und technischer Entwicklung gesetzt werden. Drittens verlangen Menschenwürde und Menschenrechte, ethische und rechtliche Grenzen zu ziehen. Die Einhaltung der Grenzen auf dem Gebiet der Gentechnik kann durch falschen Forscherehrgeiz, Profitgier und Machtstreben bedroht werden. Wissenschaft und Gesellschaft sind gefordert, jeglichen Missbrauch der Gentechnik zu verhindern.*

Rolf Löther

Forschungsfreiheit contra Menschenwürde? Anmerkungen zur Bioethik-Debatte

Vortrag am 19.6.2003 vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät

Die Überschrift dieses Vortrags nimmt Bezug auf zwei Sätze aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Dort heißt es im Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und in Artikel 5: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Die Frage ist, welche Bedeutung diese Sätze für den Status des menschlichen Embryos haben. Die Geister scheiden sich daran, ob dem Embryo Menschenwürde und damit das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zukommt oder ob er gemäß Forschungsfreiheit in Embryonen verbrauchender Forschung vernutzt werden darf. Solche Forschung ist Voraussetzung für die Entwicklung von Therapien mit embryonalen Stammzellen und das so genannte therapeutische Klonen. Es sind die Verfechter der verbrauchenden Embryonenforschung, die sich neben großzügigen Heilungsversprechen und dem Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland auf die Freiheit von Wissenschaft und Forschung berufen. Ihre Gegner berufen sich auf die Würde des Menschen, durch die auch menschliche Embryonen geschützt sind. Auf diese Frage konzentriert sich der bioethische, genauer: der biomedizinethische, Diskurs in hohem Maße.

1. Bioethik und Biopolitik

Bioethik ist ein Gebiet, das Biowissenschaften und Ethik (Moraltheorie) verbindet. Von sehr unterschiedlichen weltanschaulichen und moraltheoretischen Positionen ausgehend, wird in der Bioethik der Versuch unternommen, das Regulativ der Moral auf den Umgang mit allem, was lebt, anzuwenden, moralische Verantwortlichkeit dem menschlichen Leben, aber auch der lebenden Natur und den wildlebenden und kultivierten nichtmenschlichen Lebewesen gegenüber zu begründen und das Verhalten zu all dem moralisch-ethisch zu orientieren und zu bewerten.¹

Im Hinblick auf die natürliche Umwelt und ihre Lebewesen geht es vor allem darum, der Ethik nachträglich neben und in Politik und Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Anders ist es bei dem Teil der Bioethik, der sich auf die Biomedizin bezieht und für viele die Bioethik schlechthin ist, bei der biomedizinischen Ethik, auf die sich auch dieser Vortrag bezieht. Der Biomedizintechnik-Diskurs bewegt sich weithin in biowissenschaftlichem, moralischem und rechtlichem Neuland und ist zugleich Biopolitik-Diskurs. In ihm wird Biopolitik, Politik gegenüber den Phänomenen des menschlichen Lebens und seiner Fortpflanzung, durch unterschiedliche und entgegengesetzte wirtschaftliche, soziale und weltanschauliche Interessengruppen konzipiert, argumentativ gerechtfertigt und nicht zuletzt auch kritisiert, um zu staatlich-juristischen Regelungen für Probleme zu kommen, die durch die Entwicklung der Reproduktionsmedizin, der Humangenetik, der Transplantationsmedizin und weiterer biomedizinischer Gebiete erst entstanden sind.

Damit setzt sich eine Entwicklung des politischen Machtmechanismus fort, die mit der Entwicklung des Kapitalismus in wesentlichem Zusammenhang steht und im 17. und 18. Jahrhundert begann. Wie der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault gezeigt hat, übernahm die politische Macht damals die Verwaltung des menschlichen Lebens, wurde zur „Bio-Macht“. Man müsse von „Bio-Politik“ sprechen, „um den Eintritt des Lebens und seiner Mechanismen in den Bereich der bewussten Kalküle und die Verwandlung des Macht-Wissens in einen Transformationsagenten des menschlichen Lebens zu bezeichnen.“² Foucault bemerkt, dass „der Mensch Jahrtausende hindurch das geblieben ist, was er für Aristoteles war: ein lebendes Tier, das auch einer politischen Existenz fähig ist. Der moderne Mensch ist ein Tier, in dessen Politik sein Leben als Lebewesen auf dem Spiel steht.“³

2. Über Stammzellen und Klone

Im Für und Wider zur verbrauchenden Embryonenforschung unter dem Aspekt von Menschenwürde und Forschungsfreiheit erhofft sich mancher Entscheidungshilfe durch Antworten auf Fragen wie die, wann das menschliche Leben beginnt oder ob der Embryo ein Mensch sei. Ehe darauf eingegangen wird, sei zunächst kurz skizziert, worum es bei embryonalen Stammzellen

1 Vgl. Marcus Düwell, Klaus Steigleder (Hrsg.): Bioethik. Eine Einführung. Frankfurt am Main 2003; Eve-Marie Engels (Hrsg.): Biologie und Ethik. Stuttgart 1999.

2 Michel Foucault: Der Wille zum Wissen (Sexualität und Wahrheit, 1. Bd.). Frankfurt am Main 1983, S. 171.

3 Ebd., S. 171.

und so genanntem therapeutischem Klonen geht, für die menschliche Embryonen benötigt werden.

Was sind Stammzellen? Stammzellen sind Zellen, denen mehr oder weniger große Differenzierungsmöglichkeiten eigen sind. Auf ihnen beruht die Entwicklung des menschlichen Organismus. In ihr entsteht aus einer befruchteten Eizelle ein hochorganisiertes Gebilde aus Billionen von Zellen, die zu ca. 260 verschiedenen Zellsorten gehören. Allein das voll ausgebildete menschliche Nervensystem besteht aus rund 100 Milliarden Zellen. Aus embryonalen Stammzellen kann zunächst noch ein ganzer Organismus werden. Später können noch Zellen verschiedener Zellarten aus Stammzellen hervorgehen. Im Erwachsenen bleiben die so genannten adulten oder gewebespezifischen Stammzellen, durch die Zellgewebe erneuert und regeneriert werden. Dadurch wird z.B. die Haut immer wieder binnen zwei Wochen erneuert, der Verschleiß der Magenschleimhaut ausgeglichen oder die Unzahl roter Blutkörperchen ersetzt, die der Körper jeden Tag verliert.

Seit langem werden Stammzellen des Knochenmarks genutzt, um durch Knochenmarkstransplantationen bestimmte Formen von Blutkrebs und genetisch bedingte Mängel der roten Blutkörperchen zu bekämpfen. In der Stammzellforschung wird daran gearbeitet, neue Formen der Behandlung von Krankheiten zu erkunden. Von Nervenzellersatz für Schlaganfallopfer, Hautzellen für Brandverletzte, neue Herzmuskelzellen nach dem Infarkt und vielem anderen ist die Rede. Allerdings befindet sich das ganze Gebiet noch im Stadium der Grundlagenforschung, die vor allem an Ratten und Mäusen betrieben wird und an Kulturen menschlicher Zellen. Der Weg zu neuen Therapien ist noch lang und der Erfolg nicht garantiert. Doch falls sich Erfolg einstellen wird, bedeutet er neue Möglichkeiten für die Heilung von Krankheiten und reichen finanziellen Gewinn für Forscher und Firmen, der durch Biopatente abgesichert ist. Menschliche Stammzellen, deren Potenzen für die Medizin erschlossen werden sollen, sind die embryonalen Stammzellen, die sich in der Blastozyste befindet, die sich nach dem 4. bis 7. Tag der Embryonalentwicklung bildet. Es sind weiter Stammzellen aus der Plazenta im Nabelschnurblut und die adulten Stammzellen, aus denen auch andere Zellen hervorgehen können, als es im Körper gewöhnlich der Fall ist.

Bei den adulten Stammzellen ist es schwierig, sie im Labor zu vermehren. Noch zu wenig ist erforscht, wie solche Stammzellen gezielt in andere Zellen und Gewebe umdifferenziert werden können. Neben den Erfahrungen über erfolgreiche Therapien bei Blutkrankheiten liegen solche auch für die Behandlung von Knorpel- und Knochenschäden vor. Weitere Therapien mit

adulten Stammzellen sind in Arbeit. Embryonale Stammzellen wurden noch nirgendwo in menschliche Körper transplantiert. Auch dort, wo embryonale Stammzellforschung legal ist, ist in näherer Zukunft nicht mit einer therapeutischen Erprobung zu rechnen. Embryonale Stammzellen können sich fast unbegrenzt vermehren und könnten nach einer Implantation auch bösartige Tumore bilden.

Die Nutzung der menschlichen embryonalen Stammzellen ist heftig umstritten, denn um sie zu gewinnen, müssen Embryonen getötet werden. Wobei ihre Gewinnung mit einem hohen Embryonenverbrauch verbunden ist, da die Erfolgsquote gering ist. Es handelt sich um so genannte überzählige Embryonen, die bei der In-vitro-Befruchtung in der Fortpflanzungsmedizin anfallen. In Deutschland wurde die Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen durch das Embryonenschutzgesetz von 1991 verboten. Durch das Stammzellgesetz von 2002 wurde aber der Import – an den anscheinend 1991 noch niemand gedacht hatte – und die Verwendung solcher Zellen für Forschungszwecke unter bestimmten Bedingungen zugelassen. Beraten von einer Ethik-Kommission, hat das zuständige Robert-Koch-Institut die Einfuhr menschlicher embryonaler Stammzellen bisher für drei Forschungsprojekte genehmigt. Lieferanten der Handelsware sind ein Institut in Israel und eine Biotech-Firma in den USA. Das Stammzellgesetz ist ein politischer Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern der Forschung an embryonalen Stammzellen. Wie lange er Bestand haben wird, ist eine offene Frage.

Beim „therapeutischen Klonen“ aber geht es nicht um Embryonen, die vorhanden sind, sondern um Embryonen, die eigens in vitro erzeugt werden, um aus ihnen Stammzellen zu gewinnen.⁴ Unter einem Klon versteht man eine Gesamtheit von Lebewesen und jedes ihrer Mitglieder, die durch irgendeine Form von ungeschlechtlicher Fortpflanzung entstanden sind. Solche klonale Reproduktion ist in der Natur und auch bei Kulturpflanzen weit verbreitet, viel weiter als die zweieltrig-geschlechtliche Fortpflanzung. Jede Kartoffel- oder Erdbeersorte beispielsweise ist ein Klon. Klone sind in genetischer Hinsicht identisch. Auch eineiige (genauer: monozygote) Zwillinge beim Menschen sind Klone. Sie entstehen durch Teilung eines Embryos. Vom Klonen oder Klonieren als Tätigkeit aber ist die Rede, wenn Wissenschaftler die ungeschlechtliche Vermehrung eines Lebewesens bewirken. Die Geschichte des Klonens führt bis in die Anfänge der gegen Ende des 19. Jahr-

4 Vgl. Dietmar Mieth: Die Diktatur der Gene. Biotechnik zwischen Machbarkeit und Menschenwürde. Freiburg im Breisgau 2001, S. 63 ff.

hunderts entstandenen Entwicklungsbiologie zurück, zu den Experimenten von Hans Driesch mit Seeigelkeimen und später von Hans Spemann mit Molchkeimen, durch deren Teilung sie „eineiige Zwillinge“ erhielten. Bei der Reproduktion von Nutztieren in der modernen landwirtschaftlichen Tierzucht gibt es verschiedene Varianten des Klonens durch Embryonensplitting. Die so erzeugten Tiere sind untereinander, aber nicht mit einem Elter genetisch identisch, da die geteilten Keime aus zweieltrig-geschlechtlicher Fortpflanzung stammen. Von den entwicklungsbiologischen Experimenten angeregt, erdachte der englische Schriftsteller Aldous Huxley für seinen satirischen Zukunftsroman „Brave new World“ (1932; deutsch „Schöne neue Welt“) das „Bokanowskyverfahren“, mit dem menschliche Mehrlinge im Fließbandverfahren hergestellt werden.

Bei einem anderen Verfahren werden Tiere erzeugt, die mit Tieren, die zuvor schon vorhanden waren, (beinahe) genetisch identisch sind, genetische Kopien. Dafür werden Zellkerne der zu kopierenden Tiere in entkernte Eizellen übertragen und diese Eizellen dann von einem Muttertier ausgetragen. Genetisch identisch sind die so erzeugten Tiere mit dem Kernspender/der Kernspenderin hinsichtlich des Genoms, der in den Chromosomen des Zellkerns lokalisierten Gene, während die Mitochondrien, andere Zellbestandteile, mit ihren Genen aus der Eizelle stammen. Berühmt geworden ist das Klonschaf Dolly, das erste Tier, dessen Genom nicht wie bei früher geklonten Tieren aus einer embryonalen Zelle stammt, sondern aus einer ausdifferenzierten, einer Euterzelle eines erwachsenen Tieres.⁵ Damit widerlegt Dolly die alte biologische Lehrmeinung, nach der sich tierliche Körperzellen und Genome durch die Differenzierung für verschiedene Funktionen in Niere, Leber, Euter usw. unumkehrbar verändern, so dass aus ihnen nichts anderes mehr werden kann. Das eröffnet die Aussicht, in einer fernerer Zukunft reife, ausdifferenzierte Zellen bis in den Status embryonaler Stammzellen zurück zu versetzen, wie das in einer bestimmten Phase des Zellzyklus als möglich erscheint. Neben Schafen sind seither auch andere Säugetiere, z.B. Mäuse, Schweine, Rinder und Hauskatzen mit Kernen aus reifen Zellen geklont worden. Allerdings müssen für jedes erfolgreiche Klonen viele Zellkerne in viele Eizellen transplantiert werden. Dolly konnte nach 276 fehlgeschlagenen Versuchen erzeugt werden. Im Jahre 2003 musste Dolly wegen einer Lungenkrankheit eingeschläfert werden, nachdem sie vorher schon unter Arthritis

5 Vgl. Johann S. Ach, Gerd Brudermüller, Christa Runtenberg (Hrsg.): Hello Dolly? Über das Klonen. Frankfurt am Main 1998; Ian Wilmut, Keith Campbell, Colin Tudge: Dolly. Der Aufbruch ins biotechnische Zeitalter. München – Wien 2001.

litt. Ob zwischen diesen Krankheiten und der Entstehungsweise des Klon-schafes ein Zusammenhang besteht, ist eine offene Frage. Jedenfalls scheint eine vollkommene Reprogrammierung des Zellkerns nur selten stattzufinden.

Die eben skizzierte Variante des Klonens ist das so genannte reproduktive Klonen. Das reproduktive Klonen von Menschen ist sehr umstritten. Es wird weithin aus ethischen Gründen abgelehnt und selbst seriöse Befürworter lehnen es bis auf weiteres aus technischen Gründen ab. Menschen kopieren könnte man mit diesem Verfahren übrigens nicht, sondern Menschen im Hinblick auf das Genom. Ansonsten würden sie einander weniger ähneln als eineiige Zwillinge. Es wären andere Menschen mit einem anderen Lebensweg zu einer anderen Zeit, beeinflusst von einer anderen Umwelt und anderen Zufallsereignissen des ontogenetischen Rauschens. Beim therapeutischen Klonen würde auf die gleiche Weise vorgegangen wie beim reproduktiven Klonen, nur würde der Embryo nicht einer Frau zum Austragen des Kindes eingepflanzt, sondern getötet, um embryonale Stammzellen für eine Therapie des Kernspenders/der Kernspenderin zu gewinnen, die bei ihm keine Immunreaktionen auslösen, nicht von seinem Körper abgestoßen werden könnten. Diese Gefahr besteht bei Stammzellen mit einem anderen Genom. Beim therapeutischen Klonen geht es also um embryonale Stammzellen nach Maß für bestimmte Personen. Übrigens ist heute öfter von „Forschungsklonen“ statt von „therapeutischem Klonen“ die Rede, da die Machbarkeit des Verfahrens keineswegs gesichert ist.

3. Wann beginnt das menschliche Leben? Ist der Embryo ein Mensch?

Eben um die menschliche Embryonen verbrauchende Forschung und deren fremdnützige Verwendung zu legitimieren oder zu verhindern, wird die Frage aufgeworfen, wann das menschliche Leben beginnt und ob der Embryo ein Mensch sei. Denn dahinter steht die weitere Frage: Ab wann im Verlauf des Lebens steht ihm Menschenwürde und damit das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu? Zu erinnern ist auch an die Grenzen für Experimente mit Menschen, wie sie bereits in den Anfängen der heutigen experimentellen medizinischen Forschung von Claude Bernard, einem ihrer Begründer, charakterisiert wurde: „Tagtäglich macht der Arzt therapeutische Versuche an Kranken und tagtäglich führt der Chirurg Vivisektionen an Operierten aus“, konstatierte er und schloss daraus: „Man darf also am Menschen experimentieren, aber in welchen Grenzen? Man hat die Pflicht und infolgedessen auch das Recht, am Menschen einen Versuch auszuführen, wenn er ihm das Leben retten, ihn heilen oder ihm einen Nutzen bringen kann. Der

Grundsatz der ärztlichen und chirurgischen Moral besteht also darin, *nie am Menschen einen Versuch durchzuführen, der ihm in irgendeiner Hinsicht nur schaden kann, auch wenn das Ergebnis für die Wissenschaft, d.h. die Gesundheit anderer, noch so interessant sein mag...* Also von den Versuchen, die man am Menschen ausführen kann, sind jene, die nur schaden können, verboten, jene die harmlos sind, erlaubt, jene die nützen können, geboten.“⁶ Zudem ist die Information und Einwilligung der Versuchspersonen erforderlich. Damit ist auch eine Grenze der Forschungsfreiheit markiert. Ohnehin ist das Recht auf Freiheit der Forschung kein Freibrief für eine Forschung ohne Grenzen und ohne Achtung der Menschenwürde, sondern ein Recht auf Abwehr staatlicher Eingriffe in die Autonomie der Forschung und ihrer Institutionen, die der Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung dienen. Gefährdet ist die Freiheit der Forschung durch die Konzerne, die vermittels Forschungsfinanzierung, von der die Wissenschaft weithin abhängig geworden ist, die Forschung in den Dienst ihrer Profitinteressen stellen.

Es gibt verschiedene Vorschläge, wann der Beginn des menschlichen Lebens – und damit der Beginn der Menschenwürde – anzusetzen ist:

- mit der Befruchtung, der Vereinigung von Ei- und Samenzelle;
- mit dem Einsetzen der Funktion des individuellen Genoms, die binnen zwei bis vier Tagen nach der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle im Vier- bis Achtzellenstadium des Embryos beginnt;
- mit dem Einnisten des Embryos in die Gebärmutter im Blastocystenstadium;
- wenn nach etwa drei Monaten Schwangerschaft alle Organe angelegt sind (in der Medizin wird der Embryo dann „Fötus“ genannt);
- mit der Geburt.

Für jeden dieser Vorschläge gibt es ausführliche Argumentationen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Offensichtlich wird mit den Varianten ab Einnisten des Embryos in die Gebärmutter die verbrauchende Embryonenforschung und fremdnützige Verwendung menschlicher Embryonen weitgehend moralisch-ethisch entproblematisiert. Deren Verfechter favorisieren einen dieser Vorschläge.

Auf der ersten Seite der Wochenzeitung „Die Zeit“, Nr.5/2003, ist ein Journalist der Frage nachgegangen, ob „Embryonen Menschen oder ihnen gleichgestellt“ seien.⁷ Dabei stützt er sich auf den Rechtsphilosophen Rein-

6 Claude Bernard: Einführung in das Studium der experimentellen Medizin [1865]. Leipzig 1961, S. 146 ff. (kursiv von mir, R.L.).

hard Merkl⁸, übersetzt dessen Juristenjargon in allgemeinverständlichen Klartext und erklärt sich zum Sprecher der Vernunft. Er nennt zwei Argumente, die Lebensschützer vorbringen und die beide nicht überzeugend seien, sondern eher rhetorische Taschenspielertricks: das Potenzialitäts- und das Kontinuitätsargument. Der Autor schreibt: „ersteres weist völlig zu Recht darauf hin, dass Embryonen sich unter geeigneten Umständen zu Menschen entwickeln können – und folgert, sie seien jenen in moralischer Hinsicht gleichzustellen. Ein gewagter Schluss. Manch ein Zeitgenosse könnte unter geeigneten Umständen zum Mörder werden – ist er es darum praktisch schon? Soll man ihn einsperren? Natürlich nicht. Ein potenzieller Mörder ist auch in moralischer Hinsicht etwas anderes als ein wirklicher Mörder, und Gleiches gilt für ‚potenzielle‘ im Gegensatz zu wirklichen Menschen.

Das Kontinuitätsargument macht geltend, wer Embryonen opfern, aber Menschen schützen wolle, müsse eine Grenze festsetzen. Da eine solche nur willkürlich zu bestimmen sei, müsse der Embryo von Anfang an unter Schutz gestellt werden. Wiederum wenig plausibel, wie der Rechtsphilosoph Reinhard Merkl anmerkt: Ein Mann von 1,55 Meter Körpergröße ist nicht groß, das zu erkennen bedarf es keiner Grenze zum Großsein, weshalb egal ist, ob sie bei 1,85 oder bei 1,92 verläuft. Ebenso wenig brauchen wir eine Grenze zum Menschsein, um sicher zu sein, dass ein Zellhaufen von der Größe des Punktes am Schluss dieses Satzes keinesfalls ein Mensch ist.“

Der Verfasser verzichtet auch nicht darauf, den Umgang von Frauen mit dem eigenen Körper in die Debatte hineinzuziehen. „Meint denn wirklich jemand, dass Frauen, die mit der Spirale verhüten (welche Embryonen an der Einnistung hindert und dadurch tötet), wegen Mordes angeklagt werden sollten?“ fragt er. Andere Autoren beziehen sich auf den geduldeten Schwangerschaftsabbruch aufgrund der selbstbestimmten Entscheidung der schwangeren Frau, sei es, um damit per Analogieschluss die verbrauchende Embryonenforschung und fremdnützige Verwendung menschlicher Embryonen zu unterstützen, sei es, um sich für ein Verbot beider auszusprechen. Die Charakteristik als rhetorische Taschenspielertricks aber kann an den zitierten Artikel zurückgegeben werden. Sein Autor setzt bereits ungeprüft voraus, dass ein Embryo

7 Frank Drieschner: Klon der Angst. Der Bundestag will weltweit (und weltfremd) therapeutisches Klonen stoppen. In: Die Zeit Nr. 5 vom 23.1.2003.

8 Vgl. Reinhard Merkl: Forschungsobjekt Embryo. Verfassungsrechtliche und ethische Grundlagen der Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen. München 2002; Wolfgang Jantzen: Nicht Zellhaufen, nicht Person. Postmoderne Ethik und Embryonenschutz, in: Forum Wissenschaft 18 (2001)4: S: 47–51.

kein Mensch sei, so dass anders mit ihm umgegangen werden könne als mit einem Menschen.

Nimmt man die Frage nach dem Beginn des menschlichen Lebens beim Wort, beginnt es, wenn man die biologische Gattung *Homo* meint, nach derzeitigen paläoanthropologischen Annahmen vor ca. 2,6 bis 1,8 Millionen Jahren (*Homo rudolfensis* bzw. *Homo habilis*), wenn man die Spezies *Homo sapiens* meint, vor ca. 500 000 bis 200 000 Jahren. Und die ältesten bekannten Fossilien des anatomisch modernen Menschen in Gestalt des *Homo sapiens idaltu* sind um die 160 000 Jahre alt. Wie dem auch sei (die Zahlenangaben erfolgen selbstverständlich ohne Gewähr), menschliches Leben hat jedenfalls schon vor langer Zeit begonnen.

Moralisch-ethische Probleme treten bei der Abgrenzung des heutigen Menschen (*Homo sapiens sapiens*) von den Arten seiner Vorfahren und engeren Stammverwandten aus der Gattung *Homo* nicht auf, da sie ausgestorben sind. *Homo sapiens* ist die letzte überlebende Hominidenart. Welche Probleme bei einer Begegnung auftreten könnten, wenn dies nicht so wäre, hat der französische Schriftsteller Vercors in seinem utopisch-philosophischen Roman „Les animaux dénaturés“ (1951, deutsch „Das Geheimnis der Tropis“, 1958) und dem darauf basierenden Theaterstück „Zoo ou l'assassin philanthrope“ (1964, deutsch „Zoo oder der menschenfreundliche Mörder“, 1966) geistreich dargestellt.

Im genealogischen Kontinuum menschlichen Lebens, in der Aufeinanderfolge der Generationen leben sowohl die Spermien und die Eizellen, Zellindividuen mit einfachem (haploidem) Chromosomensatz, als auch die vielzelligen Individuen mit doppeltem (diploidem) Chromosomensatz, die aus der Vereinigung von Ei- und Samenzelle hervorgehen und „Menschen“ genannt werden. Ausdrücke wie Embryo und Fötus, Säugling, Kind, Jugendlicher, Erwachsener und Greis bezeichnen verschiedene fließend ineinander übergehende Entwicklungsabschnitte im individuellen Dasein des Menschen.

Für den Menschen gilt wie für die anderen Lebewesen auch: „Das Individuum ist überhaupt nicht als etwas Stationäres zu fassen, sondern nur phasenhaft. Das Individuum als Ganzheit ist eben der Individualzyklus.“⁹ So der Zoologe Jürgen W. Harms schon vor mehr als einem Dreivierteljahrhundert. Ähnlich schreibt der Entwicklungsbiologe John Tyler Bonner: „Normalerweise denken wir an einen Hund als ein Objekt zu einer bestimmten Zeit, und

9 Jürgen W. Harms: Individualzyklen als Grundlage für die Erforschung des biologischen Geschehens. Berlin 1924, S. 3.

dieser Zeitpunkt ist gewöhnlich ein Moment aus seinem Erwachsenendasein. Natürlich erkennen wir, dass ein junger Welpen auch ein Hund ist, aber wir zögern, wenn wir mit einem kleinen Fötus konfrontiert werden. Ganz sicher ziehen wir eine Grenze, betrachten wir das befruchtete Ei eines Hundes. Wenn wir durch das Mikroskop auf diese undefinierbare durchsichtige Kugel schauen, würde uns nichts dazu veranlassen auszurufen: ‚Oh, sieh mal den kleinen Hund!‘ Obwohl es genau das ist. Die Lösung dieses Problems ist offensichtlich: Wenn wir uns von der Vorstellung, nur ein winziges Zeitintervall zu betrachten, trennen, können wir sofort erkennen, dass ein Hund in Wirklichkeit ein Lebenszyklus ist: von dem befruchteten Ei über die Geschlechtsreife, wenn er sich vermehren kann, bis zum Alter, wenn er an Altersschwäche stirbt. Das gleiche ist offensichtlich wahr für menschliche Wesen...“¹⁰ Zielt die Frage nach dem Beginn des individuellen menschlichen Lebens, dann kann das nur der Beginn des menschlichen Lebenszyklus (Individualzyklus) sein, der von der Vereinigung von Ei- und Samenzelle bis zum Tode währt. Es geht nicht darum, dass der Embryo zum Menschen werden kann oder ob er ihm gleichwertig oder bloß ein mikroskopisch kleiner Zellhaufen sei. Wir fangen klein an, aber wir sind es. Übrigens äußerten sich Harms und Bonner außerhalb und unabhängig von jeder Bioethik-Debatte.

4. Unantastbarkeit und Unteilbarkeit der Menschenwürde

An der Sachlage vermag auch nichts zu ändern, wenn der Begriff der Person hinzugezogen wird, dem Menschen Menschenwürde und Lebensrecht zugesprochen wird, insofern er Person ist, Menschenwürde also in Personenwürde umgedeutet wird. Zu mehr Klarheit kann das schon deshalb nicht führen, weil es keine irgendwie verbindliche, allgemeingültige und allgemein akzeptierte Auffassung darüber gibt, was eine Person sei. Wird das Personsein an bestimmte Eigenschaften oder Fähigkeiten wie z.B. Schmerzempfindung, Denken, Zukunftsplanung oder Selbstachtung geknüpft, können Menschen aus dem Kreis der zu schützenden Personen ausgemustert, aber auch nicht-menschliche Lebewesen einbezogen werden. So meint der australische Ethiker Peter Singer: „Ein Schimpanse, ein Hund oder Schwein beispielsweise dürfte einen höheren Grad an Selbstbewusstheit aufweisen und eine größere Fähigkeit für sinnvolle Beziehungen zu anderen besitzen als ein geistig

10 John T. Bonner: Evolution und Entwicklung. Reflexionen eines Biologen, Braunschweig – Wiesbaden 1995, S. 17; vgl. ders.: *Size and Cycle. An Essay on the Structure of Biology.* Princeton/New Jersey 1965.

schwerbehindertes Kleinkind oder ein Mensch im Stadium fortgeschrittener Senilität. Wenn wir also das Recht auf Leben auf diese Eigenschaften gründen, müssen wir diesen Tieren ein genauso großes, wenn nicht sogar größeres Lebensrecht zugestehen als solchen geistig behinderten oder senilen Menschen.¹¹ Menschenwürde kommt dem Menschen nicht zu, weil er Person ist, sondern er ist Person durch die ihm zukommende Menschenwürde. Die Kopplung der Menschenwürde an Eigenschaften wie Ich-Bewusstsein, Vernunft und Fähigkeit zur Selbstbestimmung reduziert, wie der Rechtswissenschaftler Josef Isensee vermerkt, „die Menschenwürde auf den Kreis der Vernünftigen und Leistungstüchtigen, derer also, die sich in der Regel aus eigener Kraft in Staat und Gesellschaft behaupten können, der intellektuell und sozial Arrivierten, die fähig sind zur Selbstdarstellung, Kommunikation und Mitwirkung in einer solidarischen Anerkennungsgesellschaft“.¹² Da bleiben nicht nur Embryonen auf der Strecke.

Im Unterschied zum menschlichen Individualzyklus sind Menschenwürde und Menschenrechte nicht naturgegeben. Die Natur kennt weder Würde noch Rechte. Würdenträger gibt es nur in Menschengesellschaften. „Achtung bewirkendes Wesen oder Verhalten eines Menschen, aus Stellung und Amt erwachsendes Ansehen, mit Ansehen und Geltung verbundene Stellung, Amt“ erläutert das „Etymologische Wörterbuch des Deutschen“, was das Wort „Würde“ bedeutet.¹³ Menschenwürde wird durch den Respekt und die Wertschätzung verliehen, den Menschen einander als ihresgleichen entgegenbringen. Es ist ein sozio-kulturelles Attribut, das in langen Kämpfen für die Emanzipation des Menschen von vielfältigen Formen sozialer Ungleichheit, Unterdrückung und Diskriminierung errungen wurde, von Zuständen, unter denen Menschen das Menschsein abgesprochen wurde. Wobei Ideal und Wirklichkeit immer noch weit auseinander klaffen, von der politisch-ideologischen Instrumentalisierung und selektiven Anwendung des Begriffes ganz zu schweigen. Die Ideengeschichte des Begriffs „Menschenwürde“ begann in der Renaissance mit Denkern wie Francesco Petrarca, Giannozzo Manetti und Giovanni Pico della Mirandola. Im Geschichtsprozess zeigt sich der innere Zusammenhang von Menschenbild, Menschenwürde und Menschen-

11 Peter Singer: *Animal Liberation. Die Befreiung der Tiere*. Reinbek bei Hamburg 1996, S. 53; vgl. ders.: *Praktische Ethik*. Stuttgart 1984, 2. revidierte und erweiterte Auflage Stuttgart 1994.

12 Josef Isensee: *Der grundrechtliche Status des Embryos*. In: Otfried Höffe et al.: *Gentechnik und Menschenwürde. An den Grenzen von Ethik und Recht*. Köln 2002, S. 63.

13 *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen*. Erarbeitet im Zentralinstitut für Sprachwissenschaft unter der Leitung von Wolfgang Pfeifer. München 1995, S. 1584.

rechten und die Annäherung von Begriff und Bild des Menschen an die Realität der menschlichen Gattung, wie die Geistes- und Sozialwissenschaftler, der Spezies *Homo sapiens*, wie die Biologen zu sagen pflegen. Nach der „Erklärung der Rechte der Menschen und Bürger“ (1789) im revolutionären Frankreich wurde noch darüber gestritten, ob Frauen Menschen seien.¹⁴ Es war vor allem ein Streit unter Männern, in dem Frauen kaum zu Wort kamen. „Untermensch“ und „lebensunwertes“ Leben waren Schlagwörter, mit denen die deutschen Faschisten die Opfer ihrer Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik belegten. Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie über das Menschsein gestritten und wie es Menschen abgesprochen wurde.

Von Menschenwürde kann nur die Rede sein, wenn sie allen Menschen zukommt. Und sie hat angesichts des kontinuierlichen Charakters des menschlichen Individualzyklus – dessen Abschnitte nicht durch trennende Einschnitte abgegrenzt sind, sondern fließend ineinander übergehen – nur Bestand, wenn kein Abschnitt davon ausgenommen ist. Denn es gibt nirgends eine Zäsur, die sagen lässt: „Bis hierher und nicht weiter!“ Nur wenn die Menschenwürde unteilbar ist wie der menschliche Individualzyklus, kann sie auch unantastbar sein. Sie ist nicht abstufbar oder an bestimmte Eigenschaften gebunden.¹⁵

14 Vgl. Sigrid Lange (Hrsg.): Ob die Weiber Menschen seien. Geschlechterdebatten um 1800. Leipzig 1992.

15 Vgl. Ernst Luther: Menschenwürde, ein entscheidendes Handlungskriterium oder „Totschlag-Argument“? In: Viola Schubert-Lehnhardt (Hrsg.): Schöne neue Welt – Perfektion oder Perversion. Gerbstedt 2001; Ilja Seifert: Lob der Unvollkommenheit. Essayistische Betrachtungen zu Biomedizin, Gentechnik, Menschenbild und Gesellschaftskonzeption. Berlin 2003.

Ruth Reiher

Das Kollektiv hat sich ins Team verabschiedet. Zur wissenschaftlichen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems

Vortrag am 21.3.2002 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

1. Einführung

Die wissenschaftliche Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems ist so alt wie das Problem selbst. Oder vielleicht könnte man es auch umgekehrt formulieren: Das sprachliche Ost-West-Problem in seiner ganzen Dimension ist uns erst durch dessen wissenschaftliche Betrachtung so recht bewusst geworden. Um das nachvollziehbar zu machen, werde ich den wissenschaftlichen Prozess von seinen Anfängen bis in die Gegenwart kurz umreißen. Den Kern meiner Ausführungen bildet der Zeitraum der letzten 12 Jahre.

Ein Grund für dieses Vorgehen besteht darin, dass ich die frühen Phasen der Auseinandersetzung um dieses Problem ausschließlich aus der Rezeption der wissenschaftlichen Literatur wiedergeben kann. In den letzten 12 Jahren hingegen, also nach der so genannten Wende, haben wir an der Humboldt-Universität diesen wissenschaftlichen Prozess selbst mit gestaltet. Wie an vielen anderen, vor allem ostdeutschen Universitäten, haben wir uns mit dem sprachlichen Ost-West-Problem unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung intensiv beschäftigt¹. Da wir den Prozess des Sprachgebrauchswandels in der so genannten Wendezeit und danach erfassen wollten, mussten wir sprachliche Korpora recht schnell aufzeichnen und zunächst einmal konservieren. Das war gerade bei mündlicher Kommunikation notwendig. Denn wir ahnten, dass sich hier – auf jeden Fall im ostdeutschen Sprachraum – eine relativ schnelle Veränderung vollziehen werde. Und die Sprachdaten selbst oder auch die Wertungen sprachlicher Prozesse, die wir heute nicht sichern konnten, waren morgen schon wieder vergangen und damit unwiederbring-

1 Einige Sammelbände geben Aufschluss über diese Aktivitäten: Reiher, R./ Läger, R. (Hrsg.) (1993); Reiher, R. (Hrsg.) (1995); Reiher, R./ Läger, R. (Hrsg.) (1996); Reiher, R./ Kramer, U. (Hrsg.) (1998); Reiher, R./ Baumann, A. (Hrsg.) (2000).

lich verloren. Viele dieser sprachlichen Daten harren noch ihrer Auswertung. Ob das in naher Zukunft geleistet wird, wage ich allerdings zu bezweifeln. Denn sowohl das wissenschaftliche wie das öffentliche Interesse an diesem Thema ist bei Weitem nicht mehr so groß wie noch vor einigen Jahren, und das in zunehmendem Maße auch in den Neuen Bundesländern, in denen unsere sprachlichen Beobachtungen und Analysen stets auf große Resonanz gestoßen sind. Angeregt von den – auch durch die Medien verbreiteten – Ergebnissen unserer Untersuchungen beobachteten viele „Laien“ ihren eigenen Sprachgebrauch und den ihrer Umgebung wie auch den von Politikern und anderen öffentlichen Personen aufmerksamer. Sie fragten nach den Gründen sprachlicher Unterschiede zwischen Ost und West sowie sprachlicher Veränderungen, wie sie sich im Zuge von ‚Wende‘ und Vereinigung vollzogen. Damit gelang es uns, eine interessierte sprachliche Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, und das gerade im ostdeutschen Sprachraum.

2. Zur linguistischen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems in der Zeit der Zweistaatlichkeit

Wie eingangs festgestellt, ist die wissenschaftliche Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems so alt wie das Problem selbst. Allerdings wandelten sich die theoretischen Ansätze wie auch die methodischen Zugänge. Was ist nun das so genannte sprachliche Ost-West-Problem? Mit der Teilung Deutschlands im Ergebnis des 2. Weltkrieges bildeten sich unterschiedliche Gesellschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands heraus. Das hatte auch sprachliche Konsequenzen. Wie wir aus heutiger Sicht wissen, entwickelte sich das Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR teilweise unterschiedlich.

Diese sprachlichen Differenzierungen lassen sich auf allen sprachlichen Ebenen nachweisen. Am deutlichsten sind sie im lexikalischen Bereich. Unterschiedliche Sachverhalte wurden verschieden benannt wie z. B. die Schultypen *Gymnasium – Erweiterte Oberschule (EOS)* oder die gewählten Volksvertretungen *Volkskammer – Bundestag*. Diese Unterschiede in der Benennungspraxis traten auch im alltäglichen Sprachgebrauch auf wie bei *Supermarkt – Kaufhalle*, ohne dass hier verschiedene Denotate zugrunde lagen. Zahlreiche Text- und Gesprächssorten wurden unterschiedlich ausgestaltet wie etwa *Bewerbungsschreiben, Bewerbungsgespräche, Beurteilungen, Zeugnisse* oder auch *private Kleinanzeigen, Beratungsgespräche* und *Dank-sagungen*. Bei den oben genannten sowie bei anderen Texten und Gesprächen

existierten neben lexikalischen auch textstrukturelle Differenzen. Selbst das Verhältnis zu den so genannten Existenzformen der deutschen Sprache (Hochsprache – Umgangssprache – Dialekt) entwickelte sich unterschiedlich. Wie wir durch soziolinguistische Untersuchungen belegen konnten², besaßen z. B. die Ostberliner ein viel positiveres Verhältnis zur Berliner Umgangssprache als die Bewohner des Westteils der Stadt.

Aber der Grundbestand der deutschen Sprache, in seiner Lexik und Grammatik, blieb von diesen Veränderungen unberührt. So haben die Deutschen in Ost und West stets *gegessen*, sind *aufgestanden* und wieder *ins Bett gegangen*. Sie haben sich auch gleichermaßen nach und nach von traditionellen grammatischen Strukturen wie z. B. der strengen Form des Genitivs nach der Präposition *wegen* zu Gunsten der umgangssprachlichen Dativrektion *wegen dem* verabschiedet. Einmal von ideologischen Bewertungen abgesehen, war die deutsche Sprache in ihrer Existenz als einheitliches Gebilde zu keinem Zeitpunkt der 40-jährigen Entwicklung in Ost und West echter Gefahr ausgesetzt.

Diese Einschätzung bestätigt auch ein Blick in die linguistische Literatur. So konstatierte Moser 1962 (43), dass „nicht nur die Rechtschreibung und die Regeln der Hochlautung, die Mittel der Wortbildung und im wesentlichen auch die Syntax [...] weiterhin beiden Teilen Deutschlands gemeinsam [sind], sondern auch der überwiegende Teil des Wortschatzes, der Wortkörper wie der Wortinhalte. Gemeinsam sind die Benennungen für Erscheinungen und Tätigkeiten des Alltags, für menschliche Grundsituationen wie Liebe und Freundschaft [...], das Wortgut der Fachsprachen und innerhalb der Sondersprachen das mathematischer, naturwissenschaftlicher, technischer, rein philologischer und theologischer Veröffentlichungen [...]“. Zugleich fixierte Moser aber auch den ideologischen Aspekt, der die Untersuchungen zur sprachlichen Ost-West-Problematik stets begleitete und häufig sogar überlagerte, wenn er „in entscheidenden zentralen Bereichen, welche die Auffassung von Mensch, Gesellschaft und Welt betreffen, bei Kernwörtern“ nicht nur wertneutral Unterschiede feststellte, sondern diese „tiefgreifende[n] Veränderungen als Ausfluß einer Ideologie, die auch weithin den Sprachstil prägt“, ausschließlich „drüben“, d. h. im DDR-Sprachgebrauch, ansiedelte.

Um diese differierenden Tendenzen in der Sprachentwicklung auch terminologisch zu fassen, sprach man in der Linguistik von *einer* Sprachgemeinschaft und zwei Kommunikationsgemeinschaften. Während Sprachgemeinschaft die Gesamtheit der Sprecher, die eine Sprache (das Deutsche) als Muttersprache sprechen, umfasst (Hartung, 1981, 14), sind Kommunikationsge-

2 Vgl. H. Schönfeld unter Mitarbeit von R. Reiher und S. Grünert (2001).

meinschaften Gruppen von Menschen, die durch die Notwendigkeit ständiger Kommunikation untereinander verbunden sind, also in unserem Fall die Sprecher/ Schreiber in der BRD oder in der DDR.

Für die Linguistik, vor allem für diejenigen Richtungen, die sich mit dem Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft beschäftigten, war das sprachliche Ost-West-Problem ein faszinierendes linguistisches Beobachtungsfeld. Hier konnte Sprachwandel unter dem Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen unmittelbar verfolgt werden. In Bezug auf die Phase der Zweistaatlichkeit formulierte Hellmann (1991, 42):

„Denn hier wird quasi in einem unfreiwilligen Großversuch vorgeführt, was sprachlich geschieht, wenn eine Nation in zwei staatlich organisierte Kommunikationsgemeinschaften mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geteilt wird.“

Nach 1989 könnte man in Anlehnung an Hellmann von der zweiten Phase dieses Großversuchs sprechen, was nämlich sprachlich geschieht, wenn von den bislang zwei staatlich organisierten Kommunikationsgemeinschaften mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen die kleinere Kommunikationsgemeinschaft der größeren beitrifft.

2.1 Die 50er und 60er Jahre

Von vorwissenschaftlichen Äußerungen abgesehen waren die sprachlichen Unterschiede in West und Ost in den 50er und 60er Jahren für die DDR-Linguistik kein Thema. Es war die Zeit, in der Bechers Text der Nationalhymne mit der Verszeile „Deutschland einig Vaterland“ noch gesungen und die Einheit Deutschlands – unter sozialistischem Vorzeichen – angestrebt wurde. Wenn neuere Tendenzen der deutschen Sprachentwicklung wie z. B. von Georg Möller beschrieben wurden, fanden sich hier kaum Beobachtungen, die nicht auch für die westdeutschen Sprachverhältnisse zuträfen.

Zu den Wenigen, die bereits in den 50er Jahren vor einer Sprachspaltung warnten, gehörten der genaue sprachliche Beobachter F. C. Weiskopf sowie der Romanist Victor Klemperer. In seiner „Verteidigung der deutschen Sprache“ von 1955 warnte Weiskopf vor der „Gefahr einer Sprachspaltung“ (53) in „Ostdeutsch“ und „Westdeutsch“, deren Ursachen er in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen sah. Im östlichen Teil machte er vornehmlich das „Überwuchern des Spruchbänder-, Behörden- und Parteijargons“ (55) für die Sprachentfremdung verantwortlich, wohingegen der westdeutsche Anteil „durch das massive Eindringen amerikanischer Wörter und Wendungen“ (61/62) gekennzeichnet war. Ähnlich hatte sich bereits 1953 (27) Klemperer ge-

äußert, als er „in einer fernerer Zukunft an Schaufenstern des Auslands die Ankündigung [...] : „Hier spricht man Ostdeutsch“ - „Hier spricht man Westdeutsch“ prognostizierte. Die Antwort beider Autoren auf die Frage nach der Perspektive dieses Entfremdungsprozesses war optimistisch und illusionär zugleich, zeigt aber das gesellschaftliche Klima der frühen 50er Jahre. So forderte Klemperer, „dieser möglichen Gefahr“ einen „festen Riegel“ vorzuschieben, „indem wir mit allen Mitteln, und immer bereitwilliger unterstützt von den Gutwilligen in Westdeutschland, für die Einheit unseres Vaterlandes kämpfen“. Weiskopf (72/73) formulierte seinen sprachpflegerischen Standpunkt folgendermaßen:

„ [...] hüben und drüben, und wann immer es geht gemeinsam, den Schatz unseres einheitlichen Spracherbes gegen jede Verstümmelung, Verfremdung und Verunreinigung verteidigen und die Schönheit unserer ‚weiten, räumigen, tiefen, reinen und herrlichen Muttersprache‘ (Schottel) in allem, was wir schreiben, aufleuchten lassen. Wenn wir das mit Leidenschaft und Nachdruck tun, dann braucht uns um die sprachliche Einheit nicht bange zu sein.“

Anders sah es in der westdeutschen Linguistik aus. Hier beobachtete und kritisierte man vor allem seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR, so wie er in offiziellen Texten, in den Printmedien, in Radio und Fernsehen oder auch in der schöngeistigen Literatur, in Schulbüchern und Wörterbüchern zu finden war. Ihren Höhepunkt hatte diese Richtung in der ersten Hälfte der 60er Jahre und war mit Publikationen verbunden wie „Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands“ von 1962, „Deutsch – gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Polemik, Analyse, Aufsätze“ (1964) oder „Das Aueler Protokoll – Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost“ von 1964.

Im Zentrum stand – wie auch in der Folgezeit – die im gesellschaftspolitischen Bereich verwendete Lexik. Nicht nur Neuprägungen zur Bezeichnung DDR-spezifischer Institutionen wurden kritischen Wertungen unterzogen. Vor allem zentralen Begriffen wie *Gesellschaft*, *Freiheit*, *Demokratie* oder *Sozialismus*, *Kapitalismus* wurden so genannte DDR-spezifische Bedeutungsveränderungen zugeschrieben. Das geschah zum einen völlig unhistorisch, indem die Verankerung dieser Begrifflichkeit in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ignoriert wurde. Zum anderen wurde geflissentlich übersehen, dass diese gesellschaftlichen Begriffe auch in der westdeutschen Öffentlichkeit unterschiedlich definiert und verwendet wurden.

Hinzu kommt, dass es diesem so genannten sprachlichen Ost-West-Vergleich nicht nur häufig an ausreichenden Korpora von DDR-Texten ermangete. Auch eine hinreichende empirische Absicherung durch westdeutsche

Sprachbelege wurde nur selten angestrebt und noch seltener erreicht, so dass nicht einmal eine – wie auch immer geartete – westdeutsche Norm, sondern häufig nur die Intention der Autoren als Vergleichsmaßstab für die „sprachliche[n] Sonderung“ (Moser, 1962, 48) oder die „sondersprachliche[n] Entwicklung in der DDR“ (Korlén, 1967, 44) angenommen wurde.

Damit war das Problem dieser Untersuchungen auch ein methodisches. Obwohl Moser³ (1962, 3) z. B. seine Aussagen „vom objektiven Standpunkt des Sprachbeobachters aus betrachtet“ wissen wollte, blieben auch seine Ergebnisse sehr einseitig. Es wurde kein linguistischer Vergleich zwischen dem divergierenden öffentlichen Sprachgebrauch in zwei selbständigen Kommunikationsgemeinschaften vorgenommen. Trotz des mehrfachen Hinweises auf Sprachmuster im „Westen“, in „Westdeutschland“ oder der deiktischen Entsprechung „hüben“ ging es ausschließlich um „das Deutsche im Osten“, „im Osten Deutschlands“, „in der Zone“ oder auch deiktisch verkürzt „drüben“. Und die für den ostdeutschen Sprachraum festgestellten „Sonderungen“ wurden nicht einmal bei Moser wertneutral als sprachliche Eigenentwicklungen infolge anderer gesellschaftlicher Voraussetzungen beschrieben. Sie wurden ausschließlich als Abweichungen von der westdeutschen Norm interpretiert und damit negativ konnotiert.

Hinzu kommt, dass diese mehr oder minder ideologisch geprägten Arbeiten nahezu ausschließlich dem offiziellen Sprachgebrauch gewidmet waren. Über halböffentliche oder gar private Sprech- und Schreibweisen wurden infolge fehlender sprachlicher Korpora nur Vermutungen angestellt⁴. So formulierte Moser (1962, 46)

„Inwieweit aber ist die geschriebene Privatsprache (etwa in Briefen) und inwieweit ist die Alltagssprache und die Alltagsrede der Menschen drüben schon von der offiziellen Sprache geprägt? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten.“

Den Versuch einer Antwort gab bereits 1964 der DDR-Sprachwissenschaftler Ihlenburg. Er attestierte dem „Alltagsstil“ in Ost wie West die größte Resistenz gegenüber unterschiedlichen Entwicklungen (397). Übrigens war Ihlenburg einer der wenigen Linguisten aus der DDR⁵, der zum

3 Ich verweise hier bewusst auf den Sprachwissenschaftler Hugo Moser. Die Arbeiten anderer Autoren wie z. B. die von Maeder, Schierbaum oder auch Riemschneider waren in einem Maße ideologisch geprägt, dass sich eine Auseinandersetzung mit ihnen aus heutiger Sicht kaum noch lohnt. Vgl. dazu auch Dieckmann (1967).

4 Zu bemerken ist, dass dieses Problem bis in die Gegenwart als linguistisches Desiderat beklagt wird. Vgl. dazu die Ausführungen von Schlosser (1990). Um diesen Mangel in der Forschung zu beseitigen, bereiten wir gegenwärtig einen Sammelband zur „Sprache in der DDR“ vor, der sich vornehmlich dem alltäglichen Sprachgebrauch widmen soll.

5 Neben Ihlenburg sind die Arbeiten von Höppner (1963) und Gernentz (1965) zu nennen.

sprachlichen Ost-West-Problem explizit Stellung genommen hat. Wohltuend ist – gegenüber den westlichen Publikationen – sein Bemühen um sprachwissenschaftliche Exaktheit, wobei er, wohl auch in der Tradition von Klemperer und Weiskopf, sprachliche Veränderungen auf beiden Seiten des „eisernen Vorhangs“ wahrgenommen und auch beschrieben hat. Indem er den westdeutschen Untersuchungen vorwarf, „daß die Ursache der behaupteten „Sprachspaltung“ einseitig in der besonderen gesellschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik gesehen und zu wenig beachtet wird, daß sich auch in Westdeutschland [...] sehr viele sprachliche Besonderheiten abzeichnen“ (372), übte er durchaus berechtigte Kritik am methodischen Vorgehen dieser Autoren. Mit seinem Resümee (397)

„Je stärker die gesellschaftliche Entwicklung der DDR in Westdeutschland Anerkennung findet, um so mehr wird auch dort das diese Entwicklung widerspiegelnde Wortgut zum Allgemeingut werden.“

verließ er jedoch auf der einen Seite – wie seine westlichen Kollegen – die sprachwissenschaftliche Ebene und knüpfte auf der anderen Seite an die gesellschaftlichen Illusionen eines Victor Klemperer aus den 50er Jahren an.

Die erste substantielle und bis in die Gegenwart hinein unübertroffene Kritik an den so genannten sprachwissenschaftlichen Ost-West-Vergleichen übte Walther Dieckmann 1967. Er beklagte nicht nur die unzureichende empirische Basis und die daraus resultierenden Fehleinschätzungen. Vor allem kritisierte er, dass „statt einer sachlichen empirischen Beschreibung und einer sorgfältigen Bestandsaufnahme [...] sprachtheoretische Prämissen und politisch-ideologische Standpunkte in die Argumentation hinein [spielen]“ (164). Sein sehr ausgewogenes und kritisches Urteil gipfelte in der Feststellung, dass ein bedeutender Teil der Untersuchenden nur sprachlich illustrierte, was er politisch schon wusste und dass sich die Sprachwissenschaft mit dieser Methode „zum Echo politischer Meinungen“ degradierte (138).

Dieser bereits von Dieckmann kritisierte methodologische Ansatz bestimmte den Großteil der westdeutschen linguistischen Untersuchungen auch in der Folgezeit. Zwar bemühten sich in späteren Jahren zahlreiche westdeutsche Linguisten (z. B. Hellmann), den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR auch unideologisch zu betrachten. Dennoch folgten die meisten – häufig auch unbewusst – dem Muster, wonach „das sprachliche Verhalten der stärkeren Variante, die der Bundesrepublik, als Vergleichsmaßstab“ herangezogen wurde (Moser, 1985, 1680). Es wurde von der „Hauptvariante Bundesrepublik“, der „Variante DDR“ und den „regionale[n] Varianten“ des österreichischen und Schweizer Deutsch gesprochen. Dieses Dominanzmodell mit Abstufungen versperrte die Sicht auf die prinzipielle Gleichberechtigung

gung und Gleichwertigkeit sprachlicher Unterschiede und Neuerungen in beiden deutschen Staaten. Das von Peter von Polenz (1988) entwickelte Plurizentrismus-Konzept hingegen, das von mehreren gleichwertigen staatlichen und kulturellen Zentren ausging und somit durch die Berücksichtigung der historischen Dimension der tatsächlichen Sprachsituation in stärkerem Maße gerecht wurde, spielte im Rahmen der sprachwissenschaftlichen Ost-West-Forschungen erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Rolle.

2.2 Die 70er und 80er Jahre

Mit den historischen Gegebenheiten veränderte sich auch die Sicht auf das sprachliche Ost-West-Problem, und das sowohl in der DDR- als auch in der bundesrepublikanischen Linguistik. Die politische Entwicklung in der ersten Hälfte der 70er Jahre mit ihren historischen Eckpunkten ‚Ostverträge‘ (1970), ‚Grundlagenvertrag‘ (1972) und Verabschiedung der neuen ‚Verfassung der DDR‘ von 1974 führte in der linguistischen Forschung beider Seiten zu einem Wandel der Ansichten.

So beschwor die westdeutsche Linguistik als Reflex auf die Annäherungspolitik der sozialliberalen Koalition seit den 70er Jahren nicht mehr die These von der so genannten ‚Sprachsonderung‘ oder ‚Sprachspaltung‘, sondern betonte das ‚einigende Band der Sprache‘. Um diesen Wechsel glaubhaft zu machen, wurde der offizielle DDR-Sprachgebrauch als „eine Art Fremdkörper“ (Hellmann, 2000, 250) interpretiert und dessen Einfluss auf die Alltags- oder Umgangssprache kurzerhand für null und nichtig erklärt. So kam Oschlies 1989 (102) zu dem Schluss, dass es „keine DDR-typische Umgangssprache“ gibt und „die Einflüsse der politisch-ideologischen Parteisprache [...] praktisch Null“ sind. Nur auf Grund dieses oberflächlich konstruierten Gegensatzes zwischen Partei- und Umgangssprache konnte er am Schluss seiner Ausführungen (233) zu einem Fazit gelangen, das an die nationalen Willensbekundungen des 19. Jahrhunderts erinnert.⁶

6 Vgl. etwa die Äußerung Jacob Grimms aus dem Jahre 1846, als er auf die Frage „was ist ein volk?“ antwortet: „ein volk ist der inbegriff von menschen, welche dieselbe sprache reden. das ist für uns Deutsche die unschuldigste und zugleich stolzeste erklärung, weil sie mit einmal über das gitter hinwegspringen und jetzt schon den blick auf eine näher oder ferner liegende, aber ich darf wohl sagen einmal unausbleiblich heranrückende zukunft lenken darf, wo alle schranken fallen und das natürliche gesetz anerkannt werden wird, daß nicht flüsse, nicht berge völkerscheide bilden, sondern daß einem volk, das über berge und ströme gedrun-gen ist, seine eigne sprache allein die grenze setzen kann.“ (Grimm, 1846, 128/129).

„Die Wiedervereinigung der Deutschen wird als einigender Ausdruck des einigenden Bandes der Deutschen, ihrer Sprache, erfolgen. Oder sie wird niemals erfolgen.“

Auch die DDR-Linguistik blieb von den gesellschaftlichen Veränderungen nicht unberührt. Ausgangspunkt für den Perspektivenwechsel bildete die politische Diskussion um die ‚sozialistische deutsche Nation‘ zu Beginn der 70er Jahre, die in der veränderten Form der Verfassung von 1974⁷ gipfelte. Diese Debatte wirkte sich auch auf die sprachwissenschaftliche Theoriebildung aus, indem fortan der Begriff der ‚Nationalsprache‘ ins Zentrum rückte und damit die Frage, ob es sich bei den sprachlichen Divergenzen zwischen Bundesrepublik und DDR noch um eine Nationalsprache oder um gleichberechtigte nationalsprachliche Varianten selbständiger Nationen handelt. Ohne die Diskussion im Einzelnen⁸ wiederzugeben, verweise ich auf die zusammenfassende Darstellung von Shethar/Hartung (1998, 41):

„Da Sprache weithin als ein Merkmal der Nation gesehen wurde und da ostdeutsche Politiker sich der Illusion hingaben, es würde eine besondere ‚sozialistische deutsche Nation‘ entstehen, schien (auch für einige Linguisten in der DDR) die Frage legitim zu werden, in welchem Umfang die sprachliche Einheit noch existierte, wie lange sie noch erhalten bleiben würde und ob man nicht berechtigt sei, von zwei [...] Varianten der deutschen Sprache zu sprechen.“

Im Umfeld dieser Auseinandersetzung wird immer wieder auf Lerchner (1974) verwiesen, der in der Tat formulierte, dass „die Veränderungen im Gebrauch der deutschen Sprache in der DDR [...] insgesamt so umfassend und tiefgreifend [sind], daß sie den Fortbestand *einer* deutschen Nationalsprache hier und in der BRD ernsthaft in Frage stellen“ (263). Allgemeingut wurde diese von Lerchner vertretene, später von ihm relativierte Auffassung aber nicht. Betrachtet man die Publikationen der 70er Jahre, so wurde das sprachliche Ost-West-Problem besonders im Zusammenhang mit der Frage der Nationalsprache zwar problematisiert. Aber dass die DDR-Linguistik als Ganzes Verfechterin einer eigenen DDR-Varietät oder auch – abgeschwächt – einer DDR-Variante sein sollte, lässt sich an den wissenschaftlichen Texten

7 Während die Verfassung von 1968 noch von dem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ sprach, wurde der Begriff der ‚Nation‘ aus der Verfassung von 1974 eliminiert. Dort hieß es im Artikel 1: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ (Deutsche Verfassungen. 1989. 218)

8 Vgl. dazu die Ausführungen von Bauer (1993, 75-84) und Dieckmann (1989), die allerdings beide zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen.

nicht nachweisen⁹. Als einen Beleg möchte ich das 1987 erschienene Buch von Fleischer anführen mit dem Titel „Wortschatz der deutschen Sprache *in der DDR*“, und nicht *der* DDR.

Allerdings führten diese Diskussionen um Sprachvarianten auch zu einer intensiveren Beschäftigung der DDR-Linguistik mit dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft, wobei der Vergleich zwischen der Sprache und deren Gebrauch in den beiden deutschen Staaten nur ein Randthema bildete. Vornehmlich ging es in den theoretischen Überlegungen¹⁰ und praktischen Untersuchungen zur Variationsproblematik um die DDR-Gesellschaft. Das führte zu einer stärkeren, auch empirischen Erfassung des tatsächlichen Sprachgebrauchs in der DDR. So ermittelte z. B. Schönfeld (1974) das Sprachverhalten in einem Dorf der Altmark, Herrmann-Winter (1974) die Auswirkungen sozialistischer Produktionsweise in der Landwirtschaft auf die sprachliche Kommunikation. Rosenkranz (1974), Schönfeld/ Donath (1978) und Reiher (1980) analysierten die sprachliche Kommunikation im Bereich der industriellen Produktion und Benecke (1986) sowie Heinemann (1989) untersuchten jugendsprachliche Phänomene. Fleischer (1987) beschrieb die Wortschätze in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und erweiterte seine Analysen durch Angaben zur Struktur und Funktion zahlreicher Textsorten.

Ein Blick in Qualifizierungsarbeiten wie Dissertationen oder gar Diplom- und Staatsexamensarbeiten macht deutlich, dass vor allem in den 80er Jahren die der empirischen Erfassung schwer zugänglichen Räume wie z. B. Schule oder Alltagskommunikation unter ausgewählten Gesichtspunkten analysiert wurden. Da diese Arbeiten aber im Allgemeinen nicht publiziert wurden, konnten deren Ergebnisse auch kaum von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen werden.¹¹ Hinzu kommt, dass stets nur einzelne Aspekte der Sprache oder deren Gebrauchs bearbeitet wurden. So analysierte I. Petrović z. B. nicht die sprachliche Variation in der Schule schlechthin, sondern „hinsichtlich der Verwendung modalisierender sprachlicher Mittel“, also vornehmlich aus grammatischer Sicht. Damit blieb die sprachliche Variation als Ganzes in der Schule unberücksichtigt und über den Einfluss der

9 Vgl. dazu vor allem die differenzierte Analyse von Dieckmann (1989).

10 Verwiesen sei auf die großen Sammelpublikationen wie Hartung (1974), Neumann (1976), Normen in der Sprachlichen Kommunikation (1977) oder Hartung/Schönfeld (1981).

11 Hierbei habe ich z. B. die Dissertationen von Roloff zur Kontaktkommunikation, von Petrović (1985) zur Kommunikation in der Schule oder auch die Diplomarbeit von Kuntzsch (1985) zu Anredeformen in der DDR im Auge.

neuen kommunikativen Beziehungen auf den Sprachgebrauch konnten keine Aussagen gemacht werden.

Somit blieb die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft über weite Strecken ein theoretischer Diskurs. Es konnten – eben wegen der fehlenden empirischen Basis – weder konkrete Aussagen über die Spezifik der kommunikativen Verhältnisse in der DDR gemacht werden noch wurde ein empirisch gesicherter Vergleich zwischen der Sprache und deren Gebrauch in beiden deutschen Staaten angestrebt. Dieckmann (1989, 166) kommt zu dem Ergebnis, dass „häufig keine Feststellungen über die gegenwärtige Situation getroffen, sondern Prognosen über eine sich abzeichnende, zukünftig zu erwartende Entwicklung gestellt“ wurden. Wenn es z. B. um Entwicklungen der so genannten Existenzformen ging, so wurden diese Aussagen zumeist sehr allgemein als mögliche Tendenzen in die Zukunft projiziert. So die Annahme, dass sich das Verhältnis von Hochsprache und Umgangssprache unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR verändern würde und dass das zu einer Verschiebung im Gefüge der Existenzformen führen könnte. Hartung (1981, 87) formulierte:

„Die gegenwärtig überschaubaren Zeiträume, aber auch die gegenwärtigen Einsichten in Zusammenhänge schränken die Möglichkeiten für Aussagen über Existenzform-Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch ein.“

Zusammenfassend lässt sich für die DDR-Linguistik der 70er und 80er Jahre festhalten: Zum einen führte die Konzentration auf den Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft zu genaueren Aussagen über die sprachliche Situation in der DDR und deren Bedingungsgefüge. Damit ist die Forschungssituation für diesen Raum partiell günstiger als für die alte Bundesrepublik, deren unterschiedliche Sprachphasen eigentlich erst seit Beginn der 90er Jahre einer genaueren Analyse unterzogen werden.¹² Auf der anderen Seite führten die von der offiziellen Politik gesetzten Normen und Restriktionen bei der Untersuchung der sprachlichen Wirklichkeit dazu, dass bestimmte Themenbereiche tabuisiert wurden. Dazu gehörte der gesamte Komplex des öffentlichen und offiziellen Sprachgebrauchs in den Medien oder in der Politik. Diese Beschränkungen führten zu Defiziten, indem der öffentliche Sprachgebrauch, wenn überhaupt, nur in dem Maße berücksichtigt wurde, wie er der offiziellen Diktion von der Sprachwirklichkeit in der ‚sozialistischen‘ Gesellschaft entsprach.¹³

12 Vgl. Stötzel/ Wengeler (1994).

13 Vgl. Reiher (1999).

3. Zur linguistischen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung

Wenn wir die Phase des sprachlichen Ost-West-Problems in dem letzten Jahrzehnt betrachten, müssen wir davon ausgehen, dass sich in kürzester Zeit ein Sprachgebrauchswandel großen Ausmaßes vollzogen hat. Ansonsten zählen wir bei Sprachwandel ja in Jahrhunderten. Hier lassen sich bereits in einem guten Jahrzehnt deutliche Veränderungen im Sprachgebrauch beobachten. Das ist allerdings ein Prozess, der sich ausschließlich in den so genannten neuen Bundesländern vollzogen hat. Der westdeutsche Sprachraum ist von dieser Entwicklung so gut wie gar nicht betroffen. Doch ehe ich zu der Frage komme, wie diese sprachlich-kommunikativen Entwicklungen von der Linguistik betrachtet wurden, zunächst ein Wort zu den sprachlich-kommunikativen Veränderungen selbst.

3.1 Sprachlich-kommunikative Veränderungen im Zuge von ‚Wende‘ und Vereinigung

Der Herbst 1989 war die äußerst kurze Zeit „revolutionärer Erneuerung“, die „die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße“ stellen sollte, wie Christa Wolf am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz erklärte. Diese „revolutionäre Bewegung“ war auch mit einer Befreiung der Sprache verbunden. „Was bisher so schwer auszusprechen war, geht uns auf einmal frei von den Lippen.“ (149) Allein ein Blick auf die Demo-Sprüche dieser Zeit offenbart eine Kreativität im Umgang mit Sprache, wie sie in so komprimierter Form nur selten zu finden ist. Ein solcher Blick zeigt, wie der ‚sprachschöpferische Volksgeist‘ in spielerischer Art und Weise mit den Mitteln und Möglichkeiten der deutschen Sprache umging. Die kurzen und prägnanten Losungen der Massendemonstrationen griffen offizielle DDR-Stereotype auf und spielten mit ihnen, sie wandelten sie ab bis zur Verkehrung in ihr Gegenteil.

Metaphern wie „Die Straße ist die Tribüne des Volkes“, „Macht aus der DDR keinen Platz des Himmlischen Friedens“ oder „Visafrei bis Hawaii“ wurden wieder und wieder produziert. DDR-typische Losungen wurden parodiert, indem sie durch neue Inhalte substituiert wurden. Allein durch den Ersatz von „Sowjets“ durch „Volk“ wurde aus dem von der Oktoberrevolution her bekannten Slogan „Alle Macht den *Sowjets*“ die aktuelle politische Forderung „Alle Macht dem *Volk*“. Die offizielle Losung „So wie wir heute *arbeiten*, werden wir morgen leben“ wurde zur konkreten Handlungsanweisung: „So wie

wir heute *demonstrieren*, werden wir morgen leben“. Tradierte Sprichwörter wurden abgewandelt und erhielten dadurch einen politisch aktuellen Bezug. So wurde aus „Was *Hänschen* nicht lernt, lernt *Hans* nimmermehr“ „Was *Krenzchen* nicht lernt, lernt *Krenz* nimmermehr.“ In ihrer Gesamtheit spiegelten diese Losungen den Willen zur Veränderung, zur Umkehr der Machtstrukturen in der DDR-Gesellschaft.

Diese „Befreiung der Sprache“, von der Christa Wolf sprach, zeigte sich aber nicht nur in den Losungen. Hervorstechendes Merkmal des politischen Diskurses vom Herbst 1989 war nicht nur die Lösung von allen DDR-Stereotypen. Im politischen Diskurs des Herbstes 1989 wurden auch die für die parlamentarische Demokratie geltenden Grenzen politischer Kommunikation überschritten. Es war keine „Kommunikation zwischen Politikern, Parteien usw. und den Bürgern oder der Öffentlichkeit“, in der das „politische Handeln [...] für die Bürgeröffentlichkeit gedacht und sprachlich formuliert wird“¹⁴. Der politische Diskurs des Herbstes 1989 ging weit darüber hinaus. Es war zunächst die vom Volk – also von unten – ausgehende Einforderung der bisher nicht vorhandenen Kommunikation zwischen dem Volk und den politischen Machtorganen und ihren Funktionsträgern. Die *vox populi* mit ihren Sprechchören und Transparenten war die öffentliche Meinung schlechthin. Die Bürger selbst erzwangen den Dialog, der nach einer Phase der Sprachlosigkeit dezentral, ohne einheitliche Leitung von Oben durch örtliche Funktionäre und staatliche Organe aufgenommen wurde. Diese Dialoge erhielten auch schnell eigene Namen, so die „Rathausgespräche“ in Dresden, die „Sonntagsgespräche“ in Berlin oder auch die ersten „Runden Tische“. Von ihrer Struktur her waren diese Dialogrunden asymmetrische Diskussionsformen. Die Bürger bestimmten die Inhalte dieser Dialoge und gaben die Gesprächsgegenstände vor wie etwa Freiheit der Medien, Rechtssicherheit, Umweltpolitik, Reisefreiheit und viele andere. Was hier vor sich ging, war ein Diskurs im Rahmen der DDR-Kommunikationsgemeinschaft – in ganz besonderer, bislang nicht gekannter Qualität und Art und Weise.

Die zunehmende Durchlässigkeit und endgültige Öffnung der Mauer am 9. November 1989 führte allerdings zu einer Veränderung der öffentlichen Kommunikationssituation. Neben die Losung *Wir sind das Volk*, die im Rahmen des DDR-Diskurses den Gegensatz zwischen den Interessen des Volkes und der Machtausübung der Staatsführung artikulierte, trat *Wir sind ein Volk*. Mit dem ethnischen Volksbegriff wurde der Rahmen des DDR-Diskurses ge-

14 Vgl. Strauss, Hass, Harras (1989, S. 30–31).

sprengt und die gesamtdeutsche Dimension ins Blickfeld gerückt. Der bislang ausschließlich vertikal ausgerichtete Diskurs zwischen Unten und Oben erhielt nun auch eine horizontale Dimension, zwischen Ost und West. Eine neue, gesamtdeutsche Kommunikationsphase nahm ihren Anfang, die nach dem 3. Oktober 1990, dem Beitrittstag der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, endgültig zur Kommunikation innerhalb der Bundesrepublik wurde.

3.2 Linguistische Reflexion der sprachlich-kommunikativen Veränderungen unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung

Diese äußerst kreative Phase wurde linguistisch verhältnismäßig gering reflektiert. Zwar gibt es Sammlungen von Losungen des Herbstes 1989 (vgl. Lang 1990) und einige linguistische Analysen (Fix 1990, Reiher 1992, Samson 1999). Eigenständige Untersuchungen zu den anderen kreativen Dokumenten des 89er Herbstes liegen allerdings bislang kaum vor, weder zu den Reden auf dem Alexanderplatz von der Demonstration am 4. November 1989 noch zu anderen Texten wie Flugschriften, Aufrufen usw. In der gleichen Weise stehen eigenständige Untersuchungen zur Sprache der Volkskammer von März 1990 bis Oktober 1990 sowie des Zentralen Runden Tisches aus. Hierbei handelte es sich um parlamentarische Formen, die, weitgehend losgelöst von präskriptiven institutionellen Zwängen, eigene demokratische Regeln entwickelten, die über die eingefahrenen Spielregeln bundesrepublikanischer Volksvertretungen hinausgingen und deshalb durchaus einer linguistischen Beschreibung wert wären. Wie die wenigen linguistischen Untersuchungen von sprachlichen Korpora dieser Phase¹⁵ belegen, könnte sich die Linguistik bei einer intensiven Beschäftigung mit diesen Texten und Diskursen auch von dem methodischen Muster des Ost-West-Vergleichs emanzipieren. Sie könnte die Kreativität sprachlichen Handelns in gesellschaftlichen Umbruchsituationen erfassen.

Das Hauptinteresse der Linguistik der letzten zwölf Jahre richtete sich auf die gesamtdeutsche Kommunikationsphase, die mit dem 3. Oktober 1990 begann und die man umschreiben könnte mit „Von einer Sprachgemeinschaft mit zwei Kommunikationsgemeinschaften zu einer Kommunikationsgemeinschaft im Rahmen einer Sprachgemeinschaft“. Die Stellung dieser beiden Kommunikationsgemeinschaften in der neuen Bundesrepublik war aber nicht gleichberechtigt. Der Einigungsprozess war eben kein Zusammenschluss

15 Vgl. u. a. Bresgen (1995) und Volmert (1992).

gleichberechtigter Partner, sondern der Beitritt der DDR zum Geltungsbe-
reich des Grundgesetzes. Das bedeutet, dass mit der Übernahme der (alt-
)bundesrepublikanischen Gesellschaftsstruktur durch die so genannten neuen
Bundesländer auch die kommunikativen Normen und sprachlichen Muster
für die „neuen“ Bundesbürger in gewisser Weise bindend wurden. Die An-
passung des ostdeutschen Sprachgebrauchs an die Regeln und Normen west-
deutscher Sprach- und Kommunikationsverhältnisse auf allen Ebenen und in
allen Bereichen erfolgte gewissermaßen im Selbstlauf. Dazu bedurfte es kei-
ner Regulierungen oder gesetzlichen Bestimmungen.

Für diese gesamtdeutsche Kommunikationsphase trifft wohl das zu, was
Eggers (1986, 12) mit Bezug auf die frühesten Phasen der Menschheitsge-
schichte folgendermaßen beschrieb:

„Schon, wo sich zum ersten Male in der damals noch weiten Welt zwei
Horden begegneten, ohne daß die eine die andere vernichtete, wo vielmehr
beide sich zusammenschlossen, müssen die sprachlichen Folgen dieselben
gewesen sein, wie sie sich seither immer und überall gezeigt haben. Die eine
der beiden Gruppen wird ihre Sprache aufgeben haben, und dennoch wird
diese im Untergehen das überlebende Idiom in irgendeiner Weise beeinflußt
haben.“

Nun handelte es sich bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten
nicht um den Zusammenschluss zweier Horden; von weiter Welt kann im eng
besiedelten Europa auch nicht gesprochen werden. Trotz der oben beschrie-
benen Ost-West-Differenzen im Sprachgebrauch waren es auch keine eigen-
ständigen Sprachen, die aufeinander stießen. Eventuell könnte man von
Varietäten mit semantischen, lexikalischen, stilistischen, textsortenspezi-
fischen und anderen Varianten sprechen. Dennoch besitzt der von Eggers fi-
xierte Sprachprozess bis in die Gegenwart Gültigkeit. Die zahlenmäßig
größere und politisch wie wirtschaftlich mächtigere der beiden Gruppen be-
stimmt die Normen des Verhaltens sowie des Sprachgebrauchs. Die andere
Gruppe hat sich diesen Normen – auf jeden Fall im öffentlichen Bereich – an-
zupassen.

Dennoch werden die sprachlichen Divergenzen – speziell im Alltag –
noch lange nachwirken. So sind DDR-spezifische Bezeichnungen wie „Broi-
ler“, „Plaste“ oder „Dreiraumwohnung“ auf dem Wege, Regionalismen zu
werden. Andere Lexeme wie „Brigadetagebuch“, „Getränkstützpunkt“ oder
„Kaderabteilung“ werden zu Historismen. Wie Polenz (1993, 141) zu Recht
feststellte, wird „die ‚Differenz der Lebenswelten‘ subversiv erhalten blei-
ben“ „[T]rotz der Überlagerung durch die westliche ‚Superiorkultur‘. Zu un-

terschiedlich waren die Lebensweisen, Verhaltens- und Bewertungsmuster, zu verschiedenen die Erfahrungswelten in West und Ost. Aber diese noch lange nachwirkenden Divergenzen sind nicht unmittelbar an der sprachlichen Oberfläche festzumachen. Um diese „kommunikativ relevanten Mentalitätsunterschiede[n]“ (ebd., 144) angemessen, auch über den Wortschatz hinaus, beschreiben zu können, wäre eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Linguisten, Soziologen und Psychologen unumgänglich. Doch diese notwendige Kooperation sehe ich momentan nicht am wissenschaftlichen Horizont.

3.3 Anpassung der ostdeutschen Sprecher an die westdeutschen Normen und Muster

Die Anpassung der ostdeutschen Sprecher an die so genannte westdeutsche Prestigevarietät bildete einen Schwerpunkt der linguistischen Untersuchungen, auf den ich im Folgenden näher eingehen werde. Diese Assimilation erfolgte auf allen sprachlichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, sie vollzog sich allerdings bei unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie auf den verschiedenen sprachlichen Ebenen zeitlich und regional differenziert. Im öffentlichen Raum, d. h. bei ostdeutschen Politikern und Journalisten, waren nach relativ kurzer Zeit kaum noch Unterschiede zu westdeutschen Sprachgebrauchsweisen auszumachen. So attestierte z. B. Günther Gaus dem damaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Manfred Stolpe, bereits 1993: „Sie könn das [viel reden ohne etwas zu sagen] inzwischen fabelhaft. Sie könn das inzwischn wie ein westdeutscher Politiker.“¹⁶ Diejenigen, die diesen Sprung nicht geschafft haben, sind allerdings auch weitgehend aus dem öffentlichen Blickfeld verschwunden. In denjenigen öffentlichen Kommunikationsbereichen, in denen diese westliche Dominanz nicht existierte, überwiegen bis in die Gegenwart hinein noch die östlichen Gesprächs- und Verhaltensmuster. Sie sind gekennzeichnet durch kommunikative Merkmale wie Konsensorientierung oder auch größere Sachbezogenheit in der Argumentation. Als Beleg dafür könnte das Sprachverhalten der Abgeordneten in den östlichen Landesparlamenten herangezogen werden.¹⁷

Da aber Kommunikationsverhalten einen sehr konstanten Faktor im Rahmen sozialen Verhaltens bildet, war es für die Linguistik äußerst schwierig, dessen Wandel kurzzeitig angemessen zu dokumentieren. Bedeutend eindeu-

16 Läger (1996).

17 Vgl. dazu die Untersuchungen von Pape (2000).

tiger ließen sich Veränderungen des Sprachgebrauchs, wie sie mit ‚Wende‘ und Vereinigung einhergingen, auf der Textebene und am Wortschatz fixieren. So liegen zahlreiche sprachwissenschaftliche Untersuchungen zu unterschiedlichen Text- und Gesprächssorten vor. Vor allem biografische Texte und Gespräche wie *Bewerbungsschreiben*, *Bewerbungsgespräche*, *Lebensläufe* oder auch *Beurteilungen* sowie *Zeugnisse* unterschieden sich in ihrer thematischen, strukturellen und stilistischen Gestaltung so sehr von den westlichen Mustern, dass der Anpassungsprozess sich hier relativ schnell vollzog. Aber auch alltagssprachlichen Textsorten wie *privaten Kleinanzeigen* – waren es nun *Wohnungs-* oder *Todesanzeigen*, *Danksagungen* oder auch *Heirats- und Partnerannoncen* – war nach kurzer Zeit ihre östliche Herkunft kaum noch anzumerken.¹⁸ Die Wandlungen, die bei der Analyse von Texten festgestellt wurden, sind aber vornehmlich lexikalischer Art. Das verwundert nicht. Denn der Wortschatz ist derjenige Teil des sprachlichen Systems, der am schnellsten und unmittelbarsten auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Das hatte zur Folge, dass Veränderungen im Gebrauch der Lexik – auch unabhängig von ihren textuellen Bezügen – den Schwerpunkt linguistischer Analysen bildeten.¹⁹

3.4 Methodische Probleme bei der gegenwärtigen Behandlung des sprachlichen Ost-West-Problems

Bei zahlreichen Untersuchungen zum sprachlichen Ost-West-Problem wird ein methodisches Dilemma deutlich, wie es bereits für die Phase der Zweistaatlichkeit gekennzeichnet wurde. Das ist die Bewertung der östlichen sprachlichen Varianten gegenüber ihren westlichen Pendanten als defizitär.

Ich werde diese Problematik zunächst an den zwei Partikeln *halt* und *eben(t)* erläutern. Hierbei handelt es sich um zwei Lexeme, die von Dittmar wieder und wieder zum Beweis der Überlegenheit der westdeutschen „Prestigevarietät“ angeführt werden.²⁰ Bei ihren Untersuchungen im Berliner Sprachraum anhand von Interviews mit Ost- und Westberlinern stellten Dittmar/Glier (2000, 253) zunächst sachlich fest, dass im Westteil der Stadt *halt* verwendet wird, wo im Osten *eben(t)* als Evidenzpartikel erscheint. Das ist

18 Vgl. vor allem die Untersuchungen von Fix (1994), Järvi (1997), Kühn (1995 und 2000) und Reiher (1997 und 2000).

19 Vgl. vor allem die zahlreichen Arbeiten von Hellmann, zusammenfassend dargestellt in Hellmann (2000).

20 Vgl. Dittmar/Bredel (1999). Ich beziehe mich vor allem auf Dittmar/Glier (2000).

zunächst richtig und wohl darauf zurückzuführen, dass *eben(t)* im Sinne von „einfach, nun, einmal“ historisch im nordostdeutschen Sprachraum schon immer zu Hause war und die *halt*-Variante aus dem süddeutschen Sprachraum bereits in den 70er Jahren nach Westberlin vorgedrungen ist. Hierbei handelt es sich um den gleichen sprachlichen Vorgang wie bei dem Siegeszug der *Samstag*-Variante gegenüber *Sonnabend* aus dem süddeutschen Sprachraum in den Norden. Problematisch wird es, wenn Dittmar/Glier (255-256) die *eben*-Variante gegenüber der *halt*-Variante negativ interpretieren, indem sie formulieren:

„Da evidenzbezogene Schlussfolgerungen unter Verwendung der Modalpartikel *halt* subjektiver, freundlicher und weniger hart klingen, werden SprecherInnen, die strategische und andere Vorteile in der Nutzung des Ausdrucksmittels *halt* sehen, auf ein solches Mittel in Ergänzung und in Komplementarität zu *eben* zurückgreifen. Die soziolinguistische Triebkraft in der Verbreitung und im Prestige von *halt* liegt dann darin, dass sich jene SprecherInnen, die *halt* je nach Redekontext verwenden, einen *kommunikativen Mehrwert* erschließen, der gewisse Vorteile mit sich bringt. Verfügen oder Nichtverfügen über diesen *kommunikativen Mehrwert* ist eine Frage des sozialen Erfolges.“

Die Interpretation, wonach *halt* „subjektiver, freundlicher und weniger hart“ klingt, wird an keiner Stelle der Untersuchung begründet, sondern nur – intuitiv – behauptet. Geradezu abenteuerlich aber wirkt die Schlussfolgerung, dass „Register und Registerstile [...] in der DDR keine individuelle, imageunterstreichende und persönlichkeithervorhebende Note zu haben [brauchten]. Wenn man mit seiner Varietät nicht auffiel, wurde dies als positiver Beitrag zur Lebensbewältigung gesehen.“ (256) Von der geringeren Frequenz der Partikel *halt* bei ostdeutschen Sprecherinnen und Sprechern auf die Kommunikation und auf Lebensstrategien einer ganzen Gesellschaft zu schließen, ist nicht nur unhaltbar, sondern überfordert auch die Möglichkeiten der Linguistik. Hier trifft genau das zu, was Dieckmann bereits 1967 kritisierte, dass nämlich anscheinend saubere linguistische Analysen dazu dienen, angenommene gesellschaftliche Differenzen zu beweisen.

Ein ähnliches methodisches Vorgehen zeigt sich bei der Analyse von Texten und Gesprächen. So gab es an der Universität Halle-Wittenberg unter der Leitung von Gerd Antos ein Forschungsprojekt zur Kommunikation in gesellschaftlichen Umbruchsituationen.²¹ Im Rahmen dieses Projektes wurden un-

21 Eine ausführliche Projektbeschreibung geben Antos/Schubert (1997). Ich beziehe mich hier auf die Darstellung von Palm/Richter (2000).

terschiedliche sprachliche Strategien von Ost- und West-Ratgebern bei telefonischen BERATUNGSGESPRÄCHEN analysiert. Methodischer Ausgangspunkt war die Annahme, dass die Ratgebenden zwischen den Sprachhandlungen BERATUNG und AUSKUNFT wählen können. Dabei wird unter AUSKUNFT eine einfach strukturierte Beratung verstanden, in der das Problem der Ratsuchenden eingengt und auf einen konkreten Teilaspekt reduziert wird. Der Ratsuchende erhält eine konkrete und detaillierte Handlungsanweisung. Bei der BERATUNG hingegen stellt der Beratende das Problem des Ratsuchenden in einen komplexen Zusammenhang und gibt mögliche Handlungsalternativen.

Das Ergebnis ist folgendes:

„Ostdeutsche Experten verfolgen eher eine Strategie, die man gemeinhin als ‚Auskunft geben‘ beschreiben würde, während die Beschreibung der Gesprächsstrategie westdeutscher Experten mehr als ‚Beratung‘ zu bezeichnen wäre.“ (Palm/Richter, 2000, 154.)

Nun ist das für die analysierten Gespräche durchaus nachzuvollziehen und ich kann nicht einschätzen, inwiefern diese Feststellung für das gesamte Korpus repräsentativ ist. Problematisch ist aus meiner Sicht der nicht sprachliche, sondern vor allem DDR-spezifische gesellschaftliche Hintergrund, der diese Ergebnisse stützen soll. Die Autoren gehen – sehr verkürzt gesprochen – davon aus, dass es solche offiziellen Beratungen in der DDR nicht gab und die ostdeutschen Beratenden folglich über das Muster der BERATUNG im öffentlichen Raum nicht oder nur begrenzt verfügen. Deshalb greifen sie zur kürzeren AUSKUNFT. Wobei Auskunft nicht nur neutral als ein anderes Muster, sondern im Gegensatz zur Beratung als defizitär interpretiert wird.

Damit werden die sprachlichen Fähigkeiten der Ostdeutschen – wie auch der Ostberliner bei *halt* und *eben* – abgewertet. Ich will überhaupt nicht leugnen, dass die Ostdeutschen gerade in der ersten Zeit nach der ‚Wende‘ im Rahmen dieser nun gesamtdeutschen Kommunikation sprachlich unsicher agierten. Zu groß war der Anpassungsdruck nicht nur an Sachzwänge, sondern auch an sprachlich-kommunikative Muster, die bislang nicht zu ihren täglichen Erfahrungen gehörten. Es war eine Phase des intensiven Lernens neuer Lexeme und einzelner Bedeutungskomponenten, neuer Text- und Gesprächsmuster, aber auch der Aneignung neuer, bislang nicht praktizierter kommunikativer Verhaltensweisen durch die ostdeutschen Sprecher und Schreiber. Dieser Lernprozess erfolgte und erfolgt gewissermaßen bei laufendem Motor. Man könnte ihn umschreiben mit „Learning by doing“.

4. Schluss

Das sprachliche Verhalten der ostdeutschen Sprecher und Schreiber wurde in diesen und vielen anderen Untersuchungen in Relation zu den westdeutsch geprägten Mustern und Normen beschrieben. Erfassen kann man auf diese Art und Weise den Grad der Anpassung ostdeutscher Sprecher und Schreiber an den westdeutschen Sprachgebrauch. Problematisch wird dieses methodische Vorgehen allerdings, wenn das *andere* sprachliche Verhalten der so genannten Neubundesbürger als defizitär betrachtet und mit einem Negativurteil bewertet wird. Ein annähernd objektives Bild von den sprachlich-kommunikativen Veränderungen unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung kann im Rahmen dieser Defizittheorie kaum entworfen werden.

Und dennoch war der Wandel des Sprachgebrauchs im letzten Jahrzehnt gerade im Osten Deutschlands so einschneidend, dass seine linguistische Beschreibung nicht nur berechtigt, sondern geradezu notwendig war. Wie hätten das Verhältnis von Kontinuität und Wandel, das Auftreten regionaler oder auch funktionaler Differenzierungen im ostdeutschen Sprachgebrauch ohne diese sprachwissenschaftlichen Analysen detailliert fixiert werden können? Denn der Sprachgebrauchswandel vollzog sich, wie bereits angedeutet, nicht nur bei verschiedenen sozialen Gruppen sehr differenziert, sondern zeigt bis in die Gegenwart situative und regionale Unterschiede. So erledigt der Ostdeutsche auch heute noch seine Einkäufe in der *Kaufhalle*, benutzt dabei einen *Plastebeutel* und bevorzugt bei Wohnungsanzeigen die *Dreiraum*-gegenüber der *Dreizimmerwohnung*. Gerade bei dem letzten Lexem ließen sich durch soziolinguistische Untersuchungen regionale Unterschiede festmachen. Während z. B. im Berliner Raum die *Zimmer*-Variante sowohl im Immobilienmarkt als auch im alltäglichen Sprachgebrauch relativ schnell an Bedeutung gewann, halten die Sprecher und Schreiber der vom westdeutschen Sprachraum entfernter gelegenen Regionen wie Dresden oder Greifswald bis heute an der *Raum*-Variante fest. Anders stellt es sich bei den als ideologisch empfundenen Begriffen dar. Von ihnen verabschiedeten sich die Sprecher und Schreiber der neuen Bundesländer in ihrer Gesamtheit überaus schnell. So war z. B. *Kollektiv* bereits 1993 weitgehend aus dem Sprachgebrauch verschwunden und wurde – trotz unterschiedlicher Bedeutung – durch *Team* ersetzt²². Ein Blick auf die heutige Sprachwirklichkeit zeigt, dass sich nicht nur das *Kollektiv* ins *Team* verabschiedet hat, sondern der Sprachge-

22 Vgl. Reiher (2000).

brauch im Osten Deutschlands sich weitgehend den (alt)bundesrepublikanischen Normen und Mustern angeglichen hat.

Literatur

- Aktuelle Probleme der Sprachlichen Kommunikation. Soziolinguistische Studien zur sprachlichen Situation in der Deutschen Demokratischen Republik (1974). Berlin.
- Antos, G./Schubert, T. (1997): Unterschiede in kommunikativen Mustern zwischen Ost und West. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik Heft 25. S. 308–330.
- Bauer, D. (1993): Das sprachliche Ost-West-Problem. Untersuchungen zur Sprache und Sprachwissenschaft in Deutschland seit 1945. Frankfurt/ M. u. a..
- Benecke, J. (1986): Die jugendspezifische Sprachvarietät – ein Phänomen unserer Gegenwartssprache. In: Linguistische Studien. Reihe A. Heft 140. Berlin. S. 1–82.
- Bresgen, B. (1995): Als das Wünschen noch geholfen hat. Semantische und symbolische Strategien im Gründungsaufwurf des Neuen Forums. In: Reiher, R. (Hrsg.) (1995). S. 277–298.
- Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost. (1964): Herausgegeben von Hugo Moser. Düsseldorf.
- Deutsche Verfassungen (1989). Hrsg. R. Schuster. München.
- Dieckmann, W. (1967): Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem. In: Zeitschrift für deutsche Sprache. Berlin. Bd. 23. S. 136–165.
- Dieckmann, W. (1989): Die Untersuchung der deutsch-deutschen Sprachentwicklung als linguistisches Problem. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 17.2. S. 163–181.
- Dittmar, N./Bredel, U. (1999): Die Sprachmauer. Die Verarbeitung der Wende und ihrer Folgen in Gesprächen mit Ost- und WestberlinerInnen. Berlin.
- Dittmar, N./Glier, M. (2000): Abbruch, Aufbruch, Umbruch!? Im Schatten der alten und im Flutlicht der neuen Sprache. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 241–272.
- Eggers, H. (1986): Deutsche Sprachgeschichte. Bd.1. Reinbek bei Hamburg.
- Fix, U. (1990): Der Wandel der Muster – der Wandel im Umgang mit den Mustern. Kommunikationskultur im institutionellen Sprachgebrauch der DDR am Beispiel der Losungen. In: Deutsche Sprache. Heft 4. S. 332–347.
- Fix, U. (1994): Sprache vor und nach der „Wende“: „Gewendete“ Texte – „gewendete“ Textsorten. In: Heringer, H. J./ Samson, G./Kauffmann, M./Bader, W. (Hrsg.): Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen. S. 131–146.
- Fleischer, W. und Autorenkollektiv (1987): Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR. Fragen seines Aufbaus und seiner Verwendungsweise. Leipzig.
- Gernentz, H. J. (1965): Droht dem Deutschen die Gefahr der Spaltung in zwei Sprachen? In: *Jezyki Obce w Szkole*. Jahrgang 7. Nr. 2. S. 69–80.
- Grimm, J. (1846): Über die wechselseitigen Beziehungen und die Verbindung der drei in der Versammlung vertretenen Wissenschaften. In: Reiher, R. (Hrsg.) (1986): Jacob und Wilhelm Grimm. Über das Deutsche. Schriften zur Zeit-, Rechts-, Sprach- und Literaturgeschichte. Leipzig. S. 128–136.

- Handt, F. (Hrsg.) (1964): Deutsch – Gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Polemik, Analysen, Aufsätze. Berlin.
- Hartung, W. und Autorenkollektiv (1974): Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft. Berlin.
- Hartung, W./Schönfeld, H. und Autorenkollektiv (1981): Kommunikation und Sprachvariation. Berlin.
- Heinemann, M. (1989): Kleines Wörterbuch der Jugendsprache. Leipzig.
- Hellmann, M. W. (1991): Das ‚sprachliche Ost-West-Problem‘ und seine Bearbeitung im IdS. In: Institut für deutsche Sprache. 25 Jahre. o. O. S 41–46.
- Hellmann, M. W. (2000): Divergenz und Konvergenz: Sprachlich-kommunikative Folgen der staatlichen Trennung und Vereinigung Deutschlands. In: Die deutsche Sprache zur Jahrtausendwende. Sprachkultur oder Sprachverfall? Herausgegeben von K. M. Eichhoff-Cyrus und R. Hoberg. Mannheim-Leipzig-Wien-Zürich. S. 247–275.
- Herrmann-Winter, R. (1974): Auswirkungen der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft auf die sprachliche Kommunikation in den Nordbezirken der Deutschen Demokratischen Republik. In: Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation. Berlin. S. 135–190.
- Höppner, J. (1964): Über die deutsche Sprache und die beiden deutschen Staaten. In: Weimarer Beiträge 9/ 1963. S. 576–585.
- Ihlenburg, K. H. (1964): Entwicklungstendenzen des deutschen Wortschatzes. In: Weimarer Beiträge 10. S. 372–397.
- Järvi, H. (1997): Die Struktur und sprachliche Gestaltung von Wohnungsanzeigen vor und nach der ‚Wende‘. Pro Gradu-Arbeit (masch.). Turku.
- Klemperer, V. (1953): Zur gegenwärtigen Sprachsituation in Deutschland. In: Sprachpflege Heft 3. S. 25–29.
- Korlén, G. (1967): Führt die Teilung Deutschlands zur Sprachspaltung? In: Satz und Wort im heutigen Deutsch. Probleme und Ergebnisse neuerer Forschung. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim 1965/66. Düsseldorf. S. 36–54.
- Kühn, I. (1995): Alltagssprachliche Textsortenstile. In: StickeL, G. (Hrsg.): Stilfragen. Berlin New York. S. 329–354.
- Kühn, I. (2000): ‚Besonderer Dank gilt der Hausgemeinschaft...‘ – Konventioneller Stil und individueller Spielraum in Texten der Alltagssprache. In: Reiher, R./Bauermann, A. (Hrsg.). S. 131–152.
- Kuntzsch, L. (1985): Anredeformen in verschiedenen Kommunikationsbereichen der DDR. (Diplomarbeit: unveröffentlicht). Leipzig.
- Lang, E. (1990): Wendehals und Stasilaus. Demo-Sprüche aus der DDR. München.
- Läzer, R. (1996): ‚sie könn‘ das inzwischen wie ein westdeutscher politiker‘ – Metakommunikative Situationsbearbeitung und thematische Steuerung in einer ostdeutschen ‚Elefantenrunde‘. In: Klein, J./Dietmannshenke, H. (Hrsg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin-New York. S. 165–200.
- Lerchner, G. (1974): Zur Spezifik der Gebrauchsweise der deutschen Sprache in der DDR und ihrer gesellschaftlichen Determination. In: Deutsch als Fremdsprache XI. S. 259–265.

- Maeder, H. (1964): Sprache und Totalitarismus. In: Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost.
- Möller, G. (1961): Deutsch von heute. Leipzig.
- Moser, H. (1962): Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands. Düsseldorf.
- Moser, H. (1985): Die Entwicklung der deutschen Sprache seit 1945. In: Besch, W. u. a. (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2 Bände. Berlin-New York. S. 1678–1707.
- Neumann, W. und Autorenkollektiv. (1976): Theoretische Probleme der Sprachwissenschaft. 2 Bände. Berlin.
- Normen in der Sprachlichen Kommunikation. (1977). Berlin.
- Oschlies, W. (1989): Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR. Berlin.
- Palm, J./Richter, S. (2000): BERATUNG: Im Osten was Neues? In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 153–168.
- Pape, C. (2000): Der aufhaltsame Aufstieg zur direkten Demokratie. Die Verfassungsdiskussion im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 99–114.
- Petrović, I. (1986): Zur sprachlichen Variation der berlinisch-brandenburgischen Umgangssprache hinsichtlich der Verwendung modalisierender sprachlicher Mittel in der sozialistischen Schule. (Dissertation A: unveröffentlicht). Berlin.
- Polenz, P. von (1988): ‚Binnendeutsch‘ oder plurizentrische Sprachkultur? Ein Plädoyer für Normalisierung in der Frage der ‚nationalen Varietäten‘. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik. Heft 2. S. 198–218.
- Polenz, P. von (1993): Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik. Heft 3. S. 127–249.
- Reiher, R. (1980): Zur sprachlichen Kommunikation im sozialistischen Industriebetrieb. Texte und sprachliche Analysen. Linguistische Studien. Reihe A. Heft 71. Berlin.
- Reiher, R. (1992): „Wir sind das Volk.“ Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989. In: Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Berlin-New York. S. 43–58.
- Reiher, R. (1997): Dreiraum- versus Dreizimmerwohnung. Zum Sprachgebrauch der Ostdeutschen. In: Der Deutschunterricht. Heft 1. S. 42–49.
- Reiher, R. (1999): Sprachkritik vor und nach der Wende 1989. In: Scharnhorst, J. (Hrsg.): Sprachkultur und Sprachgeschichte. Herausbildung und Förderung von Sprachbewußtsein und wissenschaftlicher Sprachpflege in Europa. Frankfurt/M. u. a.
- Reiher, R. (2000): Das „Kollektiv“ hat sich ins „Team“ verabschiedet. Regionale Differenzierungen im ostdeutschen Sprachgebrauch. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 30–54.
- Reiher, R. (Hrsg.) (1995): Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Berlin-New York.
- Reiher, R. /Läzer, R. (Hrsg.) (1996): Von Buschzulage und Ossinachweis. Ost-West-Deutsch in der Diskussion. Berlin.

- Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.) (2000): *Mit gespaltener Zunge? Die deutsche Sprache nach dem Fall der Mauer*. Berlin.
- Reiher, R./Kramer, U. (Hrsg.) (1998): *Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung*. Frankfurt/M. u. a.
- Reiher, R./Läzer, R. (Hrsg.) (1993): *Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland*. Berlin.
- Riemschneider, E. G. (1964): Sprachliche Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft. In: *Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost*.
- Roloff, M.: *Untersuchungen zur Kontaktfunktion der sprachlichen Kommunikation*. (Dissertation A: unveröffentlicht). Berlin.
- Rosenkranz, H. (1974): Veränderungen der sprachlichen Kommunikation im Bereich der industriellen Produktion und ihre Folgen für die Sprachentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation*. Berlin. S. 75–134.
- Samson, G. (1999): Kreative Verwendung und Abwandlung von Phrasemen in Demosprüchen. Textlinguistische und kommunikativ-pragmatische Aspekte. In: *Bravo*, N. F./Behr, I./Roziar, C. (Hrsg.): *Phraseme und typisierte Rede*. Stauffenburg-Verlag. S. 145–158.
- Schierbaum, H. (1964): Das Wort als politisches Instrument. In: *Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost*.
- Schlosser, H. D. (1990): Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. Köln.
- Schönfeld, H. (1974): Sprachverhalten und Sozialstruktur in einem sozialistischen Dorf in der Altmark. In: *Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation*. Berlin. S. 191–283.
- Schönfeld, H. unter Mitarbeit von R. Reiher und S. Grünert (2001): *Berlinisch heute. Kompetenz, Verwendung, Bewertung*. Frankfurt/M. u. a.
- Schönfeld, H./Donath, J. (1978): *Sprache im sozialistischen Industriebetrieb*. Berlin.
- Shethar, A./Hartung, W. (1998): Was ist „Ostjammer“ wirklich? Diskursideologie und die Konstruktion deutsch-deutscher Interkulturalität. In: *Reiher, R./Kramer, U. (Hrsg.)*. S. 39–66.
- Stötzel, G./Wengeler, M. (1994): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin-New York.
- Strauss, G./Hass, U./Harras, G. (1989): *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin-New York.
- Volmert, J. (1992): Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. Ansprachen auf den Massendemonstrationen Anfang November 1989. In: *Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“*. Berlin-New York. S. 59–110.
- Weiskopf, F. C. (1960): *Verteidigung der deutschen Sprache. Versuche*. Berlin [Die 1. Auflage erschien 1955.]
- Wolf, Ch. (1992): Rede auf der Demonstration für Pressefreiheit in Berlin. In: *Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“*. Berlin-New York. S. 149–150.

Christa Uhlig

Reformpädagogik im Kontext sozialer Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Überarbeitete Fassung eines Vortrages in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 15. Mai 2003

Reformpädagogik – ein Sammelbegriff für pädagogische Neuerungen unterschiedlichster Couleur, an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstanden – ist noch immer populär. Sie assoziiert kindgemäßes, natürliches, lustbetontes, lebensnahes, soziales, ganzheitliches Lernen ohne Schulstress, Leistungsdruck und schulische Gewaltszenarien. Häufig gilt sie, nicht selten ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche historische Gestalt, ihre begriffliche Ambivalenz und inhaltliche Widersprüchlichkeit, als Code für pädagogische Neuerungen und für eine „gute“ Schule schlechthin. In diesem Sinn war und ist sie in den zyklisch auftretenden Bildungsreformdiskussionen präsent, und noch immer initiiert sie vor allem in der pädagogischen Praxis eine hohe Erwartungshaltung. Wissenschaftlich begründete Einwände gegenüber einem gar zu unkritischen Umgang mit Reformpädagogik, aufgrund intensiver Forschungen in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend vorgebracht¹, dringen nur mühsam in das öffentliche Bewusstsein ein. Die Kontinuität tradierter Denkmuster scheint trotz besseren Wissens ungebrochen, vor allem bei ihren Befürwortern, aber nicht minder bei ihren Gegnern. Wird Reformpädagogik von manchen als pädagogisches Allheilmittel betrachtet, schreiben andere ihr Defizite in pädagogischer Theorie und Praxis zu. Meinen die einen, sie habe die Schule als Ort des Lernens und der Bildung verdorben, behaupten die anderen, nur auf reformpädagogischer Basis würde Lernen erst möglich. Fokussieren die einen Reformpädagogik auf ihre antimodernen, utopistischen und profaschistischen Momente, erscheint sie wieder anderen in einer per se po-

1 Vgl. hierzu besonders das Nachwort von Heinz-Elmar Tenorth zu Wolfgang Scheibe: Die reformpädagogische Bewegung. Eine einführende Darstellung. Weinheim, Basel 1999; außerdem Dietrich Benner/Herwart Kemper: Theorie und Geschichte der Reformpädagogik. Teil 1: Die pädagogische Bewegung von der Aufklärung bis zum Neuhumanismus. Weinheim, Basel 2001, Einleitung.

sitiven Traditionslinie. Und auch dies fällt auf: Einerseits befindet sich jede/jeder mit Reformpädagogik Befasste in der eigentümlichen Zwangslage, erklären zu müssen, dass Reformpädagogik eigentlich nicht auf einen „Begriff“ zu bringen ist. Andererseits versucht sich Erziehungswissenschaft permanent an Begriffsbestimmungen für eben jene pädagogischen Phänomene, die unter dem Begriff „Reformpädagogik“ in die Geschichte eingegangen sind.

Die hier angedeutete Situation hinterlässt Fragen nach den Ursachen für die Nachhaltigkeit dieses Phänomens, auch danach, ob aus bzw. an Reformpädagogik zu lernen und wie sie zu betrachten ist, damit aus ihr gelernt werden kann. Denn auch hier ist es wie überall. Nicht alles, was Reform heißt, verdient diesen Namen. Im Folgenden werden zunächst historischer Ort, Intentionen und Inhalte von Reformpädagogik skizziert, danach einige Rezeptionsprobleme diskutiert und schließlich an Exempeln mögliche Perspektiverweiterungen gezeigt, wenn Reformpädagogik in sozialen Zusammenhängen und im Kontext sozialer Bewegungen betrachtet wird.

Historischer Ort, Intentionen und Inhalte

Im Jahr 1900 brachte die Schwedin Ellen Key ein Buch auf den Markt, das unter dem Titel „Das Jahrhundert des Kindes“ zu einem pädagogischen Programm wurde. Ihre Vision von einem Jahrhundert, das den Bedürfnissen der Kinder in Gesellschaft, Familie und Schule zu Aufmerksamkeit und Recht verhelfen würde, war zugleich eine Anklage damaliger Gegenwart. Von „Seelenmorden“ in der Schule, einem „undurchdringlichen Dickicht von Torheit, Vorurteilen und Mißgriffen“ schreibt sie und von den „Resultaten der jetzigen Schule“: „Abgenützte Hirnkraft, schwache Nerven, gehemmte Originalität, erschlaffte Initiative, abgestumpfter Blick für die umgebenden Wirklichkeiten, erstickte Idealität unter dem fieberhaften Eifer, es zu einem Posten zu bringen – eine Hetzjagd...“² Erscheinungen, die in der Literatur als traumatisierende Schatten über der Kindheit vielfach beschrieben sind – bei Johannes R. Becher, bei Thomas und Heinrich Mann, Hermann Hesse, Frank Wedekind, Stefan Zweig u. v. a. Allerdings handelt es sich hier um bürgerliche Kindheiten. Beschreibungen proletarischer Kindheit erlangten weniger Berühmtheit.

Kindheit aus repressiven Verhältnissen und Auffassungen zu befreien, war ein übergreifendes Motiv der Reformen jener Zeit und eine spezifische Reaktion auf die Folgen und Widersprüche der kapitalistischen Industrialisie-

2 Ellen Key: *Das Jahrhundert des Kindes*. Stockholm 1900. In deutscher Übersetzung Berlin 1902, hier zitiert nach der 2. Aufl., Berlin 1903, S. 293.

rung und Modernisierung: Veränderung des Charakters der Arbeit, Vergesellschaftung der Menschen und damit einhergehende Entfremdung, Vertiefung sozialer Differenzierungen, Verlust traditioneller Lebens- und Kulturformen, Zerfall herkömmlicher Familienstrukturen. Eine „Erwerbsvernechtung“ – so der Schulreformer Paul Oestreich im autobiographischen Rückblick – in der „kein Lebensraum für Kinderwerden“ ist.³

Auf dem Prüfstand der Kritik standen vor allem das autoritäre Generationenverhältnis mit seinen Auswirkungen auf Familie, Schule und Gesellschaft, die als ineffektiv und praxisfern empfundenen Bildungsanforderungen der Schule und die obrigkeitshörige Erziehung, die Doppelmoral in Gesellschaft, Erziehung und Kirche, das selektive Schulsystem, die Diskriminierung der Mädchen, die zunehmende Spezialisierung und Funktionalisierung zuungunsten ganzheitlicher Menschenbildung als Harmonie von Kopf, Herz und Hand, die wachsende Distanz zwischen Mensch und Natur, Rationalität und Emotionalität, der Verlust von Identität, Kultur und Ästhetik, Gemeinschaft und Gemein Sinn – aber auch die Ausbreitung von Militarismus, Nationalismus und Chauvinismus in Politik, Gesellschaft und Schule. Ausgehend von solcherart *Gesellschafts- und Erziehungskritik* entfaltete sich nach der Jahrhundertwende in Deutschland und zeitgleich in anderen Industriestaaten ein breites pädagogisches Reformspektrum, das mit ganz *unterschiedlichen Konzepten* auf das als kritikwürdig Empfundene reagierte. In der Literatur über Reformpädagogik werden – ohne hier Vollständigkeit anstreben und auf die Problematik einzelner Darstellungen eingehen zu können – am häufigsten folgende Richtungen erwähnt: Kulturkritik und Jugendbewegung als Initiation (Julius Langbehn, Friedrich Nietzsche, Paul de Lagarde), Kunsterziehungsbewegung (Ferdinand Avenarius, Alfred Lichtwark, Rudolf Hildebrand), Landerziehungsheimbewegung (Hermann Lietz, Paul Geheeb, Gustav Wyneken, Kurt Hahn), Arbeitsschulbewegung (Georg Kerschensteiner, Hugo Gaudig, Paul Oestreich), Moralpädagogik (Friedrich Wilhelm Foerster), Einheitsschulbewegung (Johannes Tews), Sozialpädagogik (Paul Natorp), die Pädagogik vom Kinde aus (Ludwig Gurlitt, Ellen Key, Johannes Gläser, Fritz Gansberg, Heinrich Scharrelmann), Hauslehrerschule (Berthold Otto), Waldorfpädagogik (Rudolf Steiner), Montessoripädagogik, Freinetpädagogik, die Jena-Planschule (Peter Petersen) u.a.

Ihren Ursprung hatte die Reformpädagogik nicht in der akademischen Erziehungswissenschaft, sondern in der pädagogischen Praxis und in außerpädagogischen Bereichen. Auf drei Ebenen erlangte sie Bedeutung:

3 Paul Oestreich: Aus dem Leben eines politischen Pädagogen. Berlin, Leipzig 1947, S. 10.

- auf der Ebene der *inneren Gestaltung von Schule und Unterricht* (hier standen im Anschluss an J. H. Pestalozzi, F. Fröbel, A. Diesterweg u.a. vor allem didaktisch-methodische Reformen im Mittelpunkt, z.B. kooperative und offene Unterrichtsformen, Subjektorientiertheit der Wissensvermittlung, Methodenkompetenz, Eigenaktivität der Schüler),
- auf der Ebene der *strukturellen und inhaltlichen Umgestaltung der Institution Schule* (z.B. Vereinheitlichung der Schule, Ganztagschulen bzw. Internatsschulen auf dem Land, Lebensgemeinschaftsschulen, Reform der Curricula),
- auf der Ebene *anthropologischer und gesellschaftstheoretischer Betrachtung von Erziehung und Menschenbildung* (z.B. Konzepte und Theorien zu Kindheit und Jugend, Erziehung und Gesellschaft).

In zahlreichen reformpädagogischen Projekten findet man alle diese Aspekte verknüpft. Andere bleiben jeweils auf eine Ebene begrenzt. Wenn heute kontrovers über Reformpädagogik diskutiert wird, dann weniger über die pädagogischen und methodischen Neuerungen, die eher *im Stillen eine Reform der pädagogischen Kultur und heute selbstverständliche Standards* eingeführt haben, sondern vor allem über jene Richtungen, die von Schul- und Erziehungsreformen Einfluss auf eine „positive“ Entwicklung von Kultur und Gesellschaft erwarteten.

Die in der Geschichte der Menschheit weit zurückreichende und immer wiederkehrende Vision von der Möglichkeit einer Mensch und Gesellschaft verbessernden Macht der Erziehung erlebte in der Reformpädagogik eine neue Blüte. Wissenschaftliche Fortschritte, besonders Evolutionstheorie, Psychologie und Anthropologie und nicht zuletzt der Marxismus beförderten solches Denken. „Neue Menschen“, „neue Generation“, „neue Kultur“ „neue (bessere) Welt“ war eine Argumentationskette, die in vielerlei Gestalt in Erscheinung trat. „Ich ... bin überzeugt“, schrieb Ellen Key, „daß alles nur in dem Maße anders wird, in dem die Menschennatur sich umwandelt, und daß diese Umwandlung sich vollziehen wird, wenn die ganze Menschheit zu dem Bewußtsein von der ‚Heiligkeit der Generation‘ erwacht. [...] Durch die Nachkommen, die wir uns schaffen, können wir in gewissem Maße als freie Wesen die zukünftigen Schicksale des Menschengeschlechtes bestimmen!“⁴

Solche Visionen gab es nicht nur in der Reformpädagogik. Ähnlich wurde auch in anderen im Spannungsfeld zwischen Industrialisierung, Modernisierung, Kulturkrise und sozialer Frage entstandenen Reformbewegungen argu-

4 Key 1903, S. 2f.

mentiert. Eine breit gefächerte *Lebensreformbewegung* strebte mit unzähligen Entwürfen zur Neugestaltung von Leben und Kunst nach Sinnfindung und Zukunftsperspektiven. Ganzheitlichkeit, Identität, Wahrheit, Schönheit, Selbsterfahrung durch Kunst, Natur, Körper, Arbeit, Kleidung, Ernährung u.a. waren ihre Schlüsselbegriffe, Jugend ihr wichtigster Adressat.⁵

Und auch in der *Arbeiterbewegung* waren solche Gedankengänge nicht fremd. Es ist gewiss kein Zufall, wenn Otto Rühle gleich Ellen Key seine Schilderungen kindlicher Not unter das Nietzsche-Zitat stellte „An Euren Kindern sollt Ihr gut machen, daß ihr Eurer Väter Kinder seid!“ und die proletarischen Eltern mahnt: „Seid eingedenk der ungeheuren Verantwortung, die ihr dem kommenden Geschlecht gegenüber habt! Versäumt nicht, in Euren Kindern schon den Zukunftsgedanken lebendig und fruchtbar zu machen!“⁶ Ohne hier auf alle Implikationen dieses Bezuges auf Nietzsche eingehen zu können, wird deutlich, wie stark auch sozialistisches Denken vom Zeitgeist geprägt war. Zugleich jedoch treten grundlegende Differenzen zutage, wenn Rühle der Reformpädagogik entgegenhält: „Verlogene Romantik“, „Gaukelspiel“, „schillernde Seifenblasenherrlichkeit“ sei für den „Proletarier“ das besungene „Kinderparadies“. „Was wißt Ihr denn von unserem Jugendlande! [...] Das Paradies der Kinder des Proletariats ist ein wüster, sonnenloser Garten, vom Vandalismus der kapitalistischen Entwicklung zerstampft und zerstört, das gepriesene Märchenland der Jugend enthüllt sich für den Nachwuchs der Armen und Enterbten als eine düstere Welt des Schmerzes und der Qual.“⁷ Solche sozialkritischen Perspektiven auf Reformpädagogik waren Anfang des Jahrhunderts selten. Sie kamen vorwiegend aus proletarisch-sozialistischen Kreisen.

Mit den zeitgenössischen Bewegungen teilt Reformpädagogik nicht nur Rhetorik und Symbolik, sondern auch Widersprüche und Verwerfungen: Die Mystifizierung von Kind, Jugend und Generation; Körperkult und Vorstellungen von einem „besseren, gesünderen, stärkeren, schöneren Geschlecht“,

5 Vgl. Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900. 2 Bände. Darmstadt 2001. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung vom 21. Okt. – 24. Febr. 2002 auf der Mathildenhöhe in Darmstadt. Reformpädagogik wird hier im Kontext dieser Bewegung interpretiert, ein Ansatz, der m.E. eine wesentliche Perspektivenerweiterung gegenüber erziehungswissenschaftlichen Binnensichten darstellt, weil Reformpädagogik damit in ihren zeitgeschichtlichen Kontext zurückgeführt wird. Vgl. auch Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke (Hrsg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933. Wuppertal 1998.

6 Otto Rühle: Kinder-Elend. Proletarische Gegenwartsbilder. München [1906], S. 1.

7 Ebd.

die nicht selten von eugenischen (wie bei Ellen Key) und völkischen Theorien (wie bei Julius Langbehn) begleitet waren.⁸ „Die erwünschte Zukunft näher zu rufen“⁹ setzte den Projekten „neuer Mensch“, „neue Lebensweise“, „neue Gesellschaft“ klare Zeithorizonte. Reform verstand sich nicht als offener Prozess, sondern war auf erfolgreichen Abschluss fokussiert. Das 20. Jahrhundert sollte ihn erbringen. Wir begegnen diesem Zeithorizont nicht nur in Ellen Keys Buchtitel, sondern in vielen anderen zeitgenössischen Äußerungen. Die sozialdemokratische Zeitschrift „Die Neue Zeit“ begrüßte das 20. Jahrhundert als das „Jahrhundert der Erfüllung“, nachdem das 19. Jahrhundert das der Hoffnung gewesen sei.¹⁰ Der Lebensreformer Friedrich Eduard Bilz entwarf 1904 ein Bild vom Zukunftsstaat, das die Zustände im Jahre 2000 geradezu paradiesisch malt.¹¹ Beispiele könnten fortgesetzt werden. Dieses drängende Verlangen nach Realisierung und die abgegebenen Prognosen trugen möglicherweise dazu bei, dass Reformpädagogisches noch heute rasche Erfüllung suggeriert.

Manche der Visionen vom „neuen Menschen“ jedenfalls erweisen sich aus der heutigen Perspektive in vielerlei Hinsicht als problematisch, spätestens im Faschismus offenbarten sie ihre Gefährlichkeit. Sie bringen die Widersprüchlichkeit des 20. Jahrhunderts explizit zum Ausdruck und sind dennoch mit den Begriffen „Mythos“, „Ersatzreligion“, „säkularisierte Heilslehre“, „Schöpfungsträume“, „Obsession“ – um nur einige neuere Deutungen dieses Phänomens anzuführen¹² – nur unzureichend zu erklären, wenn die gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen hierfür außer acht gelassen werden.¹³ Denn ebenso wenig ist der emanzipatorische Kern zu übersehen, der

8 Vgl. zu dieser Problematik Tobias Rülcker: Das Jahrhundert des Kindes? Ellen Key, die deutsche Pädagogik und die widersprüchliche Realität von Kindheit im 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Pädagogik 1999. Frankfurt a.M. 2000, S. 17–32; auch Uwe Puschner: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion. Darmstadt 2001.

9 Eine solche Ausstrahlung schrieb Rilke dem Keyschen Buch zu. In: Rainer Maria Rilke - Ellen Key. Briefwechsel. Herausgegeben von Theodore Fiedler. Frankfurt a. M./ Leipzig 1993, S. 2.

10 Die Neue Zeit (1899/1900)13, S. 385.

11 Vgl. Die Lebensreform 2001, Bd. 1, S. 345.

12 Gottfried Küenzlen: Der neue Mensch. Zur säkularen Religionsgeschichte der Moderne. 2. Aufl., München 1994; Richard van Dülmen (Hrsg.): Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000. Wien, Köln, Weimar 1998; Nicola Lepp/Martin Roth/Klaus Vogel (Hrsg.): Der neue Mensch. Obsessionen des 20. Jahrhunderts. Katalog zur Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum Dresden vom 22. April bis 9. August 1999. Ostfeldern-Ruit 1999.

13 Vgl. Reinhard Mocek: Biologie und soziale Befreiung. Frankfurt a.M. [u.a.] 2002.

vielen dieser Ideen und Erziehungsvisionen ursprünglich zugrunde lag – das Zutrauen in die Gestaltungskraft der Menschen, sobald sie Subjekte ihres Handelns werden.

Einen gesellschaftlichen Entwicklungsschub erlebte die Reformpädagogik sowohl national als auch international nach dem Ende des ersten Weltkrieges. Ihre internationale Ausbreitung dokumentiert sich vor allem im „Weltbund zur Erneuerung der Erziehung“. Es ist der erste Versuch, weltweit reformpädagogische Kräfte zu sammeln und Grundsätze reformpädagogischer Arbeit zu formulieren. Danach sollte alle Erziehung eine pädozentrierte Orientierung aufweisen, Wettbewerb durch Kooperation ersetzen und die Mit- und Selbstbestimmung der Heranwachsenden organisieren. Lernprozesse sollten intellektuell und ästhetisch anregend und fachübergreifend gestaltet sein. Selbstbildungsmitteln (heute: Methodenkompetenz) wurde eine hohe Bedeutung beigemessen. Und vor allem: Erziehungsfragen sollten in eine umfassende, Verständigung, Kooperation und Frieden erstrebende Erneuerung des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens eingebettet sein.¹⁴ Die Schweizer Pädagogin und Friedensaktivistin Elisabeth Rotten und der deutsche Kommunist Karl Wilker, Anfang der zwanziger Jahre Leiter der Berliner Fürsorgeanstalt „Lindenhof“, gaben die Zeitschrift des Weltbundes heraus, die in drei Sprachen unter dem bezeichnenden Titel „Das werdende Zeitalter“ erschien.

In *Deutschland* gibt die *Reichsschulkonferenz* im Jahre 1920 einen repräsentativen Einblick in den pädagogischen Diskurs. Ziel dieser Veranstaltung sollte sein, für die Weimarer Republik eine reformpädagogisch gestützte demokratische Schulgesetzgebung vorzubereiten. Was dabei herauskam, kommentierte der Schulreformer Paul Oestreich mit den Worten: „Ein großer Aufwand, schmähhlich! ist vertan!“¹⁵ Das in der Schulreformbewegung lang gehegte Ziel, Schule und Kirche zu trennen, opferte die SPD im so genannten Weimarer Schulkompromiss der Zentrumsparterie. Eine strukturelle Vereinheitlichung des Schulwesens begrenzte sich auf das kleine Grundschulgesetz, das einen gemeinsamen Unterbau lediglich bis Klasse vier vorsah. Der Demokratisierung der Bildungsinhalte widersetzte sich eine konservativ gebliebene Lehrerschaft vor allem an den höheren Schulen. Allerdings ermöglichte

14 Theodor F. Kläßen/Ehrenhard Skiera: Handbuch der reformpädagogischen und alternativen Schulen in Europa. 2. Aufl., Hohengehren 1993, S. 10f.

15 Paul Oestreich: „Ein großer Aufwand, schmähhlich! Ist vertan! Rund um die Reichsschulkonferenz. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1924.

die Weimarer Verfassung die Einführung des Arbeitsunterrichtes in die Schule und erlaubte (und erleichterte) die Einrichtung von Versuchs- und alternativen Schulen. Vor allem dadurch erlebte reformpädagogisches Denken in der Weimarer Republik eine Blütezeit. Es entstand eine reformpädagogische Praxis, über deren Ausmaße unterschiedliche Daten vorliegen und deren pädagogische Bedeutung mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit klein geredet wird. Mindestens 200 reformpädagogische Schulversuche und 1.103 Versuchsklassen werden gegen Ende der Weimarer Republik gezählt.¹⁶ Die Zahl der nicht registrierten reformpädagogisch arbeitenden Schulen, Klassen und Projekte lag vermutlich noch höher. Hier vollzog sich ein *pädagogischer Paradigmenwechsel*, der vor allem von den Pädagoginnen und Pädagogen in der Praxis herbeigeführt wurde. In einer spezifischen Gestalt etablierte sich Reformpädagogik hier als *Bewegung von unten*, von der akademischen Pädagogik eher *von oben kritisiert* als wissenschaftlich konstruktiv begleitet. Zugleich entwickelte sich eine breite Diskussion um demokratische Alternativen und Perspektiven in Bildung und Erziehung, in der sich die vielschichtigen Probleme der bürgerlichen Pädagogik auf einem hohen Niveau bündelten und in der auch sozialistische pädagogische Auffassungen zunehmend Geltung erlangten. Häufig gediehen reformpädagogische Projekte in einem eher „linken“ politischen und sozialen Umfeld, so z.B. in Berlin-Neukölln, ähnlich in Chemnitz, Leipzig, Hamburg. Reformpädagogische Erziehungsgrundsätze, wie Selbstverwaltung, Selbsttätigkeit, Entwicklung von Gemeinsinn und Kreativität, demokratische Umgangsformen, Abwesenheit von repressiven Methoden u.a.m. finden sich auch in der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung, in den Kinderheimen der Internationalen Arbeiterhilfe (z.B. in Elgersburg) und selbst in der kommunistischen Kindergruppenarbeit, die maßgeblich von Helmut Schinkel, einem in der Künstlerkolonie Worpsswede sozialisierten Lehrer¹⁷, beeinflusst wurde.

Schon die wenigen Beispiele zeigen, dass von einer einheitlichen Bewegung weder politisch noch pädagogisch die Rede sein kann. Mit dem Machtantritt des Nationalsozialismus zerrann dieser Mythos vollends. Während manche pädagogischen Konzepte durchaus Anschluss an die nationalsozialis-

16 Vgl. Schmitt, Hanno: Topographie der Reformschulen in der Weimarer Republik. Perspektiven ihrer Erforschung. In: Amlung, Ullrich [u.a.] (Hrsg.): „Die alte Schule überwinden“. Reformpädagogische Versuchsschulen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1993, S. S. 21.

17 Als ein Beispiel hierzu vgl. Ulla Plener: Helmut Schinkel. Ein Lehrerleben zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902-1946). Berlin 1996.

tische Erziehungspolitik fanden und ihre Vertreter, wie Peter Petersen in Jena, kontinuierlich weiterarbeiten konnten, wurden andere vom Dienst suspendiert, aus Deutschland vertrieben oder, wie Theodor Neubauer oder Adolf Reichwein, von den Nazis ermordet. Der 1933 erlittene Bruch, vor allem der Verlust ihrer kritischen und demokratischen Potentiale, hat die Pädagogik in Deutschland nachhaltig geprägt. Die Vielfalt reformpädagogischer Ideen und Projekte wurde nach 1945 weder in Ost noch in West aufgegriffen. Einseitigkeiten im Umgang mit Reformpädagogik sind noch immer charakteristisch.

Exkurs: Die Rezeption der Reformpädagogik in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten

Der Umgang mit der Reformpädagogik hatte in der deutschen Nachkriegspädagogik eine wechselvolle Geschichte, blieb in beiden deutschen Staaten selektiv, war maßgeblich von ideologischen Interessen geleitet und nicht selten – zwischen Euphorie und Abwehr pendelnd – in hohem Maße emotionalisiert. Auseinandersetzungen trugen dabei häufig den Charakter von Stellvertreterkriegen, in denen Reformpädagogik als Code für grundlegende pädagogische und bildungspolitische Differenzen galt. Je nach dem, welche Rezeptionsperspektive favorisiert wurde, konnte Reformpädagogik zur Abwehr von Erneuerung ebenso herangezogen werden wie für Demokratisierungsbestrebungen.

In der Sowjetischen Besatzungszone wurde 1946 eine antifaschistisch-demokratische Bildungsreform unter starken Rückgriffen auf reformpädagogische Traditionen konzipiert und in den ersten Jahren auch realisiert. Zahlreiche Pädagogen, die nunmehr zu den bildungspolitischen Entscheidungsträgern zählten, kamen aus der reformpädagogischen, meist sozialdemokratisch geprägten Praxis der Weimarer Republik. Mit der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes allerdings, beginnend etwa 1948 und radikal auf dem IV. Pädagogischen Kongress 1949, brach die Tradierung reformpädagogischen Gedankengutes ab. Reformpädagogik wurde fortan als „spätbürgerlich“, „anarchistisch“ oder „reformistisch“ und den Bedürfnissen sozialistischer Entwicklung entgegenstehend bewertet. Aber ungeachtet ihrer offiziellen Diskreditierung blieb sie mehr oder weniger in allen Jahren der DDR ein brisanter Gegenstand pädagogischer Auseinandersetzungen und dennoch – in Gestalt des einheitlichen, integrativen Schulsystems, der polytechnischen Bildung, der Kooperation von Schule und Familie, der Trennung von Schule und Kirche, aber auch in vielen erziehungstheoretischen und didaktisch-metho-

dischen Ansätzen – partiell auch real erhalten. In den achtziger Jahre erlebte das Thema Reformpädagogik eine Renaissance, erhielt mit der Perestroika in der Sowjetunion zusätzlich Aufwind und geriet auf dem letzten Pädagogischen Kongress im Frühjahr 1989 wiederum in das Blickfeld der Kritik von oben. Nur vor diesem Hintergrund ist im Übrigen zu verstehen, weshalb Reformpädagogik in den Protestbewegungen des „Wende“-Jahres 1989/90 einen so hohen Stellenwert einnahm. Dass reformpädagogische Intentionen auch in der DDR latent vorhanden waren, zeigte sich nicht zuletzt in der Dimension basisdemokratischer Initiativen zur Reform des Bildungswesens, die dann aber durch den überstürzten Anschluss der DDR an die BRD nicht mehr zum Tragen kamen.

Auch in den *westlichen Besatzungszonen* war die Entwicklung des Schulwesens und der Pädagogik nach der Befreiung vom Faschismus von reformpädagogischen Intentionen begleitet. Und auch hier kamen die Fürsprecher einer bildungspolitischen Demokratisierung vor allem aus dem reformpädagogischen Spektrum der Weimarer Zeit. Versuche einer breitenwirksamen Reaktivierung demokratischer Reformpädagogik waren jedoch nicht von Dauer. Das Schulwesen wurde in den frühen fünfziger Jahren erneut in der dreigliedrigen Struktur der Weimarer Schule restauriert, allerdings ohne den Reformgeist jener Zeit. Begünstigt durch das Recht auf Privatschulen (Schulen in freier Trägerschaft) etablierten sich aus dem weiten Spektrum reformpädagogischer Praxis vor allem Richtungen mit einer starken Lobby: Waldorfschulen, Landerziehungsheime und Montessori-Kindergärten und -Schulen.¹⁸

Erst mit der 68er Studentenbewegung ging ein pädagogischer Perspektivwechsel einher. Erziehungswissenschaft, auch Reformpädagogik, wurde nach ihren nationalsozialistischen Verstrickungen befragt, demokratische und sozialemanzipatorische reformpädagogische Richtungen gerieten stärker in den Blick. Geblieben ist ein *methodischer Paradigmenwechsel*, der in den siebziger und achtziger Jahren die pädagogische Praxis für demokratische Vielfalt öffnete. Reformpädagogisches Denken intendierte vor allem eine *innere Reform der Schule*, beeinflusste aber gleichermaßen die Debatte um schulstrukturelle Modernisierung und Demokratisierung. Die Einführung und Entwicklung der Gesamtschule ging maßgeblich auf diese Bestrebungen zurück. Seit dieser Zeit gehört die Rezeption der Reformpädagogik zu den be-

18 Häufig wird übersehen, dass diese Schulen ihren Preis haben. Zum Beispiel verlangte die auf Kurt Hahn zurückgehende traditionsreiche Reformschule Schloß Salem 1999 ein Pensions- und Erziehungsgeld von 44.400 DM pro Jahr plus Nebenkosten. Die Odenwaldschule kostete 40.920 DM.

vorzugten Gegenständen erziehungswissenschaftlicher Forschung. Ein Konsens hinsichtlich der historischen Bewertung der Reformpädagogik jedoch wurde bis heute nicht erreicht.

Muster der Rezeption und Probleme der Forschung

Ungeachtet der kaum noch zu überschauenden Literatur zur Reformpädagogik sind Forschungsdesiderata nicht zu übersehen. Noch immer überwiegen ideengeschichtliche Interpretationen. Reformpädagogik erscheint als eine im Ganzen bürgerliche Bewegung. Sowohl affirmative als kritische Darstellungen folgen mehr oder weniger einem überlieferten, kaum hinterfragten Kanon bzw. arbeiten sich an ihm ab. Grenzüberschreitungen kommen selten vor. Fragen nach gesellschaftspolitischen und sozialen Zusammenhängen und Differenzierungen des reformpädagogischen Denkens bleiben weitgehend unberührt. Zugleich wird der Mangel an sozialgeschichtlichen Forschungen, gar einer Sozialgeschichte der Reformpädagogik, zunehmend als Defizit empfunden und beschrieben. Die Literatur lässt – grob vereinfacht – vor allem vier Forschungszugänge erkennen.

1. Die meisten Beschreibungen folgen noch immer einem inhaltlichen Kanon und einer Begriffsbestimmung von Reformpädagogik, die weitgehend das zeitgenössische Selbstverständnis abbilden.¹⁹ Reformpädagogik erscheint danach als eine in ihren Zielen und Motiven weitgehend homogene geistige pädagogische Bewegung bzw. pädagogische Epoche zwischen 1890 und 1933.²⁰ Ihr wird Kontinuität und Bedeutung für die moderne Erziehungswissenschaft unterstellt.²¹ Inhaltliche Problematisierungen, historische Kontextualisierung und die gesellschaftspolitische Verortung der Akteure sind hier eher selten zu finden. So bleibt beispielsweise die Rezeption der Montessori-Pädagogik vergleichsweise unbeeindruckt von der mittlerweile hinlänglich bekannten Protektion Maria Montessoris durch den italienischen Faschismus.²² Die Freinet-Pädagogik wiederum verzichtet gern darauf, ihren sozialistischen Entstehungszusammenhang of-

19 Das Verständnis von Reformpädagogik wurde vor allem von Hermann Nohl geprägt: *Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie* (1933).

20 Der „Beginn“ der Bewegung wird dann in der Regel auf 1890 datiert und mit dem Erscheinen des Buches von Julius Langbehn: *Rembrandt als Erzieher*, von einem Deutschen (Leipzig 1890) in Verbindung gebracht.

21 Vgl. als prominentes Beispiel Scheibe 1999, S. 2.

22 Vgl. hierzu als neueste Darstellung die Arbeit von Héléne Leenders: *Der Fall Montessori. Die Geschichte einer reformpädagogischen Erziehungskonzeption im italienischen Faschismus*. Bad Heilbrunn 2001.

fen zulegen.²³ Rezeption bleibt auf diese Weise fragmentarisch, pädagogische Konzepte werden wesentlicher Bezüge beraubt.

2. Kritik an dieser als „Hofberichterstattung“²⁴ charakterisierten Deutung bündelt sich in den letzten Jahren in gleichfalls vornehmlich ideengeschichtlich argumentierenden Richtungen, die eine unmittelbare Bedeutung der Reformpädagogik für die Erziehungswissenschaften und die Pädagogik der Gegenwart relativieren. Ihr Wissenschaftscharakter sei fragwürdig, ihre Praxis zweifelhaft, ihre Tendenz antimodern und in Zügen antidemokratisch. Sie sei weder pädagogisch innovativ noch historisch neu, sondern lediglich eine Phase in der Geschichte neuzeitlicher Erziehung und überdies durch Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität, durch Irrationalität, Utopismus und Ideologie charakterisiert. In dieser Rezeptionsrichtung wird Reformpädagogik primär an ihrer Kompatibilität mit Modernisierungsprozessen gemessen²⁵ und ihre Historisierung nahe gelegt.
3. In einer kritisch-konstruktiven Perspektive arbeitet eine dritte Richtung seit den siebziger Jahren an einer differenzierten Darstellung der Reformpädagogik unter besonderer Heraushebung emanzipatorischer, antifaschistischer und demokratischer Ansätze. Dieser Richtung sind wesentliche Forschungserweiterungen zu verdanken, z.B. Reformpädagogik und Nationalsozialismus, reformpädagogische Praxis jenseits der repräsentativen Eliteschulen, Reformpädagogik in der Emigration, jüdische Reformpädagogik, Frauen in der Reformpädagogik, regionale und personale Einzeluntersuchungen u.a.m.
4. Rezeption nach dem „Bausteinprinzip“ könnte eine vierte Linie genannt werden. Sie verwertet ungeachtet akademischer Kontroversen reformpädagogisches Stückwerk – meist in allerbesten pädagogischer Absicht – für die Konstruktion pädagogischer „Reform“konzepte. Schulen und Lehrer sollen sich ihren reformpädagogischen Bedarf beliebig zusammenstellen können. Eine Entkontextualisierung und Entstrukturierung der Reform-

23 Wie sich solche „Berührungsängste und Verleugnungsstrategien“ auf wissenschaftliche Interpretationen auswirken, erörtert Ingrid Dietrich: Zur Rezeption der Freinet-Pädagogik in Deutschland. In: Tobias Rülcker/ Jürgen Oelkers (Hrsg.): Politische Reformpädagogik. Bern [u.a.] 1998, S. 441–453.

24 Benner/Kemper 2001, Teil 1, S. 25; vgl. hierzu auch Jürgen Oelkers: Reformpädagogik. Eine kritische Dogmengeschichte. Weinheim, München 1989; Rülcker/Oelkers 1998.

25 Vgl. zur Kritik dieses Ansatzes die Rezension von Friedemann Schmoll zu Meike G. Werner: Moderne in der Provinz. Kulturelle Experimente im Fin-de-Siècle-Jena. Göttingen 2003. In: HBO-Rezensionen (www.bbf.de/Archiv/2003/rez-005.htm)

pädagogik wird dabei offensichtlich in Kauf genommen. Vor allem in methodisch-didaktischen Darstellungen ist eine solche auf Verwertung orientierte Rezeptionspraxis zu beobachten. Sie wird von zahlreichen reformpädagogischen Verlagen und nicht zuletzt durch kaum noch zu überschauende Angebote im Internet gestützt.²⁶ Wie weit diese Verfahrensweise methodisch legitim ist, soll hier nicht diskutiert werden.

Reformpädagogik in sozialen Zusammenhängen und im Kontext sozialer Bewegungen

Weshalb sozialgeschichtliche Forschungen zur Reformpädagogik noch immer zu den Desiderata der Disziplin gehören, mag verschiedene Ursachen haben.²⁷ In einem Aufsatz zum 100. Todestages J. H. Pestalozzis im Jahre 1927 geht Robert Seidel, ein Protagonist der Arbeits- und Sozialpädagogik, der Frage nach, weshalb die sozialpolitische und sozialpädagogische Leistung Pestalozzis im 19. Jahrhundert gegenüber seinen unterrichtsdidaktischen Auffassungen so gut wie nicht zum Tragen kam und gelangt zu dem Schluss: „Erst musste die soziale Idee durch die soziale Bewegung in das soziale, politische und pädagogische Leben eindringen und die Köpfe und Herzen erobern, ehe Pestalozzi, der Unbekannte, erkannt und gewertet werden konnte.“²⁸ Analoges ließe sich für die Rezeptionsgeschichte der Reformpädagogik sagen. Um sie in ihren sozialen Dimensionen zu erfassen, bedarf es eines sozialen Erkenntnisinteresses. Gleichwohl ist *Reformpädagogik eine soziale Tatsache*. Ihre Protagonisten wie ihre Gegner kamen aus bestimmten sozialen, politischen und kulturellen Milieus, verfügten über Erfahrungshintergründe, verfolgten Interessen, verhielten sich zu den sozialen und politischen Gegebenheiten ihrer Zeit. Reformpädagogik entstand nicht im Reich der Ideen, sondern in einem historisch-konkreten gesellschaftlichen Raum, unter konkreten sozialen, politischen und pädagogischen Bedingungen und

-
- 26 Unter dem Stichwort Reformpädagogik enthält das Internet 9.740 Einträge, andere Wortvarianten sind ähnlich ertragreich. Nicht mehr überschaubar ist das Angebot an Literatur, die solche „Bausteine“ anbietet. Vgl. als Beispiel: Reformpädagogik-Archiv zum Abrufen von Texten und Grafiken zur klassischen und aktuellen Reformpädagogik. (reformpaedagogik-archiv.de).
- 27 Der von Jürgen Kocka konstatierte Rückgang der Sozialgeschichte trifft auf die Historische Erziehungswissenschaft mindestens ebenso zu. Vgl. Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät zu Berlin am 20.3.2003.
- 28 Seidel, Robert: Der unbekannte Pestalozzi, der Sozialpolitiker und Sozialpädagoge. In: Freie Schulzeitung. Hrsg. vom Deutschen Lehrerbunde im tschechoslowakischen Staate. 7(1927)6, S. 85.

mit unterscheidbaren Absichten. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob Reformvorschläge der Abwendung von Frust, Langeweile, Überbürdung, Eintönigkeit, Einsamkeit, Repression, Uneffektivität in bürgerlichen Lebenswelten gelten oder ob die soziale Emanzipation benachteiligter Kinder mittels Bildung und Aufklärung im Zentrum des Interesses steht. Der Kampf gegen Kinderausbeutung beispielsweise berührte viele, aber keineswegs alle Reformpädagogen, für manche war dies überhaupt kein Thema, weil sie eine ganz andere Klientel im Auge hatten. Es ist ein Unterschied und keineswegs ein historisch erledigtes Problem, ob reformpädagogisches Engagement der Gründung von teuer zu bezahlenden Eliteschulen gilt oder dem allgemeinen öffentlichen Schulwesen. Und es ist auch ein Unterschied, ob sich die pädagogischen Akteure in den Dienst des politischen Konservatismus und Nationalismus stellten oder ob sie mit sozialen und demokratischen Bewegungen oder linken politischen Parteien sympathisierten.

Ob und inwieweit Reformpädagogik selbst als soziale Bewegung in Erscheinung trat bzw. eine solche Charakterisierung in Anspruch nehmen kann, bedarf weiterer Untersuchungen. Betrachtet man soziale Bewegungen als „einen organisatorisch nicht kontrollierten Prozess der kollektiven Abwendung von gesellschaftlich dominanten Werten, Normen oder Zwecksetzungen, dessen Träger bzw. Akteure [grundlegende] Veränderungen der bestehenden Gesellschaft anstreben“ und legt man darüber hinaus die in der Literatur hierzu angeführten Kriterien – „1) eine geringe organisatorische Strukturierung, 2) die prozessuale Unkalkulierbarkeit der gesellschaftlichen Oppositionsfunktion, 3) die abgestufte Reichweite oppositioneller Handlungsorientierungen und 4) das voluntaristische Handlungsmodell“²⁹ – an die reformpädagogische Bewegung an, zeigen sich gravierende Differenzierungen sowohl der pädagogischen Konzepte als auch der diesen Konzepten zugrunde gelegten Intentionen und Realisierungsbedingungen. Andere Perspektiven ergeben sich aber auch schon, wenn der übliche Rahmen, in dem Reformpädagogik meist dargestellt ist, verlassen bzw. erweitert wird. Hierzu zwei Exempel.

Reformpädagogik und Frauenbewegung

1. Es ist gewiss kein Zufall, dass in der pädagogischen Reformbewegung vergleichsweise viele Frauen zu finden sind. Ihr Anteil an der Entwicklung einer neuen pädagogischen Kultur ist in der Standardliteratur zur Reformpädagogik nicht annähernd angemessen berücksichtigt. Meist waren

29 Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1998, S. 680.

es Quereinsteigerinnen, die entweder über die Mühsal der Lehrerinnenkarrieren, aus nichtpädagogischen sozialen Berufen oder aus eigenen sozialen Erfahrungen zur Reformbewegung kamen. In nahezu allen Fällen erweist sich das soziale Motiv als zentral. Neben den Populistinnen Ellen Key oder Maria Montessori wirkten unzählige andere in der bzw. für die reformpädagogische Praxis, denen in der Überlieferung meist nur eine Schattenexistenz zugewiesen wird, z.B. Anna Siemsen, Elisabeth Rotten, Olga Essig, Minna Specht, Hildegard Wegscheider u.v.a. Manche Repräsentanten der Reformpädagogik hatten neben oder hinter sich Frauen, von denen die reformpädagogischen Projekte maßgeblich mitgetragen wurden. Das gilt beispielsweise für Célestin und Elise Freinet, Otto und Alice Rühle, Janusz Korczak und seine Mitarbeiterin Stefania Wilczynska oder gleichermaßen für die Frauen um A.S. Makarenko.

2. Pädagogische Reformen fanden sowohl in der links-bürgerlichen wie in der proletarischen Frauenbewegung eine verlässliche Stütze. Viele bislang nur als Frauenrechtlerinnen bekannte Persönlichkeiten können bei genauerem Hinsehen zugleich als pädagogische Reformeuerinnen geoutet werden. Neben bekannten Frauen wie Clara Zetkin oder Käte Duncker gilt das auch für weniger bekannte, wie die Wiener Publizistin und Frauenrechtlerin Therese Schlesinger und ihre Schwester Emma Eckstein, die Journalistin Oda Olberg, die Ärztin Hope Bridges Adams-Lehmann, die Sozialpolitikerin Henriette Fürth, die Frauenrechtlerin Wally Zepler u.a. Sie betrachteten Reformpädagogik vor allem – aber nicht nur – unter dem Aspekt der Emanzipation von Mädchen und Frauen und leisteten, um nur ein Beispiel zu nennen, bereits im wilhelminischen Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Reform der Sexualerziehung, lange bevor dieses Thema in den 20er Jahren in die Pädagogik aufgenommen wurde.³⁰ Ungeachtet inhaltlicher Auseinandersetzungen bildeten Erziehungsfragen häufig einen gemeinsamen Bezugspunkt zwischen verschiedenen Reformlagern, übten eine Art Scharnier- und Integrationsfunktion aus. Gerade an Frauenfiguren ist zeigbar, dass bürgerliche und sozialistische Frauenbewegung, Friedensbewegung, soziale und politische Bewegung, Lebensreformbewegung und eben auch Reformpädagogik – zumindest in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg – in hohem Maße miteinander vernetzt waren.

30 Vgl. Christa Uhlig: Sexualreform, Sexualerziehung und Arbeiterbewegung. Diskurse in den Zeitschriften „Die Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“ von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 2003/1, S. 72–90.

3. Auffällig ist in diesem Kontext auch, dass umfangreiche Quellenbestände bislang unbenutzt blieben, weil Fragen in diese Richtung offensichtlich gar nicht erst gestellt werden. Das betrifft z.B. die Ellen-Key-Forschung, die wichtige Quellen, die die Nähe zahlreicher Frauen aus sozialistischen Kreisen zu Ellen Key belegen, unberücksichtigt lässt.³¹ Dabei ist nicht der Fakt, dass Ellen Key geistige Verbindung zu den sozialen und politischen Bewegungen ihrer Zeit pflegte, verwunderlich, da sie selber politisch und sozial ambitioniert war und ihre Schriften bei aller Widersprüchlichkeit eine weitreichende sozial-politische Dimension aufweisen. Verwunderlich ist eher, dass die Forschung solche Aspekte kaum aufgreift. Die nachhaltige Wirkung Ellen Keys, so ist zu vermuten, ist erst dann schlüssiger zu erklären, wenn zugleich auch ihre sozial-politischen Hintergründe Berücksichtigung finden.³²

Reformpädagogik und Arbeiterbewegung

Während für die Zeit der Weimarer Republik politische und soziale Kontexte „linker“ reformpädagogischer Projekte ansatzweise und exemplarisch beschrieben sind, fehlen neuere Forschungen zum Verhältnis von Reformpädagogik und Arbeiterbewegung für die Zeit vorher fast völlig. In der DDR der achtziger Jahre begonnene Arbeiten fanden nach der „Wende“ keine Fortsetzung.³³ Arbeiterbewegung – ein Gebiet, auf dem die bildungshistorische Forschung der DDR Beachtliches geleistet hatte – scheint seither als Forschungsgegenstand obsolet. Unterdessen wurde diese Thematik erneut aufgegriffen³⁴ und schon die ersten Ergebnisse bieten Interessantes.

1. Liest man die bildungspolitischen und pädagogischen Texte der Arbeiterbewegung aus der Perspektive reformpädagogischer Begrifflichkeit, trifft man auf deutlich mehr Gemeinsames als Trennendes. Das gilt für pädagogisch relevante Texte aus der Feder von Clara Zetkin, Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Franz Mehring, Karl Kautsky, Käthe Duncker, Heinrich Schulz, Edwin Hoernle, Theodor Neubauer u.a., aber auch für

31 Das betrifft z.B. Hope Bridges Adams-Lehmann, Henriette Fürth oder Juliane von Vollmar.

32 Vgl. hierzu auch Jürgen Helmchen: Ellen Key als „Zeiterscheinung“ – Zur historischen Platzierung des „Jahrhundert des Kindes“. In: Sabine Andresen (Hrsg.): Ellen Keys reformpädagogische Vision. Weinheim, Basel 2000, S. S. 284.

33 Vgl. Gerd Hohendorf: Reformpädagogik und Arbeiterbewegung. Oldenburg 1989.

34 Die DFG fördert derzeit ein Projekt an der Universität Paderborn zum Thema „Die Rezeption der Reformpädagogik in der Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zu einer kritischen Rezeptionsgeschichte.“ Im Rahmen dieses Projektes konnte auch der vorliegende Beitrag entstehen.

programmatische Verlautbarungen, z.B. für das erste, auf dem Mannheimer Parteitag 1906 von Clara Zetkin und Heinrich Schulz vorgestellte sozialdemokratische Bildungsprogramm, und besonders für die nach der Jahrhundertwende von Clara Zetkin, Heinrich Schulz und Käthe Duncker herausgegebenen Erziehungsratgeber für proletarische Eltern.³⁵ Auffällig sind nicht nur eine ähnliche Symbolik und Rhetorik – z.B. die Verwendung von polarisierenden Sprachcodes, wie „alt - neu“, „Lernschule - Arbeitsschule“, „Einseitigkeit - Ganzheitlichkeit“, „Schule - Leben“. Auch im Gebrauch und in der Auslegung zentraler pädagogischer Begriffe, z.B. Arbeit, Selbsttätigkeit, Aktivität, Gemeinschaft, Individualität, sind Kongruenzen auffindbar. Neben parallelen gab es gleichermaßen konkurrierende Entwicklungen, wie die Auseinandersetzung um die geistige Urheberschaft der Idee der Arbeitsschule zwischen Robert Seidel und Georg Kerschensteiner demonstriert. Die erste zusammenhängende Schrift zur Arbeitsschule wurde 1885 von dem in Zürich lebenden Robert Seidel unter dem Titel „Der Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit, zugleich eine Kritik der gegen ihn erhobenen Vorwürfe“ vorgelegt.³⁶ Sein Arbeitsschulkonzept schließt an Robert Owen und Karl Marx an und erfasst Arbeit in einer weiten erzieherischen, bildnerischen, sozialen und moralischen Dimension.³⁷ Erst 24 Jahre später, im Jahr 1908, entwickelte Georg Kerschensteiner, Stadtschulrat in München, ausgerechnet auf einer Gedenkveranstaltung zu Pestalozzi in Zürich, zu der Seidel nicht geladen war, sein Konzept zur Arbeitsschule, die er nicht nur enger, speziell auf die Volksschule bezogen fasst, sondern überdies mit staatsbürgerlicher Erziehung verbindet: „Mit einem Minimum an Wissensstoff ein Maximum an Fähigkeiten, Fertigkeiten und Arbeitsfreude im Dienste staatsbürgerlicher Gesinnungen.“³⁸ Obwohl Seidel beinahe sofort mit einer Gegenschrift³⁹ reagierte und die Defizite bzw. Wider-

35 Z.B. die Beilagen zur Zeitschrift „Gleichheit“: „Die Mutter als Erzieherin“ und „Für unsere Kinder“. Hrsg. von Clara Zetkin, Hermann und Käthe Duncker, 1906–1914.

36 Robert Seidel (1850–1933), ein Textilarbeiter aus Sachsen, floh 1870 als Kriegsdienstverweigerer in die Schweiz, wo er nicht nur Mitbegründer der Schweizerischen Sozialdemokratie wurde, sondern auch eine Lehrerausbildung absolvierte und es in Zürich immerhin bis zum Privatdozenten brachte.

37 Seidels Buch beeinflusste das Bildungsdanken innerhalb der Arbeiterbewegung ebenso wie das der Reformpädagogik. Seine Gedanken greift Clara Zetkin in ihrer bekannten Rede auf der Bremer Frauenkonferenz 1904 auf, später P. P. Blonski in seiner Schrift „Die Arbeitsschule“ (1918) und nicht minder Paul Oestreich in seinem „Produktionsschulprojekt“ der zwanziger Jahre.

38 Georg Kerschensteiner: Begriff der Arbeitsschule. 4. Aufl., Leipzig, Berlin 1920, S. 94f.

39 Robert Seidel: Die Schule der Zukunft eine Arbeitsschule. Kritik und Ergänzung des Vortrags von Stadtschulrat Dr. Kerschensteiner aus München. Zürich 1908.

sprüche des Kerschensteinerschen Konzeptes aufdeckte, konnte er sich im Diskurs um die Arbeitsschule letztendlich nicht durchsetzen. Kerschensteiners Name blieb im historisch-pädagogischen Gedächtnis mit dem Begriff der Arbeitsschule verbunden, während Seidel unverdienterweise zunehmend ignoriert wurde.

2. Aufschlussreiches über Beziehungen zwischen Arbeiterbewegung und Reformpädagogik ist auch aus der proletarisch-sozialistischen Presse vor dem ersten Weltkrieg zu erfahren. Nahezu alle reformpädagogischen Neuerscheinungen wurden hier rezensiert und kritisch reflektiert, darunter z.B. alle Schriften Ellen Keys. Gleiches gilt auch für andere zeitgenössische Reformbewegungen. Heftige Diskurse in der Presse galten z.B. der Frage, ob Naturheilkunde, Antialkoholbewegung oder Ernährungsreformen Themen der Sozialdemokratie sein sollen und ob sie eine sozialistische Spezifik aufweisen, wie es z.B. die Gründer einer Zeitschrift „Vegetarischer Vorwärts“ (1893) meinten.⁴⁰ Besonders in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg offenbarten die Quellen eine hohe Empfänglichkeit für Reformideen unterschiedlichster Provenienz. Dabei ging es m.E. nicht um eine Annäherung an bürgerliche Lebenswelten, wie der Gleichklang vieler Inhalte und Orientierungen vermuten lassen kann und wie es in der Literatur zur Arbeiterkultur mitunter zu lesen ist. Die Rezeption der Reformbewegungen erscheint eher Moment eines Suchprozesses proletarisch-sozialistischer Identität und der Konstruktion proletarischer Gegenkulturen. Es habe eine Zeit gegeben, schreibt Adams-Lehmann 1911 in den „Sozialistischen Monatsheften“, „in der Sozialisten nichts von Bewegungen wissen wollten, die anderweitig herkamen. Jetzt sind wir, Gott sei Dank, erfahrener und verständiger geworden. ... Ist der Sozialismus der Heerstrom unserer Zeit, so müssen alle Nebenströme in ihn hineinfließen und dürfen von ihm darum freudig und kameradschaftlich begrüßt werden...“⁴¹

Die Diskurse in der Presse, namentlich in den vor dem ersten Weltkrieg repräsentativen theoretischen Zeitschriften „Die Neue Zeit“ (1883 von Karl Kautsky und J.H.W. Dietz gegründet) und „Sozialistische Monats-

40 An der Diskussion um diese Fragen war ein großer Personenkreis unterschiedlicher politischer, kultureller und wissenschaftlicher Provenienz beteiligt: Clara Zetkin, Karl Kautsky, Franz Mehring, Heinrich Cunow, Paul Kampffmeyer u.a., neben den genannten Frauenrechtlerinnen auch Henriette Roland-Holst, Wilhelm Bölsche, Artur Buchenau, Richard Lohmann, Sjonkje Troelstra, Wilhelm Hausenstein u.a.

41 Sozialistische Monatshefte. (1911)18–20, S. 1242.

hefte“ (1897 von Joseph Bloch gegründet), spiegeln ein hohes theoretisches Reflexionsniveau und zeigen, wie stark das sich entwickelnde sozialistische und marxistische Denken in die zeitgeschichtlichen Kommunikationszusammenhänge eingebunden war. Das sozialwissenschaftliche Denken in dieser Zeit sei in Wirklichkeit sogar stärker von den Marxisten bestimmt worden als von der bürgerlichen Wissenschaft, vermutete einst der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth. „Man wußte auch, daß von den jungen Marxisten, wie sie jetzt in der Sozialdemokratie aufstiegen, viele mehr leisteten als die bürgerlichen Professoren. [...] Es gab kein großes bürgerliches wissenschaftliches Institut, in dem nicht unter der Hand die ‚Neue Zeit‘ [...] gelesen und heimlich als eine Zeitschrift von höchstem Niveau anerkannt worden wäre.“⁴²

3. Ob diese Behauptung auch für die Erziehungswissenschaft zugetroffen haben könnte, wage ich zu bezweifeln. Gleichwohl geraten bei einer solchen Perspektive auch hier Personenkreise in den Blick, die in der Pädagogik Beachtliches geleistet haben, aber in der heutigen Erziehungswissenschaft völlig zu Unrecht unbekannt sind. Dazu gehört der erwähnte *Robert Seidel*, dessen bildungstheoretische Ansätze noch längst nicht erschlossen sind. Seidels Nachlass liegt seit Jahren unberührt in Züricher Archiven. Dazu gehören auch *Otto und Alice Rühle*. Mit ihren Sozialanalysen proletarischer Kindheit, vor allem „Das proletarische Kind“ (1911) und „Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats“ (1930), haben sie nicht nur auf die elende Situation der Mehrheit der Kinder in der damaligen Zeit gewiesen, sondern auch zur Entwicklung eines soziologischen Ansatz der Kindheitsforschung beigetragen. Nicht minder interessant dürften die bei Rühle vorfindbaren Ansätze einer psychoanalytischen Pädagogik sein. Am Beispiel eines von der Ärztin *Hope-Bridges Adams-Lehmann*⁴³ in München initiierten Schulreformprojektes schließlich kann gezeigt werden, wie komplex Reformideen auch in sozialistischen Kreisen existierten. Die aus England stammende und zuletzt in München praktizierende Ärztin, eine der ersten in Deutschland, trat nicht nur als Medizinreformerin und mutige Streiterin gegen den § 218

42 Wolfgang Abendroth: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933. Vorlesungen, bearbeitet von Heinz-Gerd Hofschien. Heilbronn 1997 (3., durchgesehene Aufl.), S. 134.

43 Zur Biographie vgl. Marita Krauss: Die Frau der Zukunft. Dr. Hope Bridges Adams Lehmann. 1855–1916. Ärztin und Reformerin. München 2002.

sowie als Übersetzerin von August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ ins Englische hervor, sondern war zugleich eine exzellente Kennerin der Pädagogik. Das belegen zahlreiche Beiträge zur Sexualpädagogik, Familienerziehung, Kindergartenpädagogik, zum Fremdsprachenunterricht, zur Allgemeinbildung oder Methodenreform in der sozialistischen Presse. Von ihr stammt ein *Versuchsschulentwurf*, den sie 1909 der Stadt München zur Genehmigung vorlegte. Es ist m.E. der erste Plan einer sozialistischen Versuchsschule überhaupt und vermutlich der einzige, an dessen Zustandekommen neben Künstlern, Literaten und Reformern unterschiedlichster Couleur auch zahlreiche Repräsentanten der Sozialdemokratie gedanklich mitgewirkt haben. In ihrem Haus in München verkehrten Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, August Bebel, Karl und Luise Kautsky, selbst Lenin gehörte zu ihren Gästen. Mit ihren eigenen und den Kindern Clara Zetkins hatte sie das pädagogische Konzept der Versuchsschule erprobt. Ob Adams-Lehmann ihren Entwurf absichtsvoll im Kontrast zum damaligen Münchner Schulsystem, das stark von Georg Kerschensteiner geprägt war, entwickelt hatte, ist ungewiss. Dass er über Kerschensteiner hinaus reicht, wird indessen an den *zentralen Ideen* deutlich: gleiche Bildung für Jungen und Mädchen, gemeinsamer bilingualer Kindergarten ab 3. Lebensjahr, qualifizierte Sprachausbildung als Teil einer umfassenden Allgemeinbildung, Selbstbetätigung als Methode, gemeinschaftliche Erziehung nicht um der Gemeinschaft willen, sondern um das Individuum mit sozialer Kompetenz auszustatten. Hervorhebenswert ist auch ihr *Bildungsbegriff*, der sich von vielen reformpädagogischen Konzepten abhebt. Bildung versteht sie als geschlechtsunabhängige Menschenbildung mit einem unverzichtbaren Eigenwert: „Ich sage Bildung kurzweg und nicht etwa Frauen- und Mädchenbildung, denn es hat mir immer geschienen [...], dass die Bildung eins und unteilbar und von dem Geschlecht ihres Trägers ganz und gar unabhängig ist. Es gibt eine allgemeine und eine Fachbildung, aber eine männliche und eine weibliche Bildung gibt es nicht. Was für den Mann gut ist zu wissen und zu können, ist auch für die Frau gut [...]“ Und zum Eigenwert von Bildung: „Es besteht eine rationalistische Richtung, die in der Bildung nur das direkt in Geld und Aktualität Umsetzbare gelten lässt. Auf diesem Standpunkt stehe ich nicht. [...] Es gilt, einen Wissensdurst zu stillen, der keinen unmittelbaren Bezug zur Gegenwart hat. Sich eines Genusses zu befähigen, der seine Berechtigung in sich selbst trägt“. Und schließlich mit dem Blick auf die *methodische Seite*: „Die Schule der Zukunft soll uns nicht nur bessere Methoden, son-

dern auch als Resultat dieser Methoden, ein weit tieferes und umfangreicheres Wissen bringen, als sich die heutige Schulweisheit träumen lässt.“⁴⁴

Zwei vorläufige Schlussfolgerungen

1. Die Kultur-, Zivilisations- und Gesellschaftskritik der Reformpädagogik wurde von großen Teilen der sozialen Bewegungen mitgetragen. Sie entstand als Reaktion auf die Herausbildung des modernen Kapitalismus und begleitete dessen Entwicklung bis in die Gegenwart. Reformpädagogik ist schon deshalb nicht historisierbar, weil die Verhältnisse, die sie hervorgebracht haben, zwar in ihrem Erscheinungsbild gewandelt sind, aber in ihren Grundstrukturen Konstanz aufweisen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der nach wie vor populäre Rückgriff auf Reformpädagogik als „Krisensymptom“, als ständige „Wiederkehr des Verdrängten“, als ein immer wiederkehrender Versuch, mittels Erziehung aus dem Teufelskreis der Reproduktion von Zwängen und ungeliebten Zuständen auszusteigen. „Eine strukturdynamische Gesellschaft ... wie die späte bürgerliche, die den sozialen Sektor und damit die Lebenslage der Individuen beständig umformt, benötigt das ‚gute‘ Kind und weiter noch die Naturalisierung des ‚Guten‘, weil sie sich nur mehr im Vorgriff auf Zukunft hin verstehen kann. Sie muss den ‚guten‘ Zustand in die Zukunft hineinprojizieren, weil der gegenwärtige nach ihren Maßstäben nicht vollends zu legitimieren ist. Diese Gesellschaft, die ihren Anfang in den großen industriellen und sozialen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts genommen hat und das 20. bis heute bestimmt, erzeugt in ihrem Innern selbst beständig ihre eigene Negation. Darin sieht sie gar ihre eigene Modernität. Zukunftsgewissheit muss also von außerhalb dieser Verhältnisse gewonnen werden.“⁴⁵ Reformpädagogik erscheint als eine solche Möglichkeit. Dabei ist nicht zu übersehen, dass sie trotz gemeinsamer Symbolik und Rhetorik seit ihrem Entstehen eine sich auch in ihren Bildungs- und Erziehungsinteressen zunehmend spaltende und differenzierende Gesellschaft spiegelt. Ihre Angebote sind *nicht Varianten* einer homogenen pädagogischen Zielrichtung, sondern markieren gravierende *pädagogische Differenzen*. Unter Berufung auf Reformpädagogik ist alles Mögliche begründbar. Deshalb müssen sowohl die sozialen als auch die pädagogischen Folgen gar zu ra-

44 Krauss 2003, S. 136–138.

45 Helmchen 2000, S. 295–297.

scher Rückgriffe auf reformpädagogische Ideen immer zugleich mitbedacht werde.

2. Spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konstituierte sich innerhalb der Arbeiterbewegung ein klares Bewusstsein über die Bedeutung von Bildung, Erziehung und Pädagogik für die soziale, politische und geistige Emanzipation der Arbeiterschaft und alle anderen unterprivilegierten Schichten. Dabei entstanden – inspiriert durch die Rezeption und kritische Reflexion maßgeblicher pädagogischer Zeitströmungen – *originäre* Ansätze pädagogischen Denkens, die ihrerseits auf die (bürgerliche) Schulreformbewegung zurückwirkten. Die Profilierung bildungspolitischer und pädagogischer Auffassungen in der Arbeiterbewegung vollzog sich nicht isoliert aus sich selbst heraus, sondern in lebendiger Wahrnehmung der bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen. Zumindest *in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg* befand sich Reformpädagogik dabei häufig in der Funktion einer „Stichwortgeberin“ für die Herausbildung eigener pädagogischer Auffassungen. Mit der politischen Spaltung und Polarisierung der Arbeiterbewegung verloren sich viele Ansätze einer solchen konstruktiven Synthese im Streit der Richtungen und Ideologien. Diese Zusammenhänge sind nicht nur für die Rezeptionsgeschichte der Reformpädagogik von Bedeutung. Auch für die Konstituierung sozialistischer Pädagogik bzw. die Frage, was deren spezifischer Gehalt denn eigentlich sei, lassen sich Schlussfolgerungen ziehen. Damals in der DDR wurde um die Frage gestritten, ob Arbeiterbewegung eine Quelle für Reformpädagogik oder Reformpädagogik eine Quelle für sozialistische Pädagogik war, – aus heutiger Perspektive ein müßiger Streit. Eher ist wohl zu fragen, welche Vorstellungen vom Menschen, von Erziehung und Schule sozialemanzipatorischen und demokratischen Ansprüchen gerecht werden konnten und darüber hinaus, welche politischen, sozialen, kulturellen, personalen und pädagogischen Konstellationen pädagogische Reformen begünstigten bzw. verhinderten. Gerade hier ist aus Geschichte noch einiges zu lernen.

Das Kuratorium der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät e.V. hat sich im Frühjahr 2003 an jene Mitglieder der Leibniz-Sozietät gewandt, die beruflich (noch) stark beansprucht sind und sie gebeten, in einem kürzeren Beitrag über ihre wissenschaftliche Arbeit zu berichten und Fragen zu nennen, die aus ihrer Sicht in der Leibniz-Sozietät diskutiert und weiter bearbeitet werden sollten. Inzwischen ist eine Reihe von Beiträgen eingegangen. Wir beginnen in diesem Band mit dem Abdruck der Einsendungen von Stefan Jordan und Rüdiger Bernhardt.

Stefan Jordan

Der Führer. Skizzen zu einer diskursgeschichtlichen Untersuchung über Herrschaftsvorstellungen vor dem Nationalsozialismus

1. Annäherungen

„Führer befehl, wir folgen“, so lautet eine bekannte Propagandaparole aus der Zeit des Nationalsozialismus.¹ Zieht man in Betracht, daß der Satz neben agitatorischen Zwecken für eine politische Idee auch für eine real existierende Herrschaftsform als Beschreibung des Lebens in einer sozialen Gemeinschaft mit hierarchischen Strukturen gebraucht worden ist, so stellt sich die Frage, wie er genau zu verstehen sei. Ist mit „Führer“ ausschließlich die Person Adolf Hitlers gemeint, der 1934 den politisch-staatsrechtlichen Titel „Führer und Reichskanzler“ als Amtsbezeichnung einführte, oder läßt die Wendung auch die Annahme eines „Führers“ als sozialem Orientierungspunkt zu? Befiehlt der Führer aus diktatorischer Machtanmaßung und erzwingt letztlich die Gefolgschaft oder vollzieht er eine ihm übertragene Befehlskompetenz? Befiehlt der Führer, weil er – als „charismatischer Herrscher“ (Max Weber) – aufgrund besonderer Fähigkeiten und Eigenschaften

1 Vgl. hierzu: Pätzold, Kurt: Führer befehl, wir folgen, in: ders./Weißbecker, Manfred (Hg.): Schlagwörter und Schlagtrufe, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 281–286.

über den Folgenden steht oder spricht er letztlich nur die inneren Imperative aus, die jeder Folgende in sich trägt?

Die Wendung „Führer befehl, wir folgen“ kann als Ausdruck der Unverantwortlichkeit wie auch der Verantwortlichkeit der Folgenden gewertet werden. Das Problem der Verantwortung nationalsozialistischer Politik und Greuel, die Differenzierung zwischen Täterschaft, Mittäterschaft und erzwungener Anteilnahme ist ein Kernproblem der Bewertung nationalsozialistischer Herrschaft. Für seine Lösung ist es sicherlich entscheidend, in „verfassungsrechtlicher“ Perspektive die Strukturen von Befehlsgewalt und Vollstreckungsbefugnis zu analysieren. Das ist schon häufig Gegenstand von Untersuchungen gewesen. Ebenso wichtig ist aber auch, sich mit den vorhandenen Deutungsmustern zu beschäftigen, die für die Erklärung des Lebens in einer „geführten“ Gesellschaft 1933 zur Verfügung standen. Grundtypen, auf die dabei regelmäßig abgehoben wird, lassen sich in Relationen wie etwa „Führer-Gefolgschaft“ bzw. „Führer-Masse“ erkennen. Ein Blick auf die Geschichte des Führerbegriffs zeigt, daß solche Grundtypen recht unterschiedlich interpretiert werden konnten – nicht nur in den oben genannten, stark vereinfachten dichotomischen Gegenüberstellungen, sondern in einer Vielzahl von Mischformen und Varianten. Auf diese Weise stellt sich für eine Analyse nationalsozialistischer Herrschaft die Aufgabe, zu untersuchen, welche Interpretationsmöglichkeiten, welche Auslegungen von Grundtypen in verschiedene besondere Deutungsmuster einer Führergesellschaft möglich waren und welche Konsequenzen sich daraus für eine Orientierung in der deutschen Gesellschaft nach 1933 ergaben.²

2. Der Führerbegriff in den Wissenschaftsdiskursen

Wirft man einen Blick auf die begrifflichen Definitionen, die der Begriff „Führer“ vor allem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erfahren hat, so zeigt sich bereits in der oberflächlichen Untersuchung, daß seine Nennung im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts deutlich zunimmt und auch inhaltlich näher beschrieben wird. Der waidmännische Führer oder der „Militärführer“, die die spärliche Literatur und die Lexikonartikel bis zur Jahrhundertwende beherrschen,³ weichen neuen Definitionsansätzen des „Führers“.⁴ Diese machen nun

2 Erste Ansätze hierzu in der Dissertation: Fichtner, Ursula: Führer und Verführer. Studien zum Führungsgedanken zwischen 1871 und 1939, Frankfurt/M. u. a. 1996.

3 Dombrowski, Ernst von: Deutsche Waidmannssprache, Neudamm 1897; Blume, Wilhelm von: Selbstthätigkeit der Führer im Kriege, in: Beihefte zum Militär-Wochenblatt 10 (Berlin) (1896), S. 479-534.

vor allem kollektivpsychologische und soziologische Begriffssetzungen geltend. Man kann dies sicherlich als Indikator dafür nehmen, daß der Führerbegriff im 20. Jahrhundert, besonders nach der Konstitution der Weimarer Republik, an Interesse gewinnt. Die aufblühende Literatur zum „Führertum“, zur „Führerfrage“, zum „Führerproblem“, zum „Führen und Folgen“ oder zum „Führer und der Masse“ bestätigt diese These. Interessant neben dem „weltanschaulichen“ Aspekt, der politischen Blickrichtung, aus der heraus die verschiedenen Autoren den Begriff stark zu machen suchen und den (historischen) Erklärungen, die sie für seine Geltung anführen, ist dabei der fachspezifische Zugriff.

Die Literatur über die Bedeutung von Führern für Gesellschaft und Herrschaft läßt sich in verschiedene Diskurse gliedern:

1. Eine breite Anzahl erschienener Schriften widmet sich dem „Führer“ unter **psychologischen** und **biologischen** Gesichtspunkten. Dabei erweist sich der Begriff weniger als Kategorie der Individualpsychologie als vielmehr der besonders von dem Franzosen Gustave LeBon⁵ und den Briten William McDougall und Wilfred Trotter⁶ in den deutschsprachigen Bereich translozierten Massenpsychologie. Das Verhältnis von Masse und kollektivem Ich zum Führer als Leitfigur bestimmt diese Diskussionen. Sie kreisen häufig um das Problem, ob der „Führer“ mit dem „Leittier“ identifiziert werden kann, dem sich die „Herde“ instinktiv anschließt, oder ob er mittels bestimmter psycho-sozialer Mechanismen zum Anführer der „Horde“ werden kann.
2. Ein zweiter Diskurs läßt sich als **soziologisch-historischer** beschreiben. Die ihm zuzurechnenden Texte versuchen im Zuge einer vergleichenden Schau auf soziale Modelle, eine Typologie „geführter“ Gesellschaften zu benennen, als welche sie Diktaturen, Tyranneien, autoritäre Staatsformen oder Monarchien anführen. Beispiele hierfür bilden Adalbert Wahls Aufsatz *Vom Führertum in der Geschichte* oder Friedrich von Wiesers Spätwerk *Das Gesetz der Macht*.⁷ Auffällig ist dabei, daß der „Führer“ als

4 Ohne gänzlich zu verschwinden: Zeiß, Carl: Art. „führen“, „führig“, „Führung“, in: Lexikon der Waidmannssprache, Wien 1959², S. 48; Reeb, Hans-Joachim/Többicke, Peter: Innere Führung von A-Z. Lexikon für militärische Führer, Regensburg/Berlin/Bonn 1991.

5 LeBon, Gustave: Psychologie des Foules, Paris 1895.

6 McDougall, William: The group mind. A Sketch of the Principles of Collective Psychology with Some Attempt to Apply Them to the Interpretation of National Life and Character, New York/London 1920; Trotter, Wilfred: Instincts of the Herd in Peace and War (1919), London 1947³.

7 Wahl, Adalbert: Vom Führertum in der Geschichte, Langensalza 1929; Wieser, Friedrich (von): Das Gesetz der Macht, Wien 1926.

konstante Beschreibungskategorie sozialer Hierarchie in den Allgemeinen Soziologien der Weimarer Republik Verwendung findet (so etwa bei Georg Simmel, Eugen Rosenstock-Huussy oder Leopold von Wiese).⁸

3. Speziell auf das Problem der „Erziehung zum Führertum“ gerichtet sind **pädagogische** Texte, die vor allem auf die Auslese von Führern und deren Bildung abheben. Vorgestellt werden häufig Kataloge spezifischer Führeigenschaften, die mit bestimmten Erziehungsmethoden – sehr oft der „Leibesertüchtigung“ – befördert werden sollen. Dies trifft in verstärktem Maße auf die Dissertationen Schenks und Sollmanns zu.⁹ Zu diesem Diskurs ist auch die Vielzahl von Schriften zu rechnen, die die Ausbildung von Führungsqualitäten vom Standpunkt des Vereinswesens aus einfordern (etwa Gesellenvereine, kirchliche Vereine, Pfadfinderbünde, Jugendreformverbände etc.).
4. Eine weitere Gruppe von Texten widmet sich der Frage nach einem Führer in **verfassungsrechtlicher** Hinsicht. Sie behandeln in erster Linie das Problem der Legitimität und Souveränität von Macht und Herrschaft. Hierzu gehört auch die Frage nach der Notwendigkeit einer Einzelbefugnis oder einer Verteilung von Kompetenzen im Sinne einer Regierbarkeit von Staaten. Ein bedeutender Anteil dieser Schriften bezieht seine Ausgangsposition aus einer Kritik der Weimarer Verfassung und des Parlamentarismus schlechthin, so etwa Friedrich Lent, *Parlamentarismus und Führertum*.¹⁰
5. Als letzter Diskurs schließlich läßt sich eine **ökonomische** Debatte ausmachen. Mehr als im europäischen, ist sie im amerikanischen Schrifttum der 1920er und 1930er Jahre dominant und hält sich als einziger der angesprochenen Diskurse über das Ende des Nationalsozialismus hinaus – nicht zuletzt im Begriff des „Betriebsführers“ als Managertypen – durch. Entscheidend für diesen Bereich der Literatur ist die Bedeutung, die der Eigeninitiative und der wirtschaftlichen Voraussicht von Personen zuer-

8 Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1958⁴ (= Gesammelte Werke, Bd. 2); Rosenstock-Huussy, Eugen: Soziologie. Bd. I: Die Übermacht der Räume [1925], Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1956²; Wiese, Leopold von: Allgemeine Soziologie als Lehre von den Beziehungen und Beziehungsgebilden der Menschen. Teil I: Beziehungslehre, München/Leipzig 1924.

9 Schenk, Hans: Erziehung zum Führertum mit besonderer Berücksichtigung der Leibestübungen, Greifswald Diss. 1935; Sollmann, Rudolf: Die Kampfspiele als Teil der Nationalerziehung zum Führertum, Breslau 1937.

10 Lent, Friedrich: Parlamentarismus und Führertum. Die Erneuerung des Führertums in der Gegenwart, Langensalza 1929.

kannt wird. Für diesen Komplex können die an der University of Ohio unter Leitung Ralph Melvin Stogdills unternommenen Studien als paradigmatisch gewertet werden.¹¹

Gliedert man die Frage nach einem Führertum so vor dem Hintergrund eines spezifischen Fachinteresses, öffnet sich der Blick auf die kritische Dimension, die der Diskussion um den „Führer“ innewohnt: Gleichgültig, ob der „Führer“ als soziologische Kategorie gegen bestehende Gesellschaftsmodelle geltend gemacht wird, ob er als verfassungsrechtliche Forderung gegen den Weimarer Parlamentarismus ausgespielt oder als biologisch vererbbarer Charakter gegen den „Großen Mann“ des Deutschen Idealismus ins Feld geführt wird, immer dient der Begriff zu einer Neubeschreibung wissenschaftlicher und politisch-sozialer Wirklichkeiten. Er verweist auf Brüche und Kontinuitäten im wissenschaftlichen Denken und dem mit ihm verbundenen politisch-sozialen Anspruch in der Weimarer Republik und eignet sich damit vorzüglich, die wissenschaftspolitischen Intentionen wissenschaftlichen Arbeitens vor 1933 hervorzuheben.

3. Definitionselemente des Führerbegriffs

Dieses wissenschaftspolitische Interesse bietet einen Zugang, aus dem heraus die Untersuchungen zum „Führer“ betrachtet werden können. Ein zweiter Zugriff nähert sich der Thematik unter wissenssoziologischen Vorzeichen. Obwohl die Texte aus unterschiedlichen Absichten heraus entstanden sind, weisen sie wiederkehrend spezifische Denkfiguren auf, die sich in einzelne Topoi bündeln lassen. Neben den bereits erwähnten Relationen „Führer und Masse“ und „Führer und Folgen“ bzw. „Führer und Gefolgschaft“ taucht die Diskussion um die „Erziehung zum Führer“, um die „Anlagen zum Führer“, um die „Führereigenschaften“ oder die „Ernennung des Führers“ immer wieder auf. Darüber hinaus ist der Führerbegriff häufig eingebunden in organologische (anti-aufklärerische) Staats- und Volksmodelle und wird in eins mit einer ständischen Verfassung eingefordert.

Diese Figuren ziehen sich quer durch die gesamte Literatur. Sie sind dann von besonderem Interesse, wenn man sie als universale Bausteine zu einem Führerbegriff ansieht: So determiniert die Entscheidung, ob die Vorausset-

11 Stogdill, Ralph Melvin e.a.: Leadership and Role expectations (Ohio Studies in Personnel Research Monograph 86), Columbus 1956; Stogdill, Ralph Melvin: Leadership and structures of personal Interaction (Ohio Studies in Personnel Research Monograph 84), Columbus 1957; Stogdill, Ralph Melvin: Handbook of leadership. A Survey of Theory and Research, New York/London 1974.

zung zum Führertum angeboren oder anerzogen sei, keineswegs, ob eine Führerpersönlichkeit gewählt oder ernannt werden müsse oder sich gar durch diktatorische Maßnahmen selbst zu inthronisieren habe. Vielmehr fungieren diese Topoi nach dem Baukastenprinzip und umreißen damit in der Anzahl ihrer möglichen Zusammensetzungen den Kosmos der Interpretation des Führerbegriffs. Einfacher gesagt: Die Denkfiguren zum Problem des Führers bilden die Elemente, die den Zeitgenossen vor 1933 zur Verfügung standen, um sich ein Bild des „Führers“ zu machen. Gerade hierbei läßt sich nämlich zeigen, daß die Diskussion um den „Führer“ in der Weimarer Republik keine Vorbereitung nationalsozialistischer Herrschaftsstruktur war: Die Kombination einer Forderung nach einem autoritären Führer in Verbindung mit dessen begrenzter Amtszeit oder mit einem Ruf nach der Etablierung neuer, erblicher Eliten im Staat transzendiert die spätere nationalsozialistische Begriffsdefinition. Gerade in der Vieldeutigkeit des Führerbegriffs – dies sei als erste These formuliert – lag ein großes Identifikationspotential, das nach der Machtergreifung genutzt werden konnte. Da der Führerbegriff bis zum Ende der ersten deutschen Republik ohne Ausnahme positiv besetzt blieb, konnte er möglicherweise als Trunkierung für eine Herrschaftsformation verwendet werden, unter der sich – zunächst zumindest nominell – eine Großzahl gesellschaftlicher Gruppen wiederfinden konnte.

4. Der Führerbegriff in politischen Diskursen

Eng damit verbunden drängt sich eine Untersuchung der Literatur zum Führerbegriff auf, die die staats- und gesellschaftspolitische Dimension ins Auge faßt. Auch sie läßt sich in verschiedene Diskurse gliedern.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Begriff vor allem von Autoren benutzt wird, die dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen sind. Diese selbst weisen auf das Fehlen des Begriffs in der sozialdemokratischen und marxistischen Tradition hin,¹² wenn man von der Ausnahme der „Gewerkschaftsführer“¹³ absieht. Die Diskussion um den „Führer“ einem konservativ-reaktionären oder gar protofaschistischen Lager zuweisen zu wollen, greift aber zu kurz. Zum einen lassen sich Argumentationen finden, die das Führerprinzip im Kommunismus – besonders in den Personen Lassalles und

12 Vries, Axel de: Das Führerprinzip im Bolschewismus. Seine theoretischen Grundlagen und tatsächlichen Auswirkungen, Langensalza 1929.

13 Cassau, Theodor: Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften, Berlin 1925; Koller, Philipp Alexander: Das Massen- und Führerproblem in den freien Gewerkschaften, Tübingen 1920.

Lenins – „enttarnen“ wollen und damit die Exklusivität des Begriffs für autoritäre Staatsformen negieren. Zum anderen definieren insbesondere die soziologischen und massenpsychologischen Arbeiten das Führerprinzip als universalsoziologische bzw. -psychologische Kategorie, als anthropomorphe Konstante und menschliches Bedürfnis, das vor jeder konkreten Staatsform liege. „Führung“ diene – so die Feststellung Hans Freyers – als Substitut für den desavouierten Herrschaftsbegriff.¹⁴ Eine politische Zuordnung der begrifflichen Verwendungsabsicht muß also differenzierter vorgehen; sie muß das politische Weltbild ihres Autors und den Erscheinungskontext ebenso berücksichtigen wie den konkreten sozialutopischen Entwurf, der mit den einzelnen Argumentationen ausgesprochen wird. Die Befunde hierzu lassen Überraschungen erwarten: Ist es noch naheliegend, daß der Österreicher Sigmund Freud als Beispiel für das Verhältnis von Führer und Masse die katholische Kirchenhierarchie heranzieht,¹⁵ so erstaunt es, daß eine bedeutende Anzahl von Texten und Zeitschriften zum Thema im Verlag des *Volksvereins für das katholische Deutschland* verlegt wurde.¹⁶ Das Erbe „protestantischen Deutschtums“ scheint überhaupt nicht in der Form gegeben zu sein, wie es uns die Autoren der nationalsozialistischen Zeit selbst weismachen wollen – Sollmann führt die nationale Verantwortung des Führers auf Kant, Fichte und Spranger zurück – und wie es auch in der These vom deutschen Sonderweg impliziert ist.¹⁷ Überhaupt scheint eine Lösung von der teleologischen Vorstellung, das „rechte“ Gedankengut kulminiere in der ideologischen „Einschaltung“ durch die Nationalsozialisten nach 1933 von Vorteil: Über die Untersuchung einzelner sozialer Gruppen oder Milieus, in denen der Führerbegriff besondere Relevanz gewinnt, ist es möglich, die politische Intention

14 Freyer, Hans: *Herrschaft und Planung. Zwei Grundbegriffe der politischen Ethik*, Hamburg 1933.

15 Freud, Sigmund: *Totem und Tabu*, Wien 1920; Freud, Sigmund: *Massenpsychologie und Ichanalyse*, Leipzig/Wien/Zürich 1923².

16 Z. B. Führer-Korrespondenz. Zeitschrift für das soziale Vereinswesen. Organ der Arbeitsgemeinschaften für soziale und staatsbürgerliche Bildung. Neue Folge der Präsidien-Korrespondenz, hg. v. August Pieper (Mönchengladbach) 1922–1932; Der Führer. Christlich-soziales Zentralorgan für religiös-kulturelle, sozial-politische und volkswirtschaftliche Fragen und Organisationswesen, (Winterthur) 1930 ff.; Der Führer. Katholische kulturelle Monatsschrift, (Reichenberg) 1925 ff.; Der Führer. Merkblatt für katholische Vereine, (Reichenberg) 1922–1924; Der Führer. Monatsschrift für die Sonntagsschulen und das Haus, hg. v. der Christlichen Traktatgesellschaft zu Cassel (Cassel) 26–51, 1912–1937; Der Führer. Zeitschrift für die Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Abteilungsleiter des katholischen Gesellenvereines, (Köln) 1921–1933.

17 Als eine der wenigen Ausnahmen: Mützelfeld, K.: *Evangelisches Führertum und höhere Schule*, Berlin 1925.

nalität, die diesen Argumentationen zugrunde liegt, schärfer zu fassen. So kann etwa der „Führer“ als Kategorie des von Armin Mohler und Stefan Breuer als „Konservative Revolution“ bezeichneten Autorenzirkels näher analysiert oder bestimmte Reihen – beispielsweise die Zeitschrift des katholischen Gesellenvereins *Führerdienst* (Bd. 1–14, 1925–1938) –, in denen der Begriff eine herausragende Stellung einnimmt, eingehender behandelt werden: Neben der katholischen Literatur stammt ein großer Teil der Titel aus den *Schriften zur politischen Bildung* der Gesellschaft *Deutscher Staat*. Es gilt gerade solche Verfasserkollektive intensiver als politische Interessengruppen ins Auge zu fassen.

Um genauere Aussagen über die Verbindung der Führerthematik und der ihr zugrundeliegenden politischen Absichten treffen zu können, scheint es notwendig, neben der eben erwähnten Fachliteratur auch die „Öffentliche Meinung“ in die Analyse mit einzubeziehen. Durch eine Betrachtung der Begriffsverwendung in Organen von Partei- und Interessenverbänden können die Rahmen politischer Utopie und politischer Ethik, in denen sich die Frage nach dem Führer bewegt, näher umrissen werden.

5. Projektbeschreibung

Aus den skizzierten Interessen, die dem Führerbegriff für eine Analyse sozialer Herrschaftsvorstellungen vor dem Nationalsozialismus entgegengebracht werden können, läßt sich ein Projekt ableiten, daß durch folgende Arbeitsschritte gegliedert ist:

1. Eine erste Frage richtet sich auf den Wandel des allgemeinen Verständnisses des Führerbegriffs und die lexikalischen Begriffsdefinitionen. Es gilt, anhand einschlägiger Artikel in Universal-, Begriffs- und Konversationslexika die Deutung des Führerbegriffs begriffsgeschichtlich nachzuzeichnen und so den Wandel der Bedeutung vom „Reiseführer“ und „militärischen Führer“ zur sozialen, politischen, ökonomischen und psychologischen Kategorie darzustellen.
2. Darüber hinaus zeigt sich die Aufgabe, die wissenschaftliche Literatur zum Begriff „Führer“ quantitativ zu sichten, um Anhaltspunkte über seine erste systematische Verwendung und den Umfang der Diskussion zu erhalten. Es wird zu zeigen sein, daß nach der frühen Verwendung des Begriffs Ende des 19. Jahrhunderts, später besonders nach der Einrichtung der Weimarer Republik, die Literatur zum „Führer“ deutlich ansteigt und sich mit dem Jahr 1933 geradezu sprunghaft vermehrt. Bei diesem Vorgehen gilt es zu beachten, in welchen Wissenschaftsbereichen wann der Be-

griff zum Thema wird.

3. In dritter Absicht läßt sich die Literatur zum „Führer“ in unterschiedliche Fachdiskurse gliedern. Dies kann in oben beschriebener Weise dazu genutzt werden, einerseits das Innovationspotential des Begriffs – seinen „kritischen“ Charakter – zu pointieren und andererseits neue fachliche Begriffsdeutungen zeitlich zu verorten. So läßt sich beispielsweise die Verwendung des Begriffs in soziologischen Ausführungen als wissenschaftspolitisch interpretierbare Abkehr von der älteren Herrschafts- und Staatssoziologie verstehen. Die Massenpsychologie als „Mode“ des ersten Jahrhundertviertels führt gänzlich neue Deutungsmuster ein.
4. Weiter können die verschiedenen Diskurse durchziehende Argumentationsmuster extrapoliert werden. Sie ergeben in ihren Kombinationsmöglichkeiten Varianten, wie der Begriff „Führer“ verstanden werden konnte.
5. Diese Begriffsbausteine gewinnen dann besondere Relevanz, wenn sie mit Definitionen aus der Zeit kontrastiert werden, in denen der Führer als Amtstitel und Rechtsprinzip organisatorische und verfassungsrechtliche Wirklichkeit in Deutschland geworden war. Die weitgehende Einheitlichkeit der Begriffsverwendung nach 1933, die es fünftens nachzuweisen gilt, hebt sich von der variablen Begriffsgestaltung in der Weimarer Republik deutlich ab.
6. Um den Führerbegriff vor dem Hintergrund seiner politisch motivierten Verwendung zu betrachten, ist es notwendig, biographische Angaben über die Verfasser und die politische Ausrichtung der publizierenden Verlage und Organe zu sammeln. Sie geben Auskunft über das politische Milieu, in dem die Gedanken zum „Führer“ entwickelt wurden.
7. Die politische Motivation der Begriffsverwendung gilt es siebentens dadurch zu erhärten, daß repräsentative Zeitungen und Zeitschriften, die sich politischen Interessenverbänden zuordnen lassen, hinsichtlich eines Begriffsvorkommens ausgewertet werden. Dabei soll neben dem *Vorwärts* und dem *Völkischen Beobachter* ein verstärktes Augenmerk auf überregionale konfessionelle Organe gelegt werden.

Rüdiger Bernhardt

Die Ankunft in der Vergangenheit. Wie aktuell ist Emil Rosenows „Kater Lampe“?

1. Ein Vorzug der historisch materialistischen Kunstwissenschaften, auch der Literaturwissenschaft, war und ist, gesellschaftliche und individuelle Befindlichkeiten – Hoffnungen und Ängste, Utopien und Enttäuschungen – aus der Analyse von Kunst und Literatur ableiten zu können und sich dadurch gesellschaftliche, teils auch politische Relevanz zu erwerben. Diese Analysen beschreiben Zustände in gesellschaftlichen Verhältnissen differenzierter und problematisierter als es mit anderen wissenschaftlichen Methoden möglich ist, weil sie subjektive Eindrücke in die Betrachtungen einbeziehen. So konnte und kann man aus Kunst und Literatur kommende Entwicklungen ableiten und Tendenzen bestimmen.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel bot sich in den letzten Jahren der DDR. Die schöne Literatur des Landes sprach schon längere Zeit von prinzipiell notwendigen Veränderungen in der Gesellschaft, während die Politik noch die Jubelfeste, zuletzt die zum 40. Jahrestag des Staates vorbereitete.¹ Literaturwissenschaftler hatten in Analysen seit Ausgang der siebziger Jahre widersprüchliche Entwicklungen der sozialen und politischen Entwicklung in der DDR aus dem Ensemble der Literatur abgeleitet. Sie wurden von den Mächtigen deshalb beargwöhnt und von den Oppositionellen deshalb verdächtigt. Der grundsätzliche Fehler war, dass die Politik diese Analysen nicht für die Behebung der Widersprüche nutzte, sondern sie zu restriktiven Maßnahmen gegen die Literatur und teilweise auch gegen die Literaturwissenschaft

1 Das auffallendste Beispiel, 1989 über die DDR hinaus vielbeachtet und journalistisch begleitet, war das Rundtischgespräch (21. April 1989) „40 Jahre DDR-Literatur“ mit Klaus Jarmatz (Ltg.), Rüdiger Bernhardt, Werner Liersch, Gabriele Lindner, Ingrid Pergande, Martin Straub. In: Weimarer Beiträge. Berlin 1989, Heft 9, S. 1452–1484 und „Literatur und Kunst der DDR. Eine Umfrage aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR“. In: a.a.O., S. 1411–1451

benutzte und schließlich die immer aussagekräftiger werdenden Analysen völlig unbeachtet ließ.

Die Vorhersage war nicht aus einem einzelnen literarischen Werk abzuleiten, sondern nur aus dem literarischen Ensemble. Dabei waren Themen und Inhalte wesentlicher als ästhetische Leistungen. Häufig waren es sogar die ästhetisch weniger gelungenen Werke, die unverstellter zu Einsichten führten. Die Literaturwissenschaft hatte im Ensemble ihrer Leistungen auch die Aufgabe, die Gesamtheit der Werke zu reflektieren und die Ableitungen daraus öffentlich zugänglich zu machen. Dass die Politiker die Analysen schließlich nicht mehr ernst nahmen wie sie auch andere Warnungen aus Literatur und Kunst nicht beachtetten, förderte den Zusammenbruch der DDR, war aber kein Verdikt gegen die analysierenden Literaturwissenschaften. Das wurde es erst nach der Wende 1989, als die Gesellschaftsanalyse der Literaturwissenschaft verdächtigt wurde, Missbildungen des politischen Systems stabilisiert zu haben. Das Verdikt wurde dadurch bestärkt, weil Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR auch an einer umfangreicheren Bedürfnisbefriedigung beteiligt waren als in anderen Ländern: Sie nahmen „Ersatzfunktionen“ wahr wie die kritische Auseinandersetzung mit dem Wohlstandsdenken, die Information über Welterfahrungen, die Beschäftigung mit multikulturellen Entwicklungen, die Ausbildung eines Umweltbewusstseins usw.

Das war und ist Grund genug, um analytische Ableitungen aus der Literatur zur gesellschaftlichen Situation seither zu tabuisieren. Die gegenwärtige Literaturwissenschaft hat dadurch ihre gesellschaftliche Relevanz verloren und sich zunehmend zu einer „Geheimwissenschaft“ für wenige „Geheimnisträger“ entwickelt. Sie haben sich eine Terminologie geschaffen, die eine breite Wirksamkeit auszuschließen trachtet. Die Untersuchungsgegenstände sind, der Abwehrreaktion der Literaturwissenschaft gegen historisch materialistische Methoden entsprechend, nicht mehr als große Zusammenschau angelegt, sondern auf den mikroskopischen Ausschnitt bezogen. Nicht nur die kritische Bewertung der Vergangenheit wird dadurch zu Gunsten der Verdächtigung verhindert, die an die Stelle wissenschaftlicher Analysen getreten ist, sondern auch unbequeme und unangenehme Einsichten in die Gegenwart werden verhindert.

Da die gegenwärtige germanistische Literaturwissenschaft den Bezug zum Lesepublikum aufgegeben hat und kaum Analytisches leistet – der Befund ergibt sich aus aktuellen Bibliografien wie der Zeitschrift „Germanistik“ oder „Arbitrium“ –, sich dafür in hochgradig spezialisierte Betrachtungen

verliert und eine Wissenschaftsterminologie wie einen Schutz um sich stellt, haben sich Schriftsteller der Analyse und Kommentierung des literarischen Prozesses angenommen. Auf völlig unterschiedliche Art und Weise stellten sich der Aufgabe Günter Grass, Martin Walser, Peter Handke und Robert Menasse – um einige Namen aus der summierenden Reihe, die möglich wäre, zu nennen –, aus der jüngeren Generation Daniela Dahn, Judith Hermann und Jana Hensel; eine summierende Reihe aus dieser Generation zu bilden, ist erheblich schwieriger als bei den älteren Schriftstellern. Die Ursachen dafür sind vielfältig, mindestens eine ist die unterschiedlich umfangreiche Lebenserfahrung. Andere, von denen man solche analytische Sicht erwartet hätte, Enzensberger etwa, haben sich apologetisch vor die Throne der Mächtigen geworfen und ihr früheres ausgeprägt analytisches Denken aufgegeben. – Der Vorsatz der Dichter und Schriftsteller, an die Stelle der sprachlos gewordenen Wissenschaft zu treten, ist ehrenwert, aber weder ergiebig noch Sache der Schriftsteller. Das schaffende Subjekt in der Literatur wird von der Öffentlichkeit als subjektive Meinung betrachtet, nicht als sich objektiv versuchende Instanz. Aus diesem Grunde wurden auch nie die Inhalte der Reden, Essays und Aufrufe der Grass, Walser und Handke bewertet, sondern nur das Bild, das ihre Verkünder abgaben. So ließen sich schnell literarhistorische Schubladen füllen, ohne dass es den Zwang der kritischen Analyse gegeben hätte.

Während die germanistische Literaturwissenschaft, stellvertretend für die entsprechenden Theater-, Kunst- und Musikwissenschaften stehend, ihre Aufgaben als Gesellschaftswissenschaft kaum noch wahrnimmt und sich auf die Position einer Geisteswissenschaft zurückgezogen hat, bieten Literatur und andere Künste nach wie vor genügend Material zur Analyse an. Daraus wäre eine kritische Wertung der gesellschaftlichen Zustände abzuleiten. An einem einzigen, begrenzten Beispiel soll das deutlich werden.

2. Das nt (Neues Theater) in Halle, Intendant Peter Sodann, beendete den seit mehr als zwanzig Jahren vor sich gehenden Aufbau der Kulturinsel, eines in Deutschland einmaligen Vorhabens, mit der Eröffnung einer „Kulturinselakademie“. Das Vorhaben eines Theater- und Bildungskomplexes mit Gaststätten, Galerien, Kinos und einer Bibliothek der DDR-Literatur und der in der DDR veröffentlichten Bücher, einschließlich Sondersammlungen und Lesesaal, 1981 in der DDR begonnen, wurde durch die Gründung der Akademie vollendet. Bei solchen Gelegenheiten sind Positionsbestimmungen, Analysen und Aufgabenstellungen, die der gegründeten Akademie Arbeitsvorhaben entwickelten, erwünscht. Da sich gleichzeitig zu einer Inszenierung von Emil Rosenows „Kater Lampe“ (Regie: Peter Sodann)² gegensätzliche Urteile

einstellten – ein begeistertes Publikum und eine ebenso reagierende überregionale Presse³ standen im Gegensatz zu einer von Unverständnis geprägten regionalen Presse („Mitteldeutsche Zeitung“)⁴ –, erbat man die analytische Sicht auf diese Inszenierung: Wie aktuell war sie und was konnte sie dem Publikum bieten? Warum reagierte das Publikum enthusiastisch auf das heitere, aber keinesfalls literarisch aufregende Stück? Bei der Auswertung der Meinungen und Urteile ergab sich, dass die Antwort das einzelne Stück verlassen und die gegenwärtige Spielplangestaltung in Deutschland einbeziehen musste.

3. Die Aufgabe schien in Anbetracht der erfolgreichen Inszenierung leicht, die Frage nach der Aktualität von Emil Rosenow „Kater Lampe“ rhetorisch: Da das Stück gespielt wurde, war es aktuell. Da es erfolgreich war, musste eine besondere Aktualität vorhanden sein, die ein Bedürfnis nach einer Unterhaltung befriedigte, das sich von den verbreiteten Bedürfnissen simpelster Unterhaltung in der Spaßgesellschaft unterschied. – Nach dieser Antwort, die letztlich keine ist, sondern Talkshow-Niveau entspricht, stellte sich die weiterführende Frage, ob man die Aktualität des Stückes benennen und den Unterhaltungswert begründen kann.

Theater war immer eine Vereinigung von Unterhaltung und Bildung. Nachdem angeregt durch Gottsched die Neuberin den Harlekin aus den Stücken verbannt und auf der Bühne verbrannt hatte, verband sich im Theater Unterhaltung mit Bildung: Gottsched wollte bilden. Das gehässige Urteil über ihn bis in die Gegenwart war auch die Folge der Abwehr seines übermäßigen Bildungsauftrags, den er dem Theater erteilt hatte. Da sollten Sprache, Poetik, Fremdsprache, Metaphorik usw. dem Zuschauer vermittelt werden. Gottsched wusste, dass Bildung sich nicht im Alleingang durchsetzt, sondern der Mensch zur Bildung gelenkt und geführt werden muss.

Die Gegenwart ist eine Zeit, in der die Bildung als Kraft der menschlichen Entwicklung verdrängt worden ist durch schlichteste, dafür problemlose Unterhaltung und Kommerz. Es ist eine deutsche Tradition und seit Jahrhun-

2 Emil Rosenow: Kater Lampe. Komödie. Regie: Peter Sodann, Bühne und Kostüme: Rolf Klemm a.G. Premiere am 30. Oktober 2002 in der Kommode. Spielzeit 2002/2003, Heft 2 (Verantwortlich: Chefdramaturg Erhard Preuk)

3 „Kater Lampe“ in Halle: „Klamotte“, aktuell inszeniert. In: unsere zeit. (Essen) vom 15. November 2002, S. 13. – Zur Ehre der regionalen Werbezeitungen sei gesagt, dass z. B. die SonntagsNachrichten (SN) in Halle in ihrer Ausgabe vom 10. November 2002, S. 9, von einer „stimmigen“ Inszenierung sprachen und die Aktualität des Stückes differenziert beschrieben.

4 Andreas Hillger: Gemütlicher Dialekt besiegt die Dialektik. In: Mitteldeutsche Zeitung (Halle) vom 2. November 2002, S. 28

dernten in verschiedenen Formen verbreitet, in anderen europäischen Ländern in dieser Form unbekannt, dass man die Unterhaltung des Theaters mit der Bildung durch eine Akademie verbindet. Es ist keine deutsche Tradition, sondern ein Import geistloser US-amerikanischer Kulturindustrie, wenn aus dem Fernsehen das bildende und fordernde Schauspiel – stellvertretend für ähnliche Gattungen sei es genannt – vertrieben und durch eine Reality-Kunst des eingesperrten Menschen (Big Brother) ersetzt wurde. Bildung und Wissen sind nicht mehr nötig, Anstrengung nicht mehr gefordert, Analyse nicht mehr notwendig, der Manipulation des Menschen werden Tür und Tor geöffnet.

Gottsched war der erste Literaturwissenschaftler, der den Menschen bilden wollte, um ihm die Unterhaltung zu vergrößern. Er sollte die analytische Fähigkeit erwerben, vom Kunstwerk auf sein Leben und die ihn umgebende Wirklichkeit zu schließen, aus mehreren Kunstwerken Verhaltensmodelle abzuleiten. Gottsched folgten endlose deutsche Bemühungen um Bildung. Lessings „Hamburgische Dramaturgie“ war nichts anderes als ein Versuch, die Unterhaltung durch das Theater mit der Bildung durch die vorgeführten Widersprüche und ihre Behandlung zu ergänzen. Goethe und Schiller hatten nichts anderes im Sinn, als das Theater zur moralischen Anstalt zu qualifizieren. Sie entwickelten Kataloge der Bildung, sowohl für die Schauspieler, als auch für das Publikum. Das hieß nichts anderes, als Bildung und Verhalten durch Belehrung zu entwickeln. Hermann Hettner sah 1852 für die nächste Zeit die Dominanz des sozialen Schauspiels voraus, weil er die Abfolge Wirklichkeit – Drama – Wirklichkeit als Konstante betrachtete. Mit Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ (1889) erfüllte sich Hettners Voraussage. Ein Höhe- und Endpunkt lag bei Brecht, der Unterhaltung, Bildung und Analyse in einen Vorgang zusammenzwingen wollte. Er hatte nicht mit der Bildungsschwerfälligkeit gerechnet, der ein leicht zu befriedigendes Unterhaltungsbedürfnis gegenübersteht. Damit allerdings ist nichts gesagt über die Wirkungslosigkeit von Bildung, sondern nur etwas über die Vermittlung von Bildung.

Die hohen Erwartungen in der Vergangenheit sind nicht erfüllt worden. Sie werden auch in der Gegenwart nicht erfüllt werden. Offen bleibt, wovor diese Bildung, die nicht so wirksam wurde wie es Lessing, Goethe und Schiller glaubten und wie sie in der DDR für eine gesamte Bevölkerung unterstellt wurde, geschützt hat. Aber sicher ist, dass Bildung auf politische Entwicklungen Einfluss gehabt hat, nicht die Patrioten Gleim und Ramler sind lebendig geblieben, sondern die Weltbürger Lessing und Goethe. Lessings „Emilia Galotti“ ist ein Beispiel, wie Literatur und Politik sich berührten. Ein Fall aus

dem alten Rom wurde im Deutschland des verfallenden Absolutismus vorgeführt und wurde zur politischen Demonstration am Braunschweiger Hof. Geradezu leitmotivartig wurden daraus Verhaltensmuster abgeleitet und weitergeführt in Schillers „Kabale und Liebe“ und in Goethes „Die Leiden des jungen Werther“. Die Werke charakterisierten den Zustand des moralischen Menschen in einer unmoralischen Gesellschaft und waren so politische Aussagen.

Zurück zu Emil Rosenow: Gerhart Hauptmann war eines der von Rosenow bevorzugten Vorbilder, in diesem Falle Hauptmanns „Biberpelz“. Sie und „Die Weber“ waren, auch wenn es ihr Schöpfer nicht wollte, Politik; sie waren politisch heftig umkämpft und vermittelten soziale Erfahrungen. Allein die zahlreichen Verbote der „Weber“ in Europa noch zehn Jahre nach der Premiere kennzeichneten die politische Brisanz des Stücks. Henrik Ibsens „Ein Puppenheim“, in Deutschland als „Nora“ bekannt, war Politik, wurde zu einem Fanal der Frauenbewegung und wurde in Gesellschaften als Gesprächsthema verboten. Ihr Schöpfer Henrik Ibsen wurde, ohne dass er es beabsichtigt hätte, zum Ehrenmitglied eines politischen Frauenvereins gemacht. Mit Stücken dieser Art wurden historische und soziale Erfahrungen weitergegeben. Gerhart Hauptmann und Henrik Ibsen vermittelten, ohne parteipolitisch engagiert zu sein, zeitgenössische Erfahrungen. In Zeiten ähnlicher politischer und gesellschaftlicher Widersprüche müssten sie wieder präsent werden, wenn diese Widersprüche, die sie einst beschrieben, unerledigt geblieben sind. Sie sind in einem Maße präsent, wie es nur möglich ist, wenn sich das Publikum in den Stücken wiederfindet.

Es wird seit etwa 1998 auf die deutsche und europäische Dramatik des ausgehenden 19. Jahrhunderts, insbesondere auf die naturalistische Dramatik, zurückgegriffen, als wäre es Gegenwartsliteratur. Daran ist nicht die Unfähigkeit großer Teile der Gegenwartsliteratur schuld, die gesellschaftliche Totalität nicht mehr zu begreifen oder begreifen zu wollen und deshalb auf Details, die zudem in Absonderlichkeiten verschwimmen, auszuweichen: Vom Gesellschaftsroman ist ebensowenig eine Spur zu sehen wie vom gesellschaftskritischen Schauspiel. Unterhaltungsorgien werden beschrieben und sind doch eigentlich nur Totentänze. Bildungsversagen und schnelle Bedürfnisbefriedigung von Unterhaltung sind vergängliche Erscheinungen. Daniel Kübelböck ist schon heute ein Nichts und war vor Wochen doch fast alles, die Stacheldraht-Zinsler aus Auerbach ist schon vergessen. Das ist die Chance für die Bildung durch das Theater; das schnelle Vergessen ist auch Ausdruck, dass man sich für seine Unbildung und die Verführung durch billigsten Kla-

mauk und widerliche Randalie schämt, ohne es zuzugeben. Verdrängung ist die Lösung. Diese Scham ist die Chance. Die Chance ist klein und kompliziert zu nutzen.

Am Rückgriff auf die naturalistische Dramatik sind die Übereinstimmungen der Wirklichkeit schuld: enttäuschte Erwartungen nach der Reichsgründung 1871 wie nach der Vereinigung 1990, Gründerkrise damals und Massenarbeitslosigkeit heute, gigantisches Anwachsen der Beamtenschaft unter Bismarck und nicht mehr durchschaubare Bürokratie heute, Fremdbestimmung des Menschen durch Vererbungslehre und Milieutheorie damals, Verlust der Individualität durch Klontheorie und Genentschlüsselung heute – die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Die Stücke von damals sind in Konflikten und Problemen deckungsgleich mit denen von heute, haben aber den Vorteil, in einem überschaubaren Umfeld mit klaren sozialen Verhältnissen zu spielen: Statt im globalen Handlungsraum spielen die Stücke von damals in schlesischen Weberdörfern, erzgebirgischen Holzschnitzerorten und „irgendwo um Berlin“ („Biberpelz“), wo alles überschaubar und durchschaubar bleibt.

Bei der Erinnerung an Gottsched, Lessing, Goethe und Schiller und ihre Vorstellungen von der Bildung durch das Theater, nicht nur durch seine Bühne, sondern durch begleitende Veranstaltungen oder Institutionen, wurde Brecht genannt, bei dem sich alles vereinte. Dazwischen aber liegen die naturalistischen Bemühungen zwischen 1875 und 1900 um das Theater, die nie nur die Bühne meinten, sondern immer auch zugehörige Institutionen schufen: Es wurden nach 1885 Zeitungen gegründet, Vereine und schließlich auch im engen Zusammenhang mit den Volksbühnen nach 1890 Volkshochschulen. Volksbühne, Zeitung und Volkshochschule bildeten eine Einheit, um über den künstlerischen Eindruck, ermöglicht durch ein preisgünstiges Vereinsangebot, die analytische Fähigkeit des Zuschauers zu entwickeln. Deshalb gerieten die Vertreter dieser Einheit wie Bruno Wille und Gustav Landauer ständig mit der Obrigkeit in Konflikt, wurden polizeilich beobachtet und auch verhaftet. Bildung wurde als Bedrohung angesehen.

4. Wie ist der aktuelle Befund, fragt man nach Inszenierungen von Stücken wie Emil Rosenows „Kater Lampe“? Schon ein erster Überblick über Spielpläne und Angebote zeigt eine Auffälligkeit: Zwischen theatralischen Versuchen, Experimenten und kabarettistischen Solos häufen sich Titel, die sich mehr oder weniger deutlich um die naturalistische Literatur Europas gruppieren. Henrik Ibsen, Gerhart Hauptmann, August Strindberg, Anton Tschechow und andere. Eine aktuelle Information besagt, dass gegenwärtig

folgende Stücke Gerhart Hauptmanns auf den Spielplänen stehen: „Der Biberpelz“ an drei Theatern und „Vor Sonnenaufgang“ an drei Theatern, das „Friedensfest“ an zwei Theatern, die „Weber“ an zwei Theatern und an jeweils einem „Michael Kramer“, „Einsame Menschen“, „Rose Bernd“ und „Vor Sonnenuntergang“. Die Zahl ist verblüffend. Aber noch anderes fällt bei der Nennung auf: Es sind Stücke dabei, die als überholt galten, vor allem die frühen naturalistischen wie „Vor Sonnenaufgang“. Es treten Stücke zurück, die Hauptmanns Ruhm in späterer Zeit ausmachten und noch vor wenigen Jahren häufiger gespielt wurden, die Märchenstücke wie „Hanneles Himmelfahrt“ und „Die versunkene Glocke“; es fehlen gänzlich die historischen Stücke und die ohnehin selten gespielte Atriden-Tetralogie. Es sind, sieht man von „Vor Sonnenuntergang“ ab, alles Stücke der frühen Phase Hauptmanns, jener, in dem seine naturalistisch legitimierte Sozial- und Gesellschaftskritik am schärfsten war. Das trifft auch und besonders auf seine Komödie „Der Biberpelz“ zu. Ganz vereinfacht und oberflächlich ließe sich schlussfolgern, dass jetzt die Zeit der Märchen vorbei und die Zeit der Ernüchterung samt beginnendem Widerstand gekommen ist. Aus dem umfangreichen dramatischen Werk Gerhart Hauptmanns sind gegenwärtig vor allem die naturalistischen Frühwerke präsent, in denen die oben genannten Parallelen zwischen Naturalismus und Gegenwart am auffallendsten sind.

Keiner der Regisseure hat sich bei seiner Wahl des zu inszenierenden Stücks – so unterstelle ich es für die Mehrzahl, von einigen weiß ich es – von einer gesellschaftlichen Analyse leiten lassen. Sie haben sich, was man von einem Künstler erwartet, intuitiv zu diesen Stücken entschlossen. Aber in ihre Intuition wirkte die Wirklichkeit hinein.

Auffallend sind die Spielorte der Stücke: Von den 14 gegenwärtig laufenden Inszenierungen Hauptmann'scher Stücke sind drei im deutschsprachigen Ausland, fünf in den alten Bundesländern und sechs in den neuen. Das fällt auf, weil Hauptmanns Stücke immer noch Geld (Tantiemen) kosten; in einer Zeit leerer Kassen möchten Theater ihre Einnahmen selbst behalten und nicht einen Teil dem Verlag und den Nachkommen überlassen. Dennoch finden sich so viele Stücke Gerhart Hauptmanns in den aktuellen Spielplänen. Wiederum ist die schnelle Schlussfolgerung möglich, wenn auch differenzierbar: Wenn die nur ein Fünftel ausmachende Bevölkerung in den neuen Bundesländern absolut mehr Inszenierungen angenommen hat als die anderen vier Fünftel, muss ein besonderer Bedarf bestehen. Nicht nur die täglich erlebbare objektive Situation ernüchtert und frustriert, sondern auch das subjektive Empfinden entspricht ihr und drängt nach Protest. Ein Grund für die

Bevorzugung naturalistischer Dramen, der hier nur vermutet werden kann, liegt in der anderen Gewöhnung an Literatur in den neuen Bundesländern, die Literatur als Seismograph der Entwicklung sah.

Fast eine Sensation ist es, dass im Berliner Ensemble Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“ von Thomas Langhoff inszeniert wurde, ohne jede Verfremdung, ohne jeden Modernisierungsversuch und ohne die einst an dieser Bühne herrschenden Prinzipien eines didaktischen Theaters zu bedienen. Überhaupt zeigen sich die gegenwärtigen Inszenierungen durchweg als Rückkehr zu einem konventionellen Theater ohne übersteigerte Modernisierungsversuche. Diese, noch vor einigen Jahren gängig, sind verschwunden. Hauptmanns „Michael Kramer“ zeigt die Auswirkung eines stereotyp gewordenen Wissens, ungenügender sozialer Reflexion und vernachlässigter Bildung, die von Stammtischparolen, Stammtischpolitik und Stammtischbildung verdrängt worden sind. Dadurch ist „Michael Kramer“ wieder ein aktuelles Stück geworden. Die Kritik verstand, bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, das Anliegen im Ganzen: „Langhoff hat, sehenswert, ein Porträt des grauen, grauenvollen Mittelmaßes entworfen, das von diesem seinem eigenen Grauen nichts weiß“ (ND vom 28. Februar 2003). Langhoff interessierte sich, so die Berliner Zeitung, „für den Stillstand im Kreisel der Depression“ und „Wer Menschen mit Sorgen auf der Bühne sehen will, bekommt zu sehen, was er will.“ Und die ZEIT attestiert der Inszenierung, sie wolle „die Welt, die rings zusammenstürzt, so in Ordnung bringen“. Der Authentizitätsanspruch des Stückes habe sich von der „Kunst ins Leben verlagert“.

Es ist nichts zu beschönigen: Die Stammtischdrögeheit des Stückes ist gegenwärtige Realität; die Unmenschlichkeit der Stammtischteilnehmer ist nicht auf den Stammtisch beschränkt. Aus dem Künstlerdrama von 1900 wurde die Gesellschaftsanalyse von 2003. Probleme sind aktuell geblieben, haben sich verschärft und sind aus der Provinz, in der Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“ spielt, zum Charakteristikum des vereinten Deutschland geworden. Um das zu sehen, sind Bildung, Kenntnis und Wissen angesagt, wie beim Verständnis für die weitaus schlichtere Komödie „Kater Lampe“ des Emil Rosenow. In Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“, ein Jahr früher entstanden, liegt die Aktualität auf der Hand: Vereinsamungen, Gesprächsverluste, Familienzerstörung, erstarrtes Vergangenheitsdenken und konturenlose Zukunft, eine perspektivlose Jugend und mittendrin die Künstlerproblematik, die das besondere Thema ist. Das traditionelle Arbeitsethos der Väter, gegründet auf ein tradiertes Wertesystem, gerät mit der Hoffungslosigkeit der folgenden Kindergeneration in Konflikt. Dabei zerbricht das

Wertesystem, schlimmer aber: Es gehen Menschen zu Grunde. Es bedarf keiner Modernisierung, um das Stück aktuell werden zu lassen.

5. Das Einzelbeispiel samt der in ihm dargestellten Probleme wird repräsentativer, wenn man von Gerhart Hauptmann und seinen naturalistischen Dramen zu seinen Vorbildern geht und sich dort umsieht. Henrik Ibsens Werke sind aktuell geworden; er war immer präsent, aber Jahrzehnte nicht so wie gegenwärtig. Zur gleichen Zeit stehen fast alle seine Gesellschaftsdramen auf den Spielplänen: „Ein Puppenheim“, „Gespenster“, „Hedda Gabler“, „Rosmersholm“, „Stützen der Gesellschaft“, „John Gabriel Borkman“, „Volksfeind“ – 1998 auch am nt – und „Die Frau vom Meer“. Vielleicht wird sich demnächst ein Regisseur Ibsens großem Epilog auf den Untergang des strebenden Menschen „Wenn wir Toten erwachen“ widmen; die Zeit dafür ist reif, das Stück eine der großen Tragödien, denn es bietet Ibsens Einsicht in die Sinnlosigkeit von Lösungen. So weit sind wir in der Gegenwart noch nicht.

Eine gleiche Erfolgsliste ließe sich für Tschechow ausmachen. Seine Stücke „Drei Schwestern“ (1901) und „Kirschgarten“ lösen gegenwärtig „Die Möwe“ ab. Selbst die zweitrangigen Dramatiker der Zeit um 1900 erleben eine Renaissance. Damit ist die eingangs gestellte Frage wieder erreicht: Am nt wird Emil Rosenows „Kater Lampe“ gespielt, aber nicht nur hier, sondern auch in Freiberg, zweimal wiederum im Osten.

6. Im zweiten Anlauf fragen wir erneut, wie aktuell Emil Rosenows „Kater Lampe“ ist. 2002 wurde Emil Rosenows Komödie „Kater Lampe“ inszeniert, um einer ins Triviale abtriftenden Bevölkerung – eine Ursache für den Bildungsverfall in Deutschland – die beispielhafte Komödie an die Hand zu geben. Rosenows Stück beschreibt „kleine Leute“ wie eh und je. Die Komödie, Kleists „Der zerbrochene Krug“, vor allem aber Gerhart Hauptmanns „Biberpelz“ bis in die Figuren hinein verpflichtet, wurde 1902 uraufgeführt. Die kleinen Leute erreichen auf der Bühne ihr Recht gegen den Staat und die Wirtschaftsbosse. Das machte Rosenow durch satirische Mittel möglich. – Peter Sodann hat 2002 aus der erfolgreichen Komödie, oft als „Klamotte“ bezeichnet, eine kräftige Satire gemacht, die bis ins Detail hinein Gegenwärtiges beschreibt: Ob es um fehlende Gelder für den Straßenbau oder um Korruption geht, um ein willkürlich anwendbares Recht oder einen „lustigen“ Wahlkampf mit Freibier, ob Arbeitslosigkeit und Lohndumping, Amtsmissbrauch, schwarze Kassen und Politikverdrossenheit besprochen werden, es steht alles in der Vorlage und entspricht der Gegenwart. Die Satire ließ keinen Zweifel, dass es die heitere Lösung nur auf der Bühne geben konnte; sie ist

eine Variation des *deus ex machina*. Erst in der Überhöhung wird deutlich, wie unmöglich eine solche Lösung ist; an einem solchen Punkte der Erkenntnis wird nach der Alternative gefragt. – Peter Sodann hat früher schon einmal Rosenows Stück inszeniert. Nun hat er wieder danach gegriffen. Dafür gibt es keine analytisch begründete Erklärung, glücklicherweise nicht, weil Kunst und Künstler seismographisch auf Zeitverhältnisse und Publikumserwartungen reagieren. Rosenows „Kater Lampe“ ist aktuell, weil sich die grundsätzlichen Verhältnisse von 1902 im Jahre 2002 reproduziert haben. Das betrifft selbst das Verhältnis des Menschen zur Technik. Waren es bei Hauptmann die radikalen Veränderungen des Verkehrswesens, die ebenso faszinierten wie bedrohten, so sind es heute die elektronischen Medien, die faszinieren, aber die Entfremdung des Menschen vorantreiben und ihn scheinbar überflüssig machen. Es betrifft auch den Einfluss der Naturwissenschaften: Zu Hauptmanns Zeit sah man den Menschen geradezu uneingeschränkt durch die Darwinschen Vererbungsgesetze determiniert, heute steht man an der Schwelle zur biologischen Manipulation des Menschen. In beiden Zeiten schienen die souveränen Entscheidungen des Menschen absurd zu werden. Das Wort von der „Selbstbestimmung“ wurde in beiden Zeiten inflationär verwendet und besaß doch kaum noch eine Substanz. Ähnlich erging es dem Wort „Freiheit“. Diese Parallelitäten ergeben sich nicht nur aus Rosenows „Kater Lampe“, sondern aus dem Ensemble der genannten historischen Titel und ihrer Problemstellungen. Wie eine lähmende Wolke legte sich über die Kunst des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Angst vor der Entfremdung, der Vernichtung, vor dem Krieg, vor dem Weltuntergang, der „Menschheitsdämmerung“ (1920), wie die berühmte deutsche Anthologie hieß. Jakob van Hoddis' Gedicht „Weltende“ darin ver- und bedichtet, was heute täglich in Zeitungsspalten „Was sonst noch geschah“ steht.

Es ist Rosenows Verdienst, den Zustand scheinbar heiter beschrieben zu haben. Die heutige Inszenierung musste einen Schritt weiter gehen: Heiterkeit ist abgenutzt, „Spaß“ ist gefragt. Deshalb wurde von Peter Sodann die Idylle perfektioniert; es war das Zugeständnis an und die Provokation für eine mediale Unterhaltungsindustrie, die keine bitteren Grundtöne mehr kennt, Probleme vom Tisch wischt und selbst den Krieg zur Unterhaltungsshow oder zum ritualisierten Religionsersatz verkommen lässt. Die perfektionierte Idylle schlug in die Satire, ja die Groteske um. Ein Kritiker verwies darauf, dass Macht identisch mit Recht ist: „Wir sein die reichsten Leute im Ort, und das gibt's nirgendwo anders, dass die, wo's Geld hab'm, sich von der ärmeren Bevölkerungsklasse auf der Nase rumtanzen lassen müssen.“ heißt es im

Stück vor 100 Jahren. Anders ist die kleine Welt nicht geworden und auch nicht die große. Nur wenig verändert könnte der Text auch heutige Weltpolitik erklären: „Wir sein die reichsten Leute auf der Welt, und das gibt’s nirgendwo anders, dass die, wo’s Geld hab’m, sich von einem Sicherheitsrat auf der Nase rumtanzen lassen.“ Das ist das von den USA verbreitete Verständnis von Demokratie, das sie nun auch anderen Völkern bringen wollen; aber schon Plato wusste, dass diese Form der Demokratie keine geeignete Staatsform ist. Sie hatte schon damals versagt, aus den gleichen Gründen.

Wir bemerken auf den Theatern eine Rückkehr in die und eine Ankunft in der Vergangenheit. Das Interesse für die Dramatik um 1900 ist nie verloren gegangen. Seit etwa fünf Jahren hat es sich aber verstärkt. Die Stücke Henrik Ibsens und August Strindbergs, Gerhart Hauptmanns, Tschechows und selbst eines Emil Rosenow, der als Schüler Hauptmanns gilt, erleben eine überraschende, aber erklärbare Renaissance. Die Handlungen aus dem 19. Jahrhundert bestehen mühelos in aktuellen Inszenierungen in der Gegenwart und werden fortgeschrieben. Zum „Kracher der Saison“⁵ – so der „Spiegel“ – wurde 2002/03 Thomas Ostermeiers Inszenierung von Henrik Ibsens „Nora“ an der Berliner Schaubühne. Die Ursache für alle Erfolge liegt in der Aktualität dieser Stücke. Die Begeisterung geht quer durch die sozialen Schichten. Wurde Ibsens „Ein Puppenheim. Nora“ (1879) von Ostermeier aus der Welt des scheinbar biedereren Bankdirektors in die Welt der besinnungslos dem Geld nachjagenden Neureichen verlegt, so folgte das Publikum ebenso erstaunt wie begeistert der im erzgebirgischen Holzschnitzermilieu spielenden Komödie „Kater Lampe“ (1902) von Emil Rosenow, wobei ihm das Lachen oft im Halse stecken blieb. Die Gegenwart kommt wieder in der Vergangenheit an, weil sie sich zu wenig von ihr gelöst hat und keine Utopien mehr entwickelt. Die alten Stücke werden aufgenommen, um auf überholtes, aber immer noch aktuelles Denken hinzuweisen, um dem heutigen Zuschauer wie dem vor 100 Jahren seine im Grunde wiedererstandene Wirklichkeit zu zeigen.

7. Kunst hat in der Weltgeschichte wenig geholfen, wie man bei der Aufklärung von Verbrechen, Unmenschlichkeit und Perversion meinen könnte. Aber wovor sie bewahrt hat, ist nicht messbar und könnte bedeutsam sein. Also können die intuitiv von den Regisseuren gewählten Stücke Auskunft über die Befindlichkeit der Gesellschaft und ihrer Menschen geben. Versteht man diese Zusammenhänge aufzufinden, könnte man einmal mehr versu-

5 Wolfgang Höbel: Lara Croft hat fertig. In: Der Spiegel 2003, Nr.6 vom 3. Februar 2003, S. 14

chen, die Menschen auf diese Entwicklungen hinzuweisen, sowohl didaktisch, durch Kommentare und Analysen, als auch emotional, durch die Kunst.

Keihen wir nochmals in die Zeit von 1900 zurück. Ein wesentliches Ergebnis der naturalistischen Bemühungen um das Theater war die Gründung zahlreicher Gesellschaften, um der Zensur zu entgehen und um gezielt ein Publikum als organisiertes Publikum zu gewinnen: Freie Bühne, Freie Volksbühne, Neue Freie Volksbühne usw. Einige leben heute noch, von ihrem radikalen Impetus des Beginns ist wenig geblieben. Damit verbanden sich andere Einrichtungen, vor allem die Volkshochschulen. Um 1892 verbanden die Leiter der Neuen Freien Volksbühne ihre Organisation des Theaters mit der Entwicklung einer Volkshochschule, die nun tatsächlich der Vorläufer der heutigen Volkshochschulen wurde. Man nahm große Schwierigkeiten auf sich und verdiente kaum Geld damit. Man machte es um der „Sache“ willen. Bruno Wille hat es auf die Spitze getrieben und ist für einen Unterricht, den man ihm verbot, weil er nicht staatlich verordnet war, ins Gefängnis gegangen. Was aber war die Sache?

Es ist der Versuch der sittlichen Erziehung und Einwirkung nach einer entsprechend erlangten Einsicht. Das Theater schafft dafür das analytische Material, der Zuschauer benutzt es. Mit kulturellen Traditionen vertraut zu machen, kann Verständnis bringen, Veränderung kaum. Selbst schlimmste Erfahrungen reichen nicht aus, um die Wiederholung von Ereignissen, meist sogar in potenziierter Form, zu verhindern. Die Aktualität der naturalistischer Dramen um 1900 wurde festgestellt; sie ergab sich daraus, dass sich die Dramatiker wie nie zuvor – das war eine Folge ihrer naturalistischen Theorie und Doktrin – den sozialen Beziehungen widmeten. Immer wieder hofften Künstler im 20. Jahrhundert, diese Analyse könnte eine Utopie entwickeln helfen. Immer wieder wurden sie enttäuscht, zwei Weltkriege waren bei dieser Zerstörung der Utopien behilflich. Deshalb griff ein Brecht zur Belehrung, nicht nur zur sittlichen Erziehung wie die Gottsched, Lessing und Schiller. Sie sollte vor einem nächsten Krieg schützen. Auch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Nun sind die Dramen von 1890 und 1900 wieder aktuell, wieder soll die Analyse im dramatischen Gewand Einsichten bringen und Veränderungen provozieren. Die Verfallszeiten sind kürzer als vor 100 Jahren; die Enttäuschung folgt auf dem Fuß. Unermüdlich aber geht das Theater seinen Weg weiter. Es ruft schon wieder nach der dringlichen Belehrung. „Brecht kommt wieder“ titelt die „Berliner Zeitung“ im März 2003. Es ist auf eine erfolgreiche Inszenierung von Brechts „Die Mutter“ zu verweisen, eine Inszenierung von Brechts „Mutter Courage“ wird vorbereitet. Revolution und

Krieg stehen auf dem Programm, der Programmpunkt war nur kurz unterbesetzt. Nach der gesellschaftskritischen Zielsetzung wird man zur Bildung die Belehrung benötigen. Das kann das Theater leisten, solange die Welt dem Theater noch diese Chance lässt und nicht nur in Big-Brother-Veranstaltungen animalische und voyeuristische Lüste befriedigt.

8. Inszenierungen wie die genannten erinnern an die ungelösten Probleme der gesellschaftlichen Verteilung, die uneingelösten Versprechen der Politik und die nicht verwirklichten Ziele der Revolutionen wie die der Französischen Revolution („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“). Der Rückgriff auf die naturalistischen Stücke ist Indiz dafür, dass die Gegenwartsdramatik nichts Vergleichbares anbietet, dass auch Teile der Literatur wie die germanistische Literaturwissenschaft ihre gesellschaftliche Bedeutung verloren haben. Rosenows „Kater Lampe“ hilft zum Gespräch, schützt vor dem schnellen Schuss und der vernichtenden Arroganz der Unbildung. Deshalb ist Emil Rosenows „Kater Lampe“ aktuell. Dieser Teilbefund könnte durch die Analyse anderer literarischer Ensembles ergänzt und erweitert werden. Die germanistische Literatur- und Theaterwissenschaft muss die verlorenen und aufgegebenen Positionen der gesellschaftlichen Wirksamkeit zurückerobern, auch wenn das ebenso arbeitsintensiv wie gefährlich ist, weil die Unverbindlichkeit heutiger Literaturwissenschaft durch politische und soziale Wertungen abgelöst wird.

Günter Wirth

Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003

In Arbeiten über die Geschichte des Kulturbundes überwiegt die Analyse der politisch-ideologischen Motivationen in der Haltung jener Intellektuellen und Künstler, die sich 1945/46 in dieser überparteilichen Organisation „zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zusammenfanden. Der damals etwas aufwendige Name dieser Organisation war allerdings Ausdruck nicht nur der objektiven geistigen und gesellschaftlichen Situation, in der der Kulturbund begründet wurde. In ihm kam auch zum Ausdruck, dass es dieses erklärte Ziel sein müsse, das allein die Legitimation eines solchen Unternehmens ausmachen könne. In den Arbeiten zur Kulturbundgeschichte, in denen diese Problematik thematisiert wird, wird einerseits – affirmativ – das Gelingen eines solchen Vorhabens beschrieben, wobei durchaus unterschiedliche Gesichtspunkte bzw. Ansätze eine Rolle spielen können (etwa in Arbeiten Karl-Heinz Schulmeisters¹, Dieter Schillers² und Siegfried Prokops³ im Vergleich etwa mit meinen⁴, die auf das selbständige Auftreten bürgerlicher Intellektueller

- 1 Karl-Heinz Schulmeister: Auf dem Wege zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945–1949. Berlin 1977.
- 2 Dieter Schiller: Johannes R. Becher und die Krise des Kulturbunds 1949–1951. Berlin 2000; ders.: Der „Donnerstagskreis“ im Berliner Club der Kulturschaffenden im Herbst 1956. Berlin 2000.
- 3 Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003.
- 4 Günter Wirth: Über Wandlungsprozesse bürgerlich-humanistischer Kreise im Kulturbund zwischen 1945 und 1948/49, in: Im geistigen Kampf für eine höhere, die sozialistische Kultur. Beiträge zu 30 Jahren Geschichte des Kulturbundes. Berlin 1976. Ders.: Über Johannes R. Bechers Verhältnis zum Bürgertum, in: Johannes R. Bechers Verhältnis zur bürgerlichen Literatur seiner Zeit. Berlin 1976. Ders.: Alte und neue Namen, in: Einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945–1949. Berlin und Weimar 1980. Ders.: Bechers publizistische Konfession, in: Weimarer Beiträge. Berlin und Weimar, 5/1981. Ders.: Breiter Raum für christliche Künstler. Aus dem Diskussionsbeitrag auf dem X. Kulturbundkongress, in: Neue Zeit. Berlin, vom 22. Juni 1982. Ders.: Christliche Intellektuelle in der DDR, in: Sonntag. Berlin und Weimar, 27/1982. Ders.: Zur Publizistik Bechers, in: Zum Verhältnis von Geist und Macht im Werk Johannes R. Bechers. Berlin 1984. Ders.: Johannes R. Becher und der Leipziger Kirchentag, in: Johannes R. Becher und der Kulturbund 1949/1954. Berlin 1988.

im Kulturbund abheben), oder aber es wird das Scheitern eines solchen Experiments oder mindestens sein partielles Misslingen annonciert (etwa bei Magdalena Heider⁵ oder Manfred Jäger⁶). Natürlich wird in solchen Arbeiten zur Geschichte des Kulturbundes dann auch herausgearbeitet, wie sich seit etwa 1950 einerseits vom Kulturbund andere Organisationen abnabelten (die späteren Künstlerverbände zumal, aber auch die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse), um andererseits zum „Kartell“ für all jene Gruppierungen zu werden, die elementar gesellschaftliche (und individuelle!) Interessen repräsentierten, ohne dass sie bei dem repressiven Vereinsrecht in der DDR eine Chance gehabt hätten, sich organisieren zu können. Hieraus entstand dann die Formel vom Kulturbund als dem Sammelbecken von A wie Aquarianern bis zu Z wie Gestaltern von Zinnfiguren.

Überdies galt dem Zusammenhang von Kulturbund und Friedensbewegung in der SBZ/DDR Aufmerksamkeit, weil auch in diesem Bereich (ausgehend von der Intellektuellenkonferenz in Wrocław 1948) der Kulturbund zunächst das Heft in der Hand hatte; „kaderpolitisch“ wurde dies beim Übergang des in Ungnade gefallenen Kulturbund-Generalsekretärs Heinz Willmann zum Generalsekretär des Deutschen Friedenskomitees (als Nachfolger des ebenfalls in Ungnade gefallenen Heinz Stern-Astor) manifest.⁷

Demgegenüber ist in den Arbeiten zur Kulturbund-Geschichte kaum ein Aspekt behandelt worden, der eigentlich nicht hätte vernachlässigt werden dürfen, nämlich das Verhältnis des Kulturbundes zum „Staatsapparat“, zu den kulturpolitischen staatlichen Institutionen, aber nicht nur zu ihnen, in anderen Worten: das Problem der Einwirkung auf die staatliche Ordnung, das ihrer Gestaltungsmöglichkeiten. Es hätte dies allein schon deshalb nicht vernachlässigt werden dürfen, weil ja unmittelbar nach 1945 der Kulturbund Substitut für manche, später von anderen administrativen Organen wahrgenommene Aufgaben war und weil der Kulturbund sich an Wahlen beteiligte, etwa in Sachsen 1946 einen Landtagsabgeordneten hatte und 1950 auf den „Listen der Nationalen Front“ auftauchte. Soweit ich sehe, ist die Tätigkeit etwa der Volkskammerfraktion des Kulturbundes noch nicht zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden.⁸ Letztlich haben wir es bei dieser Frage mit

5 Magdalena Heider: Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR. Köln 1993.

6 Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR 1945–1990. Köln 1995.

7 Vgl. Gerhard Schmidt: Der Kulturbund zu Frieden und Demokratie 1948/49. Berlin 1984.

8 In den von Waldemar Sowade und mir im Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, 1977, 1982 und 1987 herausgegebenen Bänden mit Dokumenten des Kulturbundes der DDR ist diese Problematik eher marginal behandelt – am ehesten noch hinsichtlich Umweltpolitik und Denkmalpflege sowie Naturschutz.

der nach der *raison d'être* einer kulturpolitischen Organisation wie dem Kulturbund im gesellschaftlichen System der DDR, mit ihrem Verhältnis zur Staatsmacht, etwa mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb und an der staatlichen Ordnung der DDR zu tun.

Hier liegt m. E. zunächst das Hauptverdienst der von Siegfried Prokop vorgelegten Arbeit. Er nimmt nämlich die in langen Monaten gründlicher und systematischer Archivarbeit von ihm gefundenen und aufbereiteten Materialien aus den Schlüsseljahren 1952 und 1953 zum Anlass, nachzuweisen, dass in dieser Situation der Kulturbund Aktionen in Angriff nahm und in Beschlüssen zusammenfasste, die in elementarer Weise Ausdruck des Willens zur Gestaltung der *gesamtgesellschaftlichen* Wirklichkeit, zur reformerischen Gestaltung der staatlichen Ordnung waren.

Tatsächlich ist für Prokop eine kontroverse Debatte im Präsidialrat des Kulturbundes vom 15. Juli 1952 (S. 23ff.) zu den Ergebnissen jener II. Parteikonferenz der SED, die die gesellschaftliche Krise in der DDR 1952/53 herausforderten und zugleich forcierten, Ausgangspunkt seiner Untersuchungen zur Haltung von „Intellektuellen im Krisenjahr 1953“ (nicht von „den Intellektuellen“), eine weise Unterscheidung des Verfassers, auf die noch zurückzukommen ist.

Ging es nach Prokop in der Präsidialratsdebatte zunächst nur um die „Vergrämung der Techniker und Ingenieure“, die von Prof. Dr. Hans-Heinrich Franck, dem universal gebildeten und als Sohn eines Kunstmalers auch künstlerisch interessierten Präsidenten der Kammer der Technik, in dramatischer Form akzentuiert wurde, war es Johannes R. Becher, der in Fortsetzung solcher Debatte den Kern einer „Vergrämung“ im geistigen Leben überhaupt (und in ihm überdies als *pars pro toto*) darin sah, dass in der DDR keine offene geistige Auseinandersetzung stattfinde bzw. stattfinden könne. Hierzu Prokop: „Becher versah die ständige Berufung auf den Marxismus-Leninismus mit einem Fragezeichen. Er hatte offenbar erkannt, dass hier Denkbarrieren aufgerichtet wurden und wehrte sich auf seine Weise dagegen“ (S. 32).

Ende 1952, spätestens Anfang 1953 musste der Kulturbund immer neue Signale krisenhafter Erscheinungen aufnehmen: Folgen des Slánský-Prozesses in der ČSR für die jüdischen Intellektuellen in der DDR, Zwangsauflösung der VVN, Indoktrination in allen kulturellen Bereichen, durch administrative Maßnahmen instrumentiert: Theaterkongress im Januar 1953 (sowjetisches Theater als Vorbild), Liquidierung der Volksbühnenorganisation, „Debatte“ um Hanns Eislers *Faustus*-Libretto und dessen Verurteilung, Verbote des „Chinesischen Skizzenbuches“ von Gustav Seitz, der Auffüh-

zung von Opern Rudolf Wagner-Régenys und des Films nach Arnold Zweigs „Beil von Wandsbek“, nicht zuletzt die Auseinandersetzungen mit der Evangelischen Kirche (Junge Gemeinde und Studentengemeinde).

An dieser Stelle setzt Prokop mit der Aufbereitung seines wichtigsten archivalischen Funds ein, nämlich mit den Materialien einer Enquête, die auf Anregung des Präsidialrats von den Bezirksleitungen des Kulturbundes über die Lage der Intelligenz im März 1953 durchgeführt wurde und in deren Ergebnis am 24. April 1953 in Jena (S. 56 ff.) eine Vorkonferenz und am 27. Mai 1953 in Berlin (S. 69 ff.) eine Zentrale Intelligenzkonferenz zusammenkam. Diese Konferenzen (auf letzterer sprach Ulbricht) standen schon so sehr unter dem Schatten des Neuen Kurses und der folgenden Ereignisse, dass sie hier vernachlässigt werden können.

Was diese folgenden Ereignisse, also die des 17. Juni, angeht, will Prokop klarstellen, dass es eine „Legende“ sei, wenn den Intellektuellen „nachgesagt“ würde, „sie hätten voll und ganz hinter der Regierung gestanden“ (S.9). Er fügt mit Recht hinzu: „Erleichtert worden ist dies wohl auch dadurch, dass der Blick zu sehr auf den Tag des 17. Juni und nicht auf die Gesamtsituation einer länger andauernden Gesellschafts- und Systemkrise gerichtet wurde“ (ebenda).

Diese spezifischen Züge der krisenhaften inneren Entwicklung in der DDR 1952/53 sind von Prokop in einer dem Ansatz seiner Studie angemessenen Gesamtschau, zumal auch der außenpolitischen und gesamtdeutschen Gesichtspunkte, die hier übergangen werden, eingeordnet worden, in der allerdings die damaligen dramatischen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, vor allem um die Junge Gemeinde und die Studentengemeinde, und die Repressionen gegenüber den bürgerlichen Parteien CDU und LDP und das heißt gegenüber den mit diesen Parteien verbundenen mittelständischen und liberalen, protestantischen und katholischen bildungsbürgerlichen Schichten marginalisiert werden oder ganz ausgeblendet bleiben. Dabei geht es einerseits immerhin um so spektakuläre Vorkommnisse wie die Verhaftung des christlich-demokratischen Außenministers Georg Dertinger, eines Intellektuellen aus dem Umfeld des konservativen nationalen Bürgertums, und des liberal-demokratischen Ministers für Handel und Versorgung, Dr. Karl Hamann, überdies Vorsitzender seiner Partei, aber auch um die Verhaftung von christlich-demokratischen Intellektuellen wie dem Chefredakteur des UNION Pressedienstes, Otto Hartmut Fuchs, der erst zwei Jahre zuvor aus der Bundesrepublik in die DDR gekommen war, und des evangelischen Publizisten

und Schriftstellers Willi Leisner, des Redakteurs der nach einjährigem Erscheinen verbotenen Dresdener evangelischen Zeitschrift „Verantwortung“.

Insgesamt ist Prokop hinsichtlich der Würdigung der gesamtgesellschaftlichen Situation als auch hinsichtlich der spezifischen kulturpolitischen jedenfalls fern jener apologetischen Klischees, die wir immer noch bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte entdecken können – so etwa in mehreren Texten des Buchs „Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg“⁹; andererseits hütet er sich vor heroischen Stilisierungen bestimmter, früher in der DDR überhaupt ignoriertes oder agitatorisch umgedeuteter Erscheinungen des 17. Juni, wie sie nach der Wende konjunkturell in Erscheinung getreten sind. Für Prokop ist – sozusagen zwischen diesen Polen des Apologetischen und Heroisierenden – das normativ, was in authentischen geistigen Auseinandersetzungen von Intellektuellen im Krisenjahr 1953 tatsächlich zutage getreten war, also insbesondere in Debatten und Texten der Akademie der Künste und des Kulturbundes.

Vor allem die Debatte im Kulturbund-Präsidialrat am 3. Juli 1953, der ersten Tagung nach dem Neuen Kurs und dem 17. Juni, ist es, die er – mit Recht – als signifikant aufgreift und genau beschreibt, und zwar als eine Debatte, die auf das „Herumdoktern“ an oberflächlichen und marginalen Erscheinungen verzichtete und stattdessen, geradezu chirurgisch eingreifend, die Grundfehler in der *gesamtgesellschaftlichen* Entwicklung der DDR frei- und bloßlegte (S. 101 ff.). Für Hans-Heinrich Franck und Arnold Zweig waren diese die Bedrohung der Rechtssicherheit, für Theodor Brugsch und den früheren Greifswalder Rektor Günther Rienäcker der Bruch der Verfassung, für Heinrich Deiters, Victor Klemperer und wiederum Arnold Zweig das Versagen der parlamentarischen Institutionen, zumal der Volkskammer, neuerlich für Deiters und Klemperer die Irrwege der Schul-, überhaupt der gesamten Bildungspolitik, für Ernst Niekisch die tiefe Kluft zwischen den führenden gesellschaftlichen Kräften und dem Volk, die spätestens am 17. Juni offenbar geworden sei, für Karl Kleinschmidt, den Schweriner Domprediger, die rasch zutage getretenen Differenzen zwischen den Zusagen des Neuen Kurses und der realen Situation (etwa für aus Oberschulen ausgeschlossene Mitglieder der Jungen Gemeinde oder für Bauern, die Opfer der „Steuerschraube“ geworden waren). Bei allen Rednern – überdies Hanns

9 Mit dem Untertitel: „Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West“ herausgegeben vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Meine Bemerkung gilt vor allem den Beiträgen von Manfred Weißbecker und Klaus Höpcke.

Schwarz, Medizinprofessor aus Greifswald, und Otto Schwarz, früherer Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena – kamen immer wieder Stichworte zur Wirkung, die gleichsam den tieferen Grund der gesellschaftlichen Disproportionen markierten: mangelndes *Vertrauen* von unten wie von oben (von oben sich formierend im Misstrauen gegenüber Volkswillen und -bedürfnissen), fehlende *Offenheit* im Verhältnis von Regierung, führender Partei und Volk, ausbleibende oder verhinderte umfassende *Information* (Presse/Rundfunk) und echte geistige *Auseinandersetzung* (wenn schon nicht Pluralismus, dann wenigstens weltanschauliche Pluralität).

Für den Kulturbund selbst bedeutete dies, auf neue Weise vehement auf Überparteilichkeit zu setzen (S.102). 1953 hieß Überparteilichkeit indes etwas anderes als 1945, als sie Synonym für die Einheit der unterschiedlichen antifaschistischen Kräfte war. Jetzt hieß Überparteilichkeit (vorsichtige) Lösung von der 1952 normativ gewordenen Anklammerung an die führende Rolle der SED. Die eher nach neuen organisatorischen Formen klingende Forderung nach Clubs der Intelligenz hatte einen inneren Zusammenhang mit der nach Überparteilichkeit: Die Clubs hätten Stätten von offener geistiger Auseinandersetzung werden sollen. Wenn übrigens in dieser Zeit im Kulturbund – sogar von sonst eher als dogmatisch einzuordnenden Funktionären wie Karl Kneschke – die Forderung nach Vereinsfreiheit (S.85) erhoben worden war, war dies allerdings ein bezeichnendes Signal für solche Orientierung.

In diesem Zusammenhang geht Prokop auch auf andere reformerische kulturpolitische Aktivitäten ein, und es liegt nahe, dass der Verfasser einer politischen Biographie Wolfgang Harichs auf dessen Aufsatz in der „Berliner Zeitung“ vom 14. Juli 1953: „Es geht um den Realismus“ hinweist und dabei Harichs Kooperation mit Brecht herausstellt.

Die Debatten des Präsidialrats wurden schließlich in 14 Punkten (zwei waren zu dem ursprünglichen Entwurf von zwölf Punkten hinzugetreten) zusammengefasst (S.122ff.). Sie wie analoge Dokumente etwa der Deutschen Akademie der Künste vom 30. Juni 1953 (bei Prokop auf S. 99f.) waren andererseits Ausdruck für die Erneuerung der DDR-Gesellschaft – damals unbestritten als sozialistischer; sie konnten daher auf Zustimmung zumal im Umfeld der Intellektuellen stoßen. Allerdings werden sie in der alsbald einsetzenden Restauration harscher Kritik unterworfen (wenn sie denn zuvor überhaupt in die Presse gekommen waren). „„Neuer Kurs‘ in alten Schläuchen“ ist dieses Kapitel bei Prokop zutreffend überschrieben. Offiziell musste der Kulturbund in seiner Präsidialratssitzung am 24. September 1953 – von

vielen Mitgliedern des Gremiums scharf kritisiert, besonders von Hanns Schwarz und Ernst Bloch – „einlenken“ (S.130ff.).

Mit Blick auf solche Äußerungen wie die von Schwarz und Bloch schreibt Prokop (S.133): „Die Glut glimmt unter der Asche.“ Er hätte hierzu aus Victor Klemperers Tagebuch, das er an anderen Stellen souverän heranzieht, zusätzlich zitieren können (4. Oktober [1953]): „Die geheime Tyrannei, der geheime Sumpf, der älteste Kurs unter dem Deckmantel des neuen. Quo vadis?“ Und Klemperer unterstreicht, was seine Freundin Gusti (Auguste) Wieghardt-Lazar immer wieder bekundet habe: „Für Reinheit wirken, auch wenn der Dreck siegt.“¹⁰

Wenn wir Prokops Buch vor allem als schöpferischen Beitrag zur Erhellung der Kulturbundgeschichte herausstellen (und diese ist ein konstitutives Element der Kulturgeschichte der DDR), dann natürlich auch deshalb, weil er auf fast 200 Seiten die erwähnte Enquête der Kulturbund-Bezirksverbände vom März 1953 dokumentiert. Ich weiß nicht, ob jeder Leser des Buchs sich der Mühe unterzieht, diese Dokumente genau zu lesen (was oft etwas mühsam ist). Wenn ja, wird er womöglich zu denselben Ergebnissen kommen wie ich:

1. Es ergibt sich eine nicht zu übersehende Differenz zwischen der diskursiven Höhenlage in den Debatten des Präsidialrats (also gleichsam der intellektuellen Elite) und den zumeist im administrativen Stil gehaltenen Texten der Funktionäre vor Ort, denen man anmerkt, dass sie unter dem Damoklesschwert der doppelten Unterstellung geschrieben worden sind, nämlich einerseits unter der der KB-Leitung, andererseits und *vor allem* unter der der SED auf den jeweiligen Ebenen. Dies spiegelt sich in der eher vorsichtigen Formulierung der Texte aus den Bezirken nicht zuletzt dort, wo gravierende gesellschaftliche Probleme nominiert werden. Um so beachtlicher ist es, dass solche Probleme durchaus nicht ausgeblendet werden.
2. Während vom Präsidialrat – durchaus schon auf Tagungen vor Ausrufung des Neuen Kurses – Grundfragen aufgeworfen wurden, sind es in der Enquête – in der schwierigen Situation Anfang 1953 – eher die natürlich auch als gravierend zu bezeichnenden materiellen Probleme der Intellektuellen: Wohnungsfragen, Altersversorgung, Gehaltsfragen von Lehrern und Ärzten, Versorgungsfragen (sog. Intelligenzkarten – wer bekommt sie und wer bekommt sie nicht [mehr]), Ferienplätze, Nichtgenehmigung

10 Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950-1959. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Berlin 1999, S.410.

von Interzonenpässen, Einordnung von freien Intelligenzberufen (Architekten, Apotheker, Rechtsanwälte), Steuerfragen. Hinzu trat all das, was mit dem Bürokratismus zu tun hatte, mit der Beschaffung von Fachliteratur aus der Bundesrepublik und dem Ausland, aber auch mit der von begehrten Werken schöner Literatur aus eigenen Verlagen. Zentrale Problematik: Einzelverträge.

3. Hervorstechend an allen Bezirksberichten ist das Insistieren auf der Republikflucht. Hierbei fällt auf, dass über sie und über einige der Motive für sie offener gehandelt wird als über andere gravierende Probleme. An ihr wurde gleichsam der Krebschaden des Landes festgemacht.
4. Die Niveauunterschiede in den Bezirksberichten sind nicht zu übersehen. In den ausführlicheren und präziseren Berichten, etwa aus Erfurt, Dresden, Suhl und Schwerin, treten auch prinzipiellere Fragen in Erscheinung (Information durch den Rundfunk wird als mangelhaft angesehen, Sektierertum). Aus Berichten anderer Bezirke geht hervor, dass man dort eher mit Zurückhaltung an die Arbeit gegangen ist, sie lediglich als Pflichtübung betrachtet hat (Frankfurt/O., Halle, Magdeburg, Neubrandenburg).

Insgesamt würde es sich lohnen, diesen Berichten eine genauere Aufmerksamkeit zu schenken und sie mit analogen Berichten aus dem Umfeld anderer Organisationen und Parteien zu vergleichen. Ich wurde jedenfalls von der Anlage und Diktion vieler Texte her an das erinnert, was ich zwischen 1954 und 1958 als Sekretär des Hauptvorstandes der CDU für Kirchen- und Kulturpolitik in analogen Berichten aus Kreis- und Bezirksverbänden der CDU gelesen habe.

Abschließend muss ich auf einen Aspekt des nicht nur durch seine Archivfunde ausgezeichneten, sondern auch durch seine Linienführung gut orientierenden Buchs eingehen, der kritische Aufmerksamkeit – jedenfalls aus meiner Sicht – verdient.

Prokop beschreibt und analysiert im ersten Teil seines Buchs im wesentlichen die Positionen der Elite des Kulturbundes und damit der Elite sozialistischer Intellektueller in der DDR, also die Auffassungen etwa von Becher, Brecht, Bloch, Hanns Eisler, Harich, Heym, Klemperer, Hans Mayer, Anna Seghers, Wendt. Er bleibt also dort im wesentlichen im Radius der Persönlichkeiten, die Werner Mittenzwei in seinem so titulierten Buch „Die Intellektuellen“ genannt hat.¹¹ Da auch Prokop bürgerliche Intellektuelle – wie

11 Günter Wirth: Eine ideologische Hallsteindoktrin? Kritische Anmerkungen zu einem Buch von Werner Mittenzwei, in: hochschule, Wittenberg, 1/02, S.159–179.

Mittenzwei – nur am Rande nennt (Theodor Frings, Hans Stubbe, Rudolf Wagner-Régeny) oder sie nicht als solche identifiziert, zu Unrecht Wolfgang Ullrich, den Dresdner Zoodirektor, einen herausragenden christlich-demokratischen Intellektuellen, und Karl Kleinschmidt oder zu Recht Günther Hoffé, den Leiter des nationaldemokratischen Verlags der Nation, könnte das Buch Prokops in die Gefahr geraten, gewissermaßen als Annex zu dem von Mittenzwei (aus dem er auch zitiert) angesehen zu werden. Tatsächlich ist dies objektiv nicht der Fall, da das Buch aus zwei Teilen besteht, und in dem zweiten sind es ja im wesentlichen bürgerliche Intellektuelle, deren Probleme angeführt werden, auch wenn sie anonym bleiben oder die Nachnamen auf das Initial verkürzt worden sind. Ab und zu kann man aber die realen Namen „enthüllen“: Prof. Dr. M., Dekan der Philosophischen Fakultät der Leipziger Universität = Prof. Dr. Martin, Anglist, Pfarrersohn (S. 236), oder Prof. Dr. T. vom Ernährungswissenschaftlichen Institut Rehbrücke bei Potsdam = Prof. Dr. Teufel (S. 249) oder Brief des Dipl. Ing. Johannes K., Chefarchitekt in Magdeburg = Dipl. Ing. Johannes Kramer, führendes Mitglied der CDU (S. 330 ff.), und selbst Prof. Robert Sch., Leipzig = Genosse Prof. Robert Schulz musste sich in der „Abt. Inneres“ beim Abholen des Interzonen-Passes fragen lassen: „Kommen Sie denn wieder?“ (S.235) Irgendwo (S.83) las ich auch von einem Kunsthistoriker Prof. L. = Prof. Heinz Ladendorf, Jena und Leipzig, später (1958) Köln. So ist es denn nur folgerichtig, wenn eben Prokop, wie ich an anderer Stelle schon hervorhob, im Gegensatz zu Mittenzwei auf den *bestimmten* Artikel im Titel seines Buches verzichtet.

Von solchen Überlegungen aus erhält die Formel der Überparteilichkeit einen zusätzlichen, um nicht zu sagen einen neuen bzw. ihren eigentlichen Akzent (und ich gehe auch heute noch immer davon aus, dass er in Johannes R. Bechers Konzept 1945/46, wahrscheinlich bis 1948 und noch länger, so vorhanden war). Im Blick auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte müsste diese Problematik – also letztlich die des Bildungsbürgertums bzw. seiner Reste in der DDR – immer gegenwärtig sein, und sie dürfte nicht, wenn sie überhaupt nominiert wird, in Anmerkungen verbannt werden.¹²

Hinsichtlich der Thematik von Prokops Buch – also der Rolle der Intellektuellen 1952/53 – würde dies bedeuten, wenigstens einige Vorgänge und Persönlichkeiten anzuführen, die es verdienten, im Kontext der Analysen Prokops angeführt zu werden.

12 Günter Wirth: *Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik*, in: Evemarie Badstübner (Hg.in): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*. Berlin 2000.

Ich hatte schon Otto Hartmut Fuchs und Willi Leisner erwähnt, beide damals bekannte Publizisten (Leisner auch Schriftsteller), und Fuchs, der tatsächlich im Sommer 1953 in seinem Prozess freigesprochen wurde, nahm im öffentlichen Leben bis zu seinem Tod 1987 eine geachtete Stellung ein – auch international als Präsidiumsvorsitzender der Berliner Konferenz europäischer Katholiken. Prokop hatte Wolfgang Ullrich, den Dresdner Zoodirektor, zitiert, ohne offenbar zu wissen, dass dieser seit 1946 CDU-Mitglied war, ebenfalls 1946 in die Dresdner Stadtverordnetenversammlung und in den sächsischen Landtag gewählt wurde, in Debatten und Aufsätzen den Dialog mit der Theologie über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Christentum führte, sich 1947 in öffentlicher Auseinandersetzung in Dresden, die gesamtdeutsch bekannt wurde, gegen das Verbot Karl Mays engagierte und als Zoodirektor in Dresden bis zu seinem frühen Tod (als 50jähriger 1973) mit Heinrich Dathe zu den populärsten Naturwissenschaftlern der DDR gehörte (als Buch-, Fernseh- und Radioautor).

Im Zusammenhang mit dem Neuen Kurs und mit den Debatten nach dem 17. Juni wären aus dem Umfeld der CDU weitere namhafte Intellektuelle zu nennen. Ich führe hier nur an: Dr. Hans Wiedemann, fr. Oberstudiendirektor in Erfurt, 1953 Oberbürgermeister in Weimar, Dr. Gerhard Desczyk, Zentrumspolitiker vor 1933, Leiter der Kulturabteilung im Hauptvorstand der CDU, leitender Lektor der CDU-Verlage (Union Verlag, Berlin, Koehler & Amelang, Leipzig) und zeitweiliges Mitglied des Präsidialrats, Walter Bredendiek, von Haus aus Pädagoge, dann Mitarbeiter im DPZI (Geschichte), 1953 Hauptreferent für Kirchen- bzw. Schulpolitik im Hauptvorstand der CDU, seit den siebziger Jahren Dozent bzw. Professor für Kirchengeschichte in Greifswald, Halle und Berlin († 1984) und Hans-Werner Gyßling, Publizist, der aus der Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Partei hervorgegangen war.

Mit Gyßling und Bredendiek verbinden sich 1953 Vorgänge, die direkt auf Prokops Buch zu beziehen sind. 1945 hatte Gyßling die Chefredaktion der CDU-Zeitung in Mecklenburg-Vorpommern („Der Demokrat“) übernommen, 1948 bei der CDU-Zeitung in der Mark Brandenburg („Märkische Union“). Wegen schwerer Krankheit konnte er diese Ämter jeweils nur kurze Zeit wahrnehmen. Nach 1950 leitete er das von 1945–1949 renommierte, dann opportunistisch heruntergewirtschaftete Feuilleton der „Neuen Zeit“, und er musste, um seinen Niveauesprüchen gerecht zu werden, unter den damaligen Bedingungen vieles selber schreiben – sozusagen mit „5 PS“ (u.a. Ypsi, Quaro). Für Gyßling waren die aktuellen kulturpolitischen Vorgänge

immer wieder Anlass zu Kommentaren und Berichten, so auch die von Prokop auf S. 38 erwähnte Liquidierung der Volksbühnenorganisation. Hiergegen wandte sich Gyßling mit ziemlichem Nachdruck, was zu seiner internen und öffentlichen Disziplinierung führte, öffentlich durch einen scharfen Artikel des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses beim Hauptvorstand der CDU, Staatssekretär Dr. Heinrich Toeplitz, den die „Neue Zeit“ abdrucken musste. Mit ebenfalls nur 50 Jahren starb Gyßling im Sommer 1954.

Als Funktionär beim Hauptvorstand der CDU veröffentlichte Walter Breddendiek 1953 zahlreiche Artikel in der „Neuen Zeit“, die auf die Anerkennung einer weltanschaulichen Pluralität im kulturellen Leben und im Erziehungswesen hinausliefen. Sein Ende Juni 1953 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichter Leitartikel „Fragen christlicher Lehrer“ führte zu heftigsten Auseinandersetzungen, die nur durch die Autorität Otto Nuschkes abgefedert werden konnten.

Zweifelloso gab es in der LDP analoge Erscheinungen wie in der CDU, ganz zu schweigen von den Positionsbestimmungen in den Kirchen, die eine andere Qualität hatten. Die Dissidenten von 1989 würden sich wundern, wenn sie zur Kenntnis nähmen, was Oberkirchenräte und Superintendenten in den fünfziger Jahren öffentlich geäußert haben und womit die CDU-Funktionäre sozusagen alltäglich konfrontiert wurden.

Wenn ein Buch in seinen Grundzügen positiv gewürdigt werden kann und wenn es in seinen Desideraten zur weiterführenden Diskussion über methodische und inhaltliche Fragen einlädt, dann ist es ein gutes Buch. Beides liegt hier vor!

Erfreulich, dass dem Buch Register beigelegt sind, ein etwas lückenhaftes Personenregister und ein bemerkenswertes Sachregister, aus dem hervorgeht, dass das Stichwort „Angst“ neunmal auftaucht, allerdings weit übertroffen von Bürokratismus und Republikflucht.

Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Prokop hat unter Berufung auf Pawel Sudoplatow auf S. 80 erwähnt, Semjonow habe den früheren Stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Hermann Kastner (LDP), der bei ihm als Leiter des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz ohnehin vorkommt, als Ministerpräsidenten ins Auge gefasst. Ob das stimmt, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Otto Nuschke in dieser Zeit viele Gespräche geführt hat, in denen er sozusagen darauf wartete, in dieses Amt berufen zu werden. Immerhin war Otto Nuschke, den Prokop überhaupt nicht erwähnt (der ehemalige Chefredakteur in Franz Mehrings „Berliner Volks-Zeitung“, der Schüler Theodor Wolffs und H. von Gerlachs, der zeitweilige Chef Carl von

Ossietskys, ist offenbar für Prokop kein Intellektueller, was im Selbstverständnis von Otto Nuschke insofern stimmt, dass er sich immer als Bauer angesehen hat und ernsthaft darauf hoffte, als Meisterbauer ausgezeichnet zu werden), auf seine Weise ein Protagonist der Ereignisse des 17. Juni: mit seiner Entführung nach Westberlin, dem RIAS-Interview, dem seinerzeit in paradoxer Weise ersten orientierenden Zeichen aus der Regierung, der dann spektakulären Rückkehr.¹³

13 Es ist allerdings merkwürdig, dass dieser Vorgang kaum noch Erwähnung findet, und wenn ja, dann gewissermaßen nur als „Anekdote“, wie in dem Leserbrief von Hans-Wolfgang Seddig im „Neuen Deutschland“ vom 23. Mai 2003. Der frühere Bautzener CDU-Funktionär und spätere Dozent an der Zentralen Bildungsstätte der DDR-CDU in Burgscheidungen irrt freilich, wenn er schreibt, Nuschke sei am 17. Juni 1953 (übrigens an der Oberbaumbrücke) mit seiner „Luxuslimousine“ nach Westberlin entführt worden. Es war, wenn meine geringfügigen Kenntnisse von Autotypen mich nicht in die Irre führen, ein F9. Und wenn Nuschke nicht schon am 18. Juni 1953 zurückkehrte, sondern erst am 19. Juni, dann deshalb, weil er nicht ohne das Auto zurückkehren wollte – und das mussten die Amerikaner erst suchen.

Jörg Roesler

Erich Hahn: SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989. Berlin 2001, 277 S.

Beliebter Gegenstand der Geschichtsschreibung ist die Darstellung singulärer Ereignisse. Ein solches waren zweifellos die „Ideologiegespräche“ zwischen Vertretern der SED und SPD in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Singulär deshalb, weil die Diskussionen der SED- bzw. SPD-nahen Wissenschaftler im seit Anfang der 70er Jahre geführten Dialog zwischen DDR und Bundesrepublik die einzigen waren, bei denen es nicht um die Lösung praktischer Probleme der wechselseitigen Beziehungen auf dem Gebiet von Technik, Ökonomie oder Politik ging, sondern um „ausgesprochen theoretische Probleme“ „freilich von erheblicher politischer Relevanz“ (S.7). Der Gesprächskatalog umfasste so gewichtige Themen wie die Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung, Kriterien des Fortschritts, Wahrheit und Wahrheitsmonopol, Veränderung der Arbeitswelt, Haltung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Bedürfnisentwicklung, Menschenbild, Individualität und Kollektivität, Menschenrechte u.a.m. Singulär war der Dialog SPD-SED auch in anderer Hinsicht: In den Ost-West-Beziehungen ist es nur zwischen Kommunisten der DDR und Sozialdemokraten der BRD zu derartigen durch beide nationale Parteiführungen offiziell gebilligten, sich über Jahre fortsetzenden Gesprächsrunden gekommen. Nur in diesem einen Fall fand ein derartiger Gedankenaustausch (teilweise) seinen Niederschlag in einem „partei-offiziellen“ Dokument, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ genannt (August 1987). Selbst im Rahmen von Gorbatschows Perestrojka kam ein an Intensität und Dauer vergleichbarer Gedankenaustausch zwischen Sozialisten östlicher und Sozialisten westlicher Prägung nicht zustande.

Das Ereignis in seinem Ablauf und dem Beziehungsgeflecht, das zu seinem Zustandekommen führte, darzustellen, ist also ein berechtigtes, ein begrüßenswertes Anliegen. Diesem Anliegen zu entsprechen, fühlt sich Erich Hahn dazu allerdings nicht als Historiker berufen, sondern, wie er mehrfach

betont, als Zeitzeuge. Der Philosoph war Teilnehmer aller sieben zwischen Februar 1984 und April 1989 stattfindender Gesprächsrunden. Er hat sich damals über die Diskussionen Notizen gemacht und teilweise, wie die anderen Teilnehmer auch, für die Gespräche Diskussionsgrundlagen formuliert. Diese Aufzeichnungen bilden das quellenmäßige Rückgrat von Hahns Darstellung. Bei der Rekonstruktion der Debatten ließ sich das subjektive Moment allerdings nicht ausschließen. Dazu äußert der Autor: „Auch spüre ich bei mir selbst, dass meine Erinnerung an jede einzelne Debatte im Nachhinein nicht nur durch das Erleben aller sieben Begegnungen sowie durch die intensiven und anhaltenden Streitereien um das Gesamtprojekt geprägt ist, sondern nicht minder durch an die gegebene einmalige Situation und Atmosphäre geknüpfte Eindrücke, Wahrnehmungen und – nicht zuletzt – Emotionen, die sich nur schwer in Worte kleiden lassen. Ich habe also nicht nur objektive Abläufe zu reflektieren sondern ebenso mein Bild von ihnen. ... Und ich bin sicher, dass vieles von anderen Teilnehmern an den Gesprächen anders gesehen und gewertet wird.“ (S. 30)

Mehrmals weist Hahn darauf hin, „dass ich mich nicht als Historiker, sondern als Zeitzeuge äußere, meine Erinnerungen, meine Sichtweise und meinen Standpunkt vortrage.“ (S. 197)

Doch da irrt Erich Hahn über seine tatsächliche Rolle als Autor dieses Buches. Er ist mehr als Zeitzeuge für ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen bzw. der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialisten westlicher und östlicher Prägung. Beim Abfassen des Buches war er bestrebt, dem Leser mehr zu vermitteln als seine subjektiven Eindrücke. Er übernimmt durchaus die Pflichten eines Historikers, wo ihm dies notwendig erscheint und möglich ist. Er flicht Notate anderer Teilnehmer der Gespräche ein, ebenso, wie er auf die zeitgenössischen Veröffentlichungen der ab dem 4. Gespräch 1986 eingeladenen Journalisten zurück-greift. Wiederholt lässt er die zitierten Dokumente sprechen und fordert den Leser auf, sich aufgrund dieser Quellen sein Urteil zu bilden. Ganz als Historiker schreibt er über Wirkungsgeschichte jenes Dialogs, dessen Zeitzeuge er war.

Wenn es auch Hahn nicht so sehen mag, die bekanntlich konfliktgeladene Beziehung zwischen Zeitzeugen und Historiker (Wer kennt nicht den hinter-sinnigen Spruch „Der Zeitzeuge ist der Hauptfeind des Historikers“) hat er zum Wohle des Lesers vortrefflich gemeistert. Es ist ihm als Autor dieses Bandes gelungen, beide oftmals als unvereinbar empfundene Positionen miteinander zu kombinieren.

Noch in anderer Hinsicht hat sich Hahn um die Aufarbeitung des SED-SPD-Dialogs verdient gemacht. In der Regel erhält der Historiker den besonderen Beifall des Lesers, wenn es ihm gelingt, neue Fakten über ein historisches Ereignis der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Diesen Neuheitsgrad hat auch Hahns Buch. Die Gesprächsrunden wurden seinerzeit nicht aufgezeichnet, können also auch nicht in Archiven recherchiert werden. Das veröffentlichte Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, das zu betonen wird der Autor nicht müde, ist keine Zusammenfassung der Gespräche, sondern ein Kompromisspapier, das auf der Grundlage unterschiedlicher Meinungen, die in den Gesprächsrunden vorgetragen wurden, zustande kam. Es umfasst bei weitem nicht alle der in den sieben Veranstaltungen behandelten Themen. Die Rekonstruktion der Gespräche für die Öffentlichkeit bedurfte des Zeitzeugen wie des Historikers. Hahn war dazu – in noch höherem Maße als der andere Verfasser einer Monographie über den SED-SPD-Dialog, Rolf Reißig, der an einem Teil der Gespräche beteiligt war – berufen und hat die Herausforderung angenommen.

Neben diese „klassische“ Möglichkeit, das Lob des kritischen Lesers zu erhalten, tritt in der Geschichtsschreibung zunehmend eine zweite, wenn es dem Geschichtsschreiber gelingt, die Legenden, die sich um das untersuchte Ereignis ranken, kritisch anhand des historischen Ablaufs zu prüfen. Auch in dieser Hinsicht muss Hahn Beifall gezollt werden. Das mag auf den ersten Blick verwundern, denn die Ereignisse, die der Autor beschreibt, liegen nicht in grauer Vergangenheit, sondern sind jüngste Geschichte. Es ist jedoch so: Legenden um historische Ereignisse bilden sich nicht nur mit dem Zeitabstand. Besonders förderlich für Legendenbildung ist ein Zeitenwechsel, der auf das Ereignis ein anderes Licht wirft und zu einer Einordnung in die neue Situation herausfordert. Auch beim SED-SPD-Dialog war dies der Fall. Die Zeitenwende von 1989/90 hat den Dialog nicht nur eines Teils seiner „materiellen Grundlage“ (Existenz der DDR und der SED) beraubt und seinen Abbruch bewirkt. Sie machte offensichtlich auch eine Neuinterpretation der Motive, Ziele und Wirkungen dieser deutsch-deutschen Veranstaltung in der die Auseinandersetzung beider Gesellschaftssysteme überlebenden Bundesrepublik notwendig.

Der Autor, der nicht mehr sein wollte als Zeitzeuge oder Chronist, sah sich genötigt, ein ganzes Kapitel, „Rätselhafte Absichten“ betitelt, seinen Aufzeichnungen über die Gespräche hinzuzufügen. In diesem Kapitel nimmt er Stellung zu den – gemäß seinen Erinnerungen und Recherchen – Legenden, die in den 90er Jahren um den SED-SPD-Dialog entstanden. Eine dieser

Legenden betrifft den „Streit im Politbüro“, den die Vorlage des zu veröffentlichenden Dokumentes im Juli 1987 in der obersten Führung der SED entfacht haben soll. Hahn gelingt es, diese „Story“ durch die erstmalige Veröffentlichung der schriftlichen Information, die Egon Krenz für Erich Honecker über diesen Tagesordnungspunkt der Politbürositzung verfertigte, glaubhaft zu widerlegen. Es gab, wie aus Krenz' Aufzeichnungen hervorgeht, vereinzelte Kritik an diesem oder jenem Punkt des Papiers, aber grundsätzliche Zustimmung aller Politbüromitglieder zum Dokument als Ganzem. Kurt Hager, Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro, nahm an dieser Sitzung des Politbüros nicht teil. Die Legende weist ihm die Führerschaft der konservativen Gegner des Dialogs und des Dokumentes zu. Hagers im Oktober 1987 zum veröffentlichten Dokument erschienener Artikel im „Neuen Deutschland“ muss für diese Einordnung des Ideologiechefs als Kronzeuge der Gegner herhalten. Anders als das bis zur Veröffentlichung von Krenzens Mitschrift nicht bekannte Geschehen im Politbüro war Hagers Stellungnahme von Anfang an nachlesbar. Doch sie wurde, so urteilt Hahn, von den „Aufarbeitern der DDR-Geschichte“ offensichtlich nicht gründlich, d.h. nicht bis zum Ende gelesen. Hagers Kritik an der Friedensfähigkeit des Kapitalismus („Es handelt sich also darum, dass der Imperialismus friedensfähig gemacht werden muss, nicht dass er von Natur aus friedfertig ist“), stellt gewiss eine Präzisierung, vielleicht sogar eine Kritik an einer der Aussagen des Dokumentes, in dem die Autoren beiden Gesellschaften Existenzrecht sowie Reform- und Friedensfähigkeit bescheinigen, dar. Hagers Ausführungen – von Hahn in wesentlichen Passagen vorgestellt – enthalten aber keine Fundamentalkritik des Dialogpapiers.

„Der Leser möge selbst urteilen“, schreibt Hahn (S.245). Dieser Leser vom Jahre 2003 hat aber die Entwicklung von 1989/90 verinnerlicht und erst aus dieser Sicht konnten die Legenden vom Streit im Politbüro und von einer Frontalattacke Hagers gegen das Dokument jene Glaubwürdigkeit gewinnen, die auch Legenden brauchen, wenn sie wirksam sein wollen. Was die Legenden in diesem Falle verkünden, lässt sich zwar nicht verifizieren, passt aber trefflich ins Bild der neuen Ost-West-Konfrontation bzw. des ideologischen Kalten Krieges, wie er seit 1990 mit der Waffe der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ geführt wird.

Der Autor weist dagegen an mehreren Stellen darauf hin, dass in den 80er Jahren über Ost und West in Deutschland nicht so schwarzweiß gedacht wurde wie in den 90er Jahren. Vor zwanzig Jahren wurden die Bedrohung des Weltfriedens und die Notwendigkeit, gegen die Kriegsgefahr auch über ide-

ologische Gräben hinweg gemeinsam vorzugehen, sehr ernst genommen. Manche Annäherungen oder auch Kompromisse von damals lassen sich nur so erklären. Nach 1990 (bis zum Anfang unseres Jahrzehnts) aber spielte die Bedrohung des Weltfriedens im Bewusstsein der Menschen plötzlich keine Rolle mehr.

Zu den Legenden zählt Hahn auch, dass die Veröffentlichung des Dokumentes den SED-Reformern Auftrieb gegeben hätte und auf diese Weise zu einem „Sargnagel der DDR“ geworden sei. Das sei, so der Autor, eine erst nach den Ereignissen von 1989/90 plausibel gewordene Interpretation. Hahn besteht darauf: „Die behauptete Kausalbeziehung zwischen dem Dokument und oppositionellen Tendenzen in der SED ist bislang nicht schlüssig bewiesen. Direkte Belege sind kaum zu finden.“ (S. 236). Bestenfalls könne man von gewissen Indizien für einen indirekten Zusammenhang sprechen.

Handelt es sich bei der Beurteilung von Dialog und Dokument in den 90er Jahren, soweit es die SED betrifft, um eine Umdeutung, so hinsichtlich der Absichten und Ziele der SPD geradezu um ein Umschreiben der Haltung der Parteien in den 80er Jahren. Diese Reinterpretation setzte interessanter Weise bereits Ende der 80er Jahre ein. Nicht als demokratische Sozialisten hätten die Sozialdemokraten 1984–1989 argumentiert, hieß es in den 90er Jahren in der SPD unisono, sondern in erster Linie als Demokraten, die im Dialog westliche Werte, von der individuellen Freiheit bis zur (kapitalistischen) Marktwirtschaft, gegenüber ihren kommunistischen Gesprächspartnern angemahnt und verteidigt hätten.

Dass so charakterisierte Gesprächsinhalte für die Diskussionen zwischen SED- und SPD-Vertretern keineswegs charakteristisch waren, belegt die Dialogrekonstruktion, die Hahn aufgrund seiner Mitschriften unternommen hat. Da wird nachlesbar, dass die Vertreter der SPD-Grundwertekommission in den Dialogen durchaus Kapitalismuskritik übten. Das betrifft vor allem die von ihnen mehrfach geäußerte Erkenntnis über die deformierenden zerstörerischen Wirkungen des kapitalistischen Profitprinzips. Die seitens der SPD-Vertreter damals vorgetragenen theoretischen und politischen Ansichten knüpfen vielfach an Marx an und wirken aus der Sicht der heutigen Politik und Ideologie der SPD-Führung beinahe befremdlich. So befremdlich etwa, wie das von der SPD Ende 1989 verabschiedete „Berliner Programm“, von dem einer der früheren Vorsitzenden der Partei, Jochen Vogel, einmal gesagt hat, dass es von der SPD-Führung heute wie ein Geheimpapier behandelt werde.

Tatsächlich liegt der Wert von Hahns Buch als Geschichtsbuch nicht nur darin, dass es Aufschluss gibt über die Gesellschaftsvorstellungen unter den

SED-Intellektuellen und innerhalb der Parteiführung während der 80er Jahre, sondern auch darin, dass dem Leser das Denken in der SPD-Spitze im gleichen Jahrzehnt näher gebracht wird. In den von Hahn zitierten Diskussionsbeiträgen finden sich viele Passagen, die mit der Charakteristik des „Berliner Programms“ übereinstimmen, wie sie der SPD-Vordenker von Oertzen in den 90er Jahren einmal formulierte: „Gewisse sozialistische Grundgedanken sind (dort) deutlicher angesprochen als im Godesberger Programm...“¹

Dem Historiker, der sich mit der Geschichte der 80er Jahre in Deutschland beschäftigt, muss Hahns Buch also hochwillkommen sein, weil es wieder sichtbar macht, was eine staatlich finanzierte „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ und eine Selbstdarstellung der SPD nach „heutigen Erfordernissen“ später zuzudecken bemüht waren.

Doch Hahns Buch ist mehr als ein Geschichtsbuch. Es ist dem Autor durchaus zuzustimmen, wenn er schreibt: „Aus wissenschaftlicher Sicht baren m. E. die sieben Gespräche sowie der Text des Dokuments selbst eine Reihe spannender Anregungen für die Ideologietheorie. Das betrifft Überlegungen zum Ideologiebegriff..., zu den sozialen und historischen Bindungen ideologischer Systeme, zur historischen Dynamik der verschiedenen ideologischen Stränge sozialistischer Prägung und zu den Möglichkeiten und Grenzen ideologischer Dialoge. ... Der Abbruch unseres Unternehmens“, bedauert der Philosoph zwei Jahrzehnte später, „hat die theoretische Aufarbeitung dieser Erfahrungen erschwert.“ (S. 233). An das, was damals diskutiert wurde, könnte, ja muss man bei diesem oder jenem Thema durchaus wieder anknüpfen. Das betrifft auch ein Problem, das hier exemplarisch für die Aktualität eines wesentlichen Teils der damals zwischen SED- und SPD-Vertretern diskutierten Themen stehen soll, die Frage Krieg – Frieden.

„Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft“ lautete das Thema des vierten Gesprächs, das im Jahre 1986 stattfand. Der Friedensbegriff des christlichen Abendlandes, so führte damals der Gesprächsführer der SPD, Erhard Eppler, aus, sei bis heute der der „Pax Romana“. Weiter referiert Hahn den damals prominentesten Vertreter der Friedensbewegung der SPD so: „Sicherheit ist garantiert, wenn der Feind besiegt oder besiegbar ist, wenn keiner Rom, Rom aber allen etwas anhaben konnte. Dies sei nach wie vor für das Denken von Großmächten bestimmend und die Grundlage für das Überlegenheitsstreben des Militärs. Und insofern wolle sicher auch Caspar Weinberger (seinerzeit US-Verteidigungsminister – E. H.) Frieden.“ „Das Verhalten der

1 Peter von Oertzen, Die „wahre Geschichte“ der SPD, Berlin 1996, S. 31.

Sowjetunion hätte allerdings gezeigt“, referiert Hahn Eppler dann weiter, „dass auch das Konzept der friedlichen Koexistenz ein derartiges Denken nicht ausschliesse. ... Reagans Rede vom ‚Reich des Bösen‘ unterschiede sich nicht von Chruschtschows Ankündigung, den Kapitalismus zu begraben. Diese Art der Perzeption müsse auf beiden Seiten abgebaut werden“ (S. 104–05).

Mit diesen wenigen Sätzen ist beispielhaft demonstriert, was Hahn wiederholt in seinen jedes Kapitel abschließenden Bemerkungen „aus heutiger Sicht“ feststellt. Viele der damals zwischen SED- und SPD-Vertretern diskutierten theoretischen bzw. ideologischen Probleme sind auch heute noch ungelöst und harren ihrer Erklärung bzw. Beherzigung. Das Buch ist deshalb auch ein ziemlich umfassendes Kompendium immer noch aktueller wissenschaftlicher Fragestellungen – ob es sich nun um die Sicherung der Friedens, die Offenheit der Geschichte, oder das Verhältnis Mensch-Natur handelt. Ein Teil der damals diskutierten Probleme hat in den letzten beiden Jahrzehnten noch an Brisanz gewonnen. So etwa die Themen „soziale Sicherheit“ und „Arbeitswelt“, die in den 80er Jahren noch ohne den Druck einer in fast allen Industriestaaten zu verzeichnenden Massenarbeitslosigkeit und mit der Illusion, dass in der Politik der Mehrzahl der alten Industriestaaten Europas der Sozialabbau niemals salonfähig werden könne, behandelt werden konnten. So betrachtet, sind es nur formal die späteren Sieger (die SPD ist heute in der Bundesrepublik an der Macht) und Verlierer (die damaligen SED-Teilnehmer sind weitgehend aus der offiziellen Politik und Wissenschaft gedrängt), die 1984 bis 1987 miteinander diskutierten. Tatsächlich sind beide Seiten heute von der Verwirklichung ihrer sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Ideale weiter entfernt als damals. Der augenblicklich mit Bitterkeit geführte Streit um die Grundpositionen der SPD ist dafür nur ein Beispiel.

So betrachtet, ist Hahns Band auch ein sehr nachdenklich machendes Buch.

Friedhilde Krause

CD-ROM-Edition des Nachschlagewerkes „Handbuch der historischen Buchbestände“

Ich habe bereits in den Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät über das „Handbuch der historischen Buchbestände“ informiert, und zwar in Band 29 (1999) H. 2, S. 99–106, und über den Abschluß des Unternehmens in Band 51 (2001) H. 8, S.163–167. Dieser „Baedeker“ der Bibliotheken, der einen globalen Überblick über die deutsche Buchproduktion von der Erfindung des Buchdrucks bis 1900 gibt, bedeutet zugleich auch, ein nie da gewesener Gradmesser ihrer Verbreitung im gesamten europäischen Raum und umgekehrt der Rezeption ausländischer Literatur zu sein. Vor kurzem hat nun der Olms-Verlag Hildesheim die versprochene CD-ROM-Edition dieses Handbuches auf einer einzigen CD vorgelegt.¹ Sie umfaßt alle drei Teile des „Handbuchs der historischen Buchbestände“, die zwischen 1992 und 2001 in insgesamt 47 Einzelbänden in Buchform erschienen sind. Bis auf einen zusätzlichen Abschnitt mit der Beschreibung der Kartenbestände in der Russischen Nationalbibliothek in St. Petersburg ist der Text gegenüber dem gedruckten Text unverändert. Noch einmal zur Erinnerung: Das deutsche und das österreichische Handbuch beziehen Bestände jeglicher Provenienz ein und berücksichtigen in gleicher Weise deutsches und fremdsprachiges Schrifttum. Das „Handbuch deutscher historischer Buchbestände in Europa“ beschränkt sich auf Drucke, die im deutschsprachigen Raum entstanden sind (gleich welcher Sprache) und auf deutschsprachiges Schrifttum, das seinen Ursprung außerhalb des deutschsprachigen Raumes hat. Das deutsche Handbuch umfasst in gedruckter Form 27 Bände und verzeichnet rund 1500 Bibliotheken. Diese sind im Band 23 auch alphabetisch aufgeführt. Das österreichische Handbuch verzeichnet rund 300 Bibliotheken in vier Bänden.

1 CD-ROM-Edition Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland. Handbuch der historischen Buchbestände in Österreich. Handbuch deutscher historischer Buchbestände in Europa. Gefördert von der Volkswagen-Stiftung. Hrsg. v. Bernhard Fabian. Digitalisiert von Günter Kükenschöner. Hildesheim 2003.

Das „Handbuch deutscher historischer Buchbestände in Europa“ wählt, nach den Gegebenheiten der einzelnen Länder, die Bibliotheken mit besonders großen oder besonders signifikanten Beständen aus. Es umfaßt in gedruckter Form zwölf Bände und verzeichnet mehr als 600 Bibliotheken, schließt aber nicht alle europäischen Länder ein.

Diese einzigartige kulturwissenschaftliche Dokumentation in Form des Handbuchs historischer Buchbestände mit 47 Bänden finden Interessenten nun auch in einer einzigen CD-ROM vereinigt. Sie kann über den Georg Olms Verlag, 31134 Hildesheim, Hagentorwall 7 bezogen werden.

Friedbert Ficker

Erinnerungen an Wilhelm Fraenger zu dessen 40. Todestag am 19. Februar 2004



In seinen Lebenserinnerungen „Als wär’s ein Stück von mir“ zeichnet Carl Zuckmayer ein treffliches Bild von Wilhelm Fraenger, dem er sich zutiefst verbunden wusste: „...Er war damals wohl um die dreißig, Direktor des kunsthistorischen Instituts und mit allen intellektuellen Prämissen, mit allen musischen Emanationen vertraut und befasst, die das Weltbild der Epoche bezeichneten. Das Absonderliche, Seltsame, Geheimnisvolle in den Künsten und vor allem in Volkskunde und Folklore war sein eigener Bezirk, sein bevorzugtes Forschungsgebiet, in dem er mit abundanten Kenntnissen, mit genialem Einfühlungs- und Ausdrucksvermö-

gen schaffte und wirkte. Aber er war ebenso, im sokratischen Sinn, ein Lehrer und Bildner seiner jüngeren Freunde, nicht auf dem Weg des trockenen Unterrichts, sondern auf dem des lebendigen Dialogs, der sich auch häufig bei Gastmählern und Symposien oder bei gemeinsamen Spaziergängen, Ausflügen und künstlerischen Veranstaltungen ergab. Ungewöhnlich wie sein Geist und seine sprühende Phantasie war seine Erscheinung, die sich von allen anderen Gestalten der akademischen Welt aufs originellste abhob und unterschied.“¹

1 Carl Zuckmayer: Als wär’s ein Stück von mir. Stuttgart/Gütersloh 1966, S. 280/281.

In der Tat war Wilhelm Fraenger eine interessante Erscheinung, die mit ihrem Hang zum Einzelgängertum immer wieder aufhorchen ließ, oft mit weit hergeholt, scheinbar abwegigen außenseiterischen Vorstellungen überraschte, ja sogar bestürzte, um in der zwingenden Logik seiner Schlussfolgerungen zu Erkenntnissen zu gelangen, die neue Blickrichtungen eröffneten, bisher nicht bemerkte Details als Schlüssel zur Erklärung erkennen ließen oder zumindest die Wahrscheinlichkeit einer schlüssigen Interpretation nicht ausschlossen.

So war es Fraengers scharfsinniger Beobachtung zu verdanken, dass er die volkskundlich-medizinischen Zusammenhänge der Szene mit den am Boden liegenden Landsknechten beim Kartenspiel unter der Auferstehung des Herrenberger Altares von Jörg Ratgeb erkannte. Die ausliegenden Karten gehören zu dem sogen. „Karnöffelspiel“, das im 15. und 16. Jahrhundert beliebt und verbreitet war². Die Bezeichnung Karnöffel bezieht sich zugleich auf den Hodenbruch. Die Gestalt des erschrocken fliehenden Grabwächters mit dem überdimensionalen Bruch gibt einen deutlichen Hinweis darauf. Wir begegnen der Bezeichnung Carnöffel für den Hodenbruch bei Paracelsus in den theoretischen Abhandlungen über alle Krankheiten³.

Solches herkömmlicher Methodik meist schwer vermittelbare Vorgehen verlangte bestimmte Voraussetzungen, die in der Person Wilhelm Fraengers in seltener Komprimierung vorhanden waren. Dazu gehörte eine von der üblichen Behandlung der Kunstgeschichte abweichende Sicht, die sich sowohl von noch so meisterhafter Form- und Stilanalyse unterscheidet, wie von vielfach allzu vordergründig gesehener Verbindung mit gesellschafts- und zeitgeschichtlichen Fragen. Für Fraenger waren dies freilich auch Bestandteile seines Handwerkszeugs und seiner Arbeitsweise. Er sah aber in der Kunst das formgewordene Bild viel größerer und umfassenderer Zusammenhänge. Es war sein unverkennbares Werk und seine eigene Leistung, den dabei entstehenden vielfältigen Brechungen und Facetten bis in scheinbar unbedeutende Winkel nachgespürt zu haben, um von dort aus schlaglichtartig das undurchdringliche Dunkel verschlungener Pfade zu erhellen.

Fragen der Literatur, der Rechts- und der Medizingeschichte hatten dort ebenso ihren Platz wie Religion und Religionsgeschichte oder das Brauchtum in seinen mannigfachen Äußerungen sowie die Folklore in Tracht und Lied. Zu den bevorzugten Arbeitsgebieten gehörten in die Psychologie hineinrei-

2 Wilhelm Fraenger: Jörg Ratgeb. Dresden 1972, S. 278/279.

3 Bernhard Aschner (Hrsg.): Paracelsus, Sämtliche Werke, Bd. 2, Jena 1928, S. 448.

chende Themen, wobei Fraenger das Feld der Tiefenpsychologie nicht fremd war.

Der unermüdliche Forscher hat dieses erstaunliche Kompendium der Voraussetzung seiner Betrachtung und Bewertung meisterhaft beherrscht. Die Fülle der auftauchenden Aspekte lässt beim Außenstehenden leicht die Frage nach der Einordnung aufkommen. Bei seinen weitgespannten Interessen waren höchst unterschiedliche Fragestellungen unvermeidlich und sind auch bezeichnend für das Gesamtwerk. So begegnet man dem Phänomen durchaus verschiedenartiger Bewertung der zur Beantwortung seiner Fragen herangezogenen Arbeitsbereiche in der wechselnden Benutzung als Grund- und Hilfswissenschaft. In der Praxis heißt dies, dass der dynamische Wissenschaftler z. B. im Bedarfsfall kunstgeschichtliche Fakten heranzog, um volkskundliches Material zu ergründen oder auch umgekehrt. Er kannte kein Dogma des wissenschaftlichen Vorgehens. Unvoreingenommen trat er an die Objekte seiner Untersuchungen heran, um diese mit dem ihm eigenen Spürsinn für ihre Besonderheiten abzuklopfen. Nicht selten schien es sich dabei um unvereinbare Absonderlichkeiten zu handeln, wie das Beispiel seiner Bosch-Forschungen zeigt. Und doch war gerade in seiner ungewöhnlichen Sicht- und Deutungsweise mehr als einmal der Erfolg sensationeller Interpretationen begründet.

Der am 5. Juni 1890 in Erlangen als Sohn eines Bürgermeisters der Universitätsstadt geborene Wilhelm Fraenger zeigte bereits in der Kindheit neben dem kritisch forschenden Geist eine ausgesprochene Neigung zu den musischen Fächern, die ihn freilich in ihrer Ganzheit interessierten und deren komplexer Erforschung er sich zu widmen gedachte. Die Grundlagen für die spätere ungewöhnliche Art des beruflichen Weges vermittelte ihm zunächst der Besuch der humanistischen Gymnasien in Erlangen, Ingolstadt und Kaiserslautern. Daran schloss sich ab dem Wintersemester 1910 das Studium der Geschichte und der Literaturgeschichte bei Friedrich Gundolf sowie der Kunstgeschichte bei Henry Thode und Carl Neumann an der Universität in Heidelberg an. Besonders der durch seine Grünewald- und vor allem durch die Rembrandt-Forschungen als Autorität der Zeit bekannte Neumann dürfte bei dem vielseitig interessierten Studenten nachhaltige Eindrücke hinterlassen haben, wie dessen spätere wiederholte Beschäftigung mit den beiden Künstlern erkennen lässt.

Zugleich zeigt die zusätzliche Auseinandersetzung mit der damals noch keineswegs als akademisches Lehrfach verbreiteten Volkskunde bei den Professoren Dietrich und Fehrlé den eigenständigen Bildungsgang an, mit dem

Fraenger in der Verknüpfung der Kunstgeschichte mit der Volkskunde fruchtbare Anregungen für die weitere Forschung gab. Dem entsprach dann auch 1913 die Teilnahme an dem akademischen Preisausschreiben zu dem Thema „Arnold Houbraken, der Geschichtsschreiber der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts, und die Maßstäbe seiner Kunstkritik“, für das er mit der goldenen Medaille der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg ausgezeichnet wurde.

Damit schien die akademische Laufbahn des eigenwilligen Wegsuchers in dem Labyrinth der Künste ihren Anfang genommen zu haben. Ab November 1915 war er bis 1919 als Assistent am Kunsthistorischen Institut der Universität Heidelberg tätig. Mit der 1917 verfassten Dissertation „Die Bildanalysen des Roland Fréart de Chambray, Der Versuch einer Rationalisierung der Kunstkritik in der französischen Kunstlehre des 17. Jahrhunderts“ und dem glanzvollen mit summa cum laude bestandenen Examen mochte Carl Neumann in ihm den geeigneten Nachfolger gesehen haben. Doch Fraenger lehnte ab, verzichtete auf die angeratene Habilitation und damit auch auf die gesicherte Karriere und wandte sich der freiberuflichen Kunstschriftstellerei zu.

Es waren fruchtbare Jahre des Gebens und Nehmens. Der Bogen spannt sich in den Veröffentlichungen vom jungen Rembrandt und dem seiner Zeit weit vorauseilenden Meister der Radierung Hercules Seghers über Goya und James Ensor bis zu Edvard Munch und Max Beckmann. Daneben stehen die von den volkskundlichen Interessen diktierten Untersuchungen, die vom Bildermann von Zizenhausen über den Bauern-Bruegel und das deutsche Sprichwort bis zu den zwei Bänden über den deutschen Humor aus fünf Jahrhunderten oder den Materialien zur Frühgeschichte des Neuruppiner Bildbogens reichen. Es war aber auch eine äußerst fruchtbare kommunikative Zeit, vor allem im Umgang mit jungen hoffnungsvollen Vertretern der damaligen studentischen Jugend, zu denen Carlo Mierendorff und Theodor Haubach gehörten und den Carl Zuckmayer lebendig beschrieben hat⁴. An dem Lebens- und Arbeitsstil Fraengers änderte sich auch dann nichts, als er 1927 zum Direktor der Schloß- und Hochschulbibliothek in Mannheim ernannt wurde.

Die souveräne unorthodoxe Arbeitsweise Fraengers, dem man nachsagte, dass er nicht nur mit Büchern umgehen könne, sondern sogar wisse, was drin-

4 Wilhelm Fraenger: Von Bosch bis Beckmann. Ausgewählte Schriften. Dresden 1977, S. 296.

steht⁵, der sich nicht scheute, eine sowjetische Enzyklopädie als Informations- und Wissensquelle für die Bibliothek anzuschaffen, brachte ihm bald den Zorn von Vorgesetzten und nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1933 die Entlassung ein. Selbst aus der Redaktion des von ihm ins Leben gerufenen Jahrbuches für historische Volkskunde wurde er entfernt. Trotz der Verfolgung brachte die erneute Tätigkeit als freier Schriftsteller wiederum eine Reihe bemerkenswerter Arbeiten hervor, darunter die Nachprüfung über Clemens Brentanos „Alhambra“-Dichtung sowie Veröffentlichungen über Grünewald, Hieronymus Bosch und Jörg Ratgeb. Dennoch verschlechterte sich unter dem politischen Druck die Existenzmöglichkeit immer mehr, so dass ihn der Schauspieler und langjährige Freund Heinrich George 1938 als künstlerischen Beirat an das Berliner Schillertheater holte. Es war ausschließlich der Autorität Georges zu verdanken, dass dem missliebigen Fraenger weitere Verfolgungen erspart blieben. Dafür brachte ihm die teilweise Zerstörung der Berliner Wohnung durch den Bombenkrieg eine schwere Erkrankung ein.

In dem Dorf Päwesin im Westhavelland, in das ihn die Kriegswirren verschlagen hatten, erlebte er den Zusammenbruch der Nazidiktatur und wurde im Mai 1945 zum Bürgermeister gewählt. Bereits im September des gleichen Jahres erfolgte seine Berufung in das Amt des Stadtrates für Volksbildung und Kultur in Brandenburg/Havel. Ein Jahr später übernahm er dort als Direktor die Leitung der Volkshochschule, musste sich aber aus gesundheitlichen Gründen bald aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Aus dem gleichen Grund lehnte er auch das Angebot des thüringischen Kulturministeriums ab, die Leitung des Goethehauses in Weimar zu übernehmen.

Doch spricht es für die Rastlosigkeit Fraengers, dass er selbst in dieser allgemein und für ihn besonders schweren Nachkriegszeit auf die wissenschaftliche Arbeit nicht verzichtete und z. B. in Päwesin unter mehr als ungewöhnlichen Umständen in einer aufsehenerregenden Studie zu dem als „Garten der Lüste“ bekannten Werk Hieronymus Boschs in Madrid als „Tausendjähriges Reich“ eine völlig neue Sinndeutung gab.

Diese Leistung Wilhelm Fraengers, die letztlich für sein gesamtes Lebenswerk steht, ist nicht ohne das Zusammenwirken verschiedenster und oft scheinbar entlegenster wissenschaftlicher Bereiche denkbar, die er zu einem großen übergeordneten Kulturbild zu vereinen wusste – so, wie er bereits in seiner Untersuchung über den Bauern-Bruegel mit Rabelais und Johannes

5 Anm. 4, S. 297.

Fischart wesentliche Faktoren zu einer schlüssigen Deutung herangezogen hatte.

Kaum gesundheitlich einigermaßen wiederhergestellt, folgte er 1952 einem Ruf von Prof. Wolfgang Steinitz als Mitarbeiter und 2. Direktor des Instituts für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Noch einmal ging er mit Elan daran, das „Deutsche Jahrbuch für Volkskunde“ herauszugeben, die Zeitschrift „Demos“ mit ins Leben zu rufen und die eigenen Forschungen über Bosch und Ratgeb fortzusetzen. Die Verleihung des Professorentitels im Jahre 1955 und die 1961 erfolgte Wahl zum Ordentlichen Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin bedeuteten deshalb für ihn zwar eine späte, aber hochverdiente Würdigung seines Lebenswerkes.

Man kann Fraengers sprühender Phantasie bei allem damit verbundenen ungewöhnlichen Spürsinn freilich nicht immer folgen und die von ihm daraus gewonnen Erkenntnisse nicht immer anerkennen. So ist er beispielsweise bei dem von ihm gezeichneten Bild Grünewalds allzu sehr seiner Vorliebe für psychologische Schleichpfade erlegen – obwohl darauf hinzuweisen ist, dass Zülchs wegweisende Forschungen erst 1938 in dem voluminösen Band „Der historische Grünewald“ erschienen sind⁶. Ebenso erheben sich bei der Deutung von Dürers Bauernsäule Bedenken. Die Veröffentlichung des Holzschnittes zusammen mit zwei weiteren Denkmalentwürfen kann nur schwerlich als eine Tarnung empfunden werden. Einmal ist dem Entwurf durch die Teilung in Sockel und eigentlichem Denkmal und durch die Wiedergabe auf zwei aufeinanderfolgenden Blättern jegliche Brisanz in der Wirkung genommen. Zum anderen ist die Veröffentlichung nicht etwa als Einblattholzschnitt mit dem Charakter eines Flugblattes erfolgt, sondern als Illustration zu der kunsttheoretischen Schrift „Unterweisung zur Messung“. Damit war von vornherein jede Breitenwirkung ausgeschlossen, wenn man dazu noch den Verbreitungskreis und die geringe Auflagenhöhe einer solchen Veröffentlichung in Betracht zieht⁷.

Seine großen Leistungen hat Fraenger in dem Werk über Jörg Ratgeb und in den Arbeiten über Hieronymus Bosch hinterlassen. Die Ungewöhnlichkeit des Vorgehens und die ungewöhnlichen Ergebnisse haben zwar immer wieder zu Ablehnungen in der Fachwelt und besonders bei Bosch zu nicht abbreißenden Versuchen geführt, die „richtige“ Deutung vorzustellen. Dennoch

6 Walter K. Zülch: Der historische Grünewald, Mathis Gothart Neithart. München 1938.

7 Friedbert Ficker: War Dürer ein Sozialrevolutionär? In: Zeitschr. für bayer. Landesgeschichte 36, 1973, H. 3, S. 909-923.

bleibt seine Interpretation von den „Denkmälern des freien Geistes“ in ihrer Gültigkeit erhalten. Gustav F. Hartlaub urteilte dazu: „Die neue Veröffentlichung des bekannten Verfassers (zu Bosch, F.F.) reiht sich den bisherigen Arbeiten würdig an; vielmehr sie übertrifft sie noch durch die Ursprünglichkeit der Anschauung und Bedeutsamkeit des Ergebnisses“⁸. Wilhelm Fraenger hat sich seinem Werk selbst ebenbürtig als „freier Geist“ an die Seite gestellt.

8 Gustav F. Hartlaub: Hieronymus Bosch in neuer Deutung. In: Zeitschr. für Kunst 2, 1948, H. 2, S. 135.